
DM 7,50 Österreich 65,– öS Schweiz 7,50 sfr Nr. 11 November 1990 E 8080 E

CODE

Das *andere* deutsche Nachrichtenmagazin

Deutschland:

Das alte Spiel der SED-PDS-Genossen geht weiter

Das ist Souveränität: Verrat an Vertriebenen Unabdingbarer Preis für deutsche Einheit

USA:

Geschäfte mit Chinas Massenmörder

SPD:

Politik eines trotzigen Kindes

Naher Osten:

Heilige Kriege dauern Generationen

Sowjetunion:

Russen wollen keine Sowjets sein

Banker:

Der Bankraub der Geschichte: 800 Milliarden Dollar überweisen ängstliche Scheichs



Lieber Leser,

CODE ist das andere deutsche Nachrichtenmagazin, das sich vorwiegend Themen widmet, die in der Establishment-Presse einseitig, tendenziös oder gar nicht dargestellt werden.

CODE ist politisch, wirtschaftlich unabhängig und keinen gesellschaftlichen Gruppierungen verpflichtet.

CODE hat weltweit einen Mitarbeiterstab von 80 Korrespondenten und arbeitet mit der amerikanischen Zeitung »The Spotlight« und dem Nachrichtendienst »New American View« zusammen.

CODE bietet einer Reihe jüdischer Journalisten und Rabbiner die Möglichkeit, ihre politischen Bedenken gegen den Zionismus zu äußern. Diese jüdischen Autoren gehen davon aus, daß der politische Zionismus nichts mit ihrer Religion zu tun hat, und sie halten jene nicht für antisemitisch, die gegen den Zionismus vorgehen.

CODE veröffentlicht regelmäßig die Arbeitsergebnisse des Institutes for Historical Review. Die Beiträge werden aus der Vierteljahreszeitschrift »The Journal of Historical Review«, herausgegeben von Theodore J. O'Keefe, übernommen und für den deutschen Sprachraum erstmalig publiziert. Das Institute for Historical Review wird von einer Reihe international bekannter Historiker und Publizisten getragen.

CODE ist weder antiamerikanisch noch antisemitisch, weder rechts, noch links, auch nicht rot, schwarz, grün oder braun.

CODE ist national, konservativ, patriotisch und dadurch den deutschen Belangen und Problemen besonders aufgeschlossen.

Als Leser von **CODE** kennen Sie bereits die offene kritische Haltung dieser Zeitschrift. Wir bitten Sie daher, zu überlegen, wer aus dem Kreis ihrer Familie, Ihrer Bekannten, Kollegen und Freunde Abonnent von **CODE** werden könnte.

Für Ihre Mühe möchten wir Sie gerne entschädigen. Wenn Sie uns einen neuen Abonnenten, der noch nicht Bezieher der Zeitschrift war, werben, erhalten Sie als **Prämie das Buch »Der namenlose Krieg«.**

Vielen Dank
Ihr Diagnosen Verlag

Verlag Diagnosen · Untere Burghalde 51 · D-7250 Leonberg

Ich habe einen neuen Abonnenten für CODE geworben.

Senden Sie CODE ab ______________
bis auf weiteres zum jährlichen Abonnementspreis von 72,– DM einschließlich Porto und Mehrwertsteuer (im Ausland DM 72,– zuzüglich DM 15,– Versandkosten für den einfachen Postweg, der Betrag wird zum Tageskurs umgerechnet) an:

Name

Vorname

Straße und Hausnummer/Postfach

Postleitzahl/Stadt/Land

☐ Der neue Abonnent ist damit einverstanden, daß das Abonnentengeld von seinem Konto (Bank- oder Postscheckkonto) abgebucht wird.

Bank/Ort

Bankleitzahl

Kontonummer

☐ Der neue Abonnent legt einen Verrechnungsscheck über den Betrag von 72,– DM anbei (Ausland: DM 87,– Gegenwert in ausländischer Währung zum Tageskurs)

☐ Bittet um Übersendung einer Rechnung.

Die Einziehungsermächtigung gilt bis auf Widerruf und erlischt automatisch bei Beendigung des Abonnements.

Datum

Unterschrift des Abonnenten/Kontoinhabers

Ich bin darüber belehrt, daß ich diese Bestellung des Abonnements ohne Angabe von Gründen gegenüber dem Verlag Diagnosen, Untere Burghalde 51, D-7250 Leonberg, binnen einer Woche schriftlich widerrufen kann, daß es zur Fristwahrung genügt, wenn der Widerspruch innerhalb der laufenden Frist abgesandt wird.

Unterschrift

Ich habe den neuen Abonnenten geworben und erhalte dafür das Buch »Der namenlose Krieg«. Der neue Abonnent war noch nicht Bezieher dieser Zeitschrift, ist nicht mit mir identisch, und ihm wurde eine Kopie dieses Bestellscheins ausgehändigt. Meine Anschrift:

Name

Vorname

Straße und Hausnummer/Postfach

Postleitzahl/Stadt/Land

CODE
Das *andere* deutsche Nachrichtenmagazin



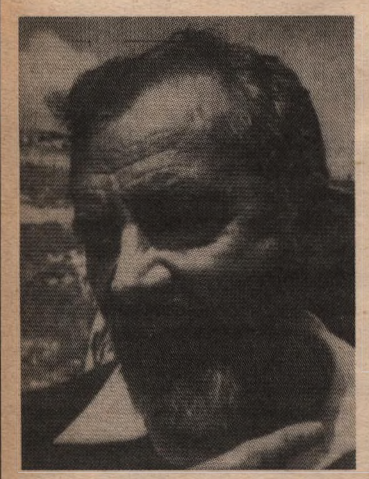
CIA-Chef William Webster ließ kein einziges Wort über die Affäre Schalck verlauten.



Henry Kissinger begann 1970 als damaliger US-Außenminister die Beziehungen zum kommunistischen China auszubauen.

4. Jahrgang Nr. 11 November 1990

und anderen religiösen und ethnischen Gruppen auszuschalten. Die Wirklichkeit sieht jedoch anders aus.



Rabbi Meir Kahane und seine Jewish Defense League arbeiten eng mit der ADL zusammen.

Revisionismus



Winston Churchill war im Ersten Weltkrieg britischer Marineminister und bereitete den Coup gegen die »Lusitania« von langer Hand vor.

Ständige Rubriken

Deutschland

Die Kosten der Vereinigung

Klaus Wagner

Auf dem Papier gibt es zwei Koalitionen, nämlich die Regierungskoalition von Union und der FDP sowie die rot-grüne Opposition. In Wirklichkeit gibt es aber eine große Koalition – zumindest was die Vereinigung mit der DDR angeht. Aus keiner der etablierten Parteien fehlt es nämlich an Mahnern, daß die Vereinigung mit der DDR die Wirtschaftskraft der Bundesrepublik überfordern würde, daß deutliche Steuererhöhungen hierfür nötig wären, und daß in der DDR Arbeitslosigkeit in Millionenhöhe hingenommen werden müsse. Diese Politiker machen sich damit zu Vasallen der SED und unterstützen diese in ihrem miesen Spiel.

Während in der Union besonders lautstark immer wieder der baden-württembergische Ministerpräsident Späth ohne Grund Steuererhöhungen als unausweichlich bezeichnet, ist es in der SPD des »Trio Infernale« in Form von Oscar Lafontaine, Wolfgang Roth und Ingrid Matthäus. Kaum ein Tag vergeht, ohne daß nicht irgendeiner dieser drei Horrorszenarien an den Himmel malt. Und Oscar Lafontaine fühlt sich sogar noch in seiner bereits vor Monaten ähnlich geäußerten Meinung bestätigt, weil die Entwicklung in der DDR nicht nahtlos an die Wunschträume einiger Superoptimisten anschließt, sondern sich so entwickelt, wie es die Realisten vorhersagten – was aber noch immer deutlich besser ist, als das was Lafontaine prognostizierte, was er mit seiner sicherlich guten Rhetorik aber wieder ausgleicht –.

Ergebnis unsachlicher Hetzpropaganda

Die Sozialdemokraten können sich zumindest in diesem Punkt die Hand mit Gysis PDS – wie sich die SED jetzt verharmlosend nennt – reichen. Denn beide Horrorszenarien könnten fast von dem gleichen »Experten« geschrieben worden sein. Mehrere Millionen Arbeitslose – Gysi sprach sogar von vier Millionen –, Steuererhöhungen in Milliardenhöhe. Es würde an dieser Stelle zu weit führen, all diese Prognosen zu wiederholen. Lafontaine verdummte sich sogar nicht in einem »Spiegel«-Interview zu behaupten, die DDR wäre bis zum Fall der Mauer ein blühendes Industrieland gewesen.

Und die PDS, die SPD und all ihre Hilfstruppen haben es dann auch tatsächlich geschafft, die Leute hüben wie drüben total zu verunsichern. Die Zinsen steigen drastisch, die Aktienkurse fallen, manch ein hochqualifizierter DDR-Arbeitnehmer, der ohne die geringsten Probleme jederzeit einen Arbeitsplatz finden würde, spart und spart, ohne sich ein bißchen Luxus zu leisten, und – was am schlimmsten ist – die Vorbehalte der Bundesbürger gegen ihre Landsleute aus der bisherigen sowjetischen Besatzungszone wachsen. Es gibt nicht wenige, ihre Zahl wird wahrscheinlich die Millionengrenze weit überschritten haben, die sagen »Wäre doch bloß alles beim alten geblieben«. Und dies ist nichts anderes als das Ergebnis unsachlichster Hetzpropaganda!

Erst Investitionen – dann Profit

Denn die Wirklichkeit sieht doch ganz anders aus. Wie jeder erfolgreiche Unternehmer weiß, muß zuerst investiert werden, ehe der Gewinn eingesteckt werden kann. Und genauso ist es auch mit der DDR. Die heute aufzubringenden Gelder kommen morgen mit Zins und Zinseszins wieder herein!

Das in Köln ansässige Institut der deutschen Wirtschaft hatte schon im Frühsommer vor jeglicher Panikmache gewarnt und erklärt, die DDR benötige lediglich in den ersten Jahren eine gemessen an der bundesdeutschen Wirtschaftskraft winzige Anschubfinanzierung von lediglich wenigen Milliarden Mark. Der Rest finanziere sich zuerst selbst, und bis zur Jahrtausendwende wird dann ein vielfaches von den Subventionen wieder zurück in den Staatssäckel fließen.

Der Hauptpunkt, der von Gysi, Lafontaine und Konsorten immer »vergessen« wird, sind nämlich die Steuereinnahmen, die in der DDR äußerst reichlich fließen werden. Sei es die auch dort jetzt eingeführte Umsatzsteuer, Kfz-Steuer und viele mehr. Allein aus diesen Einnahmen kann der Großteil der benötigten Gelder aufgebracht werden. Siehe nur den zu Jahresbeginn kaum erhofften Zulassungsrekord bei Pkw's.

Der zweite Punkt sind die Unternehmen. Diese, und nicht der Staat, bringen nämlich in erster Linie die Gelder für den Aufbau einer funktionierenden Wirtschaft auf. Der Abriß und anschließende Aufbau ganzer Industriekomplexe, die Weiterbildungskosten, das Transportwesen wird von der Wirtschaft und nicht vom Staat bezahlt.

Ungerechtfertigt von einem Chaos zu sprechen

Aber, werden jetzt wieder die Einwände kommen, diese Investitionen wirken sich steuermindernd auf die Bilanzen aus, und außerdem gibt der Bund Subventionen hierfür. Hier kann nur wiederholt werden, was auch schon oben stand. Die in ein, zwei, drei Jahren hereinkommenden Gelder überwiegen diese Aufwendungen bei weitem. Dieses zählt zum im ersten Semester gelehrten Basiswissen eines jeden Betriebswirtschaftsstudenten. Wer dies von den Politikern nicht sagt, lügt entweder – oder sollte sein Geld besser mit etwas anderem verdienen!

Sehr gut dargestellt hat dies das Vorstandsmitglied der Deutschen Bank, Georg Krupp. Angesichts von immerhin 120.000 Neugründungen von mittleren und kleineren Betrieben – und die sind das Rückgrat einer funktionierenden Wirtschaft und nicht die Konzerne, so beschäftigt alleine der Mittelstand den Großteil aller Arbeitnehmer –, sei es »töricht und ungerechtfertigt«, von einem Chaos in der DDR zu sprechen.

Zwar räumte auch Krupp ein, daß die Investitionen mancher Unternehmen niedriger als erhofft und eigentlich auch erwartet ausgefallen seien, doch liege dies an den lange Zeit ungeklärten Besitzansprüchen auf Grundeigentum. Und dieses ist das A und O von Unternehmen. Denn keine Firma kann es sich erlauben, mit einem zwei- oder gar dreistelligen Millionenaufwand Fabriken zu errichten, um diese dann wenig später vielleicht wieder abreißen zu lassen oder horrende Mieten oder Ausgleichszahlungen hierfür zu zahlen.

Auch die Absatzschwierigkeiten im Konsumgüterbereich werden nach Überzeugung des Deutschbankers bald vorbei sein. Es sei derzeit nur so, daß die Ex-DDRler aus einem Nachholbedarf Waren aus dem Westen bevorzugten. Angesichts der Werbung mit der sie auch schon in DDR-Zeiten via Fernsehen überschwemmt wurden, auch kein Wunder. Auch kam die Stiftung Warentest zu dem Ergebnis, daß die Qualität vieler in der DDR hergestellten Waren, zum Beispiel Kameras, Drucker, sogar gut sei und mit manchen Westwaren mithalten kann. Es ist nur eine Frage der Zeit, wann die Ex-DDRler wieder auf »ihre« Produkte umsteigen werden.

Und laut interner Studie des Bundeswirtschaftsministeriums, die mit denen der meistens vorsichtiger agierenden Unternehmen und den Wirtschaftsforschungsinstituten größtenteils übereinstimmt – in manchen Punkten sogar pessimistischer ist und nicht, wie Lafontaine sagt, überoptimistisch –, werden alleine bis 1992 im Gebiet der früheren DDR nur auf dem Dienstleistungssektor und der Bauwirtschaft eine Million neue Arbeitsplätze entstehen. □

Bonn

Kohls Verrat an den Vertriebenen

Alfred König

Die CDU hat sich seit ihrer Gründung kurz nach Ende des Zweiten Weltkriegs immer als Partei der Vertriebenen verstanden und hat sich, zumindest vordergründig, immer für deren Belange eingesetzt. Wer erinnert sich nicht noch an die Zeiten, in denen die Vertriebenen-Politiker Hupka und Czaja bei Wahlen ganz vorne eine der sichersten Listenplätze innehatten – ehe sie dann vor wenigen Jahren geschasst wurden – und die christlich-demokratischen und christlich-sozialen Politiker auf den Veranstaltungen der Vertriebenen- und Heimatverbände immer wieder erklärten, die Gebiete jenseits der Oder-Neiße-Linie seien und blieben deutsch und sich damit die Stimmen der gutgläubigen Ostdeutschen und ihrer Kinder und Enkelkinder sicherten.

Die damaligen Reden und Versprechen fallen aber, wie sich in diesen Tagen herausstellt, unter die Rubrik »Lippenbekenntnisse«. Schließlich konnten selbst die größten Optimisten noch vor zwei Jahren nicht erahnen, welche Umwälzungen sich heutzutage innerhalb des Ostblocks abspielen. Jetzt, wo das Thema der deutschen Ostgrenze aber urplötzlich wieder aktuell wird, werden ganz schnell die abenteuerlichsten Erklärungen hervorgeholt, um bloß einen Ausweg aus den seinerzeit abgegebenen Versprechungen zu finden.

Unabdingbarer Preis für die Einheit

Kürzlich erneut geschehen auf dem Vertriebenentag in Stuttgart-Bad Cannstatt. So lauteten dann auch die Überschriften in den Zeitungen »Kohl bekräftigt Endgültigkeit der deutsch-polnischen Grenze« oder ähnlich. Der Bundeskanzler erkärte dabei, die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als deutsch-polnische Grenze sei der unabdingbare Preis für die deutsche Einheit gewesen. Das hätten nicht nur die Polen gefordert – seit wann muß sich ein deutscher Bundeskanzler in seiner Politik nach dem richten, was die Polen fordern –, sondern auch die Amerikaner, die Franzosen, die Engländer, denen »wir zu verdanken haben, daß wir nun mehr als 40 Jahre in Frieden und Freiheit leben durften«. Er wisse, so Kohl weiter, daß die Anerkennung der bestehenden Grenze viele Menschen tief geschmerzt habe. Für die Vertreibung gebe es weder eine moralische noch eine rechtliche Rechtfertigung. Er warne jedoch davor, »zu Gefangenen einer Sichtweise zu werden, die mit den dunklen Seiten der Vergangenheit nur die halbe Wahrheit zur Kenntnis nimmt«. Es dürfe nicht vergessen werden, welch unsagbares Leid unseren Völkern von den Deutschen zugefügt worden sei. Das NS-Regime habe den Krieg und seine Folgen zu verantworten und damit gemeinsam mit Stalin den Verlust Ostdeutschlands.

Wenn man diese Zeilen liest, muß man sich unwillkürlich fragen, woher der Bundeskanzler seine Geschichtskenntnisse hat. Sie erinnern sehr an das, was Anthony Burgess in seinem Buch »Uhrwerk Orange« mit der Gehirnwäsche beschrieben hat. So war dann auch das einzig positive an dieser Rede, daß einige der im Kurhaus versammelten Vertriebenen zum Teil unter lautstarkem Protest den Saal verließen, während andere sich mit Zwischenrufen und Pfiffen begnügten.

Bezeichnend war, daß der Bundeskanzler sowohl in dieser als auch in vielen vorherigen Reden stets den Standpunkt und die Argumente Polens übernahm. Kein Wort davon, daß bereits vor Beginn des Zweiten Weltkriegs schwerste Verbrechen bis hin zu Vergewaltigung und Mord an Deutschen begangen wurden, die dann kurz nach Beginn des Polenfeldzugs im »Bromberger Blutsonntag« ihren vorläufigen »Höhepunkt« fanden. Kein Wort davon, daß die Polen mit ihrer damaligen chauvinistischen Politik neben England, Frankreich und vor allem den USA die wahren Schuldigen am Zweiten Weltkrieg waren und dutzendfach gegen Verträge verstießen. Um nur einen Punkt zu nennen, es war verboten, Waffen in Danzig zu lagern, was die Polen aber tonnenweise machten etc.

Ebenfalls kein Wort davon, daß die Zeit des »Friedens und der Freiheit«, die wir den damaligen westlichen Alliierten zu verdanken hätten, gleichzeitig mit dem Verlust eines großen Teils der Souveränität erkauft wurde, der eine objektive Geschichtsforschung bis heute wenn nicht ganz unmöglich macht, sie jedoch sehr erschwert, der in einer Hetzjagd selbst auf gemäßigte nationale Kräfte gipfelte, während im linken Lager extremste Kräfte sich nahezu ungehindert tummeln durften.

Dabei hätte es genug Möglichkeiten gegeben, die Gebietsansprüche der Polen – denn darum handelt es sich – in Wirklichkeit, denn nicht wir Deutsche wollen polnisches Land, sondern die Polen urdeutsches Land – mit deutschen Interessen auf einen Nenner zu bringen.

Das Beispiel Japan zeigt es

Eine der Möglichkeiten zeigte etwa Japan auf, das bis heute auf die Rückgabe der kurz vor Kriegsende von den Sowjets okkupierten Kurilen-Inseln besteht. Jetzt zeigten sich die Sowjets bereit, diese Inselgruppe unter UN-Verwaltung zu stellen. Doch auch über andere Lösungsvorschläge zeigte sich die sowjetische Regierung gesprächsbereit. Aber das erfordert eine standhafte Regierung, die es in der Bundesrepublik bislang nicht gab – wenn man mal von einigen Dingen, die aber meist nicht diese Bedeutung hatten, absieht –.

Auch die Vertriebenen sind nicht so blauäugig zu glauben, daß man, wenn man nur lieb »Bitte, bitte« sagt, die ostdeutschen Gebiete zurückbekommt. Doch sie boten ebenso eine Reihe von Kompromißmöglichkeiten an, wie auch die in Schlesien lebenden Deutschen.

So sagten etwa der Generalsekretär des Bundes der Vertriebenen, Koschyk, und der CSU-Europaabgeordnete von Habsburg auf einer Kundgebung in Oberschlesien, daß Oberschlesien das »Südtirol des Ostens« werden soll – eine »europäische Modellregion, in der Deutsche und Polen friedlich zusammenleben können«.

In einem langen Leserbrief an die »Frankfurter Allgemeine Zeitung« erläuterte Koschyk dann die von seiner Organisation favorisierte Aktion »Frieden durch freie Abstimmung«, worin neben der nationalstaatlichen Lösung auch ein »dritter Weg« vorgeschlagen wurde: Ein neues europäisches Territorium in den Gebieten östlich von Oder und Neiße mit autonomer Selbstverwaltung in allen die Volksgruppen betreffenden Fragen, mit einem gemeinsamen Parlament und einer gemeinsamen Regierung zur Lösung übergreifender Fragen.

Eine derartige Europäisierung könne sich auch in Stufen vollziehen und beispielsweise damit beginnen, daß man Stettin zum »europäischen Freihafen macht« und die geteilten Städte an Oder und Neiße zu »freien europäischen Friedensstädten« wieder zusammenführt.

Eine andere oder auch eine zusätzliche Möglichkeit wäre gewesen, den immensen Kapitalbedarf Polens an Zugeständnisse der polnischen Regierung in der Oder-Neiße-Grenzfrage zu bedingen – ähnlich wie es seinerzeit auch David Irving ins Spiel brachte –. Sicherlich hätte dies international erst einmal Proteste und Widerspruch gegeben, aber kann man von einer Regierung nicht auch einmal fordern, daß sie Konflikte zur Durchsetzung wichtigster Ziele in Kauf nimmt? Denn hierbei handelt es sich darum, daß schließlich verlangt wird, daß Deutschland auf etwa ein Viertel seines Gebietes verzichtet. Eine große Chance wurde verspielt, und leider zeigt sich, daß die Geschichte derartige Angebote meist nur einmal macht. □

Deutschland

Die Forderungen nehmen kein Ende

Gerhard Walder

»Die Juden sind für die Wiedervereinigung Deutschlands«, »Trotz mancher Ängste befürwortet die jüdische Regierung ein vereintes Deutschland« – so oder zumindest so ähnlich lauteten und lauten immer wieder Schlagzeilen, wie das »auserwählte Volk« über die nun rund einen Monat alte Vereinigung der Bundesrepublik mit der DDR denkt. Daß diese Befürwortungen oftmals aber nur Lippenbekenntnisse beziehungsweise daß sie noch öfter an konkrete Forderungen gebunden sind, liest oder hört man aber, wenn überhaupt, nur in Nebensätzen.

So etwa beim kürzlich erfolgten Besuch des israelischen Außenministers David Levy in der Bundesrepublik – übrigens der erste Auslandsbesuch des jüdischen Politikers –. Was man in den vielen Berichten über diesen Besuch nicht erfuhr, konnte man dann in der »Allgemeinen Jüdischen Wochenzeitung (AJW)« nachlesen. Dort heißt es wörtlich: »Zur Reparationsfrage erläuterte Levy, daß Israel von der DDR 1,5 Milliarden US-Dollar Schadenersatz fordere. ›Deutschland ist mit der kommenden Wiedervereinigung eine Weltmacht‹, und deshalb sei die Bonner Regierung der Adressat in der Wiedergutmachungsfrage.«

Weitere Reparationszahlungen möglich

Zur Ehre von Bundesaußenminister Genscher muß gesagt werden, daß dieser seinem israelischen Gast klarmachte, für die Zeit der 40jährigen Existenz der DDR nicht zuständig zu sein. Das sei allein Sache der DDR-Regierung. »Beide Seiten wollten aber die Beratungen über mögliche Reparationsleistungen fortsetzen«, heißt es hierzu in der »AJW«.

Doch nicht nur aus Israel kommen Forderungen jüdischer Verbände. Lassen wir noch einmal die »AJW« zu Worte kommen: »Als einer der ersten jüdischen Verbände im neuen Ungarn formierte sich im August des vorigen Jahres der Landesverband der ehemaligen Zwangsarbeiter. Dieser umfaßt die Juden, die während des Zweiten Weltkriegs zu Zehntausenden zur Zwangsarbeit – meist an der Ostfront – eingesetzt wurden. Doch der Verband möchte auch die Interessen der Deportierten wahrnehmen, zumal nach seiner Auffassung nach dem 19. März 1944, dem Tag der deutschen Besetzung Ungarns, alle Juden zu Zwangsarbeitern wurden. Es handelt sich nach Schätzungen des Verbandes um 60.000 bis 80.000 Menschen, von denen nur die Hälfte Erben sind.

Wie der Vizepräsident des Verbandes, Stefan Schwartz, erklärte, geht es einerseits darum, von ungarischen, andererseits von deutschen Stellen Wiedergutmachung zu erlangen. Schwartz betonte, auch gegenüber der deutschen Regierung Forderungen zu haben, die sich aus der Goldmann-Adenauer-Vereinbarung ableiteten. Zwar habe es zwischen 1957 und 1963 schon eine Wiedergutmachung gegeben, doch man möchte die Größenordnung erhalten, wie sie im Westen gegolten habe, statt der pro Toten gewährten Summe, die einem Zehntageverdienst eines damaligen deutschen Arbeiters entsprochen habe.

Seinen Anspruch habe der Verband bereits in seiner Gründerzeit der deutschen Regierung unterbreitet. Er habe den Bescheid erhalten, die ungarische Regierung habe im Friedensvertrag von 1947 auf alle Forderungen ihrer Bürger verzichtet. Die Rechtsauffassung des Verbandes hingegen sei, daß die damalige ungarische Regierung keinen solchen Verzicht im namen der verfolgten ungarischen Juden hätte leisten dürfen.«

Sonderstatus »Volk im Staat«

Besonders interessant sind dabei die letzten beiden Sätze. Diese besagen nämlich nichts anderes, als daß zumindest die ungarischen Juden sich nicht als Teil eines Staates, in diesem Fall des ungarischen, empfinden, sondern im Gegenteil eine Art Sonderstatus als »Volk im Staat« zugesprochen haben wollen, für das dann rechtsverbindliche, von der betreffenden Regierung abgeschlossene Verträge nicht gelten sollen beziehungsweise nur dann, wenn »die Juden« – wer vertritt sie denn völkerrechtlich? – diesem ausdrücklich zustimmen.

Daß die jüdischen Verbände für ihr Vorhaben, weitere Wiedergutmachungszahlungen in Milliardenhöhe zu erlangen, durchaus auch aus Deutschland starke Unterstützung erlangen, hat sich zum Beispiel an den Äußerungen des bis zur (Teil-)Wiedervereinigung DDR-Gesundheitsministers Jürgen Kleditzsch gezeigt. Dieser erklärte:

»Wir verstehen diese Mahnung (gemeint sind die Worte des Friedensnobelpreisträgers Elie Wiesel, die dieser am 9. Mai dieses Jahres vor der Wannsee-Villa gesprochen hat; der Verfasser) für heute und für die Zukunft. Aus der Erinnerung an die Opfer wird tätige Verantwortung erwachsen. Die Bürger unseres Landes sollen, ja müssen hören und lesen, was ihre Vergangenheit betrifft und welche Konsequenzen sich aus dem eigenen damaligen Verhalten und aus dem der Nachgeborenen für die Zukunft ergeben. Heute leben die einst gequälten Menschen in Israel und in aller Welt zerstreut. Sie haben die Barbarei der Verfolgungen, der Lager physisch überstanden. ›Wiedergutmachung für die jüdischen Opfer nazistischer Verfolgung‹, erklärte Ministerpräsident Lothar de Maizière anläßlich des Besuches der Delegierten des Jüdischen Weltkongresses im Palast-Hotel am Tag der Befreiung, dem 8. Mai 1990, ›Linderung des noch heute andauernden Leides, zum Beispiel durch die Unterstützung der AMCHA-Arbeit (AMCHA ist eine jüdische Stiftung; der Verfasser), das sind notwendige Schritte, zu denen sich die Regierung der DDR aus historischer Verantwortung entschlossen hat. Dabei wissen wir, daß für die Dimension des Schreckens, für die Singularität des Holocaust, eine Wiedergutmachung eigentlich unmöglich ist.‹«

Vierzig Jahre sind nicht lange genug

Und Bundestagspräsidentin Rita Süßmuth erklärte in einem Interview mit der »AJW«: »Für einen Israeli und einen Juden ist die lange Geschichte der Verfolgung seine ausschlaggebende Geschichte. Mir ist jetzt noch einmal deutlich geworden: 40 Jahre und auch mehr sind keine Zeitspanne in der Aufarbeitung ... Für mich ist es eine Verpflichtung, gerade aus der Vergangenheit für die Zukunft zu lernen.«

Trotz viermaligen Fragens lehnte es Rita Süßmuth allerdings ab, daß das »gesamtdeutsche Parlament« – natürlich ohne Volksvertreter aus Ost-Deutschland – bei seiner konstituierenden Sitzung »ein Bekenntnis zur Kontinuität der Geschichte, zur Schuld und Wiedergutmachung« (so der Fragesteller) abgibt. Dadurch könnte »dann das bisher Erreichte im Verhältnis zwischen den Deutschen in der Bundesrepublik und den Israelis diskreditiert« werden, meinte die Bundestagspräsidentin.

Sehr kritisch mit der Entwicklung seit dem 9. November des vergangenen Jahres setzte sich auch die jüdische Zeitschrift »Semit« auseinander. In einem Artikel eines gewissen Julius H. Schoeps heißt es hierzu: »Bis in den Herbst des letzten Jahres konnte man sich als Jude mit dem jeweils bestehenden Staatengebilde Bundesrepublik bzw. DDR identifizieren. Man verstand sich als Bürger des Staates, in dem man

lebte, und es war nicht notwendig, ein wie auch immer geartetes Bekenntnis zu Deutschland und dem Deutschtum abzulegen. Erleichtert wurde dies durch die Tatsache, daß beide Staaten quasi besetzte Staaten waren. Für die Juden in der Bundesrepublik und in der DDR war die eingeschränkte Souveränität, die Anwesenheit der Siegermächte des Zweiten Weltkrieges ein gewisser Schutz, der es ihnen ermöglichte, ohne Ängste und Befürchtungen im Nachkriegsdeutschland zu leben.«

Die Gefahr heißt Antizionismus

Auch hier stellt sich die Frage, ob diejenigen Juden, die so fühlen wie Schoeps, sich nicht selbst ausgrenzen und durch ihre offen geäußerte Abgrenzung zu allem, was deutsch ist, sich das Leben nicht unnötig selber erschweren. Dies ergibt sich auch aus den weiteren Ausführungen Schoeps.

»In Zukunft wird es, auch das ist eine Frage des neu gewonnenen Selbstwertgefühls, für Antisemiten wieder möglich sein, sich öffentlich als Antisemiten zu bekennen.« Schoeps spielt damit die »Gefahr«, die von einer Handvoll echter »Judenhasser« ausgeht, ins Unermeßliche hoch. Wenn überhaupt, dann gibt es vielleicht »Anti-Zionismus«, also argumentativer Widerstand etwa gegen die Besatzungs- und araberfeindliche Politik der derzeitigen israelischen Regierung, doch ist dieser selbst im jüdischen Volk massenhaft vertreten.

Schoeps weiter: »Für die Juden bringt die seit dem 9. November 1989 eingetretene Entwicklung keine Vorteile. Im Gegenteil. Im Gegensatz zu der Mehrheit der Deutschen erscheint für sie die (Wieder-)Vereinigung nicht als Chance, sondern als Bedrohung.

Sie müssen bereits jetzt feststellen, daß es der deutschen Bevölkerung nicht so sehr um Freiheit und Selbstbestimmung geht, sondern in erster Linie um die Verwirklichung der deutschen Einheit. Mißtrauisch ist man gegen Formeln wie die, ›daß zusammenwächst, was zusammengehört‹ (Willy Brandt). Dahinter werden Anfänge eines neuen Nationalismus vermutet, der auch nicht durch Versicherungen beschwichtigt wird, daß die Vereinigung der beiden deutschen Staaten sich im europäischen Kontext vollziehen wird.

Kein Wort des Bedauerns

In Kenntnis der deutschen Geschichte weiß man, was es bedeutet, wenn vom ›Volk‹ gesprochen wird und ›Völkisches‹ Konjunktur hat. Diejenigen werden nicht mehr lange auf sich warten lassen, die darüber debattieren, wer zum Volk gehört und wer nicht. Um mich klar und unmißverständlich auszudrücken, ich befürchte, die Juden werden bald wieder mit der Frage konfrontiert werden, ob Juden Deutsche sind oder nicht.« Auch hier muß man fragen, ob dies in Wirklichkeit nicht von einigen Juden, von denen, die so denken wie Schoeps, selber ausgeht? Auch ist die Frage berechtigt, ob Schoeps durch sein Verhalten nicht das selber erst provoziert, was er fürchtet?

Besonders interessant ist auch das Wirken des Vorsitzenden des Zentralrats der Juden in Deutschland, Heinz Galinski. Dieser protestierte kürzlich in scharfer Form dagegen, daß auch heute noch, nach dem Fall des SED-Regimes, »›Offiziere‹ für die Terroristengruppe der PLO« in der DDR ausgebildet werden. Auch sei er erstaunt darüber, daß rechtsextremistische Kräfte in der DDR »frei schalten und walten könnten, ohne daß von staatlicher Seite etwas dagegen unternommen werde«. Auch sprach sich Galinski für verstärkte Sicherheitsmaßnahmen zugunsten jüdischer Einrichtungen aus.

Bei den deutschen Juden ist es ein offenes Geheimnis, daß die »AJW« das Sprachrohr des Zentralrats ist. Wenn man diese im vorhergehenden Absatz zitierten Äußerungen Galinskis hört, muß man umso empörter über den Artikel »Doppelmord führte zu Eskalation der Gewalt« sein, der die Vorfälle in Israel nach dem von Palästinensern verübten Doppelmord an zwei israelischen Jugendlichen beschrieb. Man erinnere sich, selbst Nachrichtenagenturen haben in der Überschrift von einer »Jagd auf die Araber« und von ihnen selber als »Pogrom« bezeichneten Vorfällen geschrieben.

Das schlimme an diesem Artikel ist, daß er zwar mit relativ milden Worten diese Vorfälle ablehnt, aber kein Wort des Bedauerns darüber äußert. Am weitgehendsten sind noch folgende Sätze: »Die israelische Öffentlichkeit ist sich der strikten Ablehnung solcher Gestalt weitestgehend einig.« Es könne nicht ausgeschlossen werden, daß auch der eine oder andere Jude in Israel klammheimliche Genugtuung darüber empfindet, daß es nun nicht nur Juden, sondern Araber seien, die im Alltag Angst hätten, doch wäre eine solche Entwicklung eine Gefahr, »weil ihr ein Hauch von Belfast oder Beirut anhaften würde«.

Dann wird noch davon gesprochen, daß »Israel als ein Rechtsstaat solche Handlungen an sich zu verhindern hat« und endet schließlich in den bezeichnenden Sätzen: »Selbst Anhänger eines harten Durchgreifens gegen die Intifada müssen unmißverständlich klarmachen, daß sie damit keine Straßenüberfälle meinen. Der Befürchtung, damit etwa Wahlsympathie zu verlieren, muß konsequent widerstanden werden.« Kein Wort des Bedauerns, kein Wort des Mitleids mit den arabischen Opfern, kein gar nichts. Obwohl nicht Galinski, sondern ein Wolf Silberbach, der Verfasser dieses Artikels war, muß Galinski, der einmal sagte »Wir waren es schließlich, die Deutschland den Weg in die Völkerfamilie geebnet haben«, sich eine Mitverantwortung hierfür zugestehen lassen.

Lesen wir, was Professor Dr. Oswald LeWinter im »Semit« über eben diesen Galinski schrieb: »Der mit bebender Stimme abgespulte ›Brief an die Römer‹ (gemeint ist Galinskis Vortrag bei der Tagung des Jüdischen Weltkongresses vom 6. bis 8. Mai dieses Jahres in Berlin; der Verfasser) des Herrn Galinski war keineswegs erfreulicher. Man hörte zu und merkte, daß Galinski heute noch im Bann eines Ghettodenkens steht. Einer von der dogmatischen Sorte. Heinz Galinski ist nämlich von dem Anspruch beseelt, die unwidersprochene Alleinherrschaft über die deutschen Juden zu besitzen und grenzt jeden, der sich diesem Anspruch widersetzt, erbarmungslos aus.
Das mußte die Ost-Berlin Gemeinde Adass Jisroel ... wieder auf schmerzliche Art erfahren. Obwohl die Gemeinde, eine von der DDR anerkannte Körperschaft des Öffentlichen Rechts geworden ist. Man konnte Galinskis ›Naches‹ (Genugtuung) kaum übersehen auf dem Empfang des Ministerpräsidenten de Maizière, nachdem seine Kontrahenten in der letzten Minute durch einen unglaublichen Druck auf die DDR-Regierung ausgeladen worden waren.«

Pat und Patachon

Fast noch schonungsloser kritisiert Abraham Melzer im »Semit« den Zentralratsvorsitzenden und sein Verhalten bei der Tagung des Jüdischen Weltkongresses: »Was hatten Galinski und Bronfman, die wie Pat und Patachon immer zusammen auftraten, den Deutschen oder gar der Welt schon zu sagen, außer einer Unmenge banaler und peinlicher Ermahnungen, die so leer und nichtssagend waren, wie zum Beispiel Bronfmans Forderung – oder war es eine Bitte? oder vielleicht auch nur ein Wunschtraum? –: ›Das neue Deutschland muß für alle Zeiten eine wahre Demokratie darstellen.‹ Oder: ›Die Juden beten, daß Sie (die Deutschen) beweisen werden: Die Welt hat nichts mehr von ihnen zu befürchten.‹«
Melzer schreibt weiter: »Alles in allem frage man sich am Ende, wozu das alles eigentlich gut war, außer zur überdimensionalen Darstellung von Galinski und Bronfman? Aber was kann man schon von einem JWC erwarten, der sich einen Whiskey-Milliardär als Präsidenten leistet, nachdem er fast 30 Jahre vom Groß- und Weltbürger Nachum Goldmann (1949-1978) geführt worden ist, und was von einem Zentralrat, in dem Funktionäre und Bauspekulanten die Juden in Deutschland repräsentieren sollen, immerhin die Judenheit, die vor dem Krieg von Leo Baeck, Martin Buber und Albert Einstein repräsentiert wurde. Aber von Kultur und jüdischem Geist und gar Ethik war natürlich gar keine Rede. Unter Wiederaufbau von Gemeinden versteht Galinski Wiederaufbau von Häusern, denn diese sieht man wenigstens und er kann seine Leistung zeigen (ja, sogar fotografieren und in der ALLGEMEINEN abbilden).« □

SPD

Man stiehlt sich aus der Verantwortung

Alfred König

Nun, knapp einen Monat vor der ersten »gesamtdeutschen Wahl« – ohne Wahlrecht für die in der polnischen Besatzungszone lebenden Deutschen –, heißt es Bilanz zu ziehen, was die SPD in den vergangenen Monaten für die (Teil-)Einheit Deutschlands getan hat: Das Resultat ist blamabel. Statt ihre Kräfte für das Wohl Deutschlands einzusetzen, dachte die SPD bloß an ihre eigenen Vorteile, regte sich über Kleinigkeiten auf und stahl sich aus ihrer Verantwortung.

CODE ist bereits in den vergangenen Monaten mehrfach auf das Verhalten der Sozialdemokraten eingegangen, so daß hier keine Wiederholungen vorgenommen, sondern ausschließlich die jüngsten Entwicklungen analysiert werden sollen. Besonders der Monat August stellte dabei einen Tiefpunkt für die sicherlich traditionsreichste Partei Deutschlands dar.

Politik eines trotzigen Kindes

Wie ein kleines trotziges Kind reagierte die SPD auf den mehr als berechtigten Rausschmiß ihrer Minister Romberg (Wirtschaft) und Pollack (Landwirtschaft) aus der Regierung durch DDR-Ministerpräsident Lothar de Maizière – daneben wurde auch eine CDU- und ein FDP-Minister entlassen –. Romberg hatte sich lediglich dadurch »hervorgetan«, Alptraumszenarien zu entwerfen, drei Milliarden bereitgestellte Mark nicht den zuständigen Stellen zuzuleiten und Forderungen zu stellen, die meilenweit über das vertretbare Maß hinausgingen. ein Betriebswirtschaftsstudent im ersten Semester wäre achtkantig von der Uni geworfen worden, wenn er einen derartigen Unsinn wie dieser Mann von sich gegeben hätte. Nicht viel anders sah es bei Pollack aus, der trotz der – sicherlich nicht von ihm verschuldeten – katastrophalen Lage der DDR-Landwirtschaft in aller Seelenruhe Urlaub machte und erst von de Maizière zurückgerufen werden mußte. Nichts, aber auch rein gar nichts Konstruktives kam aus seinem Ministerium an Hilfe für die DDR-Landwirte. Trotz der Geldnot hätte manches getan werden können und wäre es nur eine breitangelegte Sympathiekampagne für DDR-Produkte gewesen. Hat es die Führung der sozialdemokratischen Partei eigentlich nicht mitbekommen, wie zehntausende von Bauern Pollack bei einer Kundgebung auspfiffen und ihn sogar tätlich angriffen – was natürlich strikt abzulehnen ist –? Dieser Mann genoß nicht das kleinste Quentchen an Vertrauen bei den DDR-Landwirten – also war sein Rauswurf doch nun wirklich überfällig.

Statt nun also diese – ausnahmsweise – vollkommen richtige Entscheidung des ansonsten äußerst schwachen DDR-Ministerpräsidenten de Maizière zu akzeptieren und neue für diese Bereiche kompetente Leute zu präsentieren, schmollte die SPD wie ein kleines Kind und stellte damit ihr Ego über die Bedürfnisse der DDR. Der Austritt der SPD mit dem gleichzeitigen Auszug der SPD-Minister aus der Regierung ist nämlich nicht anders zu bewerten. SPD-Kanzlerkandidat Lafontaine kritisierte im übrigen an allem und jedem, ohne jedoch auch nur in einem einzigen Fall konkrete Vorschläge zu machen.

Einer der wenigen, der Respekt verdient

Einer der wenigen SPDler, denen wirklich Respekt zu zollen ist, ist der kurz darauf aus Protest über die Entscheidungen seiner Partei von seinem Amt zurückgetretene Vorsitzende der Volkskammerfraktion, Richard Schröder, der sich strikt gegen einen Auszug aus der Regierungskoalition aussprach. Schröder war auch einer der ganz wenigen in der SPD, der nur wenige Wochen vorher das mehr als skandalöse Verhalten des früheren SPD-Chefs Ibrahim Böhme scharf kritisierte, während die restliche SPD-Spitze schwieg und die Eskapaden Böhmes, der jüdischer Abstammung ist, damit anscheinend tolerierten.

So hatte Böhme gemeinsam mit PDS-Chef Gysi in Köln an einer Konferenz der »Linken Liste« teilgenommen und sich dort dagegen ausgesprochen, die PDS zu verdammen, sondern sich vielmehr mit ihr auseinanderzusetzen.

Eine genauso unrühmliche Rolle spielte eben dieser Böhme auch bei der ersten Abstimmung zum Wahlvertrag, der am 9. August 1990 abgelehnt wurde. Nachdem nach tumultartigen Szenen dort eine Sitzungspause nach Ansicht Böhmes »unrechtmäßig gestreckt« wurde, enthielt er sich mit vier weiteren SPD-Abgeordneten der Stimme und brachte damit den Wahlvertrag zu Fall.

Schröder sagte daraufhin: »Böhme ist zu einem parlamentarischen Sicherheitsrisiko geworden ... Die Basis mißbilligt dieses Verhalten und auch Böhmes Koketterie mit der PDS: Böhme macht Alleingänge wie eine Primadonna. Sein Verhalten ist unpolitisch und unkollegial.«

Der Bonner Hintergrundinformationsdienst »Privat-Depesche« schrieb bereits kurz vorher unter der Überschrift: »Trotzkist Böhme?«: »Während ständig neue Gerüchte vier Minister der gegenwärtigen DDR-Regierung mit der ›Stasi‹ zusammenzubringen versuchen, rätseln nicht nur Parteifreunde in Bonn, in welche Schublade der ehemalige SPD-Ost-Vorsitzende Ibrahim Böhme zu stecken ist – und was er getan hat.

Böhme war bekanntlich von einem früheren Stasi-Offizier beschuldigt worden, ein besonders lebhafter Agent der ›Firma‹ gewesen zu sein, was Böhme bestreitet. Er schildert seine Stasi-Kontakte aus der Sicht eines langjährigen Opfers.

Nach den inzwischen vorgenommenen Recherchen gibt Böhme jedoch eine etwas merkwürdige Szene zu: Er war im Jahre 1976 von Greiz nach Magdeburg gefahren und hatte beim Einfahren des Zuges Flugzettel geworfen, auf denen der Satz stand: ›Es lebe die Gruppe Internationaler Marxisten‹ (GIM). Die GIM wird in der Bundesrepublik seit Jahrzehnten als ›verfassungsfeindliche Organisation‹ aktiver Trotzkisten eingestuft.«

Interessant ist auch, was ein ehemaliger Stasi-Offizier vor einigen Wochen sagte, daß nämlich die SPD-Bundesregierung seit Ende der siebziger Jahre über die Unterbringung von RAG-Terroristen in der DDR informiert gewesen sei. Zwar wird alles rigoros von der hiesigen SPD abgestritten, doch erinnert man sich auch daran, daß Helmut Schmidt bei der Bundestagswahl 1976 sagte, die Renten seien sicher, um nur einen Tag nach der Wahl das genaue Gegenteil zu behaupten!

Weitere Eskapaden sind auch aus Berlin zu berichten. So hat sich die Berliner Justizsenatorin Limbach aus »Anlaß der deutschen Vereinigung« für eine Amnestie ausgesprochen. Diese sollen Straftaten von Personen umfassen, die militärische Einrichtungen blockiert haben. Außerdem sollen Strafen wegen Wehr- oder Zivildienstverweigerung sowie leichtere Fälle von Landesverrat erlassen werden. Das gleiche soll auch für Strafen gelten, die wegen »des bloßen Werbens für eine terroristische Vereinigung« verhängt worden sind.

Dieses alles erinnert an den alten Witz: »Was passiert, wenn die SPD in der Wüste regiert? Zuerst gar nichts, dann aber wird der Sand knapp.« □

Gysi ruft zur Sabotage auf

Kurt Haußmann

Der Parteichef der SED/PDS, Gregor Gysi, hat bei einem Geheimtreffen mit hohen SED/PDS-Funktionären angekündigt, die Kommunisten würden wieder an die Macht kommen. Dabei sollten die alten Stalinisten, die nach wie vor die Behörden beherrschen, den Einheitsprozeß durch Sabotage verhindern. Chaos und Klassenkampf erzeugen. Durch Verzögerung von Zahlungen an Arbeitslose und durch Verschwendung von DM-Mark wolle man Unzufriedenheit hervorrufen und Bonn in Zahlungsschwierigkeiten bringen.

In Mitteldeutschland breitet sich Sorge aus, weil gegen die SED-Stasi-Täter der Regimezeit und gegen die SED-Nutznießer und Nachfolger von heute nicht entschieden genug vorgegangen wird. In Westdeutschland schüttelt man den Kopf, wenn man von Streiks, überzogenen Forderungen, Preiswucher, Engpässen in der Warenlieferung und auf der anderen Seite von verfaulenden, auf den Feldern vertrocknenden Ernten sowie von Blockierungen, Konfusion und Bürokratie in den Behörden hört.

Was Gysi und Genossen planen

Jeder vernünftige Mensch weiß, daß nun erst mal gearbeitet werden muß. Und die Mehrheit der Mitteldeutschen will das auch. Wer weiß schon, daß das Durcheinander, die Proteste, Streiks und Schildbürgerstreiche, von denen man in diesen Wochen täglich liest, von Herrn Gysi und Genossen gewollt und geplant wurden?

Das wird durch einen Mitschnitt der Gysi-Rede belegt. Gysi hat in einer Geheimrede getönt: »Wir kommen wieder an die Macht!«

Grund für seinen Optimismus: »67 Prozent der Arbeitsämter sind in unserer Hand. 80 Prozent der Betriebsdirektoren hören auf uns. Die Hälfte der Bankdirektoren bekennt sich zu unseren Zielen.«

Nach wie vor hätten die revolutionäre Theorie und die »Diktatur des Proletariats« Gültigkeit. Es handele sich jetzt um eine Übergangszeit. Die Menschen seien vom »vordergründigen Lebensstandard in der BRD geblendet«. Doch schon bald werde es in ganz Deutschland zum »offenen Klassenkampf« kommen, der »unter Umständen sehr gewalttätig« sein werde.

Der SED-PDS-Chef rief die Funktionäre zur Sabotage auf: Sie sollten auf den Arbeitsämtern die Auszahlungen an Arbeitslose verzögern und damit den Unmut schüren. Auf der anderen Seite sollte man »durch großzügige Auszahlung den kapitalistischen Staat zunehmend in Zahlungsschwierigkeiten bringen«.

Das erste Signal für den kommunistischen Sieg

Gleichzeitig forderte Gysi die roten Bankdirektoren unverhohlen dazu auf, dafür zu sorgen, daß »unserer Partei nicht das Geld ausgeht«. Auf der anderen Seite sollten sie die »Folgen der Währungsunion untragbar gestalten«. Und weiter: »Das Heraufziehen einer maximalen Inflationsrate der D-Mark wird das Signal für einen ersten Sieg unserer kommunistischen Sache sein.«

Für den Wahlkampf gab Gysi die Weisung, nicht über Stasi, Mauerbau, Schießbefehl, Umweltzerstörung und Städteverfall zu diskutieren: »Jede Schulddiskussion ist zu vermeiden.« Die Schäden der Vergangenheit sollte man den Bürgerlichen anlasten und im übrigen Steuergelder vergeuden: »Maximale soziale Leistungen, teuerste Projekte.«

Verstehen Sie jetzt besser, was Sie täglich in den Zeitungen lesen? Wenn man das Sabotage-Programm Gysis kennt, wird einem vieles klarer. Es ist nicht die Faulheit, Dummheit und Unfähigkeit der breiten Masse der arbeits- und aufbauwilligen Deutschen, die das »Durchstarten« hemmt. Das hat auch der DSU-Vorsitzende Walther erkannt, der Ende Juli die Arbeiter aufrief, bei den »SED-Chefs Druck zu machen«.

Walther kritisierte, daß viele Ex-Funktionäre der SED heute Chefs in den neuen DDR-Kapitalgesellschaften sind. Er riet den Arbeitern, Druck zu machen, um »die alten Genossen« zur Niederlegung ihrer Ämter zu zwingen. Auf diese Aufstachelungsrede des Herrn Gysi gibt es eigentlich nur eine Antwort: Anklage wegen Anstiftung zu strafbaren Handlungen.

Daß Gysis Weisungen auf allen Ebenen befolgt werden, zeigen auch die sich häufenden Skandale bei den strafrechtlichen Ermittlungen gegen SED-Stasi-Täter. In Leipzig wurden die Ermittlungen gegen vier hohe Funktionäre wegen schwerer Vergehen – Telefonüberwachung, Postdiebstahl, Devisenvergehen, Urkundenfälschung – abgeschlossen.

Es wurde jedoch keine Anklage erhoben, weil es interne Weisungen aus Ost-Berlin vom alten Generalstaatsanwalt geben soll, die Verfahren niederzuschlagen. Begründung: Die Verantwortlichen hätten nur Befehle ausgeführt. Der Aufbau Mitteldeutschlands ist die Sache aller Deutschen, besonders auch die der Westdeutschen, die nicht ganz so betrogen und ausgebeutet wurden in den letzten 40 Jahren wie die Mitteldeutschen.

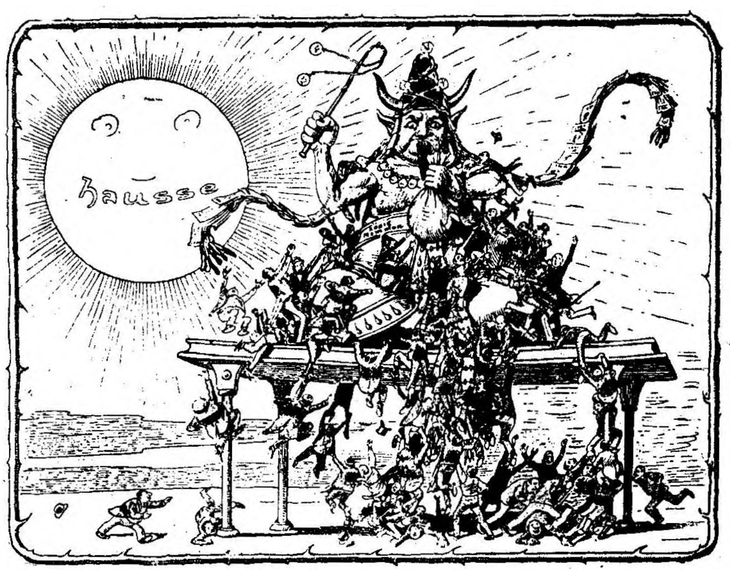
Aus Westdeutschland soll auch gern das notwendige Geld gegeben werden. Aber Voraussetzung ist, daß solchen Saboteuren wie Gysi und Genossen im Gegenzug so bald wie möglich das Handwerk gelegt werden muß.

Die SED/PDS des Herrn Gysi, deren aus den DDR-Bürgern unrechtmäßig herausgepreßtes Vermögen auf 80 bis 90 Milliarden DM geschätzt wird, will jetzt auch die westdeutschen Bürger zur Kasse bitten.

Sie fordert, daß »das gesamte Vermögen, das der KPD zunächst 1933 vom Deutschen Reich und dann wieder 1956 beim Verbot durch die Bundesrepublik entzogen wurde, sowie das Vermögen, über das zu jener Zeit Organisationen wie die FDJ und die Gesellschaft für deutsch-sowjetische Freundschaft verfügten, an die rechtmäßigen Eigentümer zurückgegeben wird«.

Die SED/PDS beruft sich darauf, der Rechtsnachfolger der KPD zu sein, soweit sich diese Partei auf dem Gebiet der heutigen Bundesrepublik ausgebreitet hatte.

Wir hoffen, daß die Wähler diesem Lenin im Schafspelz die nötige Antwort geben werden! □



Ermittlungsverfahren gegen führende Gewerkschaftler

Der Skandal um das Einzelhandelsunternehmen co op hat jetzt auch die DGB-Spitze erreicht. Wegen des Verdachts der Beihilfe zur Falschbilanzierung hat die Staatsanwaltschaft Ermittlungsverfahren gegen 18 führende DGB-Mitglieder eingeleitet. Neben dem früheren DGB-Chef Ernst Breit und dem derzeitigen Chef Heinz Werner Meyer stehen auch die Namen noch amtierender Spitzenfunktionäre wie der ÖTV-Vorsitzenden Monika Wulf-Mathies auf der Liste der Staatsanwälte.

So haben die Beamten etwa einen langen verheimlichten Vermerk aus der Finanzabteilung des Konzerns vom 17. September 1984 gefunden, der bestätigt, daß alle Bilanzen »frisiert« worden sind. Wörtlich heißt es in dem Vermerk über die co op, die unter Führung der Gewerkschaftsholding BGAG in immer größere Schwierigkeiten geraten war: »Die wirtschaftlichen Ergebnisse stehen (spätestens) seit dem Abschluß des Geschäftsjahres 1981 in Widerspruch zur bilanziellen Außendarstellung des Konzerns.« □

Kein Ende der Nazi-Prozesse in Sicht

Die Staatsanwaltschaft Stuttgart hat jetzt, mehr als 45 Jahre nach Beendigung des Zweiten Weltkriegs, Anklage gegen Josef Schwammberger erlassen. Dem 78jährigen ehemaligen KZ-Kommandanten, der im Mai dieses Jahres von Argentinien ausgeliefert worden war, wird vorgeworfen, mindestens 50 Juden ermordet und zur Ermordung von mindestens 3377 Opfern Beihilfe geleistet zu haben. Schwammberger selber räumte die Erschießung eines Menschen unter besonderen Umständen ein. Die übrigen Tatvorwürfe hat er dagegen insgesamt bestritten. □

Grüne Liebäugeln mit der PDS

Trotz mancher Lippenbekenntnisse tritt in weiten Teilen der Grünen eine unverhohlene Sympathie zur SED-Nachfolgepartei PDS zutage. So hat jetzt einer der Sprecher des Landesvorstands der baden-württembergischen Grünen, Hummel, erklärt, er werde bei der ersten »gesamtdeutschen« Wahl am 2. Dezember seine Stimme der PDS geben. Er halte es für bedenklich, »daß etwa 15 Prozent der Bevölkerung der DDR über Manipulationen am Wahlgesetzt von einer Vertretung im zukünftigen Parlament ausgeschlossen sind.

Darüber hinaus sagte Hummel: »Es ist schon spannend, wie gerade diejenigen Grünen, die über eine lupenreine stalinistische Vergangenheit verfügen, die in Organisationen mitgearbeitet haben, die sich durch Menschenverachtung ausgezeichnet haben, die einen späten, dafür nahtlosen Übergang in die Grünen geschafft haben, sich heute als Oberankläger der PDS aufführen.« □

SPD versteckte mutmaßlichen DDR-Verbrecher

Welch Geistes Kind die SPD ist, kennzeichnet folgender Fall, der sich kürzlich im Saarland abgespielt hat. Dort hatte der Wirtschaftsminister des Landes, Hoffmann, den ehemaligen Generaldirektor des DDR-Kombinats Carl Zeiss Jena, Biermann, der wegen Veruntreuung von Museumsstücken von den DDR-Behörden gesucht worden war, bei sich zu Hause versteckt. Besonders brisant ist der Fall, weil Biermann auch Mitglied des Zentralkomitees der SED und Wirtschaftsberater der früheren DDR-Regierung war.

Zwar ist Hoffmann nur einen Tag nach seiner Entlassung direkt wieder auf freien Fuß gesetzt worden, doch ändert dies nichts an der Tatsache, daß hier ein von der Polizei gesuchter mutmaßlicher Verbrecher von einem SPD-Mitglied versteckt worden war. Übrigens: Der Ministerpräsident des Saarlandes ist der SPD-Spitzenkandidat für das amt des Bundeskanzlers, Oskar Lafontaine. □

Wallmann gesteht Lügen der Parteien ein

Mit bemerkenswerter Offenheit hat jetzt der hessische Ministerpräsident Walter Wallmann zugegeben, daß die etablierten Parteien das deutsche Volk jahrzehntelang belogen haben. In einem Interview, in dem sich der 58jährige für einen Beibehalt von Bonn als Regierungssitz des (teil-) wiedervereinigten Deutschlands aussprach, antwortete er auf die Frage »Dann haben die Politiker also 40 Jahre lang nur Fensterreden für Berlin gehalten?«

Wallmann: »Es ist richtig, daß wir uns auch konfrontieren lassen müssen mit Aussagen, die wir früher gemacht haben. Ich will da gar nicht drumherumreden. Wir müssen heute so ehrlich sein und eingestehen, daß sich die Welt in den letzten 40 Jahren verändert hat. Als das Grundgesetzt beraten wurde, ging man noch davon aus, daß das Deutsche Reich in den Grenzen von 1937 wiederherzustellen sei. Berlin sollte wieder das geografische Zentrum sein.

Die Ausgangslage ist heute doch völlig anders als 1948. Wir stehen nicht nur vor der Vollendung des europäischen Binnenmarktes, es zeichnet sich auch mehr und mehr die politische Union in Europa ab. Wenn wir ehrlich sind, müssen wir zugeben: Je länger das Provisorium Bundesrepublik gedauert hat, desto weniger haben wir es als ein Provisorium empfunden. Der Ehrlichkeit halber sollten wir noch hinzufügen: Am 9. November 1989 ist etwas geschehen, was wir noch am Morgen desselben Tages für völlig ausgeschlossen gehalten hatten.«

Damit hat nun erstmals ein bundesdeutscher Spitzenpolitiker das bestätigt, was noch in den vergangenen Wochen und Monaten von allen etablierten Parteien mit Empörung zurückgewiesen wurde, daß nämlich die Worte und die Taten nur überaus selten übereinstimmten. Dies war und ist nicht nur bei der (Teil-)Wiedervereinigung der Fall, sondern auch bei den Themen »Asylanten«, »Ausländer« und »innere Sicherheit«. □

Aufklärung hat Vorrang vor Verboten

Ein anderes Beispiel, bei dem Worte und Taten weit auseinanderklaffen, ist das Thema »Rechtsextremismus«. So hat die Bundesregierung jetzt in einer Antwort auf eine Kleine Anfrage der Grünen erklärt, vor allen anderen Maßnahmen setzte die Bundesregierung auf die »geistig-politische Auseinandersetzung« und die Information über den Rechtsextremismus. Mit Broschüren, politischer Bildung, Förderung von Einzelprojekten und mit öffentlichen Äußerungen verfolge sie dieses Ziel.

Die Regierung wies daraufhin, daß die Verfassungsschutzbehörden rechtsextremistische Bestrebungen und Organisationen ständig intensiv beobachteten. Verbote solcher Organisationen seien jedoch nur als »äußerstes und letztes Mittel« zu verstehen. Im übrigen werde sich die Regierung zu konkreten Verbotsüberlegungen nicht öffentlich äußern. Um den konkreten Erkenntnisstand der Verfassungsschutzbehörden nicht preiszugeben, verweigert die Bundesregierung auch detaillierte Informationen über ihre Kenntnisse zu Kontakten Michael Kühnens zu neonationalsozialistischen Organisationen und Einzelpersonen im Ausland.

Daß die »geistig-politische Auseinandersetzung« natürlich nicht im Vordergrund steht, sondern vielmehr so gut wie gar nicht betrieben wird, wird natürlich ver-

schwiegen. Eines der letzten Opfer ist die in der Schweiz erscheinende Zeitschrift »Eidgenosse«, deren Postscheckkonto kürzlich gesperrt wurde. Und noch nicht vergessen ist, wie mehrere hundert Personen, die auf ein in Deutschland gelegenes Postscheckkonto des in Kanada für deutsche Rechte kämpfenden Ernst Zündel Geld überwiesen hatten, auf einmal in einer konzertierten bundesweiten Aktion frühmorgens um sechs Uhr von der Staatsanwaltschaft aus ihren Betten gerissen wurden und eine Hausdurchsuchung über sich ergehen lassen mußten. Weitere Beispiele könnten folgen. □

Ausländer sollen noch mehr Einfluß erhalten

Der Einfluß der Ausländer auf das Geschehen in Deutschland soll weiter ausgebaut werden. So gibt es nach Auffassung des Bundesrates keinen Grund, die deutsche Staatsangehörigkeit für das passive Wahlrecht bei den Sozialversicherungsträgern als gesetzliche Forderung beizubehalten. Er hat daher eine Änderung des vom Bundestag beschlossenen Gesetzes zur Verbesserung des Wahlrechts für die Sozialversicherungswahlen durch Anrufung des Vermittlerausschusses gefordert. □

Lockerung der Rauschgiftverbote beabsichtigt

Der Bundesrat hat nun einen Gesetzesentwurf eingebracht, wonach die Behörden zukünftig von der Verfolgung von Kleinkriminalität Drogensüchtiger entlastet werden und sich stärker auf den professionellen Drogenhandel konzentrieren können. Gleichzeitig soll der Therapiegedanke bei der Verfolgung Drogenabhängiger gestärkt werden. Die Länderkammer begründete ihren Vorstoß damit, daß »repressive Handlungsstrategien« die mit einem umfangreichen Straftatenkatalog auch gegen Abhängige gewendet würden, derzeit den Schwerpunkt staatlicher und gesellschaftlicher Reaktion auf Drogenabhängigkeit bilden. □

Neue Details über Weizsäckers »Fahnenflucht«

Neue Beweise für die Richtigkeit des von ihm gegen Bundespräsident Richard von Weizsäckers erhobenen Vorwurfs, während der letzten Kriegstage 1945 Fahnenflucht begangen zu haben, glaubt der Freiburger Historiker Salm gefunden zu haben. Danach wurde Weizsäcker nicht wegen einer Verletzung aus der Wehrmacht entlassen, vielmehr soll der Grund dafür eine Stirnhöhlenentzündung gewesen sein! Ob dies der Grund dafür ist, daß der Bundespräsident sich in den vergangenen Wochen und Monaten so auffällig mit seinen sonst in schönster Regelmäßigkeit zu hören gewesenen antideutschen Ausfällen zurückhält, ist (noch) nicht bekannt.

Jedenfalls herrscht in der Bonner Szene große Verwunderung darüber, daß Weizsäcker sich in jüngster Zeit zu vielen Punkten stark zurückgehalten hat. Selbst seine Grußbotschaft an die Juden anläßlich ihres Neujahresfestes bestand gerade einmal aus zehn Sätzen! Ein Grund für diese ungewohnte Zurückhaltung des Bundespräsidenten soll sein, daß er aus der DDR sehr viele Proteste über viele seiner Äußerungen erhalten haben soll. Er wolle aber, so Bonner Stimmen, als ungetrübter erster Bundespräsident »aller« Deutschen in die Geschichte eingehen. Und dazu passe nun mal nicht zunehmende Opposition an ihm aus der DDR-Bevölkerung.
Auch sollen der Bericht des einzigen amerikanischen Gaskammerexperten, Ingenieur Fred A. Leuchter, wonach es keine Gaskammern in den Konzentrationslagern Auschwitz, Birkenau und Majdanek gegeben haben soll, sowie die von offiziellen polnischen Stellen vorgenommene Reduzierung der Todeszahlen für das KZ Auschwitz von vier auf etwa eine Million Menschen ein gewisses Umdenken bei von Weizsäcker ausgelöst haben. Ob aus ehrlichen oder populistischen Gründen sei noch unklar. □

Fahrradfahrer sterben aus Wahlopportunismus

Viele Radfahrer müssen auf deutschen Straßen aus reinen wahlopportunistischen Gründen sterben. Mehrere Gutachten und Analysen der Polizei, der Behörden und freier Gutachter beweisen eindeutig, daß in »mindestens 70 Prozent«, eher sogar noch mehr Fällen, der Radfahrer an einem Unfall schuld ist. Besonders bedrückend seien dabei die stark steigenden Todeszahlen. Hauptursache sei fast immer Fehlverhalten der Radfahrer, wobei falsches Abbiegen, bei Rot über eine Ampel und gegen die Einbahnstraße fahren die Hauptursachen sind. Da Radfahrer bis heute nicht identifiziert werden können, ist das Mißachten selbst der elementarsten Verkehrsregeln geradezu ein Volkssport bei den Pedalisten geworden.
Einig sind sich die Fachleute darin, daß Kennzeichen, etwa wie beim Mofa, die am besten direkt mit einem Versicherungsschutz gekoppelt sind, das einfachste und billigste Mittel wären, die Verkehrsmoral dieser Personengruppen deutlich nach oben schnellen zu lassen. Denn wenn sie jetzt ohne Probleme anhand des Kennzeichens identifiziert werden können, werde ein schwerwiegender Verstoß doppelt und dreifach überlegt werden.

Sehr wichtig wäre auch die konsequente Verfolgung dieser Verkehrsdelikte durch die Polizei. Doch selbst wenn Polizisten Streife fahren, an einer roten Ampel stehen, die plötzlich von einem Radfahrer »übersehen« wird, habe die Erfahrung gezeigt, daß kaum ein Polizist dagegen einschreitet.

Die Politiker wollten aber zumindest vor den Bundestagswahlen keine in diese Richtung weisenden Schritte einleiten, da die Gruppe der Radfahrer zahlenmäßig immer größer wird. Es wird befürchtet, daß dieses Thema bei dem immer mehr zunehmenden Umweltbewußtsein in Deutschland auf negative Schlagzeilen treffen würde. Und da einer der wesentlichen Grundsätze der Demokratie der ist, vor einer Wahl nichts gegen die öffentliche Meinung zu unternehmen, selbst wenn es aus rationalen Gründen unbedingt nötig wäre, dürfen die Radfahrer zumindest in der nächsten Zeit noch ungestraft sündigen – und sterben. □

Ladenschlußzeiten sollen ganz freigegeben werden

Was sich in anderen Ländern schon seit Jahrzehnten bewährt hat, soll nun endlich auch in Deutschland eingeführt werden: Nämlich die ersatzlose Streichung des Ladenschlußgesetzes bei einer gleichzeitigen vollständigen Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten. Dafür hat sich jedenfalls die Monopolkommission ausgesprochen. Dies würde nach Ansicht der Wissenschaftler die Marktchancen für flexible Handelsunternehmer verbessern.

Eine derartige Regelung war in der Bundesrepublik bisher an dem falschen Argument gescheitert, es bedeute eine deutliche Verschlechterung für die Arbeitnehmer. Gerade im Ausland hat sich gezeigt, daß es sehr viele Interessenten für eine Teilzeitbeschäftigung in den Abend- und Nachtstunden gibt. Etwa Studenten, die sich ihren Finanzstatus aufbessern wollen, oder Angehörige von Schichtarbeitern, die so die Freizeit miteinander verbringen können.
Auch für die »Tante-Emma-Läden« bedeutet dies einen klaren Wettbewerbsvorteil, da sie ihre Öffnungszeiten nunmehr dem Bedarf anpassen können, also lieber von sieben bis zehn Uhr morgens, von vier bis acht oder neun Uhr abends und am Sonntagmorgen geöffnet haben können. Oftmals ist es doch heute so, daß die »Tante-Emma-Läden« in den übrigen Zeiten kaum frequentiert werden. So hat etwa in Großbritannien fast jeder Vorortstadtteil viel mehr »Tante-Emma-Läden« als hierzulande. □

SED/PDS

Das Alte miese Spiel geht weiter

Alfred König

Wer so gutgläubig – oder dumm – war, zu glauben, daß der Untergang der DDR auch gleichzeitig den Untergang des SED-Einflusses bedeutet, sieht sich nun, wie nicht anders zu erwarten war, getäuscht. Denn vielmehr schaffte es die SED und ihre Jugendorganisation, die FDJ (»Freie Deutsche Jugend«), schnell noch Millionenwerte beiseite zu schaffen, die dann letztendlich wieder für den »Sieg des Sozialismus« eingesetzt werden sollen. Hieran hat auch die Regierung unter Hans Modrow wesentlich mitgeholfen.

Einen zu diesem Thema hochinteressanten Report brachte kürzlich die »Wirtschaftswoche«, nachdem der in Düsseldorf erscheinenden Zeitschrift einige Exklusiv-Informationen zugespielt worden sind. Diese sind von so herausragender Bedeutung, daß sie auch in CODE dargestellt werden sollen.

Doppelte Buchführung – Basis für den Schwindel

Laut diesem unter dem Titel »Die SED lebt« erschienenen Artikel haben die SED-Jugendfunktionäre ein »mindestens zweistelliges Millionenvermögen im eigenen Interesse beiseite geschafft«, und zwar in Form eines Konglomerats von Dienstleistungsfirmen.

»Fünf Wochen nach dem Fall der Mauer, am 15. Dezember 1989, schrieb Gerd Schoppa, Leiter des Organisationsbüros der FDJ einen 21-Seiten-Brief an den ›lieben Freund‹ und Genossen Wilfried Poßner, Leiter des Amtes für Jugend und Sport in der Regierung Modrow, vorher Sekretär des FDJ-Zentralrates und Chef der ›Jungen Pioniere‹. Schoppa geht es um ›Umprofilierung‹: Säuberlich listet er auf, wie das Vermögen des Organisationsbüros FDJ-Hierarchen zugeschanzt werden soll: ›Zur Sicherung der Arbeitsfähigkeit und der effektiven Nutzung werden die materiellen und finanziellen Fonds des ehemaligen Organisationsbüros des ZR der FDJ dem Betrieb A-V-S (Agentur-Veranstaltungs-Service) übergeben.«

Zur gleichen Zeit erhielten dann die leitenden Werktätigen des riesigen FDJ-Materiallagers in Berlin-Weißensee die Anweisung, sofort eine doppelte Buchführung anzulegen. Am 15. Januar dieses Jahres stand dann die Basis für den Schwindel: ein grüner, ein gelber und zwei blaue Kataloge.

Die »Wirtschaftswoche« hierzu: »In Grün sind der tatsächliche Lagerbestand und sein realistischer Wert aufgelistet. In summa rund 12,6 Millionen DDR-Mark.

Im blauen Katalog fehlen 1800 Positionen ganz, der Rest wird auf ein Minimum heruntergerechnet. Danach ist der gleiche Lagerbestand noch 2,6 Millionen Mark wert ...

Nicht genug: Eine riesige Bühne für Rock-Konzerte im Wert von rund fünf Millionen Mark – wahrscheinlich eine der größten in ganz Europa –, die gesamte Büroausstattung des FDJ-Organisationsbüros (noch einmal fünf Millionen Mark), Catering-Pavillons inklusive Mobiliar (1,5 Millionen Mark) – alles in allem gehen Werte von rund 22 Millionen Mark entsprechend dem Schoppa-Plan aus dem FDJ-Vermögen an die A-V-S GmbH.«

Zwar war dies mehreren Lagerarbeitern aufgefallen und hatten diese alles minutiös in einem Beschwerdebrief aufgelistet – doch landete dieser unglücklicherweise bei dem bereits oben erwähnten Poßner und dort aller Wahrscheinlichkeit nach schnellstens im Reißwolf. Die vier Beschwerdeführer wurden sofort vom Dienst suspendiert.

Keine Hinweise für die Verschiebungen

Die Staatsanwaltschaft in Ost-Berlin schöpfte zwar schon bald den Verdacht, daß sich einstige Spitzengenossen aus dem ZR der FDJ mehrere Gesellschafter- und Geschäftsführer-Posten in aus SED-Vermögen gegründeten Unternehmen freizügig zugeschanzt hätten, jedoch wurde das Verfahren bald eingestellt. Ein Grund war unter anderem, daß keine Beweise für die doppelte Buchführung gefunden wurden, darunter auch sieben Computer-Disketten, auf denen alles verewigt war und die dann auf einmal spurlos verschwunden waren – ehe sie in der Redaktion der »Wirtschaftswoche« landeten.

Jetzt hat die »Kommission zur Überprüfung der Partei- und Massenorganisationsvermögen« eine Untersuchung angekündigt. In deren Visier wird auch der einstige Jugend-Chefgenosse Eberhard Aurich rücken, der von einigen Auguren schon als einer der möglichen Kandidaten für das Amt des SED-Generalsekretärs in zehn Jahren genannt wurde. Dieser ist heute in führender Stellung bei der »Video Sound Service GmbH« tätig.

Die Großzügigkeit der Jugendgenossen

Die »Wirtschaftswoche« hierzu: »Aurichs heutiger Brötchengeber hat freilich mehr mit SED/FDJ-Filz als mit Marktwirtschaft zu tun. Die Video Sound Service GmbH – Stammkapital eine halbe Million Valuta-Mark – wurde noch unter Honecker von der FDJ mit aktiver Unterstützung des SED-Devisenbeschaffers Alexander Schalck-Golodkowski und mit dreien seiner KoKo-Unternehmen als Teilhabern gegründet und am 8. Juni 1988 ins Handelsregister Berlin eingetragen.

Wenige Wochen vor seinem Berufswechsel vom FDJ-Chef zum privaten Programmdirektor und Drehbuchautor brachte Genosse Aurich eine tolle Mitgift in das Unternehmen ein: Mit Datum vom 20. Oktober 1989 stellte die Video Sound Service GmbH der FDJ 1,5 Millionen Mark für die Beschaffung neuester Tontechnik aus dem Westen in Rechnung: Der von Aurich geführte Zentralrat der FDJ überwies diesen Betrag klaglos auf das Konto BSK 6651-30-1327.

Diese Großzügigkeit der Jugendgenossen war nicht einmalig. Bereits im September 1988 erhielt das Unternehmen von Aurich eine generöse Schenkung: Video- und Eidophortechnik (Großbildwände) im Wert von rund 13 Millionen Mark, Eigentum der Abteilung Wirtschaftliche Einrichtungen des Zentralrats der FDJ und damit Volkseigentum. Der hurtige Aurich hatte offenbar rechtzeitig für sein Auskommen nach der Wende gesorgt.«

Als »Rohrkrepierer mit für die alte FDJ-Spitze besonders brisantem Sprengstoff« könnten sich, so die »Wirtschaftswoche« weiter, die bis heute im dunkeln gebliebenen Nutzungsverträge über Immobilien erweisen, welche die FDJ mit den diversen GmbH's abgeschlossen hat. Im »Bericht über die Vermögenslage der FDJ«, findet sich keine Position »Einnahmen aus Vermietung und Verpachtung«. Allerdings haben sich schon auf Wirtschaftskriminalität spezialisierte Staatsanwälte aus West-Berlin auf die Suche hiernach gemacht.

»Vergeblich werden sie allerdings in den Akten konkrete Angaben über weitere privatisierte FDJ-Ableger suchen, wie etwa die Jugendheim GmbH, die in Ost-Berlin über Immobilien in kaum schätzbarem Millionenwert verfügt. Die Liste der Geschäftsführer aller Firmen des FDJ-Imperiums liest sich wie ein Who is Who des FDJ-Zentralrats von 1989«.

Sollte dieser Bericht zutreffen, und einiges spricht dafür, dann zeigt dies deutlich auf, daß die SED nicht tot ist, die PDS damit nicht so harmlos, wie sie sich immer darstellt, sondern, daß noch immer mit aller Macht versucht wird, den Sieg des Sozialismus zu erringen. Michel, sei wachsam, kann nur die Devise lauten. □

DDR

Das schmutzige Drogen-Waffen-Kartell

Peter Blackwood

Am 22. Februar 1990 berichteten die bundesdeutschen Medien, daß sich der frühere Chef des Außenamtes des Ost-Berliner-Ministeriums für Staatssicherheit Markus Wolf nach Moskau abgesetzt hat, um – wie es hieß – seine »Memoiren« über den Spionagering »Rote Kapelle« niederzuschreiben. Wolf war 1987 aus offiziellen Stasidiensten ausgeschieden, um sich in der heraufziehenden Umwälzungsphase als »liberaler« Freund Gorbatschows profilieren zu können. Im Laufe der friedlichen Revolution kam jedoch heraus, daß Wolf engste Beziehungen zu den Operationen des Staatssekretär im DDR-Außenhandelsministerium Alexander Schalck-Golodkowski unterhielt, was wohl der wahre Grund für seine Absetzbewegung in Richtung Moskau war. Der ehemalige Kopf der Stasti-Auslandsoperationen wird beschuldigt, mit einer Kette von DDR-Staatsfirmen zusammengearbeitet zu haben, die in illegale internationale Waffen- und Schmuggelgeschäfte verwickelt sind.

Fast zeitgleich mit General Wolfs plötzlicher Moskaureise gab es ein nicht weniger mysteriöses Rätselraten über den Verbleib des Staatssekrätars Schalck-Golodkowski. Die Presse berichtet, Schalck habe sich laut bundesdeutscher Geheimdienstkreise »mehrere Wochen lang« im amerikanischen Bundeststaat Virginia unweit der Hauptstadt Washington in Sicherungsverwahrung des amerikanischen CIA befunden und sei in einem Lager in der Nähe von Langley besonderen Verhören unterzogen worden. Schalck sollte diesen Berichten zufolge eine neue Identität und andere Gegenleistungen seitens des amerikanischen Geheimdienstes erhalten.



Alexander Schalck-Golodkowski war der Devisenbeschaffer des Honnecker-Regimes.

Den Globus umzieht eine blutige Spur

In einem Vorfall, der in keiner Verbindung dazu zu stehen schien, sah sich am Wochenende des 17. Februar 1990 der ehemalige US-Präsident Ronald Reagan gegen seine Absicht dazu gezwungen, auf Videoband eine Zeugenaussage im Prozeß gegen den ehemaligen Nationalen Sicherheitsbeauftragten Admiral John Poindexter zu machen. Dieses Ereignis war eine weitere Station des im November 1986 ins Rollen gekommenen Skandals um die »Iran-Contra-Geschäfte«, in die Poindexter, sein Adjutant Oberstleutnant Oliver North und andere wegen der illegalen Umleitung von Geldern aus Waffengeschäften mit dem Iran an die nicaraguanischen Contra-Rebellen verwickelt waren. Zwischen den Entwicklungen in der DDR und der Zeugenaussage des ehemaligen amerikanischen Präsidenten gibt es eine engere Verbindung, als es viele wahrhaben wollen. Den Globus umzieht eine blutige Spur von Leichen, die in bestimmter Weise mit dem Waffengeschäften der »Firma« des Oberstleutnant Oliver North in Zusammenhang stehen. Sie reicht vom schwedischen Premierminister Olaf Palme bis zu den Toten der Panama-Invasion amerikanischer Streitkräfte.

Eine Überraschung aus Rostock

Nach dem Umsturz des Regimes Honecker in der DDR wurden in der Nähe des Ostseehafens Rostock Dokumente sichergestellt, die ein völlig neues Licht auf den Iran-Contra-Skandal werfen. Es gibt jetzt eine Spur, die von Rostock über Mittelamerika, Syrien, Schweden, die Schweiz zur »Firma« des Oliver North führt. Auch wird klarer, warum US-Präsident George Bush so versessen darauf war, den panamaischen General Noriega um jeden Preis auszuschalten.

Anfang Dezember 1989 spürten aufgebrachte DDR-Bürger in Kavelstorf ein abgelegenes, streng bewachtes Waffen- und Munitionsdepot auf, das dem wenig bekannten DDR-Staatsbetrieb IMES GmbH unterstand. Nur wenige Stunden nach der Entdeckung tauchte der angebliche Hauptdrahtzieher des von dort betriebenen schwunghaften Waffen- und vielleicht sogar Rauschgiftschmuggels ab. Es handelt sich um den 57jährigen und gut zwei Zentner schweren Alexander Schalck-Golodkowski – Spitzname »der dicke Alex« –, der als Staatssekretär in Erich Honeckers Außenhandelsministerium den Ost-West-Handel kontrollierte.

Am 6. Dezember 1989 enthüllten bundesdeutsche Stellen, daß sich Schalck panikartig in den Westen abgesetzt und sich bei der Westberliner Polizei in Schutzhaft begeben habe. Am Tag zuvor hatten DDR-Behörden Haftbefehl gegen ihn wegen Unterschlagung und illegalen Waffenhandels erlassen, nachdem ranghohe Stasi-Leute in Rostock bei dem Versuch ertappt worden waren, geheime Frachtunterlagen der in Ostberlin und Rostock ansässigen IMES GmbH nach Kuba zu schmuggeln. Noch kurz vorher war es ihnen gelungen, eine solche Sendung an eine »sichere« Adresse in Ceausescus Rumänien gelangen zu lassen.

Die IMES GmbH war das Kernstück eines umfangreichen internationalen Netzwerkes, das Schalck seit 1967 leitete. Über seine Abteilung Kommerzielle Koordination (KoKo) im Außenhandelsministerium dirigierte Schalck ein weitverzweigtes Netz geheimer Briefkastenfirmen in der Schweiz, der Bundesrepublik Deutschland und Liechtenstein, die das kommunistische Regime und die Stasi für ihre Zwecke benutzten. Schalck und seine KoKo-Abteilung waren direkt Honecker und dem Zentralkomitee der SED unterstellt. Als Anerkennung für die geleisteten Dienste verlieh Honecker 1982 Schalck den Karl-Marx-Orden und 1984 den Großen Stern der Völkerfreundschaft.

Die IMES GmbH und die »nördliche Route«

Die Zentrale der IMES GmbH war im Internationalen Handelszentrum in der Friedrichstraße in Ost-Berlin untergebracht. Über diese »Import-Export-Firma« wurde der Löwenanteil der DDR-Handelsgeschäfte mit westlichen Unternehmen abgewickelt. Schätzungsweise 50 Prozent aller westlichen Deviseneinnahmen der DDR gingen auf ihr Konto. Da die Firma eine dermaßen kritische Rolle in Honeckers Diktatur spielte, war sie naturgemäß ein integraler Bestandteil der DDR-Geheimdienst- und Auslandsoperationen.

Die IMES GmbH wurde zum ersten Mal auffällig, als schwedische Zollbeamte am 29. September 1985 im Malmöer Büro des schwedischen Geschäftsmannes Karl-Erik Schmitz, Dokumente beschlagnahmten. Die Durchsuchung in Malmö förderte Tausende Seiten Material zutage,

Das schmutzige Drogen-Waffen-Kartell

durch das die internationalen Schmuggelrouten einer Organisation dokumentiert wurde, die in einschlägigen Handelskreisen als »Sprengstoff-Kartell« bekannt war. Dabei handelte es sich um den Verbund namhafter Firmen wie Bofors-Nobel in Schweden und anderer Unternehmen in der Bundesrepublik, den Vereinigten Staaten, Belgien, Italien, Frankreich, den Niederlanden und Großbritannien.

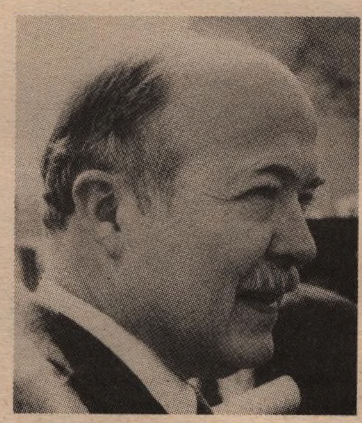
Ende 1989 floh Schalck aus der DDR. Nach mehreren Wochen Schutzhaft in Westberlin wurde er dann im Januar 1990 auf freien Fuß gesetzt, da es nach bundesdeutschem Recht angeblich keine Handhabe gab, gegen den früheren kommunistischen Schieber Anklage zu erheben oder ihn den DDR-Behörden zu übergeben. Am 21. Februar wurde dann bekannt, daß Schalck sich im US-Bundesstaat Virginia in den »Schutz« des amerikanischen CIA begeben hätte.

Viele Leute brennen darauf, mit Schalck über dessen internationale Geschäftsbeziehungen zu sprechen. So wollen die schwedischen Behörden zum Beispiel Schalck als Zeugen in dem bevorstehenden Berufungsverfahren gegen Bofors und Schmitz vernehmen, in dem es um illegale Sprengstoff- und Waffengeschäfte mit dem Iran geht. Der Ausgang dieses Prozesses sowie Dokumente, die die DDR-Regierung freigeben könnte, können zu einem politischen Erdbeben in der amerikanischen Hauptstadt führen.

Eine seltsame kommunistische Firma

Bereits die Entstehung der IMES GmbH ist von Geheimnissen umgeben. Nach vertraulichen Angaben der schwedischen Botschaft in Ostberlin vom Februar 1986 existierte die IMES GmbH schon vor der kommunistischen Machtübernahme in der DDR nach Ende des Zweiten Weltkrieges. Aus diesem Grund firmierte die östliche IMES auch mit der westlichen Firmenbezeichnung »GmbH« und nicht mit der in der DDR sonst üblichen Bezeichnung »AHB« (Außenhandelsbetrieb). Daraus läßt sich schließen, daß die IMES schon sehr viel länger mit »westlichen« Handelsorganisationen verflochten war.

Eine so weit zurückreichende Geschichte der IMES GmbH würde sich auch mit den Angaben von Schmitz decken, wonach es ein geheimes internationales Netz von Waffenhändler gibt, die sowohl in den kommunistischen Staaten als auch in NATO-Ländern tätig sind. Dieses Netzwerk existiert ungestört über Jahrzehnte hinweg, bis die Bürodurchsuchung bei der Scandinavian Commodities AB in Malmö ein erstes Schlaglicht darauf warf.



Admiral John Poindexter, ehemalige Nationaler Sicherheitsberater, war in den Skandal um die Iran-Contra-Geschäfte verwickelt.

Schmitz erklärte in einer Pressemitteilung vom November 1987: »Alle haben das Geheimnis bewahrt, bis der schwedische Zoll wie ein Elefant in den Prozellanladen stürzte und alles zerstörte.« Diese Stellungnahme erfolgte genau zu jener Zeit, als der Skandal um North dem Weißen Haus zu schaffen machte.

Schwedische Gerichtsakten belegen, daß schwedische Waffenfirmen wie Bofors-Nobel spätestens seit 1981 mit der IMES GmbH Geschäfte gemacht haben. Im Frühjahr 1981 stellte die im schwedischen Karlskrona ansässige Bofors Kontakt mit der finnischen Sevico Oy in Aabo her, um in einem komplexen Dreieckshandel geschäftliche Transaktionen abzuwickeln, in die auch die IMES GmbH einbezogen war. Beschlagnahmte Zolldokumente aus Finnland und Schweden zeigen, daß der schwedische Bofors-Nobel-Angestellte Thorbjorn Evardsen zur Sevico abgestellt wurde, um das Arrangement abzuwickeln.

Ein weiteres Glied in dem byzantinischen Netz stellte die österreichische Firma Dynamit Nobel Wien GmbH dar. Ein typisches illegales Geschäft der Bofors sah folgendermaßen aus: Für militärische Zwecke bestimmte Sprengstoffe, die nach schwedischem Recht nicht an den Iran hätten geliefert werden dürfen, werden als »ziviler« Sprengstoff oder als »Industriechemikalien« deklariert und an die Dynamit Nobel Wien geliefert. Von dort wird der Sprengstoff dann zum DDR-Grenzbahnhof Gutenfürst weitergeleitet, und von dort weiter zum Depot der IMES GmbH. Gegen eine saftige Kommission wird die schwedische Lieferung dort mit neuen Papieren versehen und an den Bestimmungsort im Iran geschickt.

Die »grünen« und die »roten« Länder

Eine Analyse der beschlagnahmten schwedischen Dokumente zeigt, daß Geschäfte zwischen Sprengstoffirmen aus dem Westen wie Bofors und der IMES GmbH lange Zeit als normal galten. Schmitz erklärte im April 1989 in einem Interview: »Es ist ein Netzwerk. Es gibt die sogenannten ›grünen‹ und die sogenannten ›roten‹ Länder. Wenn Exporte in ein ›rotes‹ Land per Gesetz verboten sind, dann ist es die übliche Praxis, das Geschäft von einem ›grünen‹ oder von Verboten nicht betroffenen Land vorzunehmen. Von dort aus wird die Lieferung dann in das ›rote‹ Land weiter transportiert.«

Der schwedische Premierminister Olaf Palme diente von 1981, als er von UNO-Generalsekretär Perez de Cuellar berufen wurde, bis zu seiner Ermordnung am 28. Februar 1986 im Krieg zwischen dem Iran und Irak als Sondervermittler der UNO. In dieser Funktion erfreuten sich Palme und schwedische Regierungsbeamte



US-Oberleutnant Oliver North wurde wegen illegaler Umleitung von Geldern aus Waffengeschäften vor Gericht gestellt.

eines ungewöhnlich engen Zugangs zu iranischen und irakischen Regierungskreisen.

In diesem Zusammenhang sei deshalb hier die interessante Besonderheit vermerkt, daß im Dezember 1988 Palmes engster Assistent bei den Vermittlungsbemühungen, Bernt Carlsson, bei der Flugzeugexplosion über dem schottischen Lockerbie ebenfalls zu Tode kam.

Dies mag ein Zufall gewesen sein, vielleicht aber auch nicht. Wenn man sich Palmes Studentenjahre ansieht, die er zum Teil am Kenyon College im US-Bundesstaat Ohio verbrachte, dann wird deutlich, daß Palme sehr enge Beziehungen zu amerikanischen Regierungsstellen unterhielt. Es gibt sogar Stimmen, die behaupten, Palme habe in den frühen fünfziger Jahren, in der Zeit seiner aktiven Mitarbeit in der internationalen Studentenbewegung als Agent oder Gewährsmann amerikanischer Geheimdienste gearbeitet. Ob dies tatsächlich der Fall war oder nicht, wird vielleicht niemals bekannt werden. Allerdings ist klar, daß sich die Blutspur von Palmes Ermordung ebenfalls zu den Skandalen um die illegalen Waffengeschäfte mit dem Iran zurückverfolgen läßt.

Es trifft auch zu, daß die illegalen schwedisch-iranischen Waffengeschäfte in dasselbe Netzwerk in-

tegriert werden, dessen sich auch Oberstleutnant Oliver North bediente. Von Schmitz weiß man, daß er für einige seiner illegalen Transporte den CIA-eigenen Luftfrachtdienst St. Lucia Arways benutzt hat. Diese Gesellschaft hat er sicherlich nicht zufällig in den »Gelben Seiten« der Karibikinsel gefunden.

Die Londoner Bank Arbuthnot Latham, die Schmitz mit der Abwicklung seiner iranischen Geschäfte beauftragte, befand sich damals mehrheitlich im Besitz des amerikanischen Chemieriesen und Sprengstoffherstellers Dow. Skandinawische Kenner der Affäre Schmitz stellen unumwunden fest, daß das Netzwerk von Schmitz und das von Ollie North identisch seien.

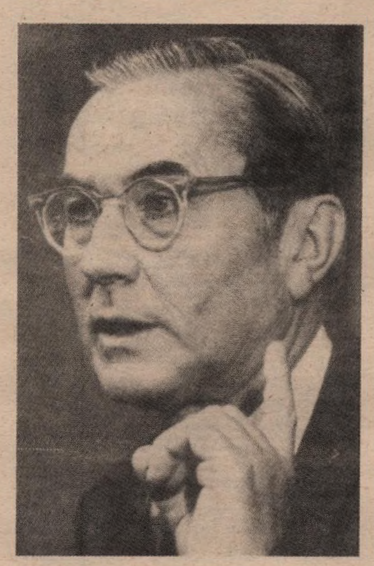
Es kann also kein Zweifel daran bestehen, daß wir es hier mit einem Netzwerk zu tun haben, das sehr gut organisiert ist. Doch warum beteiligen sich westliche Staaten an einem Netzwerk, in das Geheimdienste feindlicher kommunistischer Länder verwikkelt sind und das dermaßen Beweismaterial in sich birgt, daß Regierungen im Westen stürzen würden, wenn auch nur etwas davon an die Öffentlichkeit gedrungen wäre? Und warum ist in der Zeit des Kalten Krieges nie etwas durchgesickert? Und wieso wurde die Affäre erst dadurch entdeckt, daß westliche Zollbehörden sich an die Untersuchung westlicher Firmen machten?

Selbst wenn Geheimdienste über beträchtliche Fähigkeiten verfügen, ihre Spuren zu verwischen, lassen sich gewisse Vorgänge zum Glück nicht völlig verbergen. Eine der ergiebigsten Fährten ergibt sich dadurch, daß es im internationalen Schiffsverkehr vorgeschrieben ist, über Ladung, Bestimmungsort, Absender und Empfänger schriftliche Angaben zu machen. Und die Nachforschungen werden noch durch die Tatsache erleichtert, daß genau jene besonderen Transportdienste, die für die Versendung von Sprengstoff und anderen gefährlichen Gütern erforderlich sind, in einem kleinen NATO-Mitgliedsland konzentriert sind.

Dänische Reedereien haben sich auf den Transport kleiner, aber gefährlicher Frachten spezialisiert, die sie mit sogenannten »Kümos« (Küstenmotorschiffe) abwickeln. Es hat sich im Laufe der Entwicklung der dänischen Schiffahrt ergeben, daß die dänischen Küstenschiffer rund um den Globus als die diskretesten und verläßlichsten Adressen für solche gefährlichen Frachten gelten. Ein Blick in die Frachtbriefe gewisser dänischer Spediteure verschafft deshalb bemerkenswerte Erkenntnisse über die verschlungenen Pfade der vebotenen Waffengeschäfte.

Merkwürdige dänische Geschäfte

Bei unseren Nachforschungen stießen wir auf ein dänisches Küstenmotorschiff mit dem Namen »Pia Vesta«. Schalck-Golodkowskis IMES GmbH taucht ebenfalls in diesem Zusammenhang wieder auf. Freigegebene Dokumente des Nationalen Sicherheitsrates der USA belegen, daß Oliver North, Admiral Poindexter und Mitglieder der dem damaligen US-Vizepräsident George Bush unterstellten »Special Situation Group« am 28. April 1986 einen gewissen Albert (Abe) Hakim und den früheren CIA-Agenten Tom Clines in geheimer Mission nach Kopenhagen schickten. Nach dreitägigen Verhandlungen gelang es den beiden, ein weiteres kompliziertes Netzwerk von Scheinfirmen zur Förderung ihrer Geschäfte aufzubauen.



Der ehemalige CIA-Chef William Colby fördert heute die Zusammenarbeit zwischen CIA und KGB auf dem Drogensektor.



Der damalige US-Präsident Ronald Reagan umging durch »streng vertrauliche Verschlußsachen« sein von ihm verhängtes Waffenembargo.

Die Treffen zwischen Clines und dem Geschäftsmann Tom Erik Parlow sowie dessen Partner, dem Reeder Svend Andersen, kamen nicht zufällig zustande. Clines verbindet eine jahrelange enge Freundschaft mit Tom Parlow, der ganze Sommer im amerikanischen Feriendomizil von Clines zugebracht haben soll.

Die Untersuchung führte zu Bush

Mitte der achtziger Jahre war Parlow von Norwegen nach Dänemark übergesiedelt. Um an den damals zunehmenden Waffengeschäften in den Nahen Osten zu partizipieren, stieg er in das Chartergeschäft mit Küstenschiffen für gefährliche Frachten ein. Zum Zeitpunkt des Treffens mit Clines hatten Parlow und Andersen bereits eine scheinbar stattliche Zahl von Firmen aufgebaut. Eine hieß S. A. Chartering ApS, eine andere S. A. Shipping Company ApS, und eine dritte S.A Queen Shipping ApS. Doch nach Durchsicht dänischer Steuerunterlagen ergibt sich, daß alle drei Firmen zusammengehören. S.A. steht für Svend Andersen, der für alle drei Firmen der verantwortliche Gesellschafter ist.

Nach den dänischen Steuergesetzen bestünde keine Notwendigkeit innerhalb Dänemarks drei Firmen in demselben Geschäftsfeld mit selben Eigner unter derselben Adresse laufen zu lassen. Wenn es darum ginge, dem dänischen Finanzamt Einkünfte vorzuenthalten, würde man wenigstens eine Firma außerhalb des Landes in der Schweiz oder auf den Cayman Islands ansiedeln. Der Zweck der Operation bestand ohne Zweifel darin, Klienten beim Verwischen von Spuren illegaler Geschäfte behilflich zu sein.

Am 6. Mai 1986, also eine Woche nach Clines' und Hakims Aufenhalt in Kopenhagen, lief die »Pia Vesta« aus Rostock aus; an Bord hatte sie unter anderem 32 Armeelastwagen und 200 Tonnen Waffen, darunter 1500 sowjetische AK-47-Sturmgewehre und 1440 RPB-Raketen.

Die »Pia Vesta« war von Svend Anders Chartering zu einem Tagespreis von 11.000 dänischen Kronen für eine Fahrt nach Rostock und weiter nach Südamerika geordert worden.

Nach den ersten Enthüllungen um die IMES GmbH und Schalck-Golodkowski äußerte ein Sprecher der dänischen Seeleutegewerkschaft, deren Mitglieder während jener Zeit an Bord der »Pia Vesta« gearbeitet hatten, im Dezember 1989 gegenüber der Presse, daß die Gewerkschaft nachdrücklich eine weltweite Untersuchung der Pia-Vesta-Affäre forderte. Derselbe Sprecher betonte, daß diese Untersuchung »direkt zu George Bush führen wird. Die ›Pia Vesta‹ wie auch die ›Erria‹ wurden zu jener Zeit von denselben Leuten betrieben, die für North und Co. arbeiteten, nämlich Tom Parlow«.

Aus Log- und Tagebüchern ihrer Mitglieder besitze die Gewerkschaft beträchtliche Informationen über diesen geheimen Handel mit illegalen Waffen.

Die »Pia Vesta« verließ Rostock mit »Endverbraucherzertifikaten«, in denen die Ladung fälschlicherweise als »32 Sonderfahrzeuge und Ersatzteile« ausgewiesen war. Die Papiere waren am 15. April 1986 von der IMES GmbH in Berlin ausgestellt worden, wonach die Fracht für Peru bestimmt sei. Im Auftrag der

DDR

Das schmutzige Drogen-Waffen-Kartell

IMES hatte die DDR-Speditionsfirma VEB Deutrans die Fracht zur Verladung nach Rostock transportiert.

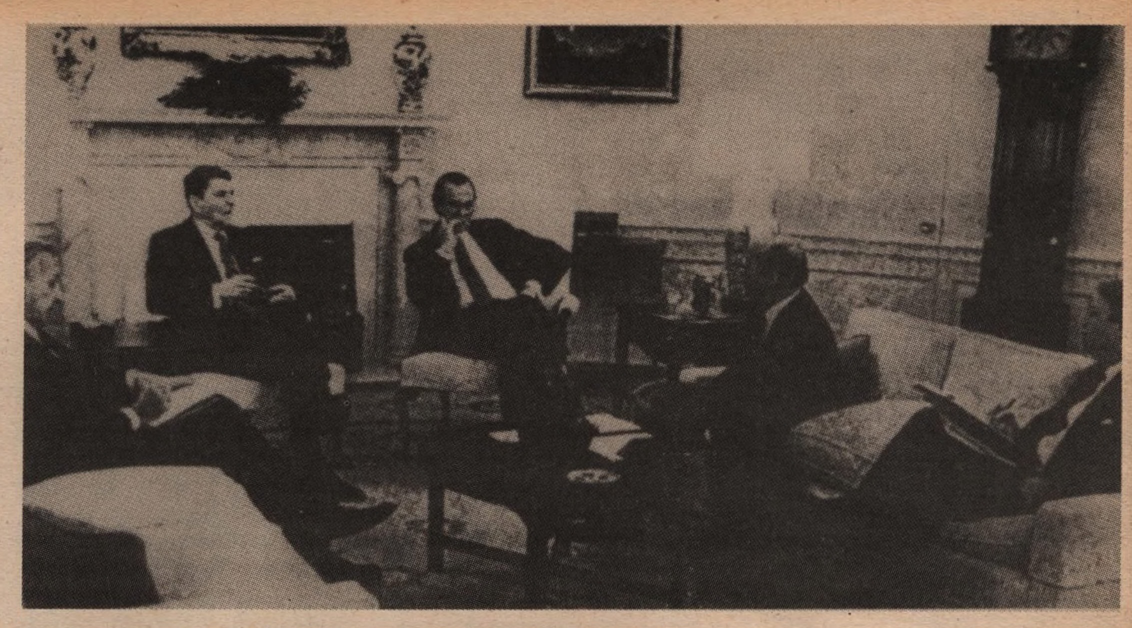
Sichergestellte Dokumente von der »Pia Vesta« enthüllten weiterhin, daß die Fracht von einer Firma namens Marnix geordert worden war. Ein Satz gefälschter Papiere weist die Marnix als eine in Lima (Peru) ansässige Firma aus. Zwei andere Sätze falscher Papiere führten Montevideo in Uruguay als Heimatadresse der Marnix an, was tatsächlich zutrifft. Aber der damalige Präsident der Firma, Bernard Roger, hatte seinen Wohnsitz in Paraguay, und sein Vizepräsident Francisco Torres Heyn war mit einem salvadorianischen Paß unterwegs. Am interessantesten ist allerdings, daß Marnix-Generaldirektor Kalai Hitchan einen syrischen Paß besitzt.

Keine Antwort auf die Frage nach der Ladung

Ein Satz der Marnix-Bestellung für die Fracht der »Pia Vesta« war von Sven Andersen, dem Eigner der Kopenhagener S.A. Chartering, unterzeichnet. Einen zweiten Satz der falschen Frachtbriefe hatte der Kapitän der »Pia Vesta« Johannes Christiansen unterschrieben.

Der Auftrag der Marnix wurde an Schalck-Golodkowskis IMES GmbH durch eine andere mysteriöse Firma übermittelt, die Française Martime Commerce (FMC), die ihren Sitz in Paris hat. Nachfolgende Untersuchungen in Dänemark ergaben, daß die FMC früher eine Reihe von Lieferungen nach Gaddafis Libyen arrangiert hatte. Der Besitzer der FMC, Jean Pierre Zwienzynski, verweigert jede Antwort auf Fragen nach der Ladung der »Pia Vesta« oder danach, wie er mit dem dänischen Spediteur Sven Andersen in Kontakt kam.

Nach detaillierten Nachforschungen und Gesprächen in Peru, Panama, den USA und Europa sollten die wahren Empfänger der Ostblockwaffen der »Pia Vesta« die marxistischen Rebellen in El Salvador sein. Der Plan war, die Waffen »abzufangen« und als Lieferung aus dem Ostblock zu identifizieren, um so Washington einen geeigneten Vorwand zu liefern, die bewaffneten Operationen in Mittelamerika ausdehnen zu können.



Die morgendliche Besprechung über nationale Sicherheit im Weißen Haus. Von links: Donald Regan, Ronald Reagan, George Bush, John Poindexter und Donald Fortier.

Der Fall »Pia Vesta« könnte einer der Gründe dafür gewesen sein, warum US-Präsident Bush alles dransetzte, General Manuel Noriega zum Schweigen zu bringen. Noriega kannte Bush persönlich. Ihre Zusammenarbeit reicht bis ins Jahr 1976 zurück, als beide ihren nationalen Geheimdiensten vorstanden. In einem Interview vom 4. Februar 1988 erklärte General Noriega im amerikanischen Fernsehsender CBS, daß er sich am 17. Dezember 1985 mit Admiral Poindexter in Panama getroffen habe. Poindexter habe ihn damals gewarnt, daß er mit einem »Vergeltungsschlag« rechnen müsse, falls Panama nicht zuließe, als Operationsbasis für eine Invasion Nicaraguas benutzt zu werden, und sich die panamaischen Streitkräfte nicht aktiv an der Invasion beteiligten. Noriega lehnte ab.

Die »Firma« kauft ein eigenes Schiff

Ein halbes Jahr später ließ Noriega die Waffen auf der »Pia Vesta« beschlagnahmen und durchkreuzte damit eine großangelegte Verschwörung von Clines, North und Co.

Das Treffen von Clines und Hakim mit Parlow und Andersen am 28. April 1986 in Kopenhagen hatte noch ein zweites Ergebnis, nämlich der »Firma« ein eigenes Schiff zu beschaffen. Es handelte sich um das dänische Küstenmotorschiff »Erria«, das von der Tarnfirma Dolmy Business Inc. in Panama erworben wurde. Sonderankläger Walsh stellte fest, daß diese Firma im Besitz der Genfer Compagnie de Services Fiduciaries (CSF) war. Die Dolmy Business Inc. vermietete die »Erria« umgehend weiter an die Udall Research Corporation, ebenfalls eine Deckfirma des Sicherheitsrates, die unter anderem für die Contra-Rebellen eine Landebahn in Costa Rica instandsetzte.

Die »Erria« lief unter der Charter derselben S.A. Chartering, die nur wenige Tage zuvor die »Pia Vesta« nach Rostock geschickt hatte. Einige Waffentransporte wurden für Clines, Secord und Genossen über Parlows S.A. Shipping abgewickelt. Andere liefen über Parlows S.A. Chartering, um so möglichst viel Verwirrung für mögliche Nachforschungen zu stiften.

Eines der Charterschiffe von S.A. Shipping, die »Bente Folmer«, war im Oktober 1985 von der Polizei in Costa Rica aufgebracht worden. Es führte Frachpapiere über 250 Maschinengewehre mit, die angeblich für die »panamaische Armee« bestimmt waren. Nach diesem unangenehmen Zwischenfall beschlossen Parlow und Andersen, eine andere ihrer austauschbaren Firmen zu benutzen, die Queen Shipping, an der sie beide zu jeweils 50 Prozent beteiligt waren.

Wir müssen uns nun nach Genf und auf eine Ranch in Costa Rica begeben, um dem Puzzle ein weiteres wichtiges Stück hinzuzufügen. Die folgenden Ausführungen mögen unglaublich erscheinen. Doch sie sind bedeutsam.

Rauschgift als Deviseneinnahme

Am 21. Juli 1989 brachten Untersuchungen eines Sonderkomitees des amerikanischen Kongresses von Costa Rica erste öffentliche Ergebnisse. Die explosiven Schlußfolgerungen wurden jedoch prompt von den amerikanischen Medien unter den Teppich gekehrt. Die Regierungskommission erhob den Vorwurf, daß »gewisse amerikanische Behörden es unter Anleitung von Oberstleutnant Oliver North zugelassen hätten, Kokain über Costa Rica in die Vereinigten Staaten zu schmuggeln, um auf diesem Wege der nicaraguanischen Konterrevolution illegale Gelder zukommen zu lassen.«

Neben North wurden auch noch Admiral Poindexter, der ameri-

kanische Botschafter Lewis Tambs und ein gewisser John Hull erwähnt, der aus dem US-Bundesstaat Indiana stammt und die Staatsangehörigkeit Costa Ricas besitzt.

In dem Bericht wird die Forderung erhoben, Hull die costaricanische Staatsbürgerschaft abzuerkennen, da er seine Ranch nahe der Grenze zu Nicaragua Oliver North als Umschlagplatz für Rauschgift und Waffen zur Verfügung gestellt habe. Der Pilot Gary Betzner sagte weiterhin aus, daß er allein »zwei Flugzeugladungen Waffen zu Hulls Ranch in Costa Rica geflogen und auf dem Rückweg jeweils 500 Kilo Kokain nach Florida gebracht hat«.

Hull wurde im Januar 1989 unter dem Verdacht des Rauschgifthandels, des Waffenschmuggels und der Spionagetätigkeit in Costa Rica inhaftiert. In einem Bericht des amerikanischen Senats wurde er von fünf Zeugen der Regierung als Beteiligter am illegalen Rauschgifthandel identifiziert. Als er auf Kaution freigelassen wurde, setzte er sich in die USA ab, wenig später wurde die Anklage gegen ihn fallengelassen.

Im Januar 1990 stellte ihn dann eine Kammer des Obersten Gerichtshofes von Costa Rica erneut unter Anklage; diesmal ging es um die Beteiligung an einem Bombenanschlag im Mai 1984 in der nicaraguanischen Stadt La Penca, dem ein amerikanischer Reporter und sieben andere zum Opfer gefallen waren. Der Angriff galt dem eigensinnigen Contra-Anführer Eden Pastora, der sich damals geweigert hatte, bei bestimmten Operationen des CIA in Nicaragua mitzumachen.

Am 30. Januar 1989 gab der wegen Kokainschmuggels inhaftierte kolumbianische Staatsbürger Jorge Morales aus seiner Zelle in der Strafanstalt von Miami der Journalistin der Londoner »Times« Martha Honey ein Interview. Er berichtete, daß er 1984 von zwei nicaraguanischen Contra-Anführern angesprochen wurde, deren Verbindung zum CIA er kannte. Die beiden hätten versucht, ihn dazu zu bringen, beim Rauschgifthandel für die Contra-Rebellen mitzuwirken. Als Gegenleistung versprachen sie ihm, gewisse rechtliche Probleme, die er damals hatte, in Ordnung zu bringen.

Morales behauptete, daß er persönlich den Männern im Zuge dieser Abmachungen zwischen 1984 und 1986 etwa 3,5 Millionen Dollar in bar sowie mehrere Flugzeuge überlassen habe. Darüber habe er Waffen an einen Ort in Costa Rica – die Ranch Hulls – geliefert und auf dem Rückflug Kokain nach Florida gebracht.

Geldspenden für den Wahlkampf

Unter den zahlreichen Gästen, die 1981 der Amtseinführung US-Präsident Ronald Reagan beiwohnten, befand sich auch ein Amerikaner kubanischer Abstammung namens Ramon Milian Rodriguez, dem die Republikanische Partei der USA beträchtliche Geldspenden für den Wahlkampf Reagans und Bushs verdankte. Dieser Milian war in Miami jahrelang für den CIA finanziell aktiv gewesen und hatte zu derselben Zeit auch finanzielle Transaktionen für das Kokain-Kartell von Medellin getätigt. Am Ende wurde er wegen der Wäsche illegaler Rauschgiftgelder verurteilt und saß in einem amerikanischen Hochsicherheitsgefängnis ein. Milian hatte angegeben, er habe jährlich 2,5 Millionen Dollar für die Kokainmafia auf geheime Konten von Offshore-Banken geschleust. Daneben war Milian auch am Contra-Projekt der Regierung Reagan-Bush beteiligt.

Auch Millian wurde von Martha Honey in seiner Zelle aufgesucht. In dem Interview behauptete er, daß er im Jahr 1984 von einem Felix Rodriguez alias Max Gomez angesprochen worden sei. Felix Rodriguez war ebenfalls kubanischer Abstammung und hatte lange Jahre mit dem CIA zusammengearbeitet. Dieser Rodriguez habe Milian das Angebot unterbreitet, »er werde als Gegenleistung für Gelder an die Contra-Rebellen bei höchsten Stellen seinen Einfluß geltend machen, damit das Kokain-Kartell seitens der USA ›wohlwollend‹ behandelt wird«.

Laut Milian war »einer der Anreize der Hinweis darauf, daß Rodriguez direkt mit Bush in Kontakt treten konnte. Um dieses Wohlwollen zu erreichen, braucht man nicht über 27 bürokratische Stellen zu gehen. Das würde direkt zwischen ihm und Bush geklärt.«

Bush wies seinerzeit vehement jedwede Beziehungen zum Rauschgifthandel oder zu Unterstützungsoperationen für die Contra-Rebellen von sich. Er mußte allerdings zugeben, daß er sich »vielleicht einmal« mit Felix Rodriguez getroffen haben könnte. Es ist belegt, daß Bush und Rodriguez seit geraumer Zeit persönlich miteinander verbunden sind. 1976, Bush war damals Direktor des CIA, verwandte sich Bush persönlich dafür, daß Rodriguez seine CIA-Pension nicht verlor. Bush hatte offensichtlich das Gefühl, daß Rodriguez schon damals von Nutzen war.

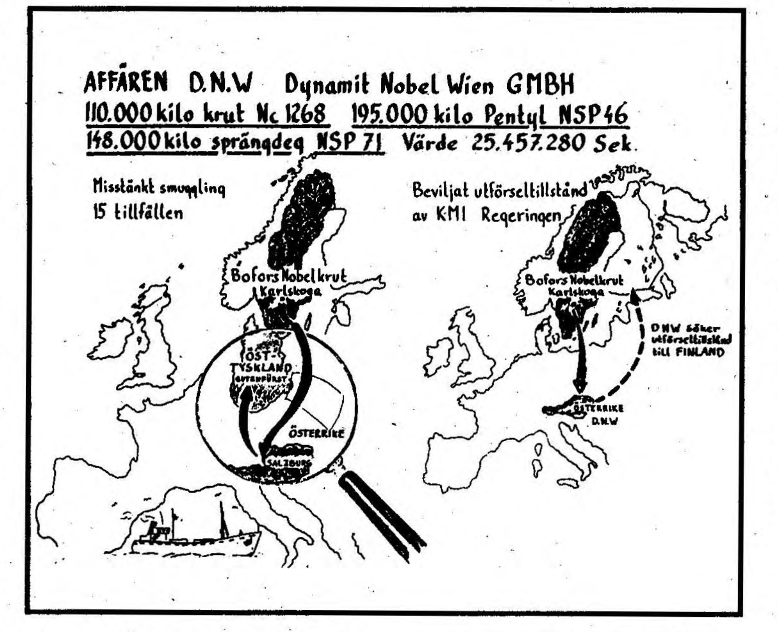
In diesem offiziellen amerikanischen Kongreßbericht wird allerdings die Rolle des Rauschgifthandels in der explosiven Iran-Contra-Affäre nicht angesprochen. Auch die amerikanischen Medien griffen diesen Aspekt nicht auf. Ende 1987 war der amerikanische Präsidentschaftswahlkampf bereits angelaufen.

Der ideale Ort für finanzielle Dienste

Für die Iran-Contra-Drahtzieher war Genf der ideale Ort für ihre finanziellen Probleme. Die Compagnie de Service Fiduciaires SA (CFS) wurde nach Angaben ihrer Hauptbank, der Schweizerischen Kreditanstalt, am 23. September 1971 mit dem Ziel gegründet, »ihre Kunden in steuerlichen, finanziellen, juristischen und wirtschaftlichen Angelegenheiten zu beraten und sämtliche Finanzgeschäfte abzuwickeln«. Zu den leitenden Angestellten der Gesellschaft gehören Jean de Senarclens, Roland Farina, Alfred Stohler und ein Amerikaner namens Williard I. Zucker.

Ebenfalls 1971 hatte Robert Vesco, ein amerikanischer Geschäftsmann mit besten Verbindungen zu hohen Stellen in Washington, die Übernahme der Genfer Finanzholding »Investors Overseas Services« (IOS) von dessen Gründer, dem extravaganten amerikanischen Finanzmann Bernie Cornfeld, organisiert. Die IOS diente Meyer-Lanskys Mafia-Organisation als Geldwaschanlage und hatte mehr als enge Beziehungen zu derselben Bank in Genf wie jener Williard Zucker und Oliver Norths »Firma«: der Schweizerischen Kreditanstalt.

Zucker ist ein bemerkenswerter Geschäftsmann. Er war der Genfer Repräsentant der New Yorker Anwaltskanzlei Wilkie Farr & Gallagher. Deren Seniorchef Kenneth Bialkin richtete es zu-



Eine Skizze des schwedischen Zolls zeigt die komplexen Waffenschmuggelwege auf, die die DDR-Firmen IMES benutzte.

Das schmutzige Drogen-Waffen-Kartell

sammen mit Zucker ein, daß Robert Vesco die Kontrolle über Meyer-Lanskys alte Geldwaschanlage IOS übernehmen konnte.

Zur damaligen Zeit rühmte sich Vesco seiner freundschaftlichen Kontakte zu William Casey, der unter Nixon das US-Börsenaufsichtsamt leitete und unter Reagan während der Iran-Contra-Affäre CIA-Direktor war. Bei der Übernahme der IOS setzte Vesco Gelder ein, über die er aus dem Rauschgiftschmuggel und illegaler Finanzoperationen in der Karibik verfügte.

Anschließend schlachtete Zukker die Vermögenswerte der IOS aus, verließ die IOS und gründete im September 1971 die »Treuhandgesellschaft« CSF. Wie aus informierten Quellen verlautet, ist die CSF nichts weiter als eine Umorganisation der Geldwaschanlage von Meyer-Lanskys weltweitem Rauschgiftsyndikat unter einem weniger in der Öffentlichkeit bekannten Namen.

Vesco lebt heute in Havanna, wo er angeblich den persönlichen Schutz Fidel Castros genießt. Bevor er sich nach Kuba absetzte, hielt er sich lange Zeit in Costa Rica auf, wohin er geflohen war, nachdem ihn die Schweizer Behörden wegen Unterschlagung unter Anklage gestellt hatten. Nach Schätzungen amerikanischer Behörden aus dem Jahr 1973 soll er über seine Luxemburger und Schweizer Scheinkonten 392 Millionen Dollar veruntreut haben.

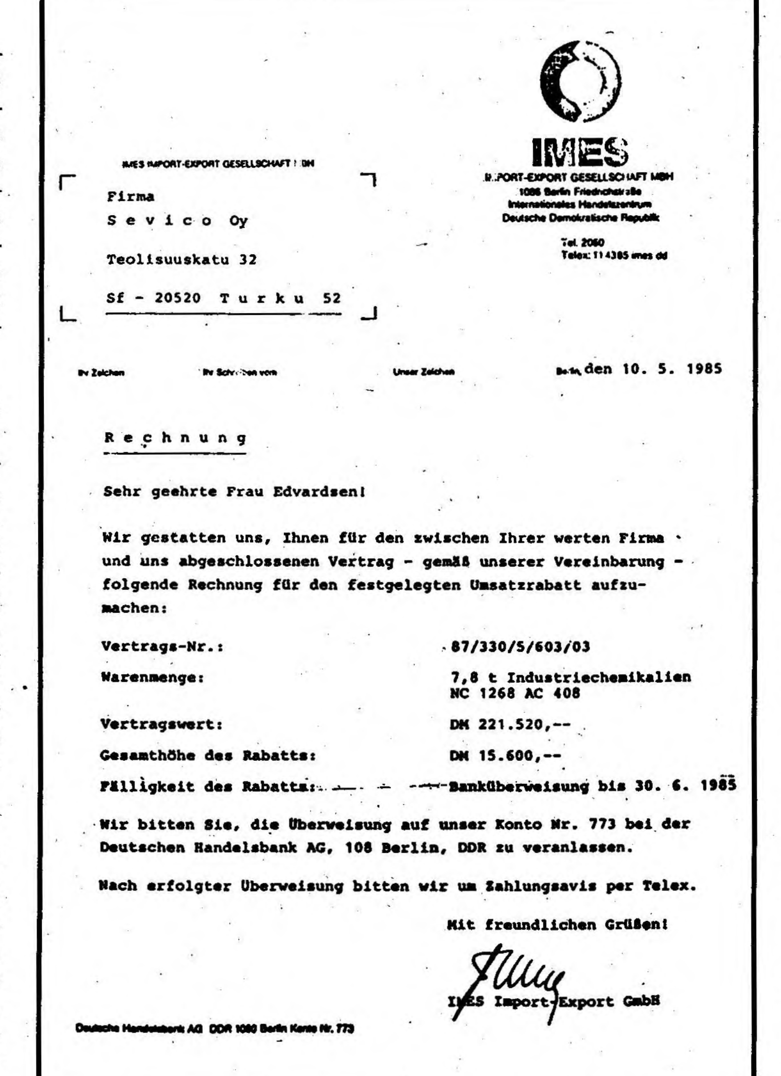
Von Havanna aus soll Vesco die Finanzen und andere Aspekte des weltweiten Kokainhandels für das kolumbianische Medellin-Kartell koordiniert haben. Bei seinen IOS-Operationen in den frühen siebziger Jahren wurde Vesco von einem Steuer- und Finanzexperten beraten, der sich besonders in den rechtlichen Möglichkeiten der verschiedenen internationalen »Steuerparadiese« auskannte. Dieser Experte war Richard V. Allen, der 1981 in der Regierung Reagan-Bush Vorsitzender des Nationalen Sicherheitsrates wurde und als enger Vertrauer Henry Kissinger gilt.

Es kann nicht überraschen, daß dieselbe Bank, die in den sechziger Jahren so reibungslos mit Bernie Cornfels IOS in Genf zusammengearbeitet hat, später der Hauptpartner für die Finanzgeschäfte von Zuckers CFS und die Hauptbank für Oliver Norths »Firma« wurde.

Honeckers Devisen aus dem Rauschgifthandel

Es kommt einer Offenbarung gleich, daß »Big Alex« Schalck-Golodkowski ausgerechnet in einem geheimen CIA-Lager in Langley, US-Bundesstaat Virginia, eine neue Identität verpaßt bekommen soll. Der CIA ließ kein einziges Wort über die Affäre Schalk verlauten. Wen wundert's. Bundesdeutschen Geheimdienstquellen zufolge, die Gelegenheit hatten, Schalck mehrere Wochen lang zu befragen, bevor die Amerikaner ihn in die Finger bekamen, könnte Schalck sensitive Einzelheiten jener Geschäftsverbindungen aufgedeckt haben, an denen sein Ministerium und die Firma IMES GmbH über die Jahre hinweg beteiligt war.

Schalck dürfte »die Verbindungen der roten Riege in Ostberlin zum berüchtigten Kokainkartell in Kolumbien« offengelegt haben. Darüber hinaus ist denkbar, daß Schalck »über illegale Waffenlieferungen (Maschinenpistolen, Gewehre, Granaten) in Krisengebiete in Asien, Afrika und Lateinamerika« berichtet hat. Es wird behauptet, daß »Rauschgift von Kolumbien per Schiff nach Rostock transportiert oder mit Regierungsmaschinen in die DDR geflogen« wurde. »Von hier aus belieferten die SED-Dealer die Rauschgiftringe im Westen, vor allem in der Bundesrepublik.«



IMES IMPORT-EXPORT GESELLSCHAFT MBH

Firma
S e v i c o Oy
Teolisuuskatu 32
Sf - 20520 T u r k u 52

IMES
IMPORT-EXPORT GESELLSCHAFT MBH
1086 Berlin Friedrichstraße
Internationales Handelszentrum
Deutsche Demokratische Republik
Tel. 2060
Telex: 11 4385 imes dd

Ihr Zeichen | Ihr Schreiben vom | Unser Zeichen | Berlin, den 10. 5. 1985

R e c h n u n g

Sehr geehrte Frau Edvardsen!

Wir gestatten uns, Ihnen für den zwischen Ihrer werten Firma und uns abgeschlossenen Vertrag - gemäß unserer Vereinbarung - folgende Rechnung für den festgelegten Umsatzrabatt aufzumachen:

Vertrags-Nr.: 87/330/5/603/03
Warenmenge: 7,8 t Industriechemikalien NC 1268 AC 408
Vertragswert: DM 221.520,--
Gesamthöhe des Rabatts: DM 15.600,--
Fälligkeit des Rabatts: Banküberweisung bis 30. 6. 1985

Wir bitten Sie, die Überweisung auf unser Konto Nr. 773 bei der Deutschen Handelsbank AG, 108 Berlin, DDR zu veranlassen.

Nach erfolgter Überweisung bitten wir um Zahlungsavis per Telex.

Mit freundlichen Grüßen!

IMES Import-Export GmbH

Deutsche Handelsbank AG DDR 1080 Berlin Konto Nr. 773

Eine Rechnung der IMES-Gesellschaft an die Bofors-Gesellschaft Sevico Oy in Finnland.

Das ist nicht das einzige Indiz dafür, daß Schalck und sein Netzwerk von DDR-Außenhandelsgesellschaften tief in den internationalen Rauschgift- und Waffenschmuggel verstrickt waren. Im Dezember 1988, lange vor dem Sturz Honeckers und Schalcks, deckte die britische Regierung einen umfangreichen Schmuggelring auf, an dem ein in Brüssel lebender deutscher Waffenhändler namens Schultz beteiligt war.

Über die Londoner Niederlassung des Waffenherstellers Heckler & Koch hatte Schultz angeblich 51 Maschinenpistolen, 51 AR-15-Automatikgewehre, 51 Granatwerfer, 10 M-16-Gewehre, Flugabwehrwaffen, Infrarotrüstung und Munition bezogen. Laut einer Meldung des Londoner »Independent« vom 10. Januar 1989 war die Waffenlieferung für die kommunistischen FARC-Terrosisten in Uraba, Kolumbien, bestimmt. Das Geld dafür soll das kolumbianische Kokainkartell beschafft haben. Die Rechnung über 1,8 Millionen DM wurde mit einem auf die Deutsche Außenhandelsbank in Ostberlin ausgestellten Kreditbrief beglichen. Die Waffen wurden aus Schalcks geheimen Waffendepot zum Rostocker Hafen gebracht und dort auf ein Schiff verladen.

Schlüsselleute starben unter mysteriösen Umständen

Am 27. Januar 1990 meldete »Die Welt« auf der Titelseite unter Bezug auf Informationen aus der Regierung Modrow, daß sich das Honecker-Regime durch eine Beteiligung am Rauschgifthandel Devisen verschafft habe. Dabei habe der internationale Flughafen Schönefeld in Ostberlin »eine entscheidende Rolle« gespielt. Dem Bericht zufolge soll der »arabische Raum«, vor allem

Libyen und Syrien, »die DDR und speziell Ostberlin als ›Schleusungsland‹ benutzt haben«.

Der Mann, der die Rauschgift- und illegalen Waffengeschäfte im Honecker-Regime kontrollierte, war das für Wirtschaftsfragen zuständige SED-Politbüromitglied Günter Mittag. Mittag soll seit spätestens 1972 die Geheimoperationen Schalcks in der DDR und im Ausland gedeckt haben. Der gesamte Apparat war logistisch eng mit der Volksarmee und der Staatssicherheit verwoben. In diesem Zusammenhang dürfte der ehemalige Chef der DDR-Auslandsspionage Markus Wolf von geheimdienstlicher Seite Schalcks Rauschgiftoperationen überwacht haben.

Kurz nach Schalcks Flucht nach Westberlin im Dezember 1989 kamen mehrere Schlüsselleute der Deutrans unter teilweise mysteriösen Umständen ums Leben. Der stellvertretende Generaldirektor der Deutrans Lakowski starb in Rotterdam, wo er bei der Speditionsfirma Imog arbeitete, an einem »Herzinfarkt«. Ein anderer leitender Angestellter der Deutrans, Uwe Harms, der bei der Partnerfirma Ihle in Hamburg beschäftigt war, wurde während eines ungeklärten »Einbruchs« erschossen.

Kaum war an die Öffentlichkeit gedrungen, daß sich Schalck in Gewahrsam des CIA befand, kolportierten DDR-Medien die Nachricht, der ehemalige DDR-Meisterspion Markus Wolf habe plötzlich die DDR verlassen. Er befinde sich in Moskau, wo er angeblich »seine Memoiren« schreiben wolle. Wolf war vom Übergangsregime Egon Krenz im Dezember 1989 vorgeschlagen worden, an der Spitze eines »Bürgerkomitees« Behauptungen über illegale Handelsbeziehungen von Schalcks Organisation auf den Grund zu gehen. Dabei sollten auch Anschuldigungen über Rauschgift und Waffenschmuggel in den Westen geprüft werden. Mehrere DDR-Bürger warfen Krenz vor, daß die Ernennung Wolfs für eine derart sensitive und wichtige Untersuchung den »Bock zum Gärner mache«.
In diese Zeit fällt auch die Reise des ehemaligen CIA-Mannes John Marks am 31. Januar 1990 nach Moskau, wo er – laut eines Berichts von Radio Moskau – »die Zusammenarbeit zwischen CIA und KGB auf den Gebieten des Narko-Terrorismus und der Wäsche illegaler Gelder« vertiefen wollte. Marks sagte gegenüber Radio Moskau, man suche »Wege für eine Zusammenarbeit zwischen den USA und der Sowjetunion, und zwar besonders auf solchen Gebieten, wo wir bisher gegeneinander gearbeitet haben«. Marks steht bei seinen Bemühungen nicht allein. Er wird unterstützt von dem ehemaligen Mitarbeiter der RAND-Corporation Brian Jenkins und von CIA-Chef William Colby, der die »Operation Phönix« in Vietnam leitete, als Ted Shackley und Tom Clines in Laos waren.

Gesucht werden einige Antworten auf Fragen

Die oben dargestellten Umstände werfen ernste Fragen auf. Wenn Schalck DDR-Geheimdienstgeschäfte »Waffen für Rauschgift« zwischen Kolumbien und der DDR überwachte, welche Verbindungen bestehen dann zwischen dieser Operation und den sonstigen Geschäften des kolumbianischen Kokainkartells? Welche Verbindungen bestehen zwischen Schalcks Geschäften und den offensichtlich sehr produktiven Aktivitäten, die John Hull und Ted Shackley mit denselben kolumbianischen Interessen trieben, oder mit verdeckten Operationen der »geheimen Nebenregierung« in den USA, die sich außerhalb jeglicher Gesetze bewegt?
Daß Geheimdienste des Ostblocks daran beteiligt sind, weltweite Untergrundorganisationen im Rauschgiftmilieu zu befehligen und zu kontrollieren, ist eine dokumentierte Tatsache. Amerikanische Regierungsagenturen ist dies seit spätestens 1969 in hinreichender Klarheit und Häufigkeit bekannt. Angesichts der exponierten Stellung, die der ehemalige Vizepräsident und jetzige Präsident der Vereinigten Staaten George Bush im Krieg der Regierung Reagan gegen das Rauschgift einnahm, stellt sich zudem die Frage, warum so wenig Erfolge bei dem Versuch erzielt wurden, den Zustrom von Rauschgift in den Westen einzudämmen. Vielleicht kennt Schalck-Golodkowski einige der Antworten auf diese Fragen. □



Vereinigt mit DIAGNOSEN – das zeitkritische Magazin

CHEFREDAKTEUR: Ekkehard Franke-Gricksch.

DEUTSCHE REDAKTION: Gunther Burkhardt, Heinz H. Schwan.

INTERNATIONALE Redaktion: Afrika: Ivor Benson; Argentinien: Dr. Walter Beveraggi Allende; Australien: Les Shaw; Freies China: Joseph Yu-jui Ku; Großbritannien: Vivian Bird, C. Gordon Tether; Kanada: Patrick Walsh; Mexieo: Arturo Ramirez; USA: Michael Collins Piper, George Nickolas, Alec de Montmorency, James P. Tucker; Zentralamerika: Moises D. J. Ulluo Durate.

NAHOST-REDAKTION: Victor Marchetti

LAYOUT: Grafik Design Team, Reutlingen.

CODE hat eine Vereinbarung über die redaktionelle Zusammenarbeit mit der amerikanischen Wochenzeitschrift »The Spotlight«, herausgegeben von der Cordite Fidelity Inc., 300 Independence Ave. S. E., Washington, D. C. 20003, USA.

CODE hat ein weitere Vereinbarung über die redaktionelle Zusammenarbeit mit dem amerikanischen Newsletter »New American View«, herausgegeben von Victor Marchetti, P. O. Box 999, Herndon, VA 22070, USA.

CODE veröffentlicht außerdem regelmäßig die Beiträge aus »The Journal of Historical Review«, herausgegeben von Theodore J. O'Keefe, Institute for Historical Review, P. O. Box 1306, Torrance, California 90505, USA.

CODE kostet als Einzelheft DM 7,50 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Das Abonnement kostet jährlich DM 72,– einschließlich 7 % Mehrwertsteuer und Porto.

Der Abonnementspreis für das Ausland beträgt jährlich DM 72,– zuzüglich DM 15,– Versandkosten für den einfachen Postweg.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag.

Das Jahresabonnement kann jeweils mit einer Frist von 8 Wochen zum Ablauf des Abonnementsjahres gekündigt werden. Zahlungen für das Abonnement bitte erst nach Erhalt einer Rechnung.

CODE darf nur mit Verlagsgenehmigung in Lesezirkeln geführt werden.

CODE erscheint monatlich jeweils am letzten Mittwoch des Vormonats.

Vertrieb In- und Ausland: IPS Pressevertrieb GmbH, Kölner Straße 180-182, D-5020 Frechen, Telefon (0 22 34)-1 60 82-6, Telex 8 883 479 IPS.
Satz und Repro: Fotosatz Studio für Werbung und Satz
Wolfgang Schweikhardt, Reutlingen.
Druck: Greiserdruck, Rastatt.
Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes: Ekkehard Franke-Gricksch
Untere Burghalde 51, D-7250 Leonberg

CODE erscheint im **Verlag Diagnosen GdbR.** Untere Burghalde 51, D-7250 Leonberg, Telefon (0 71 52) 2 60 11, Fax (0 71 52) 2 83 40.
ISSN 0932-3473

Die nächste Ausgabe der Zeitschrift CODE erhalten Sie am 28. November 1990 bei Ihrem Buch- oder Zeitschriftenhändler.

Banker-Journal

Träume von der neuen Weltordnung

US-Präsident George Bush mag glauben, daß die Krise am Persischen Golf, so ernst wie sie ist, zu »einer neuen Weltordnung, zu einem neuen Zeitalter führen kann, in der die Völker der Welt gedeihen und in Eintracht leben können« – unter amerikanischer Führung selbstverständlich. Aber stimmt die übrige Welt dem zu? Vielleicht, nur vielleicht. Und wenn dies eintreten sollte, werden die Amerikaner mit Sicherheit den Löwenanteil der Kosten sowohl in bezug auf Menschenleben als auch auf finanzielle Lasten zu tragen haben.

Die kommenden Monate werden lehrreich sein. Gegen Ende des Jahres, wenn nicht schon früher, wird sich herausstellen, ob Bushs übereilte Reaktion auf Saddam Husseins Einmarsch in Kuwait unauslöslich die Neugeburt der amerikanischen Führung in der Welt oder den Tod einer einst großen Weltmacht eingeläutet hat. Es scheint keinen Weg mehr zurück zu geben, jedenfalls nicht ohne zuzugeben, daß der Griff des amerikanischen Präsidenten nach Größe eine große Fehlkalkulation, ein fast tödlicher Patzer war.

Der militärische Aufmarsch der USA am Golf: Eine Viertelmillion Soldaten, fast ein Drittel Kriegsmarine, dazu beträchtliche Luftunterstützung. Jene Verbündete, die Unterstützung leisten, um ihren guten Willen zu zeigen – britische und französische Seestreitkräfte, ägyptische, syrische und marokkanische Landstreitkräfte – sollten schneller an Ort und Stelle sein. Aber die Dinge liefen nicht so, wie sich der US-Präsident erhofft hatte.

Der Wirtschaftsboykott gegen den Irak ist dank der Mullahs des Iran stark durchlöchert. Die Sowjets gewähren moralische Unterstützung, aber sonst nicht viel. Und die übrige Welt steht herum und wartet ab.

Dies alles geschieht zu einer Zeit, in der sich die Amerikaner darauf vorbereiten zur Wahl zu gehen, um ein neues Repräsentantenhaus und ein Drittel des Senats zu wählen. Der Zustand der Wirtschaft, die bereits durch ein Jahrzehnt des übermäßigen Ausgebens, Verschwendung, Korruption und Gier seitens des Establishments und der Regierung stark geschwächt ist, liegt schwer auf dem Wähler. Schulden und Defizite schleichen sich weiterhin an den Steuerzahler heran. Eine Wirtschaftsflaute, wenn nicht gar eine Wirtschaftskrise, vielleicht auch Inflation und zweifellos neue Steuern begleiten ihn wie ein Schatten.

Was wird Präsident Bush unter diesen Umständen tun? Es ist durchaus möglich, daß nicht einmal er selbst dies zu diesem Zeitpunkt sagen kann. Er peilte während des ganzen Abenteuers über den Daumen und vertraute auf das Glück und auf einen verschwommenen Sinn für das Schicksal der Nation. Der Gedanke an »eine neue Weltordnung« kam ihm erst einige Wochen, nachdem er seinen Sprung zum Persischen Golf getan hatte. Er war gerade im US-Bundesstaat Maine mit seinem Berater für nationale Sicherheit, Brent Scowcroft, beim Angeln, als ihm dieser Gedanke durch den Kopf schoß, und er platzte seinem Helfer gegenüber damit heraus.

Es hörte sich gut an. Aber jetzt, wo er das treffende Schlagwort gefunden hat, das auf seine Aktion am Golf paßt, muß sich der Präsident entscheiden, wie es am besten weitergeht, damit sein Schlagwort auch weiterhin Bestand hat. Es wird nicht so leicht, wie es war, hochtrabende patriotische Rhetorik zu erfinden, um seinen Vorstoß vom August bis an den Rand des Krieges zu rechtfertigen. Indessen treibt der gerissene Saddam mit Bush ein Katz-und-Maus-Spiel, wobei er ihn und seine arabischen Verbündeten herausfordert, ihn anzugreifen und aus Kuwait zu vertreiben.

Der amerikanische Präsident kann natürlich auf Zeit spielen, was vielleicht keine schlechte Idee ist, wenn auch die Zeit auf Saddams Seite zu sein scheint. Es gibt jedoch Anzeichen dafür, daß dies Bushs derzeitige Taktik ist. Der Kommandeur der US-Truppen in Saudi-Arabien, General H. Norman Schwarzkopf, gab bekannt, daß der militärische Aufmarsch hinter der Planung zurückliege. Dies bietet Bush eine willkommene Gelegenheit, seine endgültige Auseinandersetzung mit Saddam aufzuschieben – zumindest zeitweilig – bis nach den November-Wahlen.

Indessen haben die Iraner nicht nur zugestimmt, Saddam dabei zu helfen den Wirtschaftboykott und die Seeblockade zu durchbrechen, sondern die fanatischen Mullahs haben damit begonnen, zu einem heiligen Krieg gegen die amerikanischen Ungläubigen und deren arabische Verbündeten aufzurufen. Das gefürchtete Terrornetzwerk des Mittleren Ostens, jetzt unter irakischer Leitung, ist wie berichtet, wieder im Geschäft und spürt in Saudi-Arabien und anderswo Ziele auf – vielleicht sogar in Amerika. Aber Saddam muß vorsichtig sein, um Bush nicht zu provozieren oder ihm einen Vorwand für einen militärischen Angriff auf den Irak selbst zu liefern.

So werden nach Meinung der Experten die ersten Ziele des vom Irak gesteuerten Terrorismus sehr wahrscheinlich die Saudis und andere arabische Verbündete von Präsident Bush sein. Abgesehen von einer Demütigung des amerikanischen Präsidenten gibt es nichts, was sich Saddam Hussein mehr wünscht, als das Regime des König Fahd oder die der arabischen Rivalen des Iraks zu destabilisieren.

Während der amerikanische Militäraufmarsch weiter voranschreitet – und sich die Risse in Bushs unsolide gebauter internationaler Allianz verbreitern – reisen Präsident und Außenminister James Baker um die Welt und suchen Unterstützung für die neue Weltordnung. Alte Feinde wurden zu neuen Verbündeten in Moskau und Damaskus. Baker plante sogar, den Iran festzunageln, bis die Mullahs in Teherans politischen Labyrinth wieder die Oberhand gewannen. Es ist peinlich zu beobachten, wie die Führernation der westlichen Welt um Hilfe bettelt, aber Bush braucht jede Hilfe, die er bekommen kann.

Gleichzeitig steigen die Kosten der Golf-Krise ständig. Bislang haben nur die Kuwaitis, die ihr Country-Club-Land verloren haben, und die Saudis, bei denen als unerwarteter Glücksfall Milliarden an Ölgewinnen anfallen, sich bereit erklärt, zu den Kosten beizusteuern. Die Kuwaitis hoffen natürlich darauf, daß Bush die Irakis vertreiben und dabei Saddam zerschmettern wird. Die Saudis scheinen nicht so blutdürstig zu sein, aber sie schätzen die amerikanischen Anstrengungen bestimmt nicht so sehr, wie man es eigentlich erwarten sollte.

»Unser Verhältnis zu Amerika ist nicht das eines Kunden zu einer Supermacht, sondern eher das eines Arbeitgebers zu einem Angestellten«, sagte Dr. Bakr A. Bakr von der King Fahd Universität. »Das ist der Unterschied zwischen Ihrem Verhältnis zu uns und Ihrem Verhältnis zu Ägypten.«

So steht es also um die Verteidigung der gemeinsamen lebenswichtigen Interessen, die Aufrechterhaltung der Herrschaft des Gesetzes, den Widerstand gegen Aggression und all die anderen wohlklingenden Dinge, auf die sich Präsident Bush in der letzten Zeit bezog, als er dem Kongreß und dem amerikanischen Volk sagte, was es mit der neuen Weltordnung auf sich habe. Nur Amerikaner fallen auf solche Worte herein.

Der Taum des Herrn Bush von einer neuen Weltordnung, erst ein paar Wochen alt, fängt schon an wie Seifenblasen zu zerplatzen. Eines steht jedoch fest: Amerika und die Amerikaner werden für eine Selbsttäuschung über Größe einen hohen Preis bezahlen müssen. □

Der ganze Globus von Golfkrise betroffen

Ganz gleich wie die Konfrontation im Mittleren Osten gelöst wird, es gibt kein Zurück mehr von den wirtschaftlichen Folgen, die weltweit über Jahre hinaus spürbar sein werden. Saddam Husseins Einmarsch in Kuwait, seine unverhüllte Bedrohung der Ölfelder Saudi-Arabiens und der kleinen Staatsgebiete am Persischen Golf werden langanhaltende und äußerst schmerzhafte Auswirkungen auf die Weltwirtschaft haben.

Aber es wird ein paar Gewinner geben, hauptsächlich unter den ölproduzierenden Ländern und

den wenigen anderen – namentlich Japan –, die Geld zum Verleihen besitzen. Der große Verlierer sind sehr wahrscheinlich die Vereinigten Staaten. Andere Verlierer, zu einem geringeren Ausmaß werden die Industrieländer Westeuropas, die neu hervortretenden kapitalistischen Wirtschaften Osteuropas und die Entwicklungsländer der Dritten Welt sein.

Die erste Auswirkung auf die Weltwirtschaft wird ein gewaltiges Ausmaß an Ungewißheit sein, die sich bereits überall in der Welt spürbar macht. Jetzt, wo massive amerikanische und irakische bewaffnete Streitkräfte auf beiden Seiten der Grenzen hokken und Feindseligkeiten in den nächsten paar Wochen mehr als eine Möglichkeit sind, reagieren die Finanz- und Verbrauchsgütermärkte mit ängstlichen Schritten auf das geringste Signal aus dem Krieg der Worte und Nerven, der gegenwärtig von Präsident Bush und seinem irakischen Gegner geführt wird.

Die Ungewißheit der Lage und das durchdringende Gefühl der Angst, das diese Auseinandersetzung in der Öffentlichkeit hervorgebracht hat, hat in den USA und in Westeuropa bei den Aussagen der Verbraucher zu einem fast unverzüglichen Trend nach unten geführt, da die meisten Menschen größere Einkäufe zumindest zeitweilig verschieben. Diese Ungewißheit hat auch die Zinssätze in die Höhe getrieben, was die Verbraucher vom Kauf abschreckt.

In den Vereinigten Staaten bedeutet dies eine Verlangsamung des Wirtschaftswachstums genau zu dem Zeitpunkt, wo die meisten Experten eine Wirtschaftsflaute vorausgesagt haben. Viele glauben, die USA seien bereits in eine Rezession eingetreten. Und dazu muß die US-Regierung mehr als zwei Milliarden Dollar pro Monat zahlen, nur um die militärische Präsenz am Golf aufrechtzuerhalten.

Obwohl es in erster Linie Japan und Westeuropa sind, die vom Öl aus Kuwait und den anderen Staaten am Persischen Golf abhängig sind, tragen die USA den Löwenanteil der Kosten zur Verteidigung dieser Quellen. Bush und US-Außenminister James Baker reisten nach Japan und Westeuropa, mit dem Sammelteller in der Hand, baten um Hilfe zur Aufteilung dieser Kosten. Bush und Baker können sich jedoch nicht allzusehr auf ihre Verbündeten stützen, da die USA, das größte Schuldnerland der Welt, den meisten Partnern bedeutende Summen schuldet. Vor allem Japan garantiert bei den monatlichen Auktionen des US-Finanzministeriums fortwährend durch Ankauf der vom Publikum nicht gekauften Schuldverschreibungen dafür, daß das US-Defizit möglichst nicht größer wird.
Und Schuldnerländer sind nun einmal nicht in der Lage, Forderungen an ihre Gläubigerländer zu stellen.

Jedoch so groß die Auswirkung der Krise auf die Industrienationen auch sein mag, sie wird für die wenigen robusten Wirtschaften der Dritten Welt geradezu verheerend sein. Zur Zeit der ersten Ölkrise von 1973 verbrauchten die Entwicklungsländer weniger als 18 Prozent des jährlichen Ölkonsums der Welt. Aber sie waren auch relativ schuldenfrei und begannen bald damit sich Darlehen zu hohen Zinssätzen aufzuhalsen, als die bis an den Rand mit Petro-Dollar vollgestopften Banken die unterentwickelten Ländern praktisch anbettelten, Geld zu borgen, um die Industrialisierung und die zusätzlichen Ernergiekosten finanzieren zu können. Nun verbrauchen diese Länder bereits 28 Prozent des Weltangebots und sind so stark verschuldet und die Gefahr der Nichterfüllung so nahe, daß ihnen niemand mehr Geld leihen will.

In Osteuropa hatten die neu hervortretenden kapitalistischen Systeme und Systeme des freien Unternehmertums fest mit massiven Geldspritzen von westlichen Anlegern gerechnet, um ihre Entwicklung zu finanzieren und ihre verschmutzte Umwelt, die durch jahrzehntelange kommunistische Mißwirtschaft verwüstet wurde, aufzuräumen. Bei steigenden Zinssätzen werden diese Länder sich das Bargeld nicht mehr leisten können, das zu diesem Zweck zur Verfügung steht, dessen Bestand aber auch dramatisch schrumpfen wird, da diejenigen, die Geld zu verleihen haben, sich nach sicheren kurzfristigen Investitionen umsehen.
Die Geld-Knappheit ist bereits in Osteuropa spürbar, wo viele Länder Abgesandte in den Westen geschickt haben, um dringende Darlehen zur Deckung der dringensten Bedürfnisse zu erbetteln. Polen und Ungarn erhielten Zusagen von 14 Milliarden Dollar von den westlichen Industrieländern und der Tschecho-Slowakei und Bulgarien wurden ähnliche Versprechungen gemacht.
Die Sowjetunion, der traditionelle Energieversorger für Osteuropa, begann mit dem Zusammenbruch des Warschauer Paktes plötzlich damit, Zahlungen in harter Währung zu verlangen, eine Maßnahme, die die Volkswirtschaften von Polen und Ungarn lähmen und die der weniger industrialisierten Länder Osteuropas schwer schädigen könnte.
Außerdem büßten Polen und Ungarn eine große Anzahl von bereits unterzeichneten Handelsabkommen mit dem Irak ein. Aber die Probleme, die die Lage im Mittleren Osten in Osteuropa mit sich bringt, beunruhigen auch diejenigen im Westen, die die verschiedenen Alternativen bezüglich des Eintritts der Länder Osteuropas in die Europäische Gemeinschaft (EG) in Erwägung gezogen hatten.

Die EG, die planmäßig 1992 alle Handelsbarrieren fallen lassen wird und somit zum größten Einzelmarkt und Wirtschaftseinheit der Welt werden soll, hatte beabsichtigt, den Ländern des Ostens den Status der »assoziierten Mitgliedschaft« zu gewähren, mit dem Hintergedanken, daß diese Länder wirtschaftlich wachsen und politisch reifen sollten, bevor sie als selbständige Partner zugelassen werden.

Aber wenn sich dies als unmöglich erweist bei höheren Energiepreisen, höheren Zinssätzen und einer weltweiten Inflation, dann haben die Länder des Westens keine andere Wahl, als einzuspringen und zu helfen, wenn auch aus keinem besseren Grund, als eine gewaltige Flut von Wirtschaftsflüchtlingen daran zu hindern, ihre wohlhabenden Nachbarn zu überfluten.
Es ist in den Ländern der EG überdies nicht vergessen worden, daß der Plan für ein vereintes Europa schon 1972 auf einer Gipfelkonferenz in Paris vereinbart wurde. Die Einigung sollte 1980 zustandekommen, aber der arabisch-israelische Krieg von 1973 trat dazwischen und der erste, von mehreren Ölpreis-Schocks über das Jahrzehnt hinweg, trieb den Ölpreis steil nach oben. Der Plan zerfiel angesichts des öffentlichen politischen Widerstands gegen die Aufgabe der staatlichen Souveränität zu einer Zeit der Wirtschaftskrise.

Auch jetzt sind einige der stärksten Befürworter der Einigung darüber beunruhigt, daß die Geschichte sich wiederholt, und daß, obwohl das Problem nicht unüberwindbar sein wird, der Einigungstermin von 1992 erneut verschoben werden muß.

Obwohl Japan nicht ganz ungeschoren davon kommen wird, befindet es sich nichtsdestoweniger in einer relativ guten Position. Es besitzt ein enormes Bargeldpolster, das sich aus jahrelangen Handelsüberschüssen gebildet hat sowie ein stetiges Zinseinkommen aus seinem riesigen Investitions-Geschäftsbereich, ein Großteil davon aus Verpflichtungen des amerikanischen Finanzministeriums bestehend.

Japan hat auch genügend Öl gelagert, ein Vorrat, der bei den derzeitigen Verbrauchsquoten mindestens sechs Monate reichen wird und länger, wenn das Öl rationiert wird. Dies sollte ausreichen, um alle außer den aller schlimmsten Folgen der Golfkrise zu überstehen. Die Japaner fassen auch Vereinbarungen mit der Sowjetunion ins Auge, um noch nicht angezapfte Ölvorkommen in Sibirien und an anderen möglichen Ausweichquellen zu entwickeln.

Was dies für die USA bedeutet, ist noch nicht klar, obwohl es allzu offensichtlich ist, daß es nichts Gutes bringen kann. Viele Beobachter, die feststellen, daß die von der Regierung veröffentlichten Zahlen über die Wirtschaft oft hinter den Verhältnissen, auf die sie sich beziehen, hinterherhinken, glauben, daß die USA bereits in eine Wirtschaftsflaute hineingerutscht sind.

Darüber hinaus schätzt man, daß die Kosten für das Zusammenziehen der amerikanischen Streitkräfte am Persischen Golf für ein volles Jahr, plus Hilfe für verbündete Länder, die darunter Leiden, daß sie die Sanktionen der UN unterstützen, 50 Milliarden Dollar erreichen werden, und noch viel mehr, wenn der Schießkrieg beginnt. □

US-Dollar

Im Wettbewerb mit dem ECU

G. Gordon Tether

Der Dollar sollte lieber auf der Hut sein, der neue »harte« ECU kommt. Wie auch immer der langfristige Streit zwischen Großbritannien und seinen europäischen Nachbarn über die zukünftige Gestalt der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft ausgehen mag, eine Entwicklung von großer potentieller Bedeutung scheint jetzt sicher zu sein. Es ist das Hervortreten einer neuen europäischen Währung, die mit der Zeit eine große Herausforderung für die Rolle des amerikanischen Dollar als König der internationalen Währungsburg darstellen könnte.

Die Europäische Gemeinschaft wurde 1979 erstmals in das allgemeine Währungsgerangel verwikkelt. Damals sollte, als erster Schritt in Richtung auf das endgültige Ziel der monetären Vereinigung der Mitgliederstaaten, ein Mechanismus zur Stabilisierung der Wechselkurse unter den beteiligten Ländern geschaffen werden. Er sollte als Abrechnungseinheit eine metaphysische Währung haben, deren Wert durch Bezugnahme auf einen Korb von europäischen Währungen bestimmt würde – gewichtet nach den relativen Stärken der jeweiligen Wirtschaften.

Ein Nennwert für Schuldverschreibungen

Der ECU, wie er genannt wurde, hat sich jedoch bislang als eine Angelegenheit von geringer Bedeutung erwiesen. Und doch hat der ECU in »live«-Form nur durch die Prägung von 5- und 50-ECU-Münzen in Belgien bisher seinen Ausdruck gefunden. Seine hauptsächliche praktische Verwendung war die, als Nennwert für ECU-Schuldverschreibungen, die in vielen Ländern der Europäischen Gemeinschaft ausgegeben wurden. Er wurde teilweise als Abrechnungseinheit für gewöhnliche Handels- und Zahlungsgeschäfte zwischen europäischen Ländern verwendet. Aber zum größten Teil zog es die Geschäftswelt vor, weiterhin ihre jeweiligen Landeswährungen für solche Zwecke zu verwenden – nicht zuletzt den amerikanischen Dollar.

Jetzt müssen wir erkennen, daß eine solide Aussicht dafür besteht, daß ein reorganisierter ECU auf viel bedeutsamere Weise auf der internationalen Währungs-Bildfläche erscheinen wird. Der Grund dafür ist, daß die Debatte über Veränderungen in europäischen Finanzvereinbarungen, die erforderlich sind, um sich den weitergehenden Integrationsvorschlägen anzupassen, die Aufmerksamkeit auf die Frage der zukünftigen Währungsverhältnisse gelenkt hat.

Scharfe Meinungsverschiedenheiten

Es bestehen, wie der übrigen Welt kaum entgangen sein dürfte, scharfe Meinungsverschiedenheiten zwischen den EG-Ländern darüber, wie weit und wie schnell die wirtschaftliche und politische Eignung der Mitgliederländer vor sich gehen soll. Und wie zu erwarten war, hat diese Spaltung in einem vergleichbaren Gedankenkonflikt darüber, was der Status und die Funktionen des ECU in dem neuen Szenario sein soll, ihren Ausdruck gefunden.
Aber eines scheint bereits klar zu sein, nämlich, daß, wie auch immer der große Streit geschlichtet werden wird, dem ECU eine sehr viel wichtigere Rolle zur Bewältigung der internationalen Währungsgeschäfte zuteil werden wird, als das bislang der Fall war. Die Hauptszenarien sind jetzt schon zu erkennen. In einem dieser Szenerien wird die Vollendung der Schaffung eines Einzelmarktes bis 1992 – zu der sich alle EG-Länder bereits verpflichtet haben – als Einleitung zu einem Endspurt in Richtung auf die Einigung angesehen. Durch Herbeiführung der vollen wirtschaftlichen Integration der Mitgliederstaaten innerhalb von wenigen Jahren würde dies dazu führen, daß der ECU als einzige Währung der Region in Erscheinung tritt. Alle derzeit im Umlauf befindlichen Landeswährungen würden auf die gleiche Weise verschwinden, wie die Ost-Mark im Kielwasser der Entscheidung zur Vereinigung der beiden deutschen Staaten aus dem Verkehr gezogen wurde.

Unter dem alternativen Szenario – von britischen Behörden entworfen, um der Nichtbereitschaft der Thatcher-Regierung, die nationale Souveränität in einem Ausmaß aufzugeben, wie einige andere EG-Länder es für annehmbar halten, entgegenzukommen – wird die Entwicklung des ECU einen ganz anderen Weg einschlagen.

Vorgeschlagener neuer harter ECU

Insbesondere würden die neuen Vereinbarungen durch die Schaffung einer harten Version gekennzeichnet – so genannt, weil sie viel weniger als die derzeitig verwendete Version der Erosion der Kaufkraft durch Inflation ausgesetzt wäre. Diesem ECU kann es in diesem Sinne nicht besser ergehen, als den Währungen der Mitgliederstaaten als Ganzes, da, wie schon gesagt, ihr Wert auf einen entsprechend gewichteten Korb von europäischen Währungen beruht. Im Gegensatz dazu würde der vorgeschlagene neue ECU – der, wie die Briten anregen, »parallel« zu den bestehenden Landeswährungen gehandhabt werden soll – niemals im Verhältnis zu irgendeiner jener Währungen abgewertet werden.
Die Zentralbanken aller beteiligten EG-Länder müßten sich zu Garantievereinbarungen verpflichten, die darauf abzielen, sicherzustellen, daß der Wert des New-Look-ECU stets mit der Leistung derjenigen EG-Währung schritt hält, die den besten inflationshemmenden Ruf hat – anders ausgedrückt, daß der harte ECU nur zu dem Ausmaß an Kaufkraft verliert, wie die derzeitige Hauptwährung selbst unter den Bugwellen der Inflation zu leiden hat.

Aber an eine solche Einheit, räumen ihre Exponenten ein, wird man sich erst einmal sehr gewöhnen müssen. Aber, so argumentieren sie, die Tatsache, daß sie sich möglicherweise in einer für Inflationstendenzen empfänglichen Welt eines außergewöhnlichen Ausmaßes an Immunität gegen Inflation erfreuen wird, könnte dazu führen, daß sie im Laufe der Zeit ungeheuer populär wird. Und, so fügen sie hinzu, ihre Schaffung würde es nicht – wie die einer einzigen EG-Währung – erforderlich machen, daß alle Länder der Europäischen Gemeinschaft ihre Souveränität in einem Ausmaß aufgeben müßten, wie es zumindest einige von ihnen als abstoßend empfinden.

Immer mehr Alternativen zum Dollar

Was dabei herauskommt ist, daß, ganz gleich ob die Europäische Gemeinschaft schließlich eine einzige Einheit oder eine Parallelwährung von der Art, um die sich die Briten bemühen, bekommt, der ECU mit der Zeit viel mehr werden wird als die schwache Kreatur, die er zur Zeit noch ist. Er könnte nicht nur eine viel größere Rolle bei der Abwicklung der Geldgeschäfte der Welt spielen, sondern auch eine viel stärkere Anziehungskraft als Reservewährung zum Aufbau von staatlichen Lagern ausüben.

Es braucht nicht gesagt zu werden, daß als unvermeidliche Folge davon der ECU in einen viel schärferen Wettbewerb mit dem Dollar geraten wird. Eine Zeitlang erweckten die DM und der japanische Yen immer stärkere Aufmerksamkeit als Alternativen zum Dollar in diesem Sinne. Es ist durchaus vorstellbar, daß der ECU des New Look die Bedrohung, die diese Entwicklungen für die Vorherrschaft des Dollar darstellt, noch wesentlich verstärken wird. □

Aktien

Markt-unsicherheit an der Börse

C. Gordon Tether

Stehen wir kurz vor einem Zusammenbruch auf dem Börsenmarkt? Der erschreckende Erdrutsch auf den Börsenmärkten, der durch den plötzlichen Verlust an Zuversicht seitens der Wall Street im Herbst 1987 ausgelöst wurde, löschte rund ein Drittel der Kapitalwerte gewöhnlicher Anteile in der Welt als Ganzes aus. Die Verwüstung war unterschiedlich von Land zu Land, aber es gab kaum einen Markt, der mit einem Sturz von weniger als 20 Prozent davon kam.

Die Auswirkung auf die jeweilige Einstellung zur Beteiligung am Gesellschaftskapital war niederschmetternd. Aber es dauerte nicht lange, bevor allgemein akzeptiert wurde, daß, was auch immer die Rechtfertigung für die Kurskorrektur nach unten gewesen sein mag, dieser Einbruch überzogen war. So hatte man um die Mitte des darauffolgenden Jahres etwa die Hälfte des verlorenen Bodens wieder gewonnen. Nach diesem Zeitpunkt ging die Erholung mit einem wesentlich geringeren Tempo vor sich, und weitere zwölf Monate sollten vergehen, bevor der globale Index der Stammaktienpreise das Niveau vor dem Börsensturz erreicht hatte.

Ein nervöser Ton machte sich bemerkbar

Es trat zu diesem Zeitpunkt nur eine kleine Pause in dem Fortschritt ein, und gegen Ende des Jahres 1989 lagen auf den meisten Märkten, die vor dem Börsensturz verzeichneten Preise schon weit zurück. Im Fall der Vereinigten Staaten zum Beispiel trat eine Verbesserung in der Größenordnung von fünf Prozent ein.

Aber nach Anbruch des Jahres 1990 trat in der Börsenmarktsituation eine grundlegende Veränderung ein. Ein sehr viel nervöserer Ton machte sich Anfang des Jahres bemerkbar, und ein oder zwei Monate später wurde dies durch einen plötzlichen Verlust an Zuversicht auf dem höchst bedeutsamen japanischen Börsenmarkt, vergleichbar mit dem der Wall Street von 1987, unterstrichen.

Glücklicherweise übertrug sich diese Beinahe-Katastrophe nicht auf andere Börsenmärkte in der verheerenden Art und Weise, wie es die vorangegangene Explosion an der Wall Street getan hatte. Aber die hatte unvermeidlicherweise eine ernüchternde Auswirkung auf die übriggebliebenen Optimisten. Die Folge davon war, daß Ende April der Weltindex rund sechs Prozent unter dem Stand lag, mit dem er in das neue Jahr eingetreten war, selbst wenn man die japanischen Ziffern nicht in Betracht zieht.
Wenn Japan in der Berechnung einbezogen wird, dann lag der Sturz nicht weit weg von 20 Prozent.

Unischerheit ist an der Tagesordnung

Die Dinge wendeten sich zum Besseren, als es einigermaßen sicher zu sein schien, daß der japanische Rutsch keine Domino-Wirkung auf die Situation des Weltbörsenmarktes ausüben würde. Aber die anschließende Umkehrung des Niederganges von Anfang 1990 in weltweiten Werten lief sich bald tot und machte Platz für eine neue Abwärtsbewegung, die solche schrittmachenden Märkte wie Wall Street und London umfaßte.
Wie, so mag man sehr wohl fragen, wird es weitergehen? Es ist zunächst völlig klar, daß die Aussichten für Börsenmarktpreise jetzt fast überall in einem ganz anderen Licht gesehen werden.

Unsicherheit scheint derzeit an der Tagesordnung zu sein. Die geldanlegende Öffentlichkeit im allgemeinen neigt zu der Ansicht, daß keine festbegründeten Aussichten mehr bestehen, daß die Stammaktien geldmäßig weiterhin in vernünftiger Weise im Wert steigen werden. Nicht weniger relevant ist die Tatsache, daß viele der Faktoren, deren Auftritt auf der Bühne in erster Linie für die grundlegende Änderung in der Einstellung der Öffentlichkeit verantwortlich sind, sich sehr wahrscheinlich noch eine Zeitlang bemerkbar machen werden.

Dazu gehört zunächst eine Verschlechterung der wirtschaftlichen Aussichten in solchen bedeutsamen schrittmachenden Ländern wie die Vereinigten Staaten und Großbritannien, die beide anscheinend, wenn auch aus verschiedenen Gründen, dazu bestimmt sind, nach vielen Jahren einer stetigen Expansion der Wirtschaftstätigkeit die erste ernsthafte Unterbrechung zu erleben.

Die Bremse, die diese Veränderung zum Schlechteren im weltweiten Wirtschaftsklima an den Fortschritt der Aktienpreise anlegen wird, ist offensichtlich dazu bestimmt, noch eine Zeitlang in Betrieb zu sein. Ein Dämpfer für die Preise wird sich erwartungsgemäß auch aus einer weltweiten Verschärfung der Maßnahmen ergeben, die getroffen werden, um das Wachstum der inflationären Drücke einzudämmen.
Und das ist noch nicht alles. Es muß auch damit gerechnet werden, daß die steigende Flut der großen Firmenzusammenbrüche auf beiden Seiten des Atlantiks in der voraussehbaren Zeit die Begeisterung für Investitionen in gewöhnliche Aktien stark dämpfen wird.

Der Zusammenbruch des Kommunismus

Dann ist da noch der Faktor der Wiedergeburt Osteuropas. Es ist nicht schwierig zu erkennen, daß auf längere Sicht die Öffnung der Märkte der Sowjetunion und ihrer ehemaligen Satelliten im Kielwasser des Zusammenbruchs des Kommunismus günstige Auswirkungen auf die Wirtschaftstätigkeit in der westlichen Welt haben wird – und somit die Aktienpreise eine zusätzliche Schubkraft bekommen werden. Aber was die unmittelbare Zukunft betrifft, so können die Dinge durchaus ganz anders aussehen. Vor allem besteht offensichtlich die Gefahr, daß die Erzeugung einer gewaltigen Expansion in der Nachfrage nach Kapital den Finanzverkehr des Westens ernsthaft durcheinanderbringen könnte, mit schädigenden Folgen für die Aktienpreise.

Was auch erkannnt werden muß, daß, obwohl die Beendigung des Kalten Krieges anscheinend einen großen internationalen politischen Alptraum beseitigt hat, diese sehr wohl eine Menge leichtere, doch potentiell schwerere Alpträume mit sich gebracht haben könnte. Sie hat zum Beispiel zusätzlichen Zündstoff für Rassenspannungen geliefert, die im Nahen Osten seit einiger Zeit die politische Szene auf beunruhigende Weise kennzeichnen. Dies könnte in der Öffentlichkeit die Anziehungskraft für Edelmetalle im Verhältnis zu der Anziehungskraft von Vermögen, das sich in Papiergeld ausdrückt, verstärken – kurz gesagt, es könnte dazu beitragen, daß noch mehr Inhaber von Stammaktien und Schuldverschreibungen zu Gold übergehen.
Dies läuft darauf hinaus, daß Beteiligungen am Gesellschaftskapital zu mindestens vorübergehend bei den Geldanlegern sehr viel von dem Ausmaß an Popularität verlieren werden, deren sie sich erfreuten, seitdem die Börsenmärkte die Ängste abgeschüttelt haben, die durch die Ende 1987 eingetretene Umwälzung um sich gegriffen hatten. An Zugewinne bei Aktienpreisen wird man wahrscheinlich sehr viel schwerer herankommen, und es könnten sogar in vielen Teilen des Sektors Verluste eintreten.

Und die Tatsache bleibt bestehen, daß die Kreditbeschaffung weiterhin weltweit expandiert anstatt rückläufig zu sein – was bedeutet, daß viel Geld vorhanden ist, das nicht mehr lange an der Beteiligung am Gesellschaftskapital vorbeigehen kann. □

USA

Ausraubung der arabischen Banken

Stefan Mazur

US-Präsident George Bushs Reaktion auf die irakische Invasion in Kuwait, die als Schritt zur Erhaltung der Demokratie und als Reaktion auf Tyrannei gepriesen wird, ist eigentlich der größte Bankraub in der Geschichte. Britische und amerikanische Banken versuchen schon seit langem, ihre Hand auf den arabischen Ölreichtum zu legen. Jetzt ist es ihnen gelungen.

Mit einer rund um die Uhr betriebenen Luftbrücke schafft Bush in kürzester Zeit mehr als 250.000 Soldaten nach Saudi-Arabien, um offiziell mit dem Irak Krieg zu führen. Eine weitere halbe Million Männer werden zur Zeit bereitgestellt, um den Soldaten zu folgen. Die gegenwärtige Luftbrücke und Truppenentfaltung ist die größte seit dem Zweiten Weltkrieg.

Die Welt schwimmt im Öl

Bush und die Medien des Establishments versuchen, diesen Schritt zu rechtfertigen, indem sie sagen, der irakische Präsident Saddam Hussein At-Takriti sei der neue Hitler und der Irak das neue Nazi-Deutschland. Diese Erklärung mag die Gehirnlosen und die Dummen befriedigen, widerspricht jedoch allen Tatsachen und jeder Logik.

Zunächst einmal beruht die einzige »Öl-Bedrohung« für Amerika nicht auf dessen potentieller Knappheit, sondern auf einer derzeitigen Schwemme. Die Welt schwimmt in Öl, und beträchtliche Ölquellen werden täglich neu entdeckt.

Allein die Sowjetunion könnte den gesamten Ölbedarf der industrialisierten Welt decken. China, Indonesien, Westafrika, Venezuela, Mexiko und Australien haben alle gewaltige nachgewiesene Ölfelder, und es ist schon ein Gradmesser der Unterwürfigkeit dieser Länder gegenüber den internationalen Banken, daß diese bislang verhindert haben, daß dieser Überfluß an Öl in die Hände der Verbraucher gelangt.

Eine Goldgrube für die Banker

Darüber hinaus haben zahlreiche Länder wie die USA, Großbritannien, Kanada und Norwegen beträchtliche Ölfelder, die absichtlich heruntergestuft wurden, um die Illusion der »Knappheit« aufrecht und die Preise an den Tankstellen hoch zu halten. Daher hat die Annektion Kuwaits durch den Irak absolut keinen Einfluß auf den Ölstrom irgendwo in der Welt.

Sie hat sich sogar für das größte Ölgeschäft und für die internationalen Banken als Goldgrube herausgestellt. Mit alarmierenden Schlagzeilen wird ein sofortiger Anstieg der Benzinpreise um 30 Prozent an den Zapfsäulen und die Überweisung von mehr als 800 Milliarden Dollar an britische und New Yorker Banken durch ängstliche Ölscheichs, Prinzen und Sultane begründet.

Wenn der Irak heute in Saudi-Arabien und alle Emirate am Persischen Gold einmarschieren würde, dann stieße er dort auf leere Banken; das ganze Gold und Geld ist nämlich bereits nach London und New York verlagert worden.

Der zionistenfreundliche Kongreß-Abgeordnete Steven Solarz versprach den Saudis internationale Unterstützung für ihre Haltung gegen den Irak.

Die internationalen Banken haben jetzt arabische Vermögenswerte in der Gewalt. Die Scheichs, die so verängstigt waren, daß sie sich von ihrem Vermögen getrennt haben, wollten offensichtlich nicht der Tatsache ins Auge schauen, daß die internationalen Banken der unsicherste Platz der Welt ist, um dort arabische Vermögenswerte vertrauensvoll zu hinterlegen.
Diese Vermögenswerte können nämlich zeitlich unbegrenzt beschlagnahmt oder eingefroren werden, ohne daß die Anleger irgendwelche Schritte dagegen unternehmen könnten. Vertrauensselige Anleger von den Marcos bis zu den Ayatollah Ruhollah Khomeinis sind ständige Ermahnungen daran, daß Geld auf der Bank ist und in der Tat dort verbleibt, wie es den Banken beliebt, und niemals den Anlegern zur Verfügung steht.

Eine große und lukrative Investition

Derart gewaltige Verschiebungen von Vermögenswerten hatte es nicht mehr gegeben seit V.I. Ulyanow – alias Lenin – und Leon Trotzky den Schatz des russischen Imperiums in Höhe von 86 Milliarden Dollar in Gold beschlagnahmten und ihn über Finnland auf Londoner und New Yorker Banken transferierten.

Obwohl Lenin seinerzeit die völlige Herrschaft über Rußland errungen hatte, rechtfertigte er diese Maßnahme mit den alarmierenden Schlagzeilen und Gerüchten, die besagten, daß die »Weißen« – antikommunistischen Russen – kurz vor dem Einmarsch stünden.

Der russische Staatsschatz ist bis heute noch nicht zurückgegeben worden – und dies aus einem guten Grund: Lenin hatte nämlich mit seinen Bankherren, die seine bolschewistische Revolution finanziert hatten, ein Abkommen getroffen. Wie Jacob Schiff persönlich feststellte: »Die Bolschewistische Revolution war unsere größte und lukrativste Investition seit jeher.« Er habe keinen Zweifel daran, daß er auch für die anderen Banker spreche, die in das bolschewistische Abenteuer investiert hatten.

Der Islam steht auf

Was das Establishment nicht begreifen kann, nimmt es auch nicht wahr. Weil das Establishment völlig von Gier motiviert wird, ist es unfähig, Religionen wie den Islam oder politische Bestrebungen wie den Populismus zu begreifen. Seine einzigen Informationsquellen sind Israel – das ebenfalls von einer unstillbaren Gier verzehrt wird – und die

Marionetten, die es eingesetzt hat, um über die eingeborenen Bevölkerungen zu herrschen.

Alle diese Leute nahmen an, der Islam sei nichts als Geschäft, um Geld für die Emirs und Prinzen zu machen. Das mag sicherlich bislang auf Marionettenscheichs zutreffen, aber niemals auf die islamischen Massen. Das Wort »Islam« selbst bedeutet »sich Gott ergeben«, und sich ergeben bringt auch den Verzicht auf Begehrlichkeit und Exzesse mit sich.

Obwohl der israelische Mossad über Anzeichen der kommenden islamischen Eruption berichtete, entging ihm völlig, die ihr zugrundeliegende Motivation. Der Mossad schrieb das Wiederaufleben des Islams religiösen Krämerseelen zu, die denen hierzulande ähnlich sind.

Nichts könnte weiter von der Wahrheit entfernt sein. Aber auch hier wurde das Establishment zu dem Glauben veranlaßt, daß man mit den neu in Erscheinung tretenden islamischen Populisten Geschäfte wie üblich tätigen könne.

Nach fast einem Jahrhundert von »islamischen Herrschern«, die ihnen durch das Ausland aufoktroyiert wurden, wollen die islamischen Massen nichts mehr mit der jüngsten Brut, der vom Mossad unterstützten Marionetten, zu tun haben und sind folglich bereit, sie davonzujagen. Dies ist auch ein Akt der Souveränität, der vom Establishment oder Israel nicht geduldet werden kann.

Die Lage für Bush ist ohne Gewinn

Jetzt, wo Amerika auf eine Depression wie die von 1930 zuspurtet, die von dem Debakel der Spar- und Darlehenskassen herrührt, kann nur ein Krieg nach der Art des Zweiten Weltkriegs die Aufmerksamkeit von den Inlandsproblemen ablenken und die Taschen der Kriegsgewinnler und des großen Ölgeschäfts stopfen. Ein kurzer Krieg bringt keinen Gewinn und ist daher undenkbar; jedoch ein langer und beherrschbarer Krieg gegen die fast eine Milliarde starke islamische Welt wird der amerikanischen Wirtschaft den Garaus machen, wenn sich auch einige wenige Auserwählte daran bereichern werden.

Israelische Berater befinden sich jetzt in Saudi-Arabien an der Seite der amerikanischen Streitkräfte, um sie in die Wüstenkriegsführung einzuweisen und ihnen beizubringen, »wie man mit Arabern fertig wird«. Auch dieses Sichverlassen auf israelische Ratschläge wird sich für die US-Truppen als verhängnisvoll erweisen, da dies die örtliche Bevölkerung gegen sie aufbringen wird.

Der erzzionistische Kongreßabgeordnete von New York, Steven Solarz, kehrte aus Saudi-Arabien zurück, wo er von König Fahd gefeiert wurde. Solarz versprach Fahd weltweite jüdische Unterstützung als Gegenleistung dafür, daß er amerikanische Truppen ins Land gelassen hat.

Der Vietnam-Krieg war im Vergleich ein Picknick

Der israelische Plan beruht auf einem langen, ausgedehnten Krieg, der von amerikanischen Truppen geführt wird, und nach einer Niederlage der Araber Israel schließlich die Gewalt über die Ölfelder des Nahen Ostens verschaffen wird. Unglücklicherweise für Israel ist bei diesem Szenario der islamische Faktor völlig außer Acht gelassen worden, so daß es sich kaum verwirklichen wird. Indessen werden die amerikanischen Soldaten einer unfreundlichen Umgebung ausgesetzt, mit Temperaturen bis zu 54 Grad, ohne irgendwelche Erholungseinrichtungen.

Wenn erst einmal die Toten nach Hause überführt werden, und die Wirtschaft weiter nach unten stürzt, dann wird Bush Proteste erleben, die die Tage von Vietnam als Picknick erscheinen lassen, und dies ungeachtet der hektischen Bemühungen der Medien des Establishments, die Kriegsbegeisterung anzufeuern.

Von einem islamischen Staatsmann, der Amerika noch freundlich gesinnt ist, kam folgender Ratschlag: »Handeln Sie, als ob Sie Saddam durch starre Blicke verblüfft und Arabien erobert hätten; verkünden Sie den Sieg und machen Sie sich schleunigst aus dem Staube, solange es noch geht.« □

UdSSR

Russen wollen keine Sowjets sein

Fred Blahut

Für die westlichen Medien des Establishments sind schwierige Zeiten angebrochen. Nachdem man uns 70 Jahre lang erzählt hat, die Worte »Rußland« und »Sowjetunion« seien gleichbedeutend und untereinander austauschbar, erfahren wir jetzt, daß dem keineswegs so ist.

Die Öffentlichkeit wird jetzt dahingehend belehrt, daß es innerhalb der Sowjetunion eine Reihe von sozialistischen Republiken gebe, in denen Menschen leben, die keine Russen sind. Welch eine Offenbarung, und einige dieser Menschen wollen nicht einmal Sowjets sein.

Das Blaue vom Himmel versprochen

Jetzt kommen die sowjetischen und sozialistischen Sympathisanten, die die Medien im Westen bevölkern, noch in ein weiteres Dilemma. Es scheint nämlich so zu sein, daß die Russen auch nicht besonders glücklich darüber sind, Sowjets zu sein. Diese Haltung wird von dem charismatischen – wenn auch rätselhaften Boris Jeltsin personifiziert.

Jeltsin ist »soeben gewachsen« von einem unbedeutenden Funktionär der sowjetischen Kommunistischen Partei zum Präsidenten der Russischen Republik und reitet dabei auf einer Welle des Nationalismus, die über Mittel- und Osteuropa hinwegfegt. Und während die Medien des Establishments und vor allem die amerikanische Bush-Regierung dem sowjetischen Führer oder Diktator oder Präsidenten – die Auswahl liegt beim Leser – Michail Gorbatschow zujubeln, jubeln viele Patrioten Jeltsin zu. In ihm sehen die Patrioten den Keil, der notwendig ist, um die Sowjetunion und die Russische Republik auseinanderzutreiben. Die Patrioten meinen es gut. Es sind antikommunistische, antisowjetische, freiheitsliebende Menschen, die wollen, daß andere Menschen auch frei sind. Aber sie verstehen die Situation nicht. Sie verstehen Gorbatschow, Jeltsin, die UdSSR, die Bolschewisten, Rußland oder die Russen nicht.
Jeltsin hat den Menschen in Rußland das Blaue vom Himmel versprochen, und Menschen, die nichts besitzen, wählen jedesmal etwas – wenn ihnen die Gelegenheit zum Wählen geboten wird. Und jetzt hat er mit seinem Austritt aus der Kommunistischen Partei eine weitere großartige Schau aufgezogen. Kommentatoren der Establishment-Medien waren schnell dabei uns einzureden, dies schade Gorbatschow, weil Jeltsin jetzt eine »Konkurrenzgruppe« – das heißt eine andere Partei in der Form, wenn auch nicht im Namen, anführen wird.

Eine Konkurrenzgruppe als Spielzeug

Gorbatschow beherrscht natürlich die Kommunistische Partei, was die Wahl seiner persönlichen Auswahl der Abgeordneten beweist. Aber er beherrscht auch die Infrastruktur der Sowjetbürokratie. Wenn die gestürzt werden sollte, dann nicht wegen der Aktivitäten einer »Konkurrenzgruppe«. Und die sogenannten Hardliners können es von sich aus nicht tun. Die Hardliners und das Militär zusammen könnten es schaffen, aber nur, wenn sich der KGB dazu entschließt, dem unvermeidlichen Kampf tatenlos zuzusehen.

UDSSR

Russen wollen keine Sowjets sein

Was Gorbatschow getan hat, ist, den Kindern – dem russischen Volk – ein paar Spielsachen zu geben; eine Russische Republik, komplett mit Präsident, Bürokratie und »Konkurrenzgruppe«. Und dies wird sie beschäftigen, so daß sie keine Schwierigkeiten machen werden, wenn Gorbatschow fortfährt, seine Pläne in die Tat umzusetzen.

Man halte sich vor Augen, daß von allen Völkern der UdSSR die Russen sich am meisten von Lenins »glorreicher Revolution« betrogen fühlen.

Der Herr aller Reußen

Dies alles begann im 11. Jahrhundert, als das Fürstentum Rußland Visionen über die Doktrin der Ausbreitung über den ganzen Kontinent zu hegen begann. Über die darauffolgenden hundert Jahre hinweg trieben die Moskoviter unter dem Banner von Michael, dem Erzengel, die Polen aus der Steppe hinaus; was die Polen ihnen niemals vergeben haben. Sie besiegten auch die schwedisch-ukrainische Allianz, bereiteten den schwedischen Träumen vom Ruhm ein Ende und verleibten die Ukraine in ihr Reich ein. Zur Zeit Peters des Großen war der Herrscher über Rußland – Nachfolgerstaat des historischen Rußland – Zar »aller Rußländer« oder aller Reußen.

Im Westen wußten die Bürger eine Menge über das Vereinigte Königreich/Großbritannien, aber nicht sehr viel über das russische Reich. Während die vorherige Generationen niemals Schottland mit England oder einen Schotten mit einem Engländer verwechselt hätten, brachten sie aber – bewußt oder unbewußt – einen Bürger des Russischen Reiches mit einem Russen durcheinander. So herrschten die Engländer über Schottland, Wales und Irland und über England, während die Russen von ihrem Hauptquartier in Moskau aus über ein stetig expandierendes Reich von vielen Völkern herrschten, die ebensowenig Russen waren, wie der obenerwähnte Schotte Engländer war.

Britannien ohne England

Die Frage taucht auf: Könnte es ein Vereinigtes Königreich/Großbritannien geben ohne England? Ebenso gibt es keine Sowjetunion ohne Rußland.

Wenn Jeltsin sagt, er wolle, daß sich die Russische Sowjetische Republik von der UdSSR trennt, dann betätigt er sich lediglich als Schaumschläger. Die Basis der Sowjetunion ist Rußland, ebenso wie die UdSSR der Nachfolgestaat des Russischen Reiches ist.

Sowjetfeindliche Russen bestehen darauf, ihr Land sei die erste gefangene Nation gewesen, weil es das erste Land war, das von den Bolschewiken unterwandert und erobert wurde. Als die Bolschewiken das Aleksandr-Kerensky-Regime stürzten, übernahmen sie zuerst Rußland, von dort aus eroberten sie das, was vom Zarenreich übriggeblieben war.

Mit der Hilfe von Franklin Delano Roosevelt überrannten die Bolschewiken eine Reihe anderer Länder, verleibten sich andere ein und übernahmen ganz einfach die Herrschaft über wieder andere Länder. Zum Beispiel übernahmen sie halb Finnland, die nördlichsten japanischen Inseln, Estland, Lettland und Litauen, die Ukraine und halb Ruthenien – die andere Hälfte wurde in die von den Sowjets beherrschte Tschechoslowakei eingegliedert –, nur um einige wenige Staaten zu nennen.

Nun kommt Gorbatschow mit seiner Perestroika und Glasnost daher und sondert sich von den Ostblockländern ab. Aber kann er sich frei bewegen? Hüpft er herum wie ein Federball? Man sollte das nicht glauben.

Es ist alles unter Kontrolle

Ein Spezialist für Osteuropa, Stephen Koczak, wies in der Sendung »Editor's Roundtable« des Senders North America One darauf hin, daß niemand die Dinge mehr in der Gewalt hat als Gorbatschow. Er hat einen Plan, und sein Plan funktioniert. Er möchte die sowjetische Wirtschaft in die westliche Wirtschaft eingliedern, und er erhält dabei Unterstützung vom Westen. Dies ist eines der Probleme, über die die Führer der Industrieländer auf dem Wirtschaftsgipfeltreffen in Houston in der zweiten Juliwoche entschieden haben.



Boris Jeltsin, der neue Präsident der Russischen Republik, wird vom US-Außenminister James Baker (rechts) hoch gelobt.

Jeltsin ist ein Produkt Gorbatschows, und ohne Gorbatschow wäre Jeltsin nicht vorhanden. Was Jeltsin getan hat, ist, die russischen Nationalisten aus dem Unterholz hinauszulocken – etwas was für Gorbatschows Pläne von wesentlicher Bedeutung ist. Und das Jeltsin-Phänomen hat auch die sogenannten Hardliners hervorgekehrt. Auch das brauchte Gorbatschow für seine Pläne.

Es mag sein, daß die Sowjetunion an den Nähten auseinanderreißen wird. Sicherlich wollen die vielen gefangen gehaltenen Völker das so. Aber durch Anwendung der Technik mit Zuckerbrot und Peitsche, wie er es bei den baltischen Staaten getan hat, hofft Gorbatschow, die verschiedenen Republiken halten zu können, derweil er ihnen etwas vom guten Leben zukommen läßt.

Daher werden die Russen die Letzten sein, die von dem Hineinströmen von westlichen Verbrauchsgütern profitieren werden. Die Russen sind die Letzten, die in der Lage sein werden, das Joch der herrschenden Bolschewiken abzuschütteln, ungeachtet der Redegewandheit Jeltsins.

Wie Koczak ausführte, ist Gorbatschow jetzt viel stärker, als es an der Oberfläche erscheinen mag. Und in der Politik geschieht nichts durch Zufall.
Aber man schließe trotz der äußerst byzantinischen Planung Gorbatschows einen Zusammenbruch nicht aus. Die gefangenen Nationen sind jetzt freier. Sobald die Fesseln weiter gelockert werden, könnte es sein, daß sie den ihnen vom Kreml bereiteten Pfad nicht gehen werden. Reiche sind schon früher auseinandergebrochen. Die historischen Chancen stehen auf Auseinander gehen.

Aber Jeltsin ist nur ein Bauer auf Gorbatschows Schachbrett. Und der gerissene Kremlführer ist ein Großmeister des Schachspiels. □

Desinformation über die Roten

Warren Hough und Lawrence Wilmot

Seit Anfang der fünfziger Jahre hat der amerikanische Geheimdienst CIA das Weiße Haus und den amerikanischen Kongreß mit hunderten von Geheimdienstberichten gefüttert, in denen die Sowjetunion als dynamische, furchterregende Supermacht dargestellt wurde. Doch bei dem überstürzten Zusammenbruch des Sowjetreichs erwiesen sich diese Berichte als entweder unglaublich unzutreffend oder als vorsätzliche Lügen.

Untersuchungsbeamte des amerikanischen Senats, die sich mit dieser Frage befassen, haben festgestellt, daß die vorhandenen Beweise für letztere Alternative sprechen. Unter Beihilfe der Medien des Establishments verwandelte diese Kampagne Billionen von Steuergeldern westlicher Staaten in aufgeblähte Ausgaben für »nationale Sicherheit«, darunter die eigenen geheimen Finanzhaushalte der Geheimdienste. Allein die Kosten für den CIA wurden in den Jahren zwischen 1955 und 1989 um das Siebenfache in die Höhe getrieben.

Den Präsidenten hinters Licht geführt

Und doch ungeachtet dieses massiven Betrugs an den Steuerzahlern in den USA haben die Medien des Establishments die von US-Senator Patrick Moynihan geleitete Untersuchung, um festzustellen, wieso sich der CIA so sehr irren konnte und niemand dies entdeckt hat, weitgehend unbeachtet gelassen.

Als es dazu kam, die Stärke der Sowjetunion und deren Absichten zu beurteilen, waren die Geheimdienste des CIA und staatliche Schätzungen das, »was die amerikanische Außenpolitik zwei Generationen lang trieb. Es war das, was der amerikanische Präsident wußte. Mehr als ein amerikanischer Präsident hat das zu mir gesagt«, meinte Moynihan gegenüber Journalisten.

Und doch waren seit der Regierung des Präsidenten Dwight D. Eisenhower jene entscheidenden CIA-Berichte »falsch, vollkommen falsch und irreführend«, enthüllte Moynihan. Seine Untersuchungsbeamten zitierten nachstehende schwerwiegende Falschaussagen in Zusammenfassung, die der CIA an das Weiße Haus sandte.

In den fünfziger Jahren berichtete der CIA, die Sowjetwirtschaft sei »halb so große wie das amerikanische Bruttosozialprodukt« und wies warnend darauf hin, daß sie »kräftig wachse«.

Unseriöse Geheimdienstberichte

In späteren Jahren wurde in CIA-Schätzungen versichert, der sowjetische Wohlstand wachse »fast zweimal so schnell wie die amerikanische Produktion«, was bedeutete, daß er sich in weniger als zwölf Jahren verdoppeln würde.

»Dreißig Jahre lang behauptete der CIA, daß die Wirtschaft der UdSSR um fünf oder noch mehr Prozent pro Jahr wachse«, sagte ein Mitarbeiter Moynihans. »Wenn das auch nur annähernd richtig gewesen wäre, dann wäre Moskau jetzt die Hauptstadt einer reifen, wirtschaftlich mächtigen Industriegesellschaft, statt eines zusammenbrechenden kommunistischen Armenhauses.«

In Wirklichkeit, sagt Professor Anders Aslund, ein schwedischer Gelehrter, der als Europas führender Sowjetologe anerkannt wird, blieb die UdSSR hinsichtlich ihrer zivilen Wirtschaft über die Jahre hinweg »ein schwach entwickeltes Land der Dritten Welt, grob auf gleicher Höhe wie Brasilien, aber wahrscheinlich nicht einmal so fortgeschritten wie Mexiko«.

In den Jahren, als der CIA darüber berichtete, daß der wirtschaftliche Fortschritt der Sowjets Amerikas eigene Produktion weit in den Schatten stelle, war das Wirtschaftswachstum der UdSSR in Wirklichkeit negativ, wobei der Ausstoß der Fabriken und die Dienstleistungen rückläufig waren anstatt zuzunehmen.

Wissenschaftliche Beobachter Moskaus sagen, die Ansichten des CIA über ihren Hauptgegner seien durch eine »blinde Stelle« getrübt und verzerrt worden, die das europäische Geheimdienstwesen schon seit den dreißiger Jahren plage: das Unvermögen zu erkennen, daß der Sowjetstaat in Wirklichkeit ein zweifaches System ist – eine mächtige Kriegsmaschine, die auf einer fadenscheinigen, rückständigen Zivilwirtschaft aufgebaut ist.

Die sowjetische Walt-Disney-Welt

»Die sowjetische Strategie legte ihren Schwerpunkt auf die Entwicklung von Massen gewaltiger Panzer und Raumraketen, zusammen mit einer hochtechnischen Unterseebootflotte, die an der amerikanischen Küstenlinie herumschleicht, ausgerüstet mit Atomraketen, die jede amerikanische Stadt innerhalb von Minuten zerschmettern können«, sagt Dr. Boris Tomarew, ein Analytiker der sowjetischen Politik, der Gastdozent eines Washingtoner Think Tank ist.

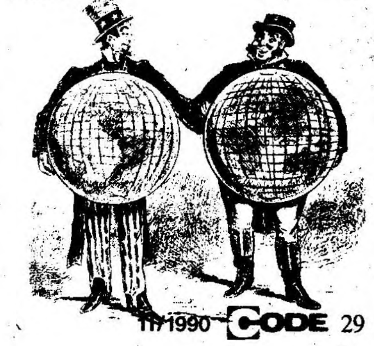
»Menschliche Bedürfnisse wurden in den Wind geschlagen. Diese Art von System arbeitete Stalin in die Hände, der eine eiserne Diktatur leitete; aber nach seinem Tode erwies es sich als unhaltbar. Letztendlich stieß es die UdSSR in den sozialen und wirtschaftlichen Zusammenbruch, der ihr nun bevorsteht.«

Dem Schaden den Spott hinzufügend, mockieren sich die kenntnisreichsten sowjetischen Wirtschaftler, die die USA in wachsender Anzahl besuchen, offen über das was Professor Jewgeny Tarasow die »glückliche Walt-Disney-Version der Sowjetwirtschaft nennt, die von den Experten der CIA hergezaubert wird«.

Ein anderer sowjetischer Gelehrter, Dr. Igor Birman, ein Mitglied der Akademie der Wissenschaften der UdSSR, nennt die CIA-Analyse der Sowjetmacht »lächerlich«. Er stellt fest, daß, während der CIA die Sowjetwirtschaft als »mehr als halb so groß wie die amerikanische einschätzte«, das sowjetische Bruttosozialprodukt in Wirklichkeit »um 14 Prozent des amerikanischen Ausstoßes lag – also nicht einmal ein Drittel, viel weniger als die Hälfte dessen, was Amerika produziert. Die Schätzungen des amerikanischen Geheimdienstes gingen weit am Ziel vorbei.«

Teure politische Fehleinschätzungen

So weit am Ziel vorbei und über eine so lange Zeit hinweg, daß der US-Senat beabsichtigt, diesen sich anbahnenden Skandal gründlich zu untersuchen. »Der CIA hat sich der schlimmsten Desinformation gegen uns, gegen den Kongreß und gegen das Weiße Haus schuldig gemacht«, sagt ein Untersuchungsbeauftragter des Kongreß. »Wir müssen herausfinden, was diesen gigantischen Betrug motiviert hat, und welchen Schaden er angerichtet hat.«
Ein Großteil des Schadens liegt im Bereich der fehlgeleiteten und verschwenderischen politischen Entscheidungen und strategischen Schritte, die durch die Lügen des CIA veranlaßt wurden. »Die große Frage, über unsere klare Fehlbeurteilung der sowjetischen Bedrohung hinaus«, sagt Monihan, »lautet: ›Was ist uns sonst noch untergejubelt worden?‹« □



Die Jagd auf ehemalige Nazis geht weiter

In seiner Gier, ehemalige Nazis, die unter falschen Angaben in den USA eingewandert sind, zu entlarven und auszuweisen, scheint das Office of Special Investigations (OSI) des amerikanischen Justizministeriums dazu zu verleiten, mit dem Gesetz und dem Beweismaterial recht fahrlässig umzugehen. Das ist jedenfalls die Meinung einer Reihe von Menschen, die sich näher mit den Fällen des ehermaligen Auto-Mechanikers John Demjanjuk und des ehemaligen Raketen-Wissenschaftlers Arthur Rudolph befaßt haben.

Demjanjuk, ein gebürtiger Ukrainer, wurde während des Zweiten Weltkriegs von den Deutschen gefangengenommen und diente in den Kriegsgefangenen-Arbeitseinheiten, die der deutschen Wehrmacht angeschlossen waren. Nach dem Krieg wanderte er nach den Vereinigten Staaten aus, bekam einen Arbeitsplatz und gründete eine Familie. Aber plötzlich, im Jahr 1977, fiel das OSI über ihn her und beschuldigte ihn, ein Wachposten im Nazi-Todeslager Treblinka gewesen zu sein und Angaben auf seinen Einwanderungsunterlagen gefälscht zu haben. Zunächst nahm Demjanjuk die Sache nicht sehr ernst. Er glaubte, sie werde sich in wenigen Wochen zu seinen Gunsten aufklären, doch der Fall schleppte sich dahin.

Das OSI lieferte Beweismaterial, von dem ein Großteil jetzt sehr fragwürdig geworden ist, um zu belegen, daß Demjanjuk mehr getan habe als falsche Angaben über seinen Lebenslauf zu machen. Der Automechaniker sei, so behaupteten die Untersuchungsbeamten des OSI, der berüchtigte »Iwan der Schreckliche« des Lagers Treblinka – der Mann, der die Gaskammern bediente und viele seiner Opfer folterte, bevor er sie in den Tod schickte.

Nach einer Reihe von Verhandlungen wurde Demjanjuk die amerikanische Staatsbürgerschaft entzogen, und er wurde 1986 nach Israel ausgewiesen, um sich dort vor Gericht zu verantworten. Er wurde von einem israelischen Gericht für schuldig befunden, Verbrechen gegen das jüdische Volk und die Menschlichkeit begangen zu haben und im April 1988 zum Tode verurteilt. Seitdem steht der Fall unter Berufung.

Es liegen jetzt ernsthafte Zweifel hinsichtlich der Gültigkeit des von OSI zur Deportation von Demjanjuk verwendeten Beweismaterials vor, sagt der amerikanische Abgeordnete James Traficant, der einer der wenigen Leute war, die es gewagt haben, die Quellen und die Methoden des OSI offen in Zweifel zu ziehen. Darüber hinaus scheint ein Großteil der Daten sowie des zusätzlichen Beweismaterials, das die Fahnder des OSI der israelischen Staatsanwaltschaft nachträglich zur Verfügung gestellt haben, vorsätzlich getürkt worden zu sein. Es gibt gute Gründe für die Annahme, sagen einige Beobachter, daß die amerikanischen Untersuchungsbeamten den Automechaniker wissentlich aufs Kreuz gelegt haben. Deswegen hat das Oberste Gericht in Israel solche Schwierigkeiten, im Fall Demjanjuk zu einem endgültigen Urteil zu kommen.

Ein anderes Beispiel des offensichtlichen Machtmißbrauchs ist der Fall des Dr. Rudolph, der im Zweiten Weltkrieg dazu beitrug die V2-Raketen für die Deutschen zu entwickeln. Er wurde von der US-Regierung nach Amerika gebracht, um am amerikanischen Mond-Programm mit der Saturn V mitzuwirken. Nachdem er etwa 13 Jahre lang friedlich in den USA gelebt hatte, schlug das OSI mit Beschuldigungen auf ihn ein, er habe Kriegsverbrechen begangen, indem er bei der Entwicklung der V2-Rakete Sklavenarbeiter eingesetzt habe.

Anstatt gegen das OSI zu kämpfen, zog es Rudolph 1984 vor, in sein Heimatland Deutschland zurückzukehren. Nachdem er jedoch durch deutsche Gerichte von allen Anschuldigungen gegen ihn entlastet wurde, entschloß er sich, gegen das OSI vorzugehen, um seinen Ruf wiederherzustellen. Und wieder befand sich der US-Kongreßabgeordnete Traficant unter den Wenigen, die versuchten, dem Opfer zu helfen, sich gegen das OSI zu verteidigen, indem sie eine Anhörung für Rudolph forderten, bei der das OSI gezwungen wäre, das sogenannte Beweismaterial vorzulegen.

»Für diese mutige Tat«, schreibt der amerikanische Journalist Patrick Buchanan »wurde Traficant als Antisemit gebrandmarkt.« □

KGB-Methoden werden Gesellschaftsfähig

Das amerikanische Rechtssystem ähnelt immer mehr den schlimmsten Merkmalen des KGB und dem der einstigen stalinistischen Polizeistaaten des Ostblocks, schrieb der Korrespondent der Londoner »Times«, Charles Bremner. Unter der Überschrift »Smile please, your under arrest« (»Bitte lächeln, Sie stehen unter Arrest«) mit dem Untertitel »Echoes of the Eastern bloc are repressing the American dream« (»Echos aus dem Ostblock unterdrücken den amerikanischen Traum«) schreibt Bremner: »Es mag weit hergeholt erscheinen eine Parallele zu dem sowjetischen Unterdrükkungsstaat und dem Führungsstaat der freien Welt zu ziehen, in dem Augenblick, wo dieser den Triumpf über die Kräfte der stalinistischen Dunkelheit genießt. Aber in mehrerer Hinsicht hört man jetzt, wo die Vereinigten Staaten in die neunziger Jahre hineinschreiten, unheimliche Echos aus dem Ostblock.«

Bremner legt den Schwerpunkt auf den Fall des Bürgermeisters von Washington, Marion Barry.

Er drückt sein Erstaunen darüber aus, daß, obwohl den Fernsehzuschauern ein Videoband von Barry in »seinem privatesten Augenblicken« gezeigt wird, dennoch »niemand seine Überraschung darüber zum Ausdruck brachte, daß die Polizei und Agenten den Bürgermeister einer derartigen Erniedrigung aussetzten. Der Grund war einfach: Überwachungsvideos sind eine mächtige Waffe in den Händen der amerikanischen Ankläger geworden. Die Drohung mit der Bloßstellung durch Videobänder ist so wirksam, daß die Staatsanwälte oft ein Schuldgeständnis erzwingen können, als Gegenleistung für das Versprechen, den Film nicht zu senden.«

Bremner fährt fort: »Für jeden, der in der Sowjetunion gelebt hat, ist die Anwendung solcher Techniken niederschmetternd und wohl bekannt. In den siebziger Jahren griff der KGB mit aller Macht auf Videotechnik zurück und benutzte diese, um Dissidenten als Staatsfeinde darzustellen. Ein regulärer fester Bestandteil der Abendnachrichten war das Geständnis eines reuigen Dissidenten auf Videoband. Und die Welt erinnerte sich an die Arbeit des KGB über Andrei Sacharow, jener lange Farbfilm über das Leben das Kernphysikers in der Verbannung, der 1986 heimlich aufgenommen wurde.«

Diese Methoden des KGB haben auch in die westlichen Demokratien Eingang gefunden und sind ein fester Bestandteil der geheimdienstlichen und polizeilichen Ermittlungen. □

Die Position von Lech Walesa

Überzeugte antikommunistische frühere Solidarnosc-Führer, die in den Westen ins Exil, kamen, sind überzeugt, daß Lech Walesa ein kommunistischer Kollaborateur gewesen ist, seit er 1980 in der polnischen politischen Szene auftauchte. Er vertrieb viele der Antikommunisten aus der Solidarnosc. 1981 sagte Walesa: »Wir wollen gar nicht diese oder irgendeine andere Regierung stürzen ... wir in den Gewerkschaften sind Statthalter des Sozialismus.«

1989 gab Walesa dem sowjetischen Magazin »Neue Zeiten« ein Interview und verkündete: »Laß die Macht in den Händen der Kommunisten, aber laßt es

anders sein. Laßt uns dem Volk besser dienen, laßt uns die Gesetze respektieren und seid verantwortlich gegenüber der Gesellschaft. Wir sind bereit, mit solchen Autoritäten konstruktiv zu kooperieren...«

1989 vereinbarten Walesa und Jaruzelski Schein-Wahlen, bei denen die Wähler sich für einen kommunistischen Kandidaten oder für einen Kandidaten des Kollaborateurs Walesa entscheiden konnten. Alle legitimen antikommunistischen Parteien waren von der Wahl ausgeschlossen.

Glaubwürdig antikommunistische polnische Exil-Politiker haben lange Walesa als Mitglied des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei verdächtigt, und die Tatsache, daß Walesa sich oft und privat mit Mieczyslaw Rakowski, dem ersten Sekretär der Kommunistischen Partei Polens getroffen hat, hat den Verdacht immer wieder erhärtet.

Bis vor kurzem glaubte man, daß Walesa in einer bescheidenen kleinen Wohnung leben würde – nicht ungewöhnlich für einen »Gewerkschaftsführer im Kampf für mehr Freiheit«. Nun aber ist bekannt, daß er den gesamten Stock eines Wohnhauses für sich beanspruchte und inzwischen in ein neues größeres Haus umgezogen ist. Solche Privilegien erhalten gewöhnlich nur Insider des kommunistischen Systems.

Polnische Exil-Politiker glauben, daß Walesa – der in den westlichen Medien zu einem Held gemacht wurde, ähnlich wie Nelson Mandela – aktive Unterstützung für die Generäle Jaruzelski und Kiszczak sowie für Gorbatschow gab, der kein Bedürfnis hat, daß Polen den Warschauer Pakt verläßt und der Wahlen unterstützte, die unter dem Verdacht der Wahlfälschung stehen. Sie glauben, daß Walesa nicht für die Freiheits-liebenden Menschen in Polen spricht.

Der frühere polnische Botschafter in Japan, Zdzislaw Rurarz, geht sogar weiter, er sagt: »Lech Walesa bewegt sich immer sehr nahe bei der Kommunistischen Partei und erklärt, daß die Abschaffung des Sozialismus in Polen unmöglich sei, auch nimmt er Position ein, die gegenüber einer Wiederbelebung des Kapitalismus feindlich sind.« □

Wird Großbritannien die Monarchie los?

»Es gibt schwache Anzeichen, die auf ein Wiederaufleben des Republikanismus in Großbritannien hindeuten«, schrieb der Kommentator der Londoner »Financial Times«, Michael Prowse, in einem reißerisch aufgemachten Artikel, der dazu aufruft, »den Kindergarten zu verlassen« und damit aufzuhören, die königliche Familie »wie Götter« zu behandeln und den Eliten des Landes archaische Titel zu verleihen. Laut Prowse sind schon Hunderte von Artikeln erschienen, die seinen Standpunkt untermauern.

»Nachdem es das Empire verloren hat, schwelgt Großbritannien in dem Pomp und der Zeremonie, die mit den Windsors verbunden ist«, beschwert sich Prowse, der hervorhebt, daß im kommenden Jahrzehnt die britischen Steuerzahler fast 80 Millionen Pfund bezahlen müssen, »um Haushalt und die offiziellen Tätigkeiten der reichsten Frau der Welt« zu finanzieren.

Prowse argumentiert gegen diejenigen, die sagen, daß die Königin nur eine zeremonielle Figur sei, und stellt fest, daß sie »wirkliche Macht« hat. Und was noch wichtiger ist, sie »steht an der Spitze eines teilenden Klassensystems, das die Wirtschaftsleistungen und den sozialen Zusammenhalt immer noch stark beeinträchtigt. Großbritannien ist nicht nur mit einer königlichen Familie belastet. Es stöhnt auch unter dem Gewicht von Herzögen, Marquis, Grafen, Baronen und anderen mittelalterlichen Relikten, von denen viele auch noch über riesige Ländereien und andere Vermögenswerte verfügen. Archaische Titel und andere Privilegien sind Wahrzeichen einer unreifen Gesellschaft, eines Volkes, das nicht erwachsen werden und sich den Herausforderungen einer demokratischen Welt stellen kann. Es wird Zeit, daß das Vereinigte Königreich aus den Kinderschuhen herauswächst.«
Prowse faßt zusammen: »Großbritannien wäre ein gesünderes und weniger heuchlerisches Land, wenn es demokratische Grundsätze ernst nehmen würde. Keine Familie sollte wie Götter behandelt werden. Es darf keine Titel geben. Der Staatschef sollte gewählt werden und eine festgesetzte Zeit lang dienen. Er oder sie sollten auch Steuern bezahlen, wie jeder normale Bürger. Die Windsor mögen sich Seite an Seite mit den Browns und Smiths um die entsprechenden Posten bewerben.« □

In Rumänien regiert die alte Partei weiter

Die Führung der neuen Regierung der Nationalen Rettungsfront in Rumänien besteht vorwiegend aus gegenwärtigen und früheren hohen kommunistischen Partei-Vertretern. Einige Beispiele: Der Vorsitzende des Rates und Präsident von Rumänien ist Ion Illiescu, der Kommunismus in Moskau studierte – wo er ein persönlicher Freund von Gorbatschow wurde – und der früher Mitglied des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei unter Ceausescu war. Illiescu wurde persönlich von Gorbatschow ausgewählt. Corneliu Manescu, rumänischer Außenminister in den sechziger Jahren, ist ebenfalls ein Führer der Rettungsfront.

Alexander Birlandeau war früher Mitglied des Politbüros. Neuer Premierminister ist Petre Tomon, dessen lange Beziehung mit der Kommunistischen Partei bis in seine Kindheit zurückgeht, als sein Vater einer der ersten Mitglieder der Kommunistischen Partei in Rumänien war.
General Nicolae Militaru, einer von Ceausescus obersten kommunistischen Militärführer, konspirierte während sechs Monaten mit dem KGB/GRU, um Ceausescu zu stürzen und wurde von Gorbatschow dafür mit der Position des neuen Verteidigungsministers belohnt.

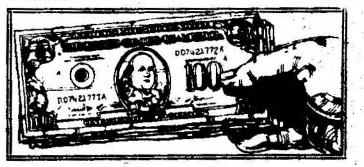
Der frühere rumänische Botschafter David Funderburk hat festgestellt, daß, obwohl Ceausescu und die meisten seiner nächsten Berater von der Bühne der Macht verschwunden sind, die Kommunistische Partei immer noch voll die politische Zukunft des Landes unter Kontrolle hat, durch die Nationale Rettungsfront und besonders durch die Günstlinge Gorbatschows. □

Waldheim gehörte dem Widerstand an

Der österreichische Bundespräsident Kurt Waldheim war nicht nur kein Kollaborateur Hitlers, sondern gehörte dem österreichischen Widerstand an, stellte Oswalt Lewinter, Chefredakteur der jüdischen Zeitschrift »Semit«, in einem Interview mit der Nachrichtenagentur Reuters fest, über das in der »Jerusalem Post« unter der Überschrift »Waldheim kämpfte gegen Nazis« berichtet wird. Der Bericht ist ein Schlag gegen die gefälschten Anklagen gegen Waldheim, die von der Anti-Defamation-League (ADL) und vom Office of Special Investigations (OSI) des amerikanischen Justizministeriums auf der Grundlage von Informationen der Sowjets verbreitet werden.

Lewinter: »Ich bin den Dingen nachgegangen und dabei kam etwas anderes heraus, als das, was Bronfman (Leiter des Jüdischen Weltkongresses) und andere der Welt erzählt haben.«

Lewinter sagte aus, er habe seine Informationen von einem Angehörigen der französischen Résistance und Träger von hohen Auszeichnungen, der aus der deutschen Wehrmacht desertierte und in der französischen Résistance kämpfte.
Herr X. habe die gleiche Schule wie Waldheim besucht und unter Eid ausgesagt, daß Waldheims Name auf einer Liste der österreichischen Freiheitsbewegung aufgeführt sei, die er gesehen habe. Nach dem Krieg habe Herr X. für die französische Regierung gearbeitet und sei Waldheims Hauptdolmetscher gewesen, als dieser 1948 als Diplomat nach Frankreich entsandt und sein Beglaubigungsschreiben akzeptiert wurde. □



China

Geschäfte mit Massenmördern

John Springfield

Einer der größten Skandale der Regierung von George Bush ist das Verhalten gegenüber dem kommunistischen Regime in China, auch nach dem Massaker an tausenden von Studenten am 4. Juni 1989 auf dem Platz des Himmlischen Friedens. Schon kurz nach dem Massaker waren zwei Geheimemissäre Bushs, Scowcroft und Eagleburger, nach China geflogen, um im Interesse des »Gleichgewichts der Kräfte« die Beziehungen mit China wieder zu stabilisieren. Den Gipfel dieser Zusammenarbeit mit den kommunistischen Mördern bildete Bushs Veto gegen ein vom amerikanischen Kongreß einstimmig verabschiedetes Gesetz, das den chinesischen Studenten, die nach dem Massaker in die USA geflohen waren, erlauben sollte, noch vier Jahre in den USA zu verbleiben, wenn sie bei ihrer Rückkehr nach Festland-China Verfolgungen oder gar ihre Hinrichtung befürchten müssen. Bush bezeichnete sein Veto noch als »Sieg für die Menschenrechte«, zynischer konnte er sich nicht gegen das Freiheitsstreben der Studenten aussprechen.

Zwar war Bush nach dem Massaker gezwungen, sich für einige Sanktionen gegen das Regime auszusprechen, doch betrachtet man sie etwas genauer, dann waren sie erstens halbherzig und zweitens wurde China weiterhin mit militärischen Geheimdienstinformationen und sogar mit militärischer Ausrüstung versorgt und im Dezember 1989 wurden die Sanktionen sowieso wieder aufgehoben.

Die Abhängigkeit vom Drogengeschäft

Keiner dieser Schritte kann irgendwie politisch begründet werden, und tatsächlich haben viele amerikanische Bürger dagegen protestiert. Selbst dem Ostküsten-Establishment wurde angst und bange, seine jahrelange Arbeit könnte durch Bushs rüdes Vorgehen in Mißkredit gebracht werden. In einem Interview mit der »International Herald Tribune« stellte sich Winston Lord, der zur Amtszeit Reagans US-Botschafter in China war, öffentlich gegen Bush: »Wir müssen den schrecklichen Symbolismus vermeiden, den hochrangige Besuche in unangebrachtem Ton und mit unangebrachten Trinksprüchen bedeuten, wie jene Mission von Scowcroft in Peking ... Bis jetzt hat es nur die Hardliner im chinesischen Regime gestützt, wenn man so tut, als sei alles normal in den Beziehungen zu den USA ... Dies hat auch zum ersten Mal seit zwanzig Jahren eine leidenschaftliche und schädliche Debatte in den USA über die Chinapolitik angefacht.«

Doch es gibt Erklärungen für Bushs Verhalten: Er glaubt weiterhin an die Politik der »China-Karte«, die der damalige amerikanische Außenminister Henry Kissinger 1970 begann. Diese Politik, die China Militärhilfe und diplomatische Anerkennung brachte, gründet sich in dem Glauben an das »Kräftegleichgewicht«, wonach man hoffte, durch Aufwertung Chinas könne Moskau eingedämmt werden, auch wenn sich die USA und die UdSSR nähergekommen sind. Von Anfang an war Bush Anhänger dieser Politik Kissingers.

Bush ist entschlossen, China als den größten Opiumanbauer der Welt zu erhalten, um mit diesem Geld die Löcher des bankrotten westlichen Finanzsystems stopfen zu können. Die Wall Street ist buchstäblich abhängig von den mittlerweile 500 Milliarden Dollar Umsätzen, die das Drogengeschäft erbringt.

Starke ideologische Neigungen zu China

Bush hegt starke ideologische Neigungen zu dem kommunistischen Regime Chinas, weil es die rigideste Bevölkerungskontrolle der Welt durchführt. Bushs Vorliebe für diese Aspekte der chinesischen Politik gehen zurück in die Zeit, als er mit Henry Kissinger 1971 zum ersten Mal die »China-Karte« spielte.

1970 hatte Tschou-En-Lai den ersten Schritt in Richtung Amerika gemacht. Er hatte erklärt, die Auseinandersetzungen an der sowjetisch-chinesischen Grenze am Ussuri-Fluß im Februar 1969 zwängen China, »sich den Vereinigten Staaten zu öffnen«. Als Antwort stattete Henry Kissinger, der damals seine Macht innerhalb der Regierung Nixon ausbaute, 1971 heimlich einen ersten Besuch in Peking ab. Kissinger begann die Verhandlungen und eine der ersten Bedingungen, die die Volksrepublik China stellt, war, daß die Vereinigten Staaten die Republik China in Taiwan fallenlassen sollten. Hier sollte George Bush aktiv werden, der zu dieser Zeit amerikanischer Botschafter an der UN war.

Als im Oktober 1971 in der UN die Frage gelöst werden sollte, welche chinesische Regierung in der UN ihren Sitz haben sollte, befand sich Kissinger schon wieder in Peking, ja er verlängerte seinen vorgesehenen Aufenthalt noch um einige Tage. Der damalige amerikanische Botschafter an der UN hieß George Bush. Kein Land glaubte Bush, daß die Vereinigten Staaten Taiwan in der UN haben wollten, und so mußte Taiwan seinen Platz im UN-Sicherheitsrat räumen. Damit war die »China-Karte« zur offiziellen amerikanischen Politik geworden.

Die amerikanische China-Karte

Nur wenigen der entsetzten Fernsehzuschauer, die in der Nacht des 4. Juni 1989 sahen wie tausende chinesischer Studenten hingeschlachtet wurden, fiel es auf, daß einige der Waffen, die die Armee gegen die Studenten einsetzte, aus den USA stammten. Flugzeuge von Boeing und McDonnell Douglas flogen die chinesischen Soldaten in die Stadt. Die Hubschrauber, aus denen die Maschinengewehrsalven abgefeuert wurden, stammten teilweise aus Sikorsky, der die chinesische Armee belieferte. Die Panzer, die die Demonstranten einfach niederwalzten, waren zum Teil mit amerikanischer Hilfe hergestellt oder von amerikanischen Herstellern geliefert worden. Aber es kommt noch schlimmer: Chinas Langstreckenraketen, die bis in den amerikanischen Bundesstaat Kansas reichen können, wurden von der amerikanischen Rüstungsindustrie entwickelt – mit Billigung der US-Regierung.

George Bush wurde 1974 der erste amerikanische Gesandte in der Volksrepublik. Eine seiner Hauptaufgaben war es, die sino-amerikanischen Militärbeziehungen zu vertiefen. Henry Kissinger benutzte diese Zusammenarbeit immer als heimliche Rechtfertigung für seine Politik der China-Karte.

Natürlich wurde dieses geheime Militärprogramm von privaten Firmen ausgerichtet. Wie der jüngste Verkauf von Kommunikations-Computer-Ausrüstung nach China, bei dem George Bushs Bruder Prescott eine führende Rolle spielte, zeigt, ist dies auch heute die gängige Politik.

Als George Bush der politische Geschäftsträger der USA in Peking war, arrangierte er eine Reihe von Verträgen, um China mit modernsten seismischen Geräten, die angeblich der Ölförderung dienen sollten, auszurüsten.

Für die moderne Ölförderung sind sensible seismische Geräte zur Beobachtung der geologischen Formation und hochentwickelte Computer zur Auswertung dieser Informationen erforderlich. Doch man kann diese Technologie auch für unterirdische Atomtests und militärische Anlagen nutzen.

Es ging damals im wesentlichen um drei Komponenten des US-chinesischen Militärabkommens. Erstens, um den amerikanischen Bau einer seismischen Station in

China, die die unterirdischen Atomtests der Sowjets aufspüren sollte; zweitens, den Aufbau von Computerzentren, um die von amerikanischen Satelliten gesammelten Daten auszuwerten und zu analysieren. Diese Auswertung versetzte die Chinesen in die Lage, ihre eigene Atomraketenflotte zu verstärken. Und drittens sollte China Mittelstrecken- und später auch Langstreckenraketen erhalten, die Raketenbunker zerstören können.

Es gibt wenige Veröffentlichungen über das chinesische Militärpotential. Und alles, was darüber besonders zur Zeit der Regierung Bush-Reagan an die Öffentlichkeit kam, unterlag einer strengen Zensur. Doch auch die mageren Daten sagen schon viel aus, besonders über George Bush selbst.

Das chinesische Atomwaffenarsenal

Angeblich soll Chinas weitest entwickelte Langstreckenrakete, die SCC-4, eine Reichweite von 15.000 Kilometer haben und einen fünf Megatonnen schweren Sprengkopf tragen. Gegenwärtig wird daran gearbeitet, daß sie mehrere Sprengköpfe tragen kann. Die CSS-3 hat eine Reichweite von 7000 Kilometer und trägt einen drei Megatonnen schweren Sprengkopf. Die CSS-2 reicht 4000 Kilometer weit mit einem Zweitonnensprengkopf. Keine dieser Raketen hätte ohne Hilfe der USA erbaut werden können.

Natürlich sind alle Informationen über die amerikanische Hilfe für das chinesische Raketensystem streng geheim. Doch sie liegen auf der Hand, wenn man sich anschaut, daß China erst im April 1970 in der Lage war, den ersten Satelliten in die Erdumlaufbahn zu bringen. Dies war zur Zeit, als Kissinger und Tschou-En-Lai ihre Gespräche eröffneten und Kissinger als damaliger Nationaler Sicherheitsberater der USA den Chinesen alles versprach, was sie wollten.

Das amerikanische Militär sah tatenlos zu, als einer der führenden Nuklearwissenschaftler, Dr. Lee, in den sechziger Jahren nach China floh. Kurz danach zündete China die erster Atombombe.

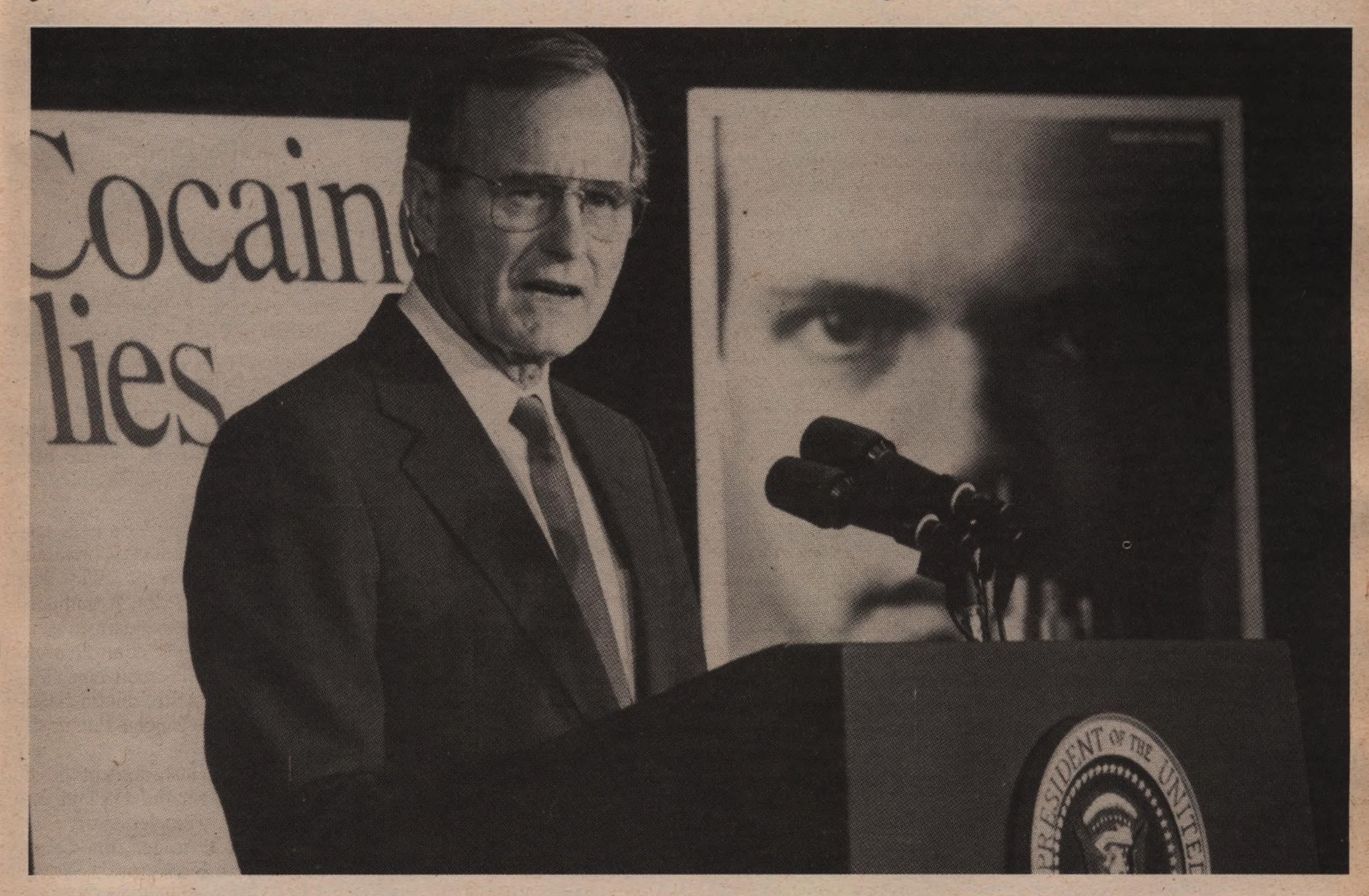
Vor allem die Firma McDonnell Douglas fördert gegenwärtig die chinesische Raketentechnologie. McDonnell Douglas will den Chinesen sogar eine obere Nutzlaststufe für die Interkontinentalraketen liefern, unter dem Vorwand, Chinas Fähigkeit zu verbessern, Satelliten in die Erdumlaufbahn zu befördern. Auch Chinas Mittelstreckenrakete CSS-2 wurde durch den Kauf hochentwickelter Richtsysteme qualitativ verbessert. Der Verkauf dieser in Amerika hergestellten Richtsysteme erfolgte 1987 über Israel und war Teil der Iran-Contra-Abmachungen.

Um die Treffsicherheit der chinesischen Raketenflotte zu erhöhen, verschaffte die amerikanische Regierung dem chinesischen Militär Zugang zum US-Satellitensystem Landsat. Das Landsat-System gibt dem chinesischen Militär stündlich eine Übersicht über mögliche Ziele. Inzwischen hat Washington auch die Firma ST-Systeme ermutigt, an Chinas Militär neue Computersysteme zu verkaufen, die die Satellitendaten auswerten können. China hat sogar eine Anlage zur Herstellung von VAX-Computern gekauft, um eigenständig für die militärische Nutzung geeignete Computersysteme bauen zu können.

Weitere Militärlieferungen trotz Sanktionen

Auch hier hatte die Familie Bush, besonders Prescott Bush, ihre Hand im Spiel. Besonders deutlich wird das daran, wie die Wirkung der Sanktionen unterlaufen wurde, welche Präsident Bush unmittelbar nach dem Massaker auf dem Platz des Himmlischen Friedens aufgrund des Drucks der öffentlichen Meinung gegen das Regime in Peking verhängen mußte.

Eine der Firmen, die durch diese Sanktionen am härtesten betroffen war, war Asset Management, International Financing and Settlement Ltd. Asset Management



US-Präsident Geoge Bush hegt starke ideologische Neigungen zu dem kommunistischen Regime Chinas.

China

Geschäfte mit Massenmördern

hatte bereits mit China einen Vertrag über militärisch verwendbare Satellitenkommunikationssysteme geschlossen, welcher nun durch die Sanktionen gefährdet wurde. Sofort nach Verhängung der Sanktionen stellte Asset Management George Bushs Bruder Prescott als Berater ein. Im Dezember 1989 hob Präsident Bush ganz plötzlich die Sanktionen wieder auf und die Hughes-Satelliten konnten geliefert werden.

Insgesamt gingen die Militärlieferungen an China trotz Sanktionen munter weiter. Grumman Aviation lieferte der chinesischen Luftwaffe modernste Flugsicherungssysteme für den F-8-2 Abfangjäger, während die Luftfahrtfirma Garret die Motoren für den Kurzstreckenabfangjäger bereitstellt. McDonnell Douglas hat in Shanghai schon eine Fabrikanlage aufgebaut, um die Maschine MD-80 am Fließband zu produzieren. MD-80 ist ein Passagierflugzeug, das aber auch für den Truppentransport eingesetzt werden kann. Es wurde auch eingesetzt, um die chinesischen Soldaten im Juni 1989 nach Peking einzufliegen.

Kurz nachdem er vor aller Welt im Sommer 1989 verkündet hatte, er würde harte Sanktionen gegen die Volksrepublik China verhängen, sandte George Bush heimlich zwei hochrangige Regierungsvertreter nach Peking, um dem Regime zu versichern, seine Rhetorik sei bloß politischer Natur. Der Nationale Sicherheitsberater Brent Scowcraft und der stellvertretende Außenminister Lawrence Eagleburger sollten Peking beruhigen, daß die Militärtechnologie weiterhin geliefert würde. Sowohl Scowcroft als auch Eagleburger stammen aus dem »Stall« Henry Kissingers und arbeiten zeitweise in dem Multiunternehmen Kissinger Associates.

Im Oktober 1989 stattete auch Kissinger Peking einen Besuch ab. Nach dem Massaker vom 4. Juni 1989 hatte Kissinger mehrere Interviews gegeben, in denen er sich nicht scheute, Deng Xiaoping einen »großen Reformer« zu nennen und den Studenten vorwarf, »chaotisch« gewesen zu sein. Er forderte Bush auf, nicht zu strenge Sanktionen gegen China zu verhängen, denn es stünden wichtige strategische Interessen auf dem Spiel. Und Bush folgte.

Wie international bekannt ist, verdient Kissinger nicht schlecht an den Abkommen mit China und hatte deshalb auch ganz persönliches Interesse daran, daß die amerikanischen Sanktionen gegenüber China nicht zu hart ausfielen. Als dieser Interessenskonflikt im Februar 1990 an die Öffentlichkeit drang, mußte Kissinger den Presidential Foreign Intelligance Advisory Board – PFIAB (ein Beratungsgremium des Präsidenten in Sachen Auslandsgeheimdienste) verlassen, denn der PFIAB ist unter anderem verantwortlich für die Politik gegenüber China.

Sehr ausschlaggebend für die amerikanische Haltung zu China ist die sogenannte Amerikanisch-Chinesische Gesellschaft, die ihren Hauptsitz im Büro von Kissinger Associates in New York hat. Die beiden Vorsitzenden dieser Gesellschaft sind die ehemaligen amerikanischen Außenminister Henry Kissinger und Cyrus Vance. Ehrenvorsitzende sind die ehemaligen US-Präsidenten Gerald Ford, Jimmy Carter und Richard Nixon. Zu den Vizevorsitzenden gehören die ehemaligen Nationalen Sicherheitsberater McGeorge Bundy, Robert McFarlane und Zbigniew Brzezinski ebenso wie die ehemaligen Außenminister Deank Rusk, Edmund Muskie, Alexander Haig und William P. Rogers. Die Mitglieder der Gesellschaft sollen nach ihren Reisen nach China Präsident Bush immer persönlich Bericht abstatten.

Und Henry Kissinger rührt immer noch die Trommel für die Gesellschaft mit China. Um sich seine Arbeit zu erleichtern, stellte Kissinger sogar Mei Shan in Kissinger Associate ein. Mei Shan ist der Schwiegersohn von General Yo Quili, der früher Direktor der politischen Abteilung und der Finanzabteilung der Volksbefreiungsarmee war.
Zu den Klienten von Kissinger Associates gehören: Die Chase Manhatten Bank. Henry Kissinger ist stellvertretender Vorsitzender des internationalen Beirats der Bank, und Sprecher von Chase Manhatten bestätigten, daß Kissinger sehr hilfreich bei den China-Geschäften der Bank gewesen ist. Politik der Bank war es, sich auf solche Schwerindustrieprojekte in China zu konzentrieren, die militärische Implikationen haben.

Die Volksrepublik China ist der größte Opiumproduzent der Welt. Für das Weltfinanzsystem ist der auf 500 Milliarden Dollar geschätzte Jahresumsatz des Drogenhandels der entscheidende Geldfluß, mit dem versucht wird, den internationalen Schuldenberg zu managen. Das ist das dunkelste Kapitel von George Bushs Politik gegenüber China. Er scheint entschlossen, die Opium-Produktion und den internationalen Opium-Handel des Pekinger Regimes zu schützen. Deswegen verbreiten offizielle Regierungsbehörden der USA Lügen über die Rolle Chinas im Drogenhandel.

Bis ungefähr 1970 bezeichneten die amerikanischen Behörden die Volksrepublik China als den größten Opiumproduzenten der Welt, der Weltanteil wurde auf 65 Prozent beziffert. Heute behaupten die gleichen Behörden und auch das Weiße Haus, die Volksrepublik China produziere überhaupt kein Opium, und es sei abwegig China Drogenhandel vorzuwerfen. Eine bemerkenswerte Veränderung, die jedoch nicht in China, sondern in den USA stattfand.

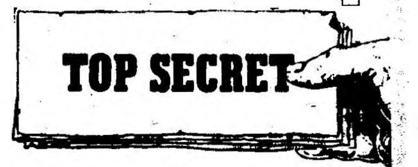
Als Nixon 1969 an die Regierung kam, belieferte China erwiesenermaßen den internationalen Drogenmarkt jährlich mit mindestens 2000 Tonnen Rohopium. Dem Drogengeschäft wurde höchste Priorität eingeräumt, es wurde koordiniert vom Finanz-, Wirtschafts- und Forstministerium, der Abteilung für öffentliche Sicherheit, der Volksbefreiungsarmee und der Bank von China. Die aus dem Drogengeschäft gewonnenen Devisen waren weit höher als aus irgendeinem anderen Exportgeschäft. China handelte mit bis zu 37 verschiedenen Opiumarten und 26 verschiedenen Heroinsorten.

Der gegenwärtige chinesische Jahresumsatz an Opium ist nicht bekannt, aber nach Schätzungen von Agrarexperten werden 700.000 Hektar auf dem chinesischen Festland für den Opiumanbau benutzt. Bei minimalem Düngereinsatz ist auf dieser Anbaufläche jährlich mit einer Erzeugung zwischen 4000 bis 6000 Tonnen Opium zu rechnen. Die Kapazität der Raffinerien in China wird sogar auf bis zu 8000 Tonnen geschätzt. Der geschätzte Jahresumsatz des Weltdrogenhandels beträgt 500 Milliarden Dollar. Ungefähr 30 Prozent dieser 500 Milliarden Dollar entfallen auf das Geschäft mit Opium und Heroin, wovon der Großteil aus der Volksrepublik China stammt.

Der größte Posten im Außenhandel

Allem zum Trotz erklärt die Regierung Bush, wie man in einem Bericht des US-Außenministeriums vom März 1989 lesen kann, daß die Volksrepublik China kein Opium erzeugt. Stattdessen werden, so behauptet der Bericht, über 95 Prozent des Opiums an der Grenze Chinas, nämlich in dem sogenannten »Goldenen Dreieck« von Burma, Laos und Vietnam, angebaut.

Mittlerweile mußten jedoch sogar chinesische Behörden zugeben, daß ein Teil des Drogenhandels nach Hongkong durch China führt, besonders durch die Yunnan-Provinz. In China selbst ist die Drogensucht zu einem so großen Problem geworden, daß die amtlich englischsprachige Tageszeitung »China Daily« nicht darum herum kam, am 12. März 1990 über Opiumraffinerien in der Provinz Yunnan zu berichten. Eine exakte Zahl darüber anzugeben, wieviel China aus dem Drogengeschäft profitiert, ist angesichts der riesigen Handelsspanne der Opiumpreise schwer. Auch ist unklar, inwieweit China ein eigenes Verteilungssystem im Westen unterhält. Sicher ist jedoch, daß auch heute noch der größte Posten in Chinas Außenhandel aus dem Drogengeschäft stammt. Denn Chinas offizielle Exporte belaufen sich jährlich auf magere 14 Milliarden Dollar. □



Bund der Auslandsdeutschen (BdA)

Öffentliche Erklärung
– Manifest –
der weltweit im BdA zusammengeschlossenen Auslandsdeutschen

In treuer Verbundenheit zum Mutterland der Deutschen und seiner geschichtlich gewachsenen Staatlichkeit, dem Deutschen Reich,

in wachsender Besorgnis um die ernsthaft gefährdete staatliche Einheit des deutschen Volkes durch seit Jahrzehnten kriegssiegerhörig und gegenüber dem Deutschen Reich unübersehbar vaterlandsvergessen, hochverräterisch, ja zunehmend landesverräterrisch sich verhaltende „deutsche" Nachkriegspolitiker in den Kriegssieger-Protektoraten von Österreich sowie Westdeutschland und Mitteldeutschland,

beseelt vom unbeugsamen Willen, die einzige von den siegreichen Feindmächten samt den mit ihnen zusammenarbeitenden „deutschen" Protektoratspolitikern unabhängige deutsche Teilregierung, die ostdeutsche Exilregierung, in ihrem Kampf für das uneingeschränkte Selbstbestimmungsrecht des Gesamtstaatsvolkes des Deutschen Reiches zu unterstützen,

getragen vom unerschütterlichen Bewußtsein des rechtlichen Fortbestandes des Deutschen Reiches in seinen völkerrechtsgemäßen Grenzen,

bekennt sich der Bund der Auslandsdeutschen zu nachstehenden

Grundsätzen, Feststellungen und Forderungen

der *Vereinigten Länder des Deutschen Ostens im Deutschen Reich* (Kürzel: *VLDO*, Kurzname: *Vereinigte Ostdeutsche Länder*), des ostdeutschen Bundesstaates im Vertriebenenstand (Exilstaates). Sie stehen auf dem Boden der Notverfassung dieses vierten deutschen Nachkriegsteilstaates vom 23. Mai 1981, die ausdrücklich die Weimarer Reichsverfassung vom 11. August 1919 zum Grundgesetz der *Vereinigten Ostdeutschen Länder* erklärt:

1. *Nichtigkeit der aufgezwungenen Schandverträge von Versailles (28. 06. 1919) und Saint-Germain (10. 09. 1919) wegen erwiesenen Mehrfach-Verstoßes gegen zwingendes Völkerrecht.*
2. *Rückgabe von Westpreußen, Posen und Ostoberschlesien sowie aller seit 1945 völkerrechtswidrig durch fremde Staaten verwalteten ostdeutschen Reichsgebiete einschließlich Sudetenland an die Vereinigten Ostdeutschen Länder als den diese Gebiete staatsrechtlich vertretenden Teil des Deutschen Reiches.*
3. *Rückführung aller in vorgenannten Reichsgebieten rechtswidrig angesiedelten Nichtdeutschen und deren Nachkommen in ihre nichtdeutschen Heimatstaaten bei Kostentragung durch diese Staaten als den Verursachern.*
4. *Völkerrechtsgemäße Entschädigungszahlungen der Fremdverwalterstaaten an die Vereinigten Ostdeutschen Länder bzw. das Deutsche Reich für seit 1945 genutztes bewegliches wie unbewegliches deutsches Eigentum.*
5. *Treuhandforderung der Vereinigten Ostdeutschen Länder für das Deutsche Reich auf Wiederherstellung seiner 1945 durch die Kriegssiegermächte in unübersehbar völkerrechtswidriger Weise geraubten Handlungsfähigkeit durch endlich völkerrechtsgemäße Beachtung seiner nach wie vor bestehenden Reichsverfassung von 1919 samt den auf ihr beruhenden Wahlgesetzen.*

   Das heißt einschränkungslose Ermöglichung von im gesamten Reichsgebiet nach dem Gebietsstand vom 1. September 1939 gleichzeitig durchzuführenden freien, geheimen und unmittelbaren Wahlen

   a) des Staatsoberhauptes (des Reichspräsidenten) und anschließend
   b) der Volksvertretung (des Reichstages).

   Ausschließlich hierdurch erhält das Deutsche Reich in staatsrechtlich zutreffender, weil reichsverfassungsgemäßer Weise wieder handlungsfähige Reichsorgane, wobei die Wahl der Reichsregierung durch den gewählten Reichstag in der durch die Reichsverfassung vorgegebenen Weise erfolgt.
6. *Überführung aller durch die Kriegssieger-Protektorate RÖ (von 1945) sowie BRD und DDR (von jeweils 1949) infolge völkerrechtswidrigen Besatzungs„rechtes" ausgeübten teilstaatlichen Gewalten an die aus den Reichswahlen hervorgegangenen handlungsfähigen Reichsorgane.*
7. *Aufnahme von Kriegsabschluß- bzw. Friedensverhandlungen zwischen den Hauptkriegsparteien beider Weltkriege, den vier verbündeten Hauptkriegssiegermächten einerseits und dem kriegsunterlegenen Deutschen Reich andererseits.*

   Kein gegen die geschichtliche Wahrheit und das geschriebene Völkerrecht des 20. Jahrhunderts verstoßender Friedensvertrag!

   ***Merke:** Verhandlungen zwischen den vier Hauptkriegssiegermächten einerseits und einem oder mehreren ihrer Protektorate (z. B. BRD + DDR) andererseits mit Absegnung des Verhandlungsergebnisses durch eine KSZE-Konferenz entbehrt von vornherein – auch wenn Gegenteiliges den besiegten Deutschen durch eigene Landsleute wie durch Nichtdeutsche vorgegaukelt wird – jeder völkerrechtlichen Verbindlichkeit und stellt mit Sicherheit keine friedensvertragliche Beendigung des Zweiten Weltkrieges dar.*

   ***Merke ferner:** Die Weimarer Reichsverfassung von 1919 und die durch sie übernommenen bzw. auf ihr beruhenden Reichsgesetze sind 1945 und danach in verfassungsgemäßer, für das Deutsche Reich verbindlicher Weise niemals geändert oder gar aufgehoben worden.*

   ***Merke schließlich:** Sich seit 1945/49 gleichwohl als Hoch- oder Landesverräter oder als sonstige Rechtsbrecher zu Lasten des handlungsunfähigen Deutschen Reiches betätigt habende Deutsche werden sich vor unabhängigen, deutschem Reichsrecht verpflichteten Gerichten des wieder handlungsfähigen Deutschen Reiches entsprechend der Reichsverfassung und den zur Tatzeit fortbestandenen Reichsgesetzen zu verantworten haben.*

   Dabei werden Richter und andere Volljuristen, die im Zweifel eher dem politisch erwünscht gewesenen Protektorats-Zeitgeist als dem geschriebenen und reichsverfassungsgemäß weder geänderten noch aufgehobenen Recht des Deutschen Reiches zu dienen bereit waren und so auch handelten, von der Rechtsfindung ausgeschlossen sein.

Jeder Auslandsdeutsche erhält unter Berufung auf vorstehende BdA-Erklärung gegen Übersendung eines Unkostenbeitrages von mindestens DM 10,00 (überseeisches Postausland) bzw. DM 6,00 (europäisches Postausland) – jeweils in Geldscheinen beliebiger, jedoch in der BRD frei austauschbarer Währung – an die **Gemeinschaft Deutscher Osten (GDO),** öffentlichrechtliche Körperschaft ostdeutschen Verfassungsrechtes, Maximilianstraße 14 in **D-8900 Augsburg,** eine ausführliche Auskunft über die rechtlichen und politischen Grundlagen des ostdeutschen Exilstaates.

An die **Ostdeutsche Staatskanzlei** (Dipl.-Ing. Hans-Joachim Breitkopf), Louise-Schroeder-Straße 17 in **D-2000 Hamburg 50,** oder an den **VLDO-Sonderbotschafter** (für außereuropäische Angelegenheiten), Prof. Dr. Siegfried Erber, Casilla 5 00 04 in **Santiago de Chile,** wenden sich jene der GDO bereits verpflichtend angehörenden Auslandsdeutschen, die von ihrem Aufenthaltsstaat aus die schwierige exilstaatliche Arbeit für des Deutschen Reiches Ostgebiete in notverfassungsgemäßer Weise selbsttätig unterstützen wollen und können.

Montevideo (Uruguay), im Juni 1990

Der Vorstand des Bundes der Auslandsdeutschen (BdA)

Sven Giesling (USA)
Vorsitzer

Helmut Weninger (Paraguay)
Vorsitzer-Stellvertreter

Horst Hollatz (Argentinien)
Beisitzer

Carlos Bohde (Chile)
Schriftführer

Obige BdA-Erklärung wird weltweiten Presseagenturen, bedeutenden Tagesmedien (Presse, Funk und Fernsehen) ebenso wie deutschen und nichtdeutschen Regierungen, außerdem den Vereinten Nationen, dem Internationalen Roten Kreuz und dem Vatikan zur jeweiligen Kenntnis und Beachtung zugeleitet.

ADL

Ein Profil der Anti-Defamation League

Zweiter Teil

Peter Blackwood

Die Anti-Defamation League (ADL) der B'nai B'rith Loge gibt sich als gemeinnützige Gesellschaft aus, die darauf abzielt eine Diffamierung von Juden und anderer religiöser und ethnischer Gruppen auszuschalten, das gute Einvernehmen unter allen Völkern zu fördern. Nichts könnte jedoch von der Wahrheit weiter entfernt sein.

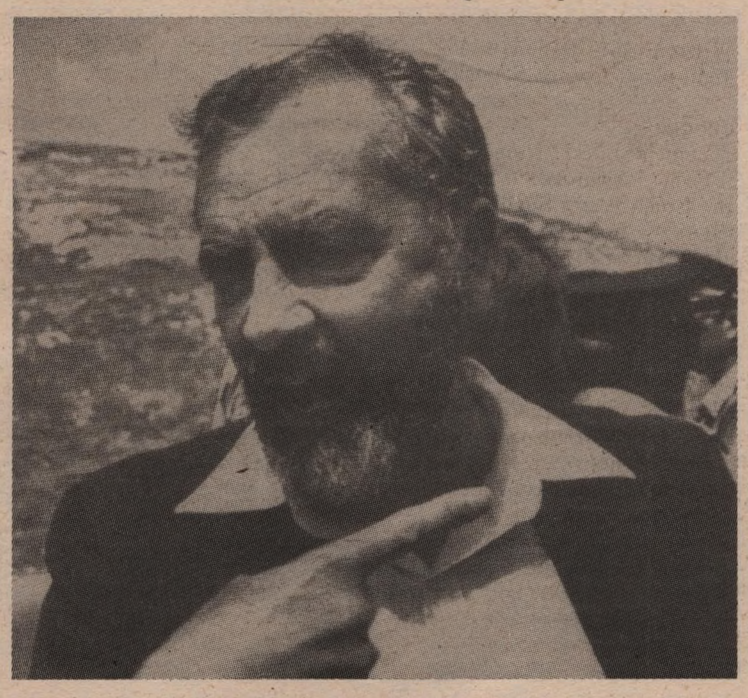
Offizielle der Anti-Defamation League (ADL), und die ADL als Organisation, haben sich der gleichen Vergehen schuldig gemacht, deretwegen Carl »Sitz« Channell und Richard Miller 1987 während der Iran-Contra-Ermittlungen in den USA angeklagt wurden: ungesetzliche Verwendung steuerbefreiter Organisationen zur Durchführung verdeckter Operationen. Jedoch im Gegensatz zu Channel und Miller, die in dem gesamten Komplott zur Bildung einer »geheimen Parallelregierung« in den USA nur »Stellvertreter« auf der unteren Ebene waren, war die ADL sowohl auf Regierungsseite als auch auf Seiten des Privatsektors auf höchster Ebene tief in jede Fazette des Iran-Contra-Skandals und das »Projekt Democracy« verwikkelt.

Die ADL und das Projekt Demokratie

Die zentrale Rolle der ADL in dem offiziellen Projekt-Demokratie-Apparat der Reagan-Bush-Ära war ein Auswuchs der langjährigen Position der ADL als größere Agentur innerhalb des amerikanischen Zweiges der Sozialistischen Internationale, der stets von Mitgliedern der alten bucharinitischen »Rechten Opposition« zu Stalin dominiert wurde. Typisch für diese Verbindung ist der Leiter der Fact-Finding Division, Irwin Suall, der von der International Ladies Garment Worker's Union (Internationale Gewerkschaft der Arbeiter in der Damenbekleidungsindustrie) des ehemaligen Vorsitzenden der amerikanischen Kommunistischen Partei, Jay Lovestone, ausgebildet wurde. Suall wurde später an der erstrangigen Arbeiterschule der Fabian Society, Ruskin College an der englischen Oxford University, geschult, durchlief dann die Socialist Party und das Jewish Labor Committee, bevor er 1967 zu seinem ADL-Posten aufstieg. Heute sitzt Suall im Vorstand der League for Industrial Democracy und der Social Democrats USA. Die direkten Verbindungen zwischen der ADL und dem Iran-Contra-Fiasko laufen über folgende Hauptmitspieler:

Spionage gegen die eigenen Bürger

Carl Gershman: Ein ehemaliger bezahlter Mitarbeiter der Fact-Finding Division der ADL, war durch das gesamte Iran-Contra-Fiasko hindurch Direktor der National Endowment for Democracy (NED, Nationale Stiftung für Demokratie). Von 1966 bis 1972 war Gershman beim Research Department (Forschungsabteilung) der ADL beschäftigt. Laut Jerome Bakst, seinem damaligen Inspekteur, nutzte Gershman seine ausgedehnte Erfahrung als Aktivist der neuen Linken an der Yale University dazu, der ADL ausführliche Dossiers über Students for a Democratic Society, die Black Panther Party und das Student Non-Violent Committee zuzuspielen. Nach Unterlagen, die nach dem Freedom of Information Act zugänglich gemacht wurden sowie nach einem kürzlich in Buchlänge veröffentlichten Bericht über die Cointelpro-Operationen des FBI gegen die schwarze Studentenbewegung in den sechziger Jahren, wurden die ADL-Dossiers, anscheinend einschließlich Gershmans Arbeit, regelmäßig an die Division Five des FBI weitergeleitet.



Rabbi Meir Kahane ist Gründer der Jewish Defense League, die eng mit der ADL zusammenarbeitet.

Unter Cointelpro-Operation, einer Operation im Rahmen eines »Counter-Intelligence Program« (Spionageabwehr), versteht man geheimdienstliches Vorgehen des FBI gegen Bürger des eigenen Landes.

Anfang 1990 heuerte Gershman den stellvertretenden Direktor der ADL Fact-Finding Division, David Lowe, an und machte ihn zu seinem leitenden Assistenten bei der US-Information Agency des amerikanischen Außenministeriums. NED war ein bedeutender Finanzierungskanal für Obersleutnant Oliver North und für das »Public Democracy«-Projekt, eine Operation der schwarzen Propaganda und der »aktiven Maßnahmen«, die vom Stapel gelassen wurden, um Presseberichte über das sandinistische Regime in Nicaragua zu gestalten.

Die Anti-Sandinista Propaganda

Der Leiter der Abteilung für Lateinamerikanische Angelegenheiten der ADL, Rabbi Mortor M. Rosenthal, wurde 1985 direkt von NED finanziert, um eine »Tatsachenerforschungs«-Wahlreise durch Mittelamerika zu unternehmen. Zu Rosenthals Aufgaben für die NED zählte die Überwachung der Präsidentschaftswahlen in El Salvador.

Am 23. Mai 1983 gab Rosenthal einen Bericht heraus, in dem er das sandinistische Regime des Antisemitismus bezichtigte. Der Angriff Rosenthals auf die Sandinistas gehörte zu den Bestrebungen, die Unterstützung der Juden für die Contra-Aktion der Reagan-Regierung in die Wege zu leiten. In jenem Monat sprach Rosenthal auf einer von Faith Whittelsey geförderten geschlossenen Sitzung des Weißen Hauses, auf der anscheinend Gesichtspunkte der verdeckten Unterstützung für die Contras erörtert wurden.

In einer Denkschrift an das Latin American Affairs Committee

(Ausschuß für Lateinamerikanische Angelegenheiten) der ADL vom 9. Juni 1983 beschrieb Rosenthal die unmittelbare Rolle der ADL bei der Anti-Sandinista-Propagandaoffensive. Die ungewöhnlich ausgedehnte internationale und inländische Berichterstattung, sowohl in den gedruckten als auch in den elektronischen Medien, über die ADL »Story« über Sandinistas und Antisemitismus stimulierte eine Flut von Anrufen und Briefen an Nicaraguas Botschaften und Konsulate und löste auch scharfe Stellungnahmen durch amerikanische Kongreßabgeordnete aus.

Die Botschaft lud daraufhin Vertreter der ADL offiziell zu einer Zusammenkunft mit dem nicaraguanischen Botschafter Antonio Jarquin ein. Die Zusammenkunft fand am Montag den 6. Juni 1989 in der nicaraguanischen Botschaft in Washington statt.

Kenneth Bialkin, damals landesweiter Vorsitzender der ADL, war von 1984 bis 1985 Anwalt des saudischen Milliardärs Adnan Khashoggi, als dieser die ersten Gelder beschaffte, mit denen die iranische Regierung von dem North-Second-Hakim-»Enterprise« Waffen kaufte. Zu der Zeit, als diese Geschäfte abgewickelt wurden, war Bialkin auch Mitglied eines Verwaltungsausschusses zur Umgestaltung der amerikanischen Bundesgesetze.

Ein weiteres Mitglied des Ausschusses war C. Boyden Gray, der allgemeine Berater des Vize-Präsidenten George Bush, der offiziell die Special Situation Group/Crisis Pre-Planning Group der Regierung, jene unter der National Security Decision Directive 3 eingerichten zwischenbehördlichen Dienststellen des Weißen Hauses zur Überwachung der Mittelamerika-Politik der Reagan-Bush-Regierung, leitete.

»Besorgte Pastöre und Laien«

Die Fassaden-Firma Lake Resources in Genf, durch die General Richard Secord und Albert Hakim die an die Contras gehenden iranischen Gewinne wuschen, wurde von Anfang an von dem Anwalt Willard Zucker beherrscht. Als ehemaliger Partner von Bialkin bei Willkie Farr wurde Zucker 1972 durch den landesweiten Vorsitzenden der ADL als Chef der Rechtsabteilung des IOS eingesetzt, wodurch er bei der Plünderung der Investmentfirma durch Vesco zu einem Hauptmitspieler des inneren Kreises wurde.



Mitglieder der Jewish Defense League lernen in den Bergen von Los Angeles den Umgang mit Feuerwaffen.

Edmond Safra, einer der Haupt-Finanz»engel« der ADL, war zusammen mit Willard Zucker Miteigentümer der Flotte von firmeneigenen Düsenmaschinen, die dazu benutzt wurden, den damaligen Berater für nationale Sicherheit, Robert McFarlane, und Oberstleutnant Oliver North zu geheimen Sitzungen in Teheran hin- und herzufliegen.

Die ADL selbst arbeitet direkt mit der Abteilung »aktive Maßnahmen« von »The Enterprise« zusammen, indem sie eine Reihe von Propagandabreitseiten abfeuerte, mit denen linksstehende Gruppen, die gegen die Mittelamerika-Politik der Regierung opponierten, als »Antisemiten« attackiert wurden. Eine derartige von der ADL 1983 in Auftrag gegebene Studie führte zu einem Angriff des Schriftstellers Harvey Klehr auf die Gruppe, die sich Clergy and Laity Concerned (Besorgte Pastöre und Laien) nennt. In einer weiteren Studie des langjährigen Drahtziehers der ADL, Rael Jean Isaac, wurden ähnliche Attacken gegen das Institute for Policy Studies geritten.

1984 waren Ortsverbände der ADL überall in den USA Gastgeber einer Vortragsreise Isaacs. Sowohl Klehr als auch Isaac wurden im gleichen Zeitraum von der Smith Richardson Foundation, eine im US-Bundesstaat Carolina ansässige von Steuern befreite Stiftung mit starken Bindungen an den sozialdemokratischen Flügel des amerikanischen Geheimdienstwesen, finanziert. Der Berater für nationale Sicherheit der Reagan-Ära, Richard Allen, und der UN-Botschafter Kirkpatrick sitzen derzeit beide im Vorstand von Smith Richardson.

Die ADL und der Terrorismus im Inland

Heute stellt die ADL als Organisation mehr als je zuvor einen bedeutenden agent-provocateur-Faktor innerhalb der Vereinigten Staaten dar, die rassische und ethnische Spannungen anfacht und gleichzeitig behauptet, die große Verteidigerin der Bürgerrechte zu sein.

Aus Unterlagen, die nach dem Freedom of Information Act freigegeben wurden, geht hervor, daß die ADL bei den Cointelpro-Operationen »Racial Matters« und »White Hate Groups« (»Rassische Angelgenheiten« und »Weiße Haß-Gruppen«) des FBI eine Hauptrolle spielte und sich sowohl die Bürgerrechtsbewegung als auch deren Opponenten zum Ziel nahm. Unter den während der Bürgerrechtskämpfe der sechziger Jahre von der ADL benutzten bezahlten Informanten, befanden sich Mitglieder des Ku Klux Klan, die in den Mord an drei Bürgerrechtsarbeitern in Mississippi verwickelt waren.

Tausende von Dollar für Provokateure

Ein Artikel vom 13. Februar 1970 in der »Los Angeles Times« des untersuchenden Berichterstatters Jack Nelson enthüllte zum ersten Mal, das gönnerhafte Verhalten von FBI und ADL gegenüber den Gebrüdern Roberts in Zusammenhang mit dem Mord an der Klansfrau Cathy Ainsworth am 30. Juni 1968. Zur Zeit der Schießerei vor der Wohnung des ADL-Offiziellen Meyer Davidson in Meridian, Mississippi, die zum Tode von Ainsworth und beinahe auch zum Tod ihres Geschäftspartners Thomas A. Tarrants führte – der 70 Wunden durch Schrotflinte, Gewehr und Pistole überlebte –, waren Alton Wayne Roberts und sechs weitere Klansmänner bereits wegen Verletzung der Bundesbürgerrechte in Zusammenhang mit ihrem berüchtigten Mord an den Bürgerrechtsarbeitern Chaney, Goodman und Schwerner 1964 in Philadelphia, Mississippi, verurteilt worden.

Roberts Fall stand unter Berufung, als laut verschiedenen Zeitungsnotizen und Meldungen der örtlichen Polizei Adolph »Sam« Botnick, der immer noch Bezirksdirektor der ADL im New Orleans war, mit dem Vorschlag an die Gebrüder herantrat, man werde ihnen 69.000 Dollar zahlen, wenn sie bei der Vorbereitung eines Bombenanschlags durch den Klan auf das Haus des ADL-Offiziellen Meyer Davidson als agents provocateurs (Spitzel) fungieren würden.

Abmachungen zwischen FBI und ADL

Botnick war ein enger Mitarbeiter des Chefs der FBI Division Five (Spionageabwehr) in New Orleans, des inzwischen verstorbenen Guy Bannister gewesen, der die linksgerichtete Fair-Play-For-Kuba-Gruppe gegründet hatte, die zu dem Milieu des scheinbaren Mörders von John F. Kennedy, Lee Harvey Oswald, gehörte.

ADL

Ein Profil der Anti-Defamation League

Bannister war auch der Kontrolleur eines Spitzennetzwerks, in dem Minutemen mitarbeitete, das nach gutunterrichteten US-Geheimdienstkreisen beim Ausbruch von James Earl Ray aus dem Gefängnis mitwirkte, so daß er bei dem Mord an Dr. Martin Luther King am 4. April 1968, nur wenige Wochen vor der von den Gebrüdern Roberts auf Geheiß der ADL und des FBI in Meridian, Mississippi veranstalteten Schießerei, als ähnlich leicht zu beeinflussende Person verwendet werden konnte.

Ein Bericht aus den Akten der Polizei vom 10. Juni 1968 des Kriminalbeamten Luke Scarborough bestätigt die Reportage in der »Los Angeles Times« über die Ainsworth-Szenerie, daß es in dieser Angelegenheit eine dreistellige Abmachung zwischen ADL, FBI und der örtlichen Polizei gab, bei der die ADL das Geld bereitgestellt hatte. Der scheinbare Erfolg einer solchen Zusammenarbeit zwischen ADL und FBI besteht darin, daß die US-Bundesregierung bei der Bestrafung von Alton Wayne für dessen Anteil an dem Mord an Schwerner, Goodman und Chaney »Milde walten ließ«, als er am 17. März 1970 nur zu zehn Jahren Freiheitsstrafe verurteilt und nach drei Jahren bedingt entlassen wurde. Wie berichtet wurde den Gebrüdern Roberts später der Status von »Federally Protected Whitnesses« (bundesbehördlich geschützte Zeugen) verliehen, und sie stehen bis heute auf dem Informanten-Dienstplan von FBI und ADL.

Was die ADL-Größen betrifft, so leitet Sam Botnick immer noch das Bezirksbüro der ADL von New Orleans, und sein damaliger Assistent, Richard Lobenthal, übernahm die Tätigkeiten der ADL in Detroit. Lobenthal wurde später dabei erwischt, als er örtliche Mitglieder der Kommunistischen Arbeiter-Partei, eine gewalttätige maoistische Gruppe, die in örtliche Automobilfabriken eingeschleust wurde, finanzierte. Justin A. Finger, der zur Zeit des Höhepunkts der Bürgerrechtsaktivitäten und der Klanmorde die in Atlanta ansässige Rechtsabteilung der ADL leitete, ist jetzt außerordentlicher landesweiter Direktor der ADL.

Köderung der Schwarzen Panther

Die schmutzigen Tricks der ADL beim sittenwidrigen Zusammenwirken mit dem FBI zur Vortäuschung eines Sachverhalts, wurden später gegen Teile der Antikriegsbewegung Ende der sechziger und Anfang der siebziger Jahre angewandt.

Vom FBI freigegebene FOILA-Dokumente – cf. 100-530-X vom Special Agent in Charge (Leitender Sonderagent) Los Angeles an den FBI-Direktor Hoover über das Thema »Black Panther Party« / »Racial Matter« – weisen auch auf ein solches sittenwidriges Zusammenwirken zwischen ADL und FBI gegen die Partei der Schwarzen Panther hin. Bei dem fraglichen Dokument handelt es sich um einen ADL-Bericht vom 22. Oktober 1968 über die Black Panther Party von Carl Gershman und Jerome Bakst, der zu der Schlußfolgerung kommt: »Zumindest zur gegenwärtigen Zeit ist mit häufigeren und immer gewalttätiger werdenden Zusammenstößen zwischen den Panthern und der Polizei zu rechnen.«

Dieser aufreizende Bericht in den FBI-Akten stimmt mit einer Passage in dem kürzlich herausgekommenen Buch »Racial Matters« von Kenneth O'Reilly in einem Kapitel mit der Überschrift »The Only Good Panther«, überein, in der es heißt: »Division Five versuchte, die Panthers durch Manipulierung von Rabbi Meir Kahane und der ›wachsamen‹ Jewish Defense League (JDL) zu spalten, indem sie Mitteilungen an College-Verwalter und an die Anti-Defamation League durchsickern ließ und mit Zeitungskolumnenschreibern zusammenarbeitete. Der FBI verglich die Ideologie der Panther mit dem ›traditionellen Antisemitismus von solchen Organisationen wie die American Nazi Party‹ und dem noch traditionelleren Antisemitismus des toten Adolf Hitler. Im Falle der JDL beschränkte der FBI sich nicht auf ›die Lieferung von sachlichen Informationen‹, weil Kahanes Gruppe nicht ›dazu bewegt werden konnte zu handeln‹, es sein denn ›die Mitteilungen ... über Antisemitismus und andere Dinge würden mit einer gewissen Ausschmückung geliefert‹«.

Macht die schmutzige Arbeit für den FBI

Die ADL ist bis zum heutigen Tag in solche Cointelpro-Operationen verwickelt. Gut unterrichtete Kreise des amerikanischen Geheimdienstes klagen nämlich an, daß, nachdem der Umfang der kriminellen Verwicklungen des FBI in Cointelpro vom US-Kongreß aufgedeckt und verurteilt worden war, der FBI vorübergehend alle derartigen Cointelpro-Operationen an die ADL »untervergeben« habe. Zwei Fälle erhellen dies:

James R. Rosenberg (alias Jimmy Mitchell, Jimmy Anderson) ist ein ganztagsbeschäftigter bezahlter Agent der ADL Fact-Finding Division. Polizeiberichte stimmen mit Informationen an unsere Korrespondenten überein, daß Rosenberg, der der Infiltrator der ADL in den Ortsverband des Ku-Klux-Klan in Trenton, New Jersey, war, der die Gruppe zu einem Bombenanschlag auf Trentons Ortsverband der National Association for the Advancement of Colored People (NAACP, Verband zur Förderung von Farbigen) aufzuwiegeln bestrebt war.

Kontrollabschnitte für Zahlungen von der ADL an Rosenberg zu dieser Zeit sind aufgefunden worden.

Wie viele, sowohl bei der ADL als auch bei der offenbar noch gewalttätigeren Jewish Defense League tätige Provokateure, erhielt Rosenberg militärische Ausbildung in Israel als Soldat der israelischen Verteidigungsstreitkräfte.

Das Ziel war der Ku-Klux-Klan

1981 sagte ein weibliches JDL-Mitglied, das den Decknamen »Ricky« benutzte, zu unseren Korrespondenten: »Ich traf Jimmy um 1978 herum in Israel, als ich mich im Kibbutz Kfar Saba nahe am Westufer befand ... Er prahlte ständig damit, daß er für die Anti-Defamation League gearbeitet habe, um in den Ku-Klux-Klan einzudringen ... Jimmy kam durch Valium (Beruhigungsmittel) ganz herunter. Er mußte sich sogar einer Drogenbehandlung unterziehen, und das regte ihn auf, denn er wurde etwa sechs Monate lang impotent ... Jimmy wollte wirklich in die israelische Armee, und er schaffte es – er schickte mir ein Bild ... Aber er ist ein Angestellter, ein Bürohengst; man würde ihm im Kampf nicht trauen.«

Rosenberg kehrte 1979 aus Israel zurück und arbeitete wieder für Irwin Suall, der anscheinend Jimmys neue militärische Ausbildung dazu benutzte, um ihn in die paramilitärische Rechte einzuschleusen, die zu einem Hauptangriffsziel der ADL geworden war. Am 7. Dezember 1981 trat Rosenberg in seiner verdeckten Eigenschaft in einer Dokumentarsendung des Senders WCCO Television in Minneapolis mit dem Titel »Armies of the Right« auf, in der er die schärfsten und judenfeindlichsten Aussagen von allen Mitgliedern der Christian Patriots Defense League, die ebenfalls in dieser Sendung auftraten, von sich gab.

Sei es aus Versehen oder Absicht, die Produzenten stellten Rosenberg zu keinem Zeitpunkt als Spitzel der ADL vor. Sie nannten ihn einfach »Jimmy Anderson«, einen Beamten des Ortsverbands der Christian Defense League (Christliche Verteidigungs-Liga) von Queens, New York. Rosenberg und ein weiterer Infiltrator-Provokateur in der Gruppe wurden später auf dem Dach eines Sandsteingebäudes in Manhatten mit automatischen Waffen hantierend festgenommen.

Die Gemeinsamkeiten von ADL und FBI

Mordechai Levy (alias James Gutman, James Frank, Mark Levy, Morty). Am 10. August 1989 wurde Mordechai Levy von Beamten des New York Police Department festgenommen, als er auf das Dach seines Appartmenthauses in Bleecker Street Nr. 6 in Greenwich Village geklettert war und dort mit wildem Scharfschützenfeuer einen unschuldigen Passanten verletzte. Die Schießerei fand statt, nach-

dem der Führer der Jewish Defense League (JDL), Irv Rubin, versucht hatte, Levy, der jetzt die rivalisierende Jewish Defense Organization leitet, eine Vorladung zu einem zivilen Verleumdungsprozeß zustellen wollte.

Die Festnahme des 30jährigen Terroristen wegen versuchten Mordes, Gewaltanwendung ersten Grades und rücksichtsloser Gefährdung brachte ein neues Kapitel im Strickmuster des sittenwidrigen Zusammenwirkens von FBI und ADL im inländischen amerikanischen Terrorismus, das an Cointelpro erinnert, ans Tageslicht. In einer Aussage vor Gericht am 18. Juli 1984 räumte Irwin Sual von der ADL ein, daß er »schon seit langem von Zeit zu Zeit« mit Levy zusammentreffe und Telefongespräche mit ihm geführt habe. Suals Eingeständnis spielte Levys langjährige Rolle als einer der Spitzel der ADL drastisch herunter.

Aber in einem Gespräch mit dem Reporter von »Village Voice«, Robert Friedman, bestätigte ein weiterer Mitarbeiter der ADL Fact-Finding Division, Gail Gans, Levys Status als ADL-Agent. Levy war nämlich ein gemeinsames Aktivum der ADL, des FBI und anderer Polizeidienststellen. Zwei von Levy's FBI-Kontrolleuren sind als FBI Special Agents, Joseph Valiquette und Paul Locke, beide vom New York Field Office, bekannt. Aus Dokumenten, die unter dem Freedom of Information Act freigegeben wurden, geht hervor, daß das New York Field Office (Außenstelle) seit mindestens den sechziger Jahren eine offizielle Verbindung zum landesweiten Hauptsitz der ADL unterhält.

Unter einem »neonazistischen« Deckmantel

Im Februar 1979 wurde Levy dabei erwischt, wie er versuchte, in Philadelphia einen großen Aufstand zu provozieren. Unter Verwendung des Pseudonyms James Gutman beschaffte sich Levy die Genehmigung zu einer Versammlung von Neonazis, auf der er Transparente aufrollen wollte mit der Aufschrift: »Hitler was Right – Gas the Commie Jews« (»Hitler hatte recht – Vergast die kommunistischen Juden«). Aus den Büros der JDL in Philadelphia heraus war Levy unter seinem falschen »neonazistischen« Deckmantel dabei, sich mit allen örtlichen KKK- und Nazi-Gruppen in Verbindung zu setzen und sie in die Veranstaltung hineinzuziehen. Gleichzeitig arbeitete er mit örtlichen linken und jüdischen Gruppen und schwarzen Kirchen zusammen, um eine Gegendemonstration zu organisieren.

Als einige Reporter am Ort von Levys Plan erfuhren und den National Park Service anriefen, wurde die Versammlungsgenehmigung rückgängig gemacht. Schlagzeilen in der lokalen Presse wie im »Journal«: »Jew Applied for the Permit for Nazi Rally« (»Jude beantragte Genehmigung zu Naziversammlung«) und im »Philadelphia Bulletin«: »Nazi Rally-Rouser Really Jewish)« (»Ist Veranstalter von Naziversammlung wirklich Jude?«) entlarvten den Komplott.

Beeinflussung von Schöffen bei Gericht

Der unmittelbare Einsatz von Levy bei kriminellen Handlungen kam in einer im Oktober 1984 abgegebenen eidesstattlichen Erklärung ans Licht. Levy gab zu, daß er von der ADL angewiesen wurde, eine Belästigungskampagne per Telefon gegen die Schöffen von Alexandria zu führen. Laut dieser eidesstattlichen Erklärung übergab die ADL die Namen und Adressen der Geschworenen an Levy. Der Special Agent des FBI, Richard Wade, vom Field Office in Alexandria wurde durch Bundesrichter James Cacheris angewiesen, die Beweise für die Schöffenbeeinflussung durch Levy zu untersuchen, aber die Untersuchung wurde niedergeschlagen.

1985 trat Levy auch als verdächtigter Komplize bei einigen der bedeutsamsten terroristischen Aktivitäten seit Jahren in Erscheinung:

Am 15. August 1985 war Tscherim Soobzokov, eine führende Persönlichkeit der moslemischen Gemeinde Circassian Muslim in Paterson, New Jersey, das Ziel eines Bombenanschlags auf seine Wohnung, an dessen Folge er am 7. September 1985 verstarb. Nur wenige Tage vor der Explosion war Mordechai Levy in Paterson gewesen und hatte Soobzokov in einer Synagoge am Ort öffentlich mit den gleichen Beschuldigungen angegriffen, mit denen das Office of Special Investigation des amerikanischenrJustizministeriums erfolglos versucht hatte nachzuweisen, Soobzokov sei ein »Nazi-Kreigsverbrecher«. Einige Tage nach dem Bombenanschlag hielt Levy in Paterson eine Pressekonferenz ab, auf der er den Anschlag begrüßte, aber die Verantwortung dafür zurückwies. Eine Woche vor dem Bombenanschlag hatte Levy Soobzokovs Anwalt in der OSI-Sache, Michael Dennis, mit dem Tode bedroht und auch geschworen, Soobzokov zu töten.

Der aktive terroristische Untergrund

Am 11. Oktober 1985 starb Alex Odeh, der Leiter des Arab-American Anti-Discrimination Committee, um 11 Uhr 21, nachdem eine an der Tür seines Büros festgezurrte Bombe explodierte, als Odeh sich zur Arbeit meldete. Am Abend bevor er ermordet wurde, war Odeh in zwei landesweiten Fernsehshows über die Entführung des Kreuzschiffes »Achille Lauro« interviewt worden, die, wie er sagte, das Werk einer Arafat feindlich gesinnten Splittergruppe der Palestine Liberation Organization (PLO) gewesen sei. Aus höchst zuverlässigen Quellen verlautet, daß Odeh zahlreiche Drohungen von Mordechai Levy, der JDL und der JDO erhalten hatte.

Obwohl der FBI-Direktor William Webster, ein langjähriger »Freund« der ADL, den »jüdischen Untergrund« öffentlich als aktivste terroristische Organisation der Vereinigten Staaten des Jahres 1985 bezeichnen mußte, wurden weder im Falle Soobzokov noch im Falle Odeh Verhaftungen vorgenommen. Kreisen, die dem verstorbenen Alex Odeh nahestanden, wurde vom FBI offenherzig mitgeteilt, daß es keine Festnahmen geben werde, und zwar wegen der Verbindungen der Killer zum israelischen Geheimdienst.

Die ADL und der internationale Terrorismus

Spitzenleute der ADL werden bei einer Reihe von politischen Attentaten auf internationaler Ebene, darunter die Morde an dem schwedischen Ministerpräsidenten Olaf Palme und der indischen Premierministerin Indira Gandhi der Beihilfe verdächtigt. Obwohl keine Beweise dafür bekannt sind, die die ADL mit der eigentlichen Ausführung dieser Attentate in Verbindung bringen, liegen in allen drei Fällen schlüssige Beweise dafür vor, daß Spitzenleute der ADL an der Vorbereitung oder Vertuschung dieser Verbrechen beteiligt waren.

Im Falle des Mordes an Indira Gandhi am 31. Oktober 1984 geht aus Berichten von Augenzeugen über ein Zusammentreffen mit den ADL-Offiziellen Irwin Suall und Barbara Wall in einem Gerichtssaal, nur wenige Stunden nachdem Frau Gandhi von einem fanatischen Sikh, der zu ihrer eigenen Leibgarde gehörte, ermordet worden war, hervor, daß die Beiden über das Attentat sehr erfreut waren.

Die Schlüsselverbindung zwischen der ADL und den Sikh-Extremisten, die die Premierministerin Gandhi ermordeten, läuft über Rabbi Rosenthal, ein höherer Angestellter der ADL und Leiter der Hauptabteilung für lateinamerikanische Angelegenheiten der Liga, der unmittelbar mit dem Mann in Verbindung gebracht wird, der den Mord befahl: Dr. Jagjit Singh Chauhan. Sie verläuft auch über Rosenthals langjährigen politischen Kollaborateur und gelegentlichen Geschäftspartner: Jon Speller.

Es wird weithin angenommen, daß Speller ein auf hoher Ebene tätiger Agent für die mit Lord Nicholas Bethel und Julian Amery assoziierten Netzwerke des britischen Geheimdienstes und des Freimaurertums des Schottischen Ritus ist, obwohl er auch nachweislich Verbindungen zum israelischen, sowjetischen und amerikanischen Geheimdienst unterhält.

Verantwortlich für den Mord an Frau Gandhi

Ein Jahr vor dem Attentat auf Frau Gandhi organisierte Speller eine Reise von Jagjit Singh Chauhan in die USA, wo dieser mit konservativen Mitgliedern des Senats zusammentraf. Teilweise

ADL

Ein Profil der Anti-Defamation League

auf der Grundlage dieser Amerika-Tour machten sowjetische Nachrichtenagenturen die Reagan-Regierung wegen des Mordes an Frau Gandhi verantwortlich – obwohl der damalige US-Verteidigungsminister Caspar Weinberger gerade dabei war, die militärische Zusammenarbeit zwischen Amerika und Indien zu vertiefen, wodurch der sowjetische Einfluß auf dem Subkontinent bedroht wurde.

Nach Frau Gandhis Tod leiteten Rabbi Rosenthal und Speller über eine von ihnen soeben gegründete Fassaden-Firma, Transglobal Resources genannt, geheime Sitzungen in Washington, London und Quito in die Wege, die dazu führten, daß die Regierung von Ecuador Chauhan eine große Parzelle Land anbot, auf dem eine Heimstätte für Khalistani errichtet werden sollte. Als ganztagsbeschäftigter Direktor der ADL für lateinamerikanische Angelegenheiten hatte Rosenthal die Kanäle der Agentur innerhalb von Ecuador dazu verwendet, einen sicheren Hafen für extremistische Sikhs einzurichten, von denen einige kurz vorher eine Maschine der Air Canada in die Luft gesprengt und einen Komplott zur Ermordung von Frau Gandhis Sohn und Nachfolger Rajiv Gandhi während eines Staatsbesuchs in Washington im Dezember 1984 geschmiedet hatten.

Die Sikh-Extremisten haben mit ihrer Absicht, Frau Gandhi ermorden zu wollen, niemals hinter dem Berg gehalten. Jagjit Singh Chauhan, der »Präsident im Exil« des nichtvorhandenen Staates Khalistan, ließ seinen weithin publizierten Ruf nach Frau Gandhis Ermordung am 9. Juni 1984 ertönen – drei Tage nachdem Soldaten der indischen Armee den Goldenen Tempel in Amritsar gestürmt, um ihn aus der Hand von bewaffneten radikalen Sikhs, die mit Chauhan in Verbindung standen, zu befreien. Weniger als eine Woche vor dem Mord an Frau Gandhi sagte Chauhan in seinem Hauptsitz in Reading, England, zu einem Anrufer: »Einer wird kommen und Frau Gandhi den Kopf abreißen.«

Chauhans Aufruf führte unverzüglich zur Bildung der terroristischen World Sikh Organization. Vertreter der WSO trafen schon bald darauf mit Beamten des Interfaith Department der ADL zusammen, sagt Rabbi Leon Klenicki, der Direktor des Department. Die Zusammenkunft war auf Wunsch von Landrum Bolling, dem Vorsitzenden der Eli-Lilly-Stiftung, von der das Interfaith Department der Liga großzügig finanziert wird, zustandegekommen.

Surjit Singh, ein Spitzenbeamter der WSO, der seit 1947 mit Chauhan in engster Verbindung steht, ist auch ein enger Freund des landesweiten Ehrenvorsitzenden der ADL, Kenneth Bialkin.

Die Vertuschung des Palme-Attentats

Wenn die Ermordung Indira Gandhis als Schlag gegen die Verbesserung der amerikanisch-indischen Beziehungen zugunsten der Sponsoren der ADL in London und sowjetischer sowie israelische Freunde gedacht war, dann scheint die Ermordung des schwedischen Ministerpräsidenten Olaf Palme in ähnlicher Weise durch ein gemeinsames Ziel gewisser Kreise in Moskau, London und Washington motiviert worden zu sein, nämlich die Vertuschung des größten Internationalen illegalen Waffen- und Drogenhandels-Skandals in der Geschichte – eines Skandals, der erst in Zusammenhang mit den Enthüllungen über die Iran-Contra-Affäre in den USA und Westeuropa und dem noch nicht so lange zurückliegenden »Stasi-Gate« in der DDR an die Oberfläche kam.

Als Ministerpräsident Olaf Palme kurz vor seiner Ermordung die schwedische Polizei anwies, eine Razzia auf die Büros von Karl Erik Schmitz, eines prominenten internationalen Waffendealers, zu veranstalten, tauchte bedeutsames Beweismaterial über illegale britische, israelische und Sowjetblock-Waffengeschäfte mit dem Iran, dem Irak und den nicaraguanischen Contras, alle in sittenwidrigem Zusammenwirken miteinander, auf. Wie berichtet, zeigte sich Palme tief beunruhigt, als das volle Ausmaß der Verwicklung der sozialdemokratischen Regierung Schwedens in den illegalen Waffenhandel und das gewinnsüchtige Verhalten durch die Akten belegt wurde, die man bei der Razzia auf Schmitz beschlagnahmt hatte, und mit Dokumenten nachgewiesen wurden, die bei der Razzia auf Schmitz beschlagnahmt wurden. Damit begann eine Razzia auf den Strom von Waffen von Schweden zum Persischen Golf.

In diesem Augenblick wurde der Ministerpräsident zu einem bereits abgeschriebenen Gegner der gleichen Nachrichtendienste, für die er seine ganze politische Laufbahn hindurch gearbeitet hatte.

Obwohl die wahre Identität der Mörder vielleicht nie ermittelt werden wird, ergibt sich ein Profil der verantwortlichen Kreise aus der massiven Vertuschung, die schon innerhalb von wenigen Stunden nach dem Mord an Palme einsetzte. Die falsche Spur von Anklagen lenkte die Fahnder in den ersten beiden Monaten der Untersuchung davon ab, den legitimen Anhaltspunkten nachzugehen, und jede Aussicht, den Mordfall zu lösen wurde somit zunichtegemacht. Es war die ADL, zusammen mit dem KGB, die in dieser kritischen Phase der Vertuschung eine entscheidende Rolle spielte.

Spuren führen zum KGB

1982 war die ADL mit einigen der berüchtigsten KGB-Agenten mit Einfluß in Schweden in Verbindung. Der ADL-Offizielle Irwin Suall, ein aktives Mitglied der Sozialistischen Internationale, ist ein intimer Freund des schwedischen Sozialdemokraten Pierre Schori und des westdeutschen Sozialdemokraten Klaus-Henning Rosen, Chefassistent des früheren Bundeskanzlers Willy Brandt. Schori wurde von dem einstigen norwegischen KGB-Spion Arne Treholt als »führender Agent mit Einfluß« des KGB in skandinavischem sozialdemokratischen Kreisen namhaft gemacht.

Am 24. August 1989 enthüllte die schwedische Tageszeitung »Expressen«, daß Beamte der Spionageabwehr der schwedischen Staatspolizei (SÄPO) in die Wohnung eines Beamten der sowjetischen Botschaft und mutmaßlichen KGB-Mannes eine Wanze eingebaut und dadurch auf Band mitgeschnittenes Beweismaterial dafür erhalten hatten, daß der Kreml schon vorher von dem Attentat auf Palme wußte. So war die ADL nicht nur Komplizin in einem großangelegten Plan zur Vertuschung des Palme-Mordes; der Plan verhüllte zumindest teilweise die sowjetische Mittäterschaft vor der Tat, an dem Mord an einem Staatschef.

ADL untergräbt die Justiz: die OSI

Einer der bedeutendsten Brennpunkte des Eindringens sowjetischer und israelischer Geheimdienste in die amerikanische Regierung ist das Office of Special Investigations (OSI) des amerikansichen Verteidigungsministeriums, eine Dienststelle, die 1978 durch Beschluß des amerikanischen Kongresses ins Leben gerufen wurde, vorgeblich zur Aufspürung von Naziverbrechern und deren Auslieferung durch die USA, so daß diese in ihrem jeweiligen Heimatland vor Gericht gestellt werden können.

In Wirklichkeit diente das OSI stets als Rohrleitung für durch die Sowjets gefälschtes Beweismaterial und weitere Vergiftungen des amerikansichen Justizwesens, und für sowjetische und israelische Propaganda gegen Emigrantenkreise aus Osteuropa innerhalb der Vereinigten Staaten. Die ADL hat einen ganztagsbeschäftigten Verbindungsmann zum OSI in Washington stationiert, und ein anderer ganztagsbeschäftigter OSI-Beamter arbeitet mit israelischen Behörden in Tel Aviv zusammen.

Wo sich gefälschte Dokumente als unzureichend erwiesen haben, um die vom OSI ausgesuchten Opfer durch falsche Anklagen und übereilte Gerichtsverfahren ins Gefängnis zu bringen, wurden häufig gewalttätigere Mittel angewendet. Der bereits angesprochene Fall Tscherim Soobzokov ist ein solches Beispiel. Die noch nicht solange zurückliegenden Ereignisse um John Demjanjuk, ein im Ruhe-

stand lebender Automobilarbeiter aus Cleveland, der beschuldigt wird, der Wachposten »Iwan der Schreckliche« von Treblinka gewesen zu sein, sind ein noch vielsagenderes Beispiel für das sittenwidrige Zusammenwirken zwischen ADL und KGB zur Vortäuschung eines Sachverhalts beziehungsweise Beweismittels.

Am 29. November 1988 stürzte Dov Eytan, ein angesehener Anwalt und Zugehöriger zum israelischen Establishment aus dem 15. Stockwerk eines Bürogebäudes in Jerusalem. Zum Zeitpunkt seines Todes traf Eytan, ein ehemaliger Richter, Vorbereitungen für Demjanjuks Berufung, in der er aufdecken wollte, daß der sowjetische KGB bei der Fälschung der Dokumenten, Unter-Druck-Setzen von Zeugen und Unterschlagung von entlastenden Beweismitteln durch das Office of Special Investigation beteiligt war. Danach wurde Demjanjuk als »Iwan der Schreckliche« durch ein israelisches Gericht zum Tode verurteilt.

Die Kennkarte eine KGB-Fälschung

Am 1. Dezember, auf Dov Eytans Beerdigung, nach einem schnellen Beschluß der israelischen Regierung, er habe Selbstmord begangen, wurde Yorem Sheftel, John Demjanjuks anderem Anwalt, der überzeugend dargelegt hatte, daß Demjanjuk das Opfer einer vom OSI und dem sowjetischen KGB verschuldeten Personenverwechslung war, Salzsäure ins Gesicht geschleudert.

Praktisch alle Zeugen, die Demjanjuk belastet hatten, hatten vorher entweder widersprüchliche Aussagen gemacht oder wurden im Verlauf des Prozesses als Lügner überführt. Das »Schlüsselbeweisstück« gegen Demjanjuk, eine KL-Kennkarte, hatte der Sowjetagent Armand Hammer in seinem Privatflugzeug der Firma Occidental Petroleum von Moskau nach Israel mitgebracht. Demjanjuks Anwalt legte schlüssige Beweise dafür vor, daß die Kennkarte eine KGB-Fälschung ist.

In jüngerer Zeit startete die ADL einen Angriff auf den US-Abgeordneten James Traficant, weil er am 2. August 1989 die Beschuldigung erhoben hatte, daß das OSI vorsätzlich Informationen zurückgehalten haben könnte, aus denen hervorgeht, daß ein Hauptbelastungszeuge gegen Demjanjuk, Otto Horn, einen Meineid geleistet hatte, als er 1981 während eines Verfahrens zur Entziehung der Staatsangehörigkeit Demjanjuk als »Iwan« identifiziert hatte. Der Beweis für den Meineid wurde in zwei internen OSI-Berichten entdeckt, die in einer Mülltonne außerhalb der OSI-Dienststelle aufgefunden und anschließend Demjanjuks Schwiegersohn übergeben worden waren. Traficant, der den amerikanischen Generalstaatsanwalt Richard Thornburgh ersucht hat, eine »objektive Überprüfung« der OSI-Arbeit an dem Fall Demjanjuk zu genehmigen, sagte, niemand »weiß wirklich«, ob Demjanjuk Iwan ist. »Wir gefährden die Rechte aller Amerikaner, wenn wir es zulassen, daß John Demjanjuk unter derart ungewöhnlichen Umständen aufgehängt wird«, setzte Traficant hinzu.

Hand in Hand mit den Kommunisten

Das OSI hatte nicht nur die Beweise für Otto Horns Meineid unterdrückt, sondern es besteht auch Grund zu der Annahme, daß der ganze Fall vom OSI fabriziert worden ist. Der Ehrenvorsitzende der ADL, Edgar Bronfman, hat auch, im Gespann mit dem OSI, den Jüdischen Weltkongreß (WJC), dessen Präsident und Hauptgeldgeber er ist, in zahlreichen anderen Fällen mobilisiert. Die ursprüngliche Aufstellung von 200 verdächtigen Naziverbrechern, die in den Vereinigten Staaten leben sollen, die die Masse der Fälle darstellen, die vom OSI inzwischen untersucht worden sind, wurde von Charles Allen, einem ehemaligen Forscher für den WJC, der einer amerikanisch-ostdeutschen Freundschaftsgruppe vorsaß, angefertigt, von der man weiß, daß es sich um eine Fassade für die Kommunistische Partei der USA handelt.

Zwei Jahre vor der Gründung des OSI reisten die OSI-Beamten Allan Ryan und Neal Sher, mit der »Liste« von Charles Allan bewaffnet, nach Moskau, wo sie mit General Roman Rudenko, einem sowjetischen Militärbeamten zusammentrafen, um Akten über die beschuldigten Nazis des letzten Krieges zu überprüfen. General Rudenko war für seine Handhabung von Moskaus Völkermordspolitik gegenüber den Ukrainern in den dreißiger Jahren, als acht bis zehn Millionen Ukrainer des Hungers starben – eine Leistung, die ihm die Beförderung zu einem der Lieblingsstaatsanwälte Josef Stalins während der Säuberungsprozesse einbrachte – bestens bekannt. Als Sher und Ryan vom OSI 1981 mit ihm zusammentrafen, vereinbarten sie, jede Art von durch den KGB gefälschten Beweismittel in die jeweiligen Verfahren einzubringen, für die das OSI berüchtigt wurde.

Nur die Spitze des Eisberges

Teitel von der ADL schreibt: »Die Zusammenarbeit zwischen den Vereinigten Staaten und Israel in diesem Fall (Demjanjuk) war nur die Spitze des Eisbergs. Ohne eine ähnliche Kooperation zwischen den USA und der Sowjetunion wäre Demjunjak vielleicht niemals aufgespürt worden«.

Und in der September-Ausgabe 1984 des ADL »Bulletin« wurde ein zweiseitiger Artikel von Neal Sher, Ryans Nachfolger als OSI-Direktor, abgedruckt, in dem er das OSI gegen Anschuldigungen von Osteuropäern zu verteidigen versuchte, durch diese Vereinbarung mit den Sowjets seien »gefälschte Dokumente« des KGB und Aussagen von »eingeschüchterten Zeugen« in amerikanische Gerichte eingebracht und dort verwendet worden.

Kapriolen um Arthur Rudolph und Kurt Waldheim

Edgar Bronfman war ein williger Komplize bei dem abgekarteten Spiel gegen den Raketen-Wissenschaftler Dr. Arthur Rudolph, der im Frühjahr 1984 in ungesetzlicher Weise aus den Vereinigten Staaten hinausgeekelt wurde, nachdem er in sowjetischen Veröffentlichungen als »Nazikriegsverbrecher« aufs Korn genommen worden war. Der eigentliche Grund, warum sich die Sowjets und Brofman den berühmten Konstrukteur der Raketen Pershing I und Saturn zum Ziel genommen hatten, bestand darin, daß er zum Projekt der Strategic Defense Initiative (SDI) stand, das zu der Zeit das Ziel Nummer eins des sowjetischen Geheimdienstes war, um es außer Kraft zu setzen. Da er wegen seiner geringfügigen Geldmittel und seines hohen Alters davon abgehalten wurde, eine Vollverteidigung gegen die grundlosen Anklagen zu führen, und weil er befürchten mußte, daß seine Frau und Kinder in bittere Armut gestürzt werden könnten, wenn ihm seine amerikanische Staatspension entzogen würde, traf Rudolph eine Vereinbarung mit dem OSI, daß er freiwillig in seine deutsche Heimat zurückkehren werde. In einer späteren Untersuchung durch westdeutsche Gerichte stellte sich heraus, daß er mit den Verbrechen, derer ihn das OSI beschuldigt hatte, nichts zu tun hatte, also völlig unschuldig war.

Bronfmans nächster Fall der Zusammenarbeit mit dem OSI war seine Kampagne gegen den ehemaligen Generalsekretär der Vereinten Nationen und derzeitigen österreichischen Bundespräsidenten Kurt Waldheim, dessen größtes Verbrechen darin zu bestehen scheint, daß er in Übereinstimmung mit dem Abkommen von Helsinki sowjetischen Juden, die durch Österreich reisten, das Recht eingeräumt hatte, sich dort anzusiedeln, wo immer sie wollten, nicht nur in Israel, wie impliziert von Bronfman und der ADL verlangt wurde. Waldheims Verteidiger klagen an, Bronfmans WJC habe die Tatsachen verzerrt und sogar meineidige Zeugenaussagen gegen den österreichischen Bundespräsidenten herangezogen. Der bekannte »Nazijäger« Simon Wiesenthal übte harte Kritik am Jüdischen Weltkongreß und verteidigte Waldheim. Nichtsdestoweniger veranlaßte Bronfmans »Beweismaterial« Neal Sher vom OSI dazu, Waldheim auf eine Watch List derjenigen zu setzen, denen die Einreise nach USA verwehrt wird. □

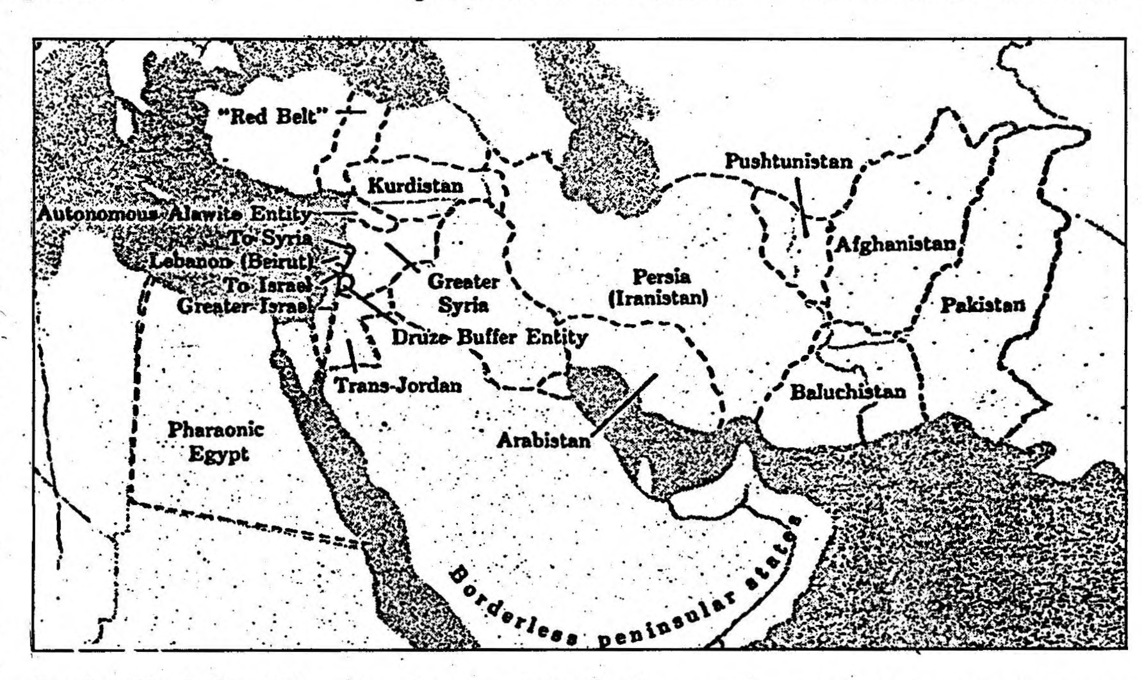
Irak

Ein Puzzelstein im Spiel der Banker

Karl von Wulf

Mit Empörung reagierte die Welt auf den Einmarsch irakischer Truppen in Kuwait. Schnell war auch der neue »Teufel in Menschengestalt« gefunden: Saddam Hussein. Gegen ihn wurde pressemäßig genau der gleiche Ton angeschlagen, mit dem auch Hitler bedacht wird – viel Propaganda und Polemik und wenig Argumente.

Denn eines wird doch von diesen nach eigenen Angaben gut informierten Leuten übersehen: Saddam Hussein ist, genau wie so viele Regierungschefs, Herrscher oder Diktatoren – wie immer man es nennen mag –, nur ein Puzzlestein im großen Spiel der Internationalisten, ein »Bauer« im Schachspiel der wahren Herrscher, so wie es bereits im März 1979 vom Foreign Office mit dem »Neuordnungsplan« von Bernard Lewis in London veröffentlicht wurde und wie ihn der Illuminat Pike Mazzini in einem Brief vom 15. August 1871 dargestellt hat.



Schon 1979 wurde dieser Plan für die Neuordnung des Mittleren Ostens vom Foreign Office in London veröffentlicht.

Der Plan für drei Weltkriege

In diesem Brief, der bis vor wenigen Jahren noch in der Bibliothek des Britischen Museum ausgestellt war, schilderte Mazzini Details eines luziferischen Plans für drei Weltkriege. Nach seinen Worten »werden wir im letzten dieser Kriege die Nihilisten und Atheisten loslassen; wir werden einen gewaltigen gesellschaftlichen Zusammenbruch provozieren, der in seinem ganzen Schrekken den Nationen die Auswirkungen von absolutem Atheismus, dem Ursprung der Grausamkeit und der blutigen Unruhen klar vor Augen führen wird«.

CODE hatte bereits im Mai 1984 unter dem Titel »Der Plan der Herrscher« in beängstigend genauer Weise das vorausgesagt, was sich heute im Mittleren Osten abspielt. Wörtlich hieß es damals: »Ein direkter Krieg zwischen den Supermächten ist unwahrscheinlich, weil nach Henry Kissingers Meinung die Sowjets den USA hoffnungslos unterlegen sind. Die einzige Gefahr – und die wohl geplant – ist der Mittlere Osten, von dem aus sowohl die USA als auch die Sowjetunion gegen ihren Willen – aber mit US-Hilfe – in einen Krieg hineingezogen werden könnten. Denn schließlich setzt die ›Neue Ordnung‹ die Zerstörung der alten voraus, und dies geht trotz bevorstehender nie gekannter Währungs- und Wirtschafts- und damit Sozialkrisen am schnellsten durch einen begrenzt geplanten Atomkrieg.

Und so setzen dieselben Kräfte, die den Ersten und den Zweiten Weltkrieg herbeigeführt haben, zum Endspurt der Weltrevolution à la Kambodscha und Hiroshima an, von der sie sich noch bessere Geschäfte versprechen. Durch einen großen Zwischenfall in der Meerenge von Hormuz zur Ölblockade Europas, Japans und der USA, die in Verbindung mit dem daraufhin ausgelösten Weltwährungs- und Wirtschaftszusammenbruch zu Revolution und Krieg oder vielmehr Krieg und Revolution führen soll.«

Getreu dem »Neuordnungsplan«, der eine Vergrößerung Israels auf Kosten der Länder Libanon und Irak vorsieht. Der Irak soll dabei als eigenständiges Gebilde vollständig von der Landkarte verschwinden, Syrien größer werden – siehe die Annäherung zwischen Washington und Damaskus –, während der Iran um Arabistan, seinen kurdischen Teil und noch um eine Provinz im Osten zurechtgestutzt wird. Als einziges erfreuliches Ereignis entsteht Kurdistan.

London macht seinem Ruf Ehre

Ein Insider, der die Änderung der sowjetischen Politik schon vor Jahren richtig vorhersagte, schrieb in diesen Tagen hierzu: »Die vor einigen Monaten erfolgte Erklärung Iraks, ein erneuter Vorbeugungsangriff Israels, wie die Bombardierung des Bagdader Reaktors 1981, würde zu entsprechenden Reaktion und damit zur Verseuchung halb Israels führen, bestätigte den folgerichtigen Ablauf der Weltgeschichte, in der offensichtlich Satan ungestört – trotz der inzwischen die ganze Menschheit bedrohenden Mordgewalt – weiter in seinem Anfang der achtziger Jahre im ›Bernard Lewis Plan‹ beschriebenen Drama Regisseur spielen darf.

Die in diesem Plan des britischen Foreign Office vorgesehene ›Neuordnung‹ des Mittleren Ostens, die vorerst die Erhaltung Israels voraussetzt, schiebt nun den USA die Aufgabe zu, den einzigen ernstzunehmenden Feind Israels, den Irak, zu vernichten. Mit anderen Worten, mit einem Kommandostreich ist es nicht getan, denn dann würde das Israel vermutlich fast ebenbürtige Arsenal ja über kurz oder lang einem Nachfolger zur Verfügung stehen, um Jordanien beizustehen, wenn es von den aus den besetzten Gebieten vor den aus der UdSSR ›flüchtenden‹ Juden ihrerseits flüchtenden Palästinensern überflutet und in einen Krieg mit Israel verwickelt wird. London mach hierbei seinem Ruf als perfidem Albion wieder einmal alle Ehre, indem es das von Churchill grandios aus dem Mandatsgebiet Palästina für die Haschemitendynastie geschnittene Cisjordanien und seinen treuen Paladin, den kleinen König, fal-

len läßt. Die Haschemiten mußten vor den Saudis aus ihrem Stammland um Jeddah fliehen, da der britische Agent Philby, Vater des vor kurzem in Moskau verstorbenen homosexuellen Doppelagenten, den US-Gesellschaften den Vorzug vor seinen britischen Auftraggebern gegeben hatte, die die Halbinsel als ›Saudi-Arabien‹ anerkannten.«

Weiter heißt es in dieser CODE vorliegenden Ausarbeitung: »Da die Haschemiten im Ersten Weltkrieg auf die britischen Versprechungen den Arabern gegenüber gesetzt hatten, sie von der türkischen Oberhoheit zu befreien, wollte sie der noble Churchill ebensowenig leer ausgehen lassen wie die Polen, die sich für ihre von der UdSSR zurückgenommenen Gebiete an Deutschland schadlos halten durften. Schon mit Danzig als zukünftigem Streitapfel zwischen Deutschen und Polen bewährt, wurde hiermit ein nützlicher Gegensatz zwischen Arabern geschaffen, der im Schwarzen September schon einmal ausgespielt werden konnte.

Europa zahlt die Rechnung

Nicht von ungefähr stoßen wir also wieder auf das Erdöl, das Hermann Josef Abs einmal als den eigentlichen Auslöser des Ersten Weltkriegs bezeichnet hat, weil die Reichsregierung die Deutsche Bank jahrelang daran gehindert hatte, wenigstens 50 Prozent der Aktien der Baghdad Railway Company, deren Zweck es ebenso war Pilger nach Mekka als Öl ins Reich zu bringen, sozusagen als Vorläuferin der heutigen Ölleitungen, an die britische Regierung abzutreten. Dies sei dann zu spät geschehen, nämlich am ersten Tag des Ersten Weltkriegs!«

Dann führt der an hoher Stelle sitzende Insider auf, wer zu den Gewinnern der jetzigen Krise gehört – von der Rüstungsindustrie einmal abgesehen –: »Der jetzige Streithahn legt das krumme Ei einer gewaltigen Ölpreiserhöhung, vor allem, wenn es den USA geling, unentdeckt eines ihrer größeren Schiffe in der Meerenge von Hormuz zu versenken oder versenken zu lassen, die dann – ähnlich wie der Suezkanal – für einige Jahre geschlossen bleiben könnte.

Es ist nicht zu leugenen, daß das für die mit fast eine Milliarde Dollar sich täglich höher verschuldende USA, die nun nicht mehr mit dem ausschließlich daher in finanzielle Bedrängnis geratenen Yen absorbiert werden kann, und für ihr vor dem Zusammenbruch stehendes Finanzsystem außerordentlich günstige Folgen hätte. Von den anderen Nutznießern, Rußland als größtem Ölproduzenten, England als mutliche Gehirnzentrale mit dem noch fließenden Nordsee-Öl und die inzwischen teilweise recht verschuldeten anderen Produzenten, allen voran Mexiko, einmal abgesehen. Ja, man könnte davon ausgehen, daß dieses bereits zweimal auf der zionistisch-arabischen Feindschaft durchgespielte Szenario der Weltfinanz noch einmal etwas Zeit einspielen könnte. Wie schon vorher, zahlt Europa – ohne England versteht sich – und Japan die Rechnung!«

Weiter schreibt der hochgestellte Mann: »Daher heißt es jetzt scharf aufgepaßt auf das sich entwickelnde Währungsszenario, in der die Währungen so beweglich sein werden wie bisher die Börsen. Wenn etwas am Gerücht ist, daß dem E(lectronic)C(ontrol) U(nit) der EWG ein US-Russischer paritätischer Golddollar und -rubel entgegen gestellt werden soll, dann müßte die Ausgangsbasis auch ein höherer Goldpreis sein, damit es sich lohnt.

Fest steht nur eines, nämlich daß das ganze Unisonogeschrei der gleichgeschalteten Weltmeinung um Saddam Hussein, der ja schließlich bis vor ganz kurzem noch von den USA und der UdSSR aufgebaut wurde und vermutlich auf Kuwait ebensoangesetzt wurde wie der goldbetreßte argentinische Militärtrottel Galtieri, der just in dem Jahr als er die Malvinas angriff, einen Monat im Pentagon zugebracht hatte, den eigentlichen Zweck der Übung verdeckt.

Denjenigen, die in allem dem Zionismus aufgrund seiner beherrschenden Stellung in Ländern wie den USA die Schuld geben wollen, sollten sich darüber im klaren sein, daß nicht nur die Araber, sondern auch Israel – wie alle Völker in der Geschichte – letztlich Spielball der ausschließlich dem mörderischen Mammon dienenden Kräfte sind. Ja, man geht wohl nicht zu weit anzunehmen, daß die totale Zerstörung der Länder des Mittleren Ostens einschließlich des von seinen Feinden sogenannten ›Zionistischen Gebildes‹ die Folge sein wird. Und auch für Europa, wenn wir nicht bis an die Zähne mit Atom- und Giftwaffen gerüstet sind.«

Handlanger finden sich immer

»Eines ist nur noch nicht ganz klar.«, folgert der Insider. »Im Zusammenhang mit der schon vor Jahren veröffentlichten Planung des zionistisch-arabischen Gegensatzes als Auslöser des dritten Weltkriegs, in dem alle Staaten, ob sie wollten oder nicht, Seite ergreifen müßten, fehlen die Gegenspieler, denn die Welt steht geeint gegen Irak, geführt von den USA und der sich auflösenden UdSSR.
Könnten sich die notwendigen Gegenkräfte doch noch einfinden, wenn die Kräfte, die jetzt unter dem Motto ›Rußland erwache!‹ unter dem bisher als prächtigen Volkstribun und dargestellten Jelzin in ein ausgesprochenes nationalistisches, religiöses und – dem Gesamtziel außerordentlich dienlichen, aber dennoch weltweit verurteilten – Antisemitismus ins Fahrwasser, sozusagen als Reaktion auf die führende Rolle von Juden im Kommunismus, geraten würden? Der Gegensatz zwischen dem Leninisten Gorbatschow und Edelrussen – seiner angeblich halbjüdischen Abstammung nichtsdestotrotz – Jelzin auf die Spitze getrieben, könnte in der Ermordung Gorbatschows gipfeln?
Handlanger finden sich immer, wie die internationale Terroristenszene seit Jahrhunderten zeigt. Und die US-Regierung mußte aufgrund der Senatsuntersuchungen ihre Mitwirkung an der ›Beseitigung‹ unzeitgemäßer Bundesgenossen, nicht erst mit dem südvietnamesischen Staatspräsidenten Diem anfangend und mit Ferdinand Marcos aufhörend, zugeben! Wie viele Morde an Staatspersonen bleiben seltsamerweise unaufgeklärt?«
Die Ausarbeitung schließt wie folgt: »Nachdenkliche Beobachter fürchten aufgrund der Präzidenzfälle in Korea, Kuba und Vietnam oder Kambodscha für die Entwicklung des jeden revolutionären Kräften bisher Paroli bietenden Saudi-Arabien, das die USA zu schützen vorgeben. Von den US-Marine-Flintenweibern, die dem, was bisher als geistliche Zivilisation galt, höhnen und Land und Leute auf den Kopf stellen, einmal ganz abgesehen!

Statt Gott Kapitalismus

Heißer Sommer, Magnizid? Die Menschheit hat sich wehrlos machen lassen. Gott und seine Gebote sind durch Kapitalismus und Demokratie als alleinseligmachende Götzen erstetzt!«
Manche Leser werden sich vielleicht noch schwer daran tun, wirklich zu glauben, daß es Kräfte im Hintergrund gibt, die das ganze Weltgeschehen lenken können. Doch bei genauer Analyse dessen, was sich abspielt, wird man stets einen roten Faden dahinter entdecken, zwar winzig klein und für das Auge kaum sichtbar, aber fester als alles, was man kennt.
So hat zum Beispiel die »Chicago Tribune« bereits 1950 über den »Council on Foreign Relations (CFR)«, eines der Sprachrohre der Illuminaten, geschrieben: »Die Mitglieder des Council on Foreign Relatons sind Personen mit sehr viel mehr als einem durchschnittlichen Einfluß in ihrem Einzugsbereich. Sie haben ihr Prestige, das ihnen ihr Reichtum, ihre gesellschaftliche Stellung und ihre Erziehung gab, benutzt, um ihr Land dem Bankrott und der militärischen Niederlage entgegen zu führen. Sie sollten sich ihre Hände ansehen! Es ist Blut an ihnen – das getrocknete Blut des letzten Krieges und das frische des jetzigen (Koreakriegs).«
Bereits 1984 schrieb CODE: »Die Chance, daß die nördliche Halbkugel dem ihr zugedachten Schicksal entrinnt, ist verschwindend klein. Sie liegt darin, daß Europa, die arabische Welt und die Sowjetunion erkennen, daß ihre stufenweise gegenseitige Vernichtung zugunste einer Weltregierung des superkapitalistischen Molochs und seiner Drahtzieher planmäßig vorangetrieben wird.
Die auf Ost- und West-Gegensätze getrimmte öffentliche Meinung muß allmählich dahinter kommen, wie sich die eigentlichen Mächte, eine von ihren Ideologien verhetzte Welt, wie Jäger und Treiber zuspielen.« □

Naher Osten

Amerika setzt alles auf eine Karte

Victor Marchetti

Niemand weiß genau, was in der Ölkrise des Nahen Osten vor sich geht, anscheinend nicht einmal der amerikanische Präsident George Bush oder der starke Mann des Iraks, Saddam Hussein. Sie hat sich inzwischen mit erschreckender Geschwindigkeit entwickelt und gerät innerhalb von wenigen Wochen fast außer Kontrolle. Jeder Beteiligte scheint sie zu beflügeln und hofft, daß das Glück auf seiner Seite ist. Theorien und Spekulationen gibt es in Hülle und Fülle. Wir versuchen in alle diese Dinge einen Sinn hineinzubringen und einige der faszinierenden Auslegungen der jüngsten Ereignisse, die sich auf diesen möglicherweise kritischen Wendepunkt in der Geschichte beziehen, darzulegen.

Die Nahost-Krise wurde ausgelöst, als Saddam Hussein überraschenderweise diplomatische Verhandlungen zugunsten einer militärischen Aktion aufgab, in dem Bemühen, seinen Streit über Ölpreise und Ölproduktion mit Kuwait und den arabischen Königreichen am Persischen Golf beizulegen. Sein Einfall in und seine Besetzung Kuwaits wird wahrscheinlich als einer der dümmsten Schritte, die je ein Staatschef im Nahen Osten unternommen hat, in die Geschichte eingehen.

Die dummen Schritte der Geschichte

Saddam hat die internationale Reaktion, vor allem die der USA, auf seine überstürzte Tat völlig falsch eingeschätzt. Vielleicht glaubte er, daß die USA und die übrige Welt, die mit anderen Problemen überlastet sind, seine schnelle Handlung als vollendete Tatsachen akzeptieren würden, über die sie sich nur lauthals beschweren könnten. Vielleicht glaubte er auch, die Welt würde seinen Überraschungsschritt als interne arabische Angelegenheit betrachten, die allein Sache der Araber sei. Er lag natürlich in beiden Fällen falsch.

Besonders unerwartet kam für ihn die schnelle und drastische Reaktion von Bush. Fast über Nacht schnappte der Präsident zu und lief auf und davon, und seine Helfer und Berater stolperten hinter ihm her, um ihn einzuholen.

Wenn er auch seine Rhetorik inzwischen etwas leiser gestellt hat, Bush verkündete der Welt gleich zu Anfang, daß er Saddams Übernahme von Kuwait nicht dulden werde.

Darüber hinaus überließ er dem irakischen Führer nur drei Möglichkeiten zur Auswahl: Saddam könne effektiv Selbstmord begehen, sich beseitigen beziehungsweise sich bei einem Staatsstreich töten lassen oder etwa nach Libyen fliehen, um dort zu leben. Der US-Präsident berief den CIA ein und befahl der Spionageagentur, alles zu unternehmen, um Saddams Regime zu destabilisieren. Und er wies das amerikanische Verteidigungsministerium an, gegen die Irakis Krieg zu führen.

Dies könnte auch als dummer Schritt in die Geschichte eingehen, der dümmste seit Präsident Lyndon Johnsons Golf-von-Tonkin-Erklärung, die vor fast zwei Jahrzehnten den unerklärten Krieg in Vietnam in Gang setzte. Bush war jedoch klug genug, eine Seite aus Trumans Buch herauszunehmen und sich für seine Bemühung, Saddams Invasion in Kuwait entgegenzutreten, die Unterstützung der Vereinten Nationen zu sichern. Es gelang ihm auch die Arabische Liga im großen und ganzen so wie einige westliche Verbündete dazu zu überreden, sich der amerikanischen Reaktion anzuschließen.

Junge Amerikaner protestiern vor dem Weißen Haus gegen den Aufmarsch der USA in Saudi-Arabien.

Mittlerweile hat der Präsident erstaunlicherweise fast die ganze Welt dazu gebracht, sich seinem Wirtschaftsboykott des Iraks anzuschließen. Sogar die Sowjetunion und das kommunistische China haben sich angeschlossen. Die Unterbrechung der Ölexporte des Iraks und Kuwaits, die Einfrierung ihrer Vermögenswerte und die Verhinderung aller Importe, einschließlich Nahrungsmittel, werden Saddam bald in eine sehr schwierige Lage bringen. Es ergeben sich jedoch kurzfristige und langfristige Konsequenzen aus dieser Aktion, die vielleicht von Bush oder irgendeinem anderen in der amerikanischen Regierung noch nicht durchdacht worden sind.

Die ernsthafteste der unmittelbaren Konsequenzen ist natürlich die Gefahr, daß die Vereinigten Staaten in einen groß angelegten Krieg in der Region verwickelt werden, einen Krieg, der sich auf andere Gebiete ausdehnen könnte – mit großen Verlusten an amerikanischem Blut und Vermögen.

Selbst wenn dies nicht geschieht, könnte Saddam oder andere Führungspersönlichkeiten des Nahen Ostens die Situation als Vorwand benutzen, um andere gefährliche Abenteuer in die Wege zu leiten. Saddam oder Libyens Muhammar Gaddafi könnten einen weltweiten Terroristen-Feldzug gegen die USA und ihre Verbündeten vom Stapel lassen. Das zionistische Israel könnte die Gelegenheit nutzen um seinem Traum von Eretz Yisrael (Großisrael) durch Annektion des besetzten palästinensischen Westufers und des Gazastreifens oder gar eines Teiles von Jordanien zu erfüllen, um im Zuge dieser Ereignisse die Palästinenser in den Restteil des haschemitischen Reiches des Königs Hussein zu vertreiben.

Langfristig muß es eine Belohnung geben

Zumindest wird es eine gewaltige Verschiebung im Ölversorgungssystem der Welt geben, die ihrerseits mindestens zeitweise Ölengpässe und permanente Preiserhöhungen für die Verbraucherländer hervorrufen könnte. Was langfristig die wirtschaftlichen Auswirkungen sein werden, kann sich jeder selbst ausmalen. Aber die UdSSR und andere ölproduzierende Länder, die nicht der OPEC angehören, könnten bei der Bestimmung der weltweiten Ölversorgung und der Ölpreise viel bedeutsamer werden – zum Besseren oder Schlechteren.

Langfristig gesehen muß es eine Belohnung – weitgehend seitens Amerikas – für die Zusammenarbeit geben, die dem US-Präsidenten jetzt für sein Embargo gegen den Irak zuteil wird. Die Türkei verliert zum Beispiel Milliarden von Dollar an Lizenzgebühren für Pipelines, die normalerweise vom Irak entrichtet werden, und muß außerdem höhere Preise bezahlen, um ihre früheren Ölimporte aus dem Irak anderswo zu decken.

Ägypten und Syrien – beide wirtschaftliche Arm- und Beinamputierte – werden auch erwarten, daß sie für ihre wichtigen Rollen bei der Unterstützung des Embargos und der Bereitstellung von Truppen belohnt werden. Vielleicht müssen China und die Sowjetunion auch in irgendeiner Weise entschädigt werden. Wo wird George Bush die Mittel herholen, um sich für all diese Gefälligkeiten erkenntlich zeigen zu können?

Eine weitere langfristige Konsequenz, die gerade jetzt erst Formen anzunehmen beginnt, ist die unvorhersehbare, aber sicherlich wahrscheinliche antiamerikanische Reaktion im Nahen Osten, die die derzeitige Krise auslösen wird. Saddam und Bush haben leichtfertig, vielleicht unbeabsichtigt, mächtige Kräfte in Bewegung gesetzt, über die weder sie noch irgendjemand anders hoffen kann, eine wirkliche Macht auszuüben. Zusammen haben sie die stagnierende, aber auch noch sprunghafte, islamische fundamentalistische Bewegung des Ayatollah Khomeini wieder zum Leben erweckt, indem sie diese mit dem pan-arabischen Nationalismus der Baathistischen – arabisch-sozialistischen – Sache zusammenbrachten. Historisch gesehen, könnte sich dies als die einzige höchst bedeutsame langfristige Auswirkung der derzeitigen Krise erweisen.

Ausweg aus dem wirtschaftlichen Schlamassel

Aber die schwerwiegendste Konsequenz, sowohl im unmittelbaren als auch in langfristigen Zeitrahmen, der überhasteten Entscheidung des Präsidenten Bush, alles auf eine Karte zu setzen, indem er sich der militärischen Aggression Saddams entgegenstellte, wird deren Auswirkung auf die amerikanische Wirtschaft sein. Der Präsident hat sich große Mühe gegeben, das amerikanische Volk und die Welt davon zu überzeugen, daß seine jüngsten Aktionen darauf begründet seien, einen sicheren, ausreichenden und einigermaßen kostengünstigen Ölstrom vom Golf sicherzustellen. Dies ist zweifellos ein Teil des Grundes, aber nicht der ganze Grund.

Es gibt mehr als nur einige wenige Beobachter in Washington, die glauben, Bush habe Krieg mit Irak riskiert, weil er einen Weg aus dem wirtschaftlichen Schlamassel finden mußte, den ihm die Reagan-Regierung hinterlassen hatte – ein Schlamassel, den er selbst nicht beseitigen konnte oder wollte. Sein eigenes Image ist dabei, an Glanz zu verlieren.

Die ungewöhnlich langen Flitterwochen, die er als neuer amerikanischer Präsident genießen durfte, gehen langsam zuende. Seine Werte bei den öffentlichen Meinungsumfragen tendieren nach unten. Seine Hoffnung, das Haushaltsdefizit und die Staatsschulden verringern zu können, schwand dahin. Es war ihm nicht gelungen, das Handels-Ungleichgewicht umzukehren. Das Fiasko mit den Spar- und Darlehenskassen lauert überall, wie ein kurz bevorstehendes Gewitter.

Weglaufen vor innenpolitischen Problemen

Dann bot Saddam Hussein Bush wie aus heiterem Himmel den Ausweg, nach dem er so verzweifelt gesucht hatte – eine dramatische außenpolitische Schau. Bush hatte wenig Erfahrung in, oder Geschmack an innenpolitischen Dingen; seine Laufbahn war fast völlig außenpolitisch orientiert. Saddams Invasion in Kuwait gab Bush die Gelegenheit, vor seinen innenpolitischen Problemen davonzulaufen und den Kongreß, die Medien und die amerikanische Öffentlichkeit in ein neues, außenpolitisch-militärisches Abenteuer zu stürzen, bei dem er aber moralisch auf gesichertem Boden steht. □



Naher Osten

Der Konflikt aus verschiedenen Blickwinkeln

Victor Marchetti

Die Irakis tragen sich schon seit langem mit dem Gedanken, in Kuwait einzumarschieren, verlautet aus kuwaitischen Kreisen in Europa. Dies sei schon immer das Ziel des Iraks gewesen, schon lange bevor Saddam Hussein zur Macht kam. Der Irak habe Kuwait niemals als wahren souveränen Staat, sondern als eine Schöpfung des britischen Imperialismus angesehen.

Die Irakis haben immer geglaubt, daß Kuwait von Rechts wegen ein Teil ihres Landes ist. Irak hat in den letzten Jahren zweimal versucht, das winzige Königreich einzunehmen, einmal 1967 und dann wieder 1981. Aber Bagdad wurde von westlichen antikommunistischen Mächten als Teil ihrer Strategie des Kalten Krieges daran gehindert. Aber nach dem Ende des Kalten Krieges und seines eigenen Krieges mit dem Iran, begann Saddam ernsthaft darüber nachzudenken, Kuwait an sich zu reißen.

Der Einmarsch hat sich gelohnt

Saddam Hussein hat von der Eroberung des kleinen Öl-Königreichs sehr stark profitiert, trotz der starken Reaktion seitens der USA und der Völkergemeinschaft. Zunächst einmal hat Saddam die Gewalt über eine der größten Banken der Welt, der Kuwait Investment Organization (KIO), übernommen. Dabei fielen annähernd 12,5 Milliarden Dollar an Bargeld, Gold und anderen Wertsachen als Folge der Übernahme der KIO für ihn ab. Er hat seine Ölreserven verdoppelt, wodurch er die Gewalt über annähernd 22 bis 25 Prozent der OPEC-Produktion erlangte. Dies könnte ihn zur einzigen höchstmächtigen Stimme bei der Preispolitik der OPEC machen. Dies wiederum verleiht ihm einen mächtigen Einfluß in der arabischen Welt.

Saddams Einwirken auf Ägypten, Jordanien und die Palestine Liberation Organization (PLO), als Folge seiner Invasion in Kuwait, ist gewaltig. Gleichzeitig hat seine Aktion unter den arabischen Massen, die nur wenig Sympathie für die Öl-Monarchen empfinden, starke nationalistische Gefühle ausgelöst. Aber Saddam hat wahrscheinlich niemals beabsichtigt, Saudi-Arabien anzugreifen, verlautet aus französischen Militärkreisen.

Es lagen im wesentlichen drei Bedingungen vor, die es den Irakis möglich machten, in Kuwait einzumarschieren. Aus ägyptischen und israelischen Quellen verlautet, daß während einer Geheimsitzung, die vor zwei Monaten in Kairo stattfand, eine Nichtangriffs-»Übereinkunft« zwischen Irak und Israel getroffen wurde. Wie berichtet, stimmten beide Seiten darin überein, sich »Zeit zur Neugruppierung« zu lassen. Als Folge dieser Übereinkunft, so verlautet aus diesen Kreisen, war Iraks Westfront abgesichert und Saddam konnte nach Süden gen Kuwait ziehen.

Zweitens liege eine geheime iranisch-irakische Übereinkunft über Ölpreise vor. Beide Länder wollen höhere Preise, aber sie

Naher Osten

Der Konflikt aus verschiedenen Blickwinkeln

wollten nicht den Anschein erwecken, als ob sie miteinander kooperierten oder ihre Politik miteinander abstimmten. Und drittens habe der Zusammenbruch der Sowjetmacht im Nahen Osten und die relative Schwächung des amerikanischen Einflusses Saddam dazu verleitet, zu glauben, daß keine der beiden Supermächte eingreifen würde, um ihn daran zu hindern, Kuwait zu besetzen.

Iran und Irak wollen höhere Preise

Außerdem hätten sich bis zur Invasion die irakisch-amerikanischen Beziehungen ständig verbessert. Saddam habe damit gerechnet, daß der gute Wille der USA ihm genug Manövrierfähigkeit verleihen würde, um die Invasion durchzuführen, und er hätte dann die Krise rechtzeitig »ent-eskaliert«.

Das Ausschwärmen der amerikanischen Streitkräfte, vor allem der US-Air Force, vereint mit der saudischen Luftwaffe und ihren pakistanischen Piloten, stelle eine bedeutende Verlagerung des Gleichgewichts der militärischen Macht dar. Eine Invasion des Iraks in Saudi-Arabien werde wahrscheinlich nicht stattfinden, wenn sie überhaupt jemals ins Auge gefaßt wurde. Saddam sei sich darüber im klaren, daß er in der Region bald waffenmäßig der Unterlegene sein wird.

Der Verlierer heißt Mubarak

Unter den anderen arabischen Führungspersönlichkeiten wird Präsident Hosni Mubarak von Ägypten als »Hauptverlierer« angesehen. Ihm hatte Saddam noch ein paar Tage vor der Invasion gesagt, daß der Irak Kuwait nicht angreifen werde. Mubarak war nicht nur tief von Saddam enttäuscht worden, sondern auch in eine militärisch stark geschwächte Position versetzt worden.

Die ägyptische halbamtliche Zeitung »Al Ahram« unterstrich in einem kürzlich erschienenen Leitartikel die Tatsache, daß Saddam Mubarak gegenüber seine persönliche Garantie abgegeben hatte, daß er trotz der Zusammenziehung irakischer Truppen in der Grenzregion nicht daran denke, in Kuwait einzumarschieren. Mubarak übermittelte diese Information unverzüglich an die Regierungen der USA, Großbritanniens, Frankreichs und Deutschlands.

Aus ägyptischen Kreisen verlautet, daß Mubarak glaubt, er sei von Saddam hinters Licht geführt worden. Darüber hinaus sei Mubarak darüber beunruhigt, daß Saddams kühner Schritt nach Kuwait hinein zur Radikalisierung der arabischen Welt führen wird, wobei das Gleichgewicht der Kräfte nach Irak zu Ungunsten Ägyptens verschoben und dadurch Ägyptens Bündnis mit den USA untergraben werde.

Sowohl aus palästinensischen als auch aus einigen israelischen Geheimdienstkreisen verlautet, daß die PLO über die neuen Ereignisse im Nahen Osten nicht gerade erbaut ist. Trotz der öffentlichen Unterstützung des PLO-Vorsitzenden Yasir Arafat für Saddam, glaube die Führung der PLO, daß Saddam eigene »imperiale Absichten« in bezug auf Palästina hegen könnte. Als Beweis dafür wird angeführt, daß der Terrorist Abu Nidal in den Jahren von 1974 bis 1980 das Hauptinstrument des irakischen Geheimdienstes war, und daß Nidal im Auftrag des irakischen Geheimdienstes mindestens einige Dutzend PLO-Führer ermordet hat.

Saddams Spiel besorgt die PLO

Nidal, so verlautet aus diesen Quellen, habe diese Pläne ausgeführt, um die Führung der PLO unter irakische Gewalt zu bekommen. Ungeachtet der Tatsache, daß Nidal später wegen eines internen Streites innerhalb der Baath-Partei zwischen Syrien und dem Irak seine Loyalität auf Syrien übertrug, habe er sich seitdem wieder den Irakis angeschlossen. Wie berichtet, wurde er aus dem Hausarrest in Libyen entlassen und befindet sich nach neuesten Informationen zur Zeit in Bagdad.

Die PLO-Führung befürchtet, daß Saddams Spiel in der arabischen Welt sich nachteilig für sie auswirken könnte. Man glaubt, daß seine Hauptsorge darin besteht, eine arabische Hegemonie zu errichten, und daß er die palästinensische Unabhängigkeitsbewegung in seine Gewalt bringen will, um seine irakische imperiale Politik voranzutreiben. Saddam habe daher die palästinensische Frage kurzerhand beiseite geschoben, was nicht nur Israel zugute komme, sondern auch Jordanien zu seinem nächsten Opfer mache.

Während des iranisch-irakischen Krieges baute Saddam die Stadt Babylon wieder auf. Wie sowohl aus irakischen als aus anderen arabischen Quellen verlautet, glaubt er selbst, der neue Nebukadnezar, der König des babylonischen Reiches sowie der Retter der arabischen Nation zu sein. Wie Israel mit seinen Plänen für ein biblisches Großisrael und Syrien mit ähnlichen Plänen für ein Großsyrien, glaube Saddam, er könne das antike babylonische Reich wiedererstehen lassen. Man müsse diese Denkweise in Betrachtung ziehen, wenn man sein Verhalten in der arabischen Welt beurteilen will, verlautet aus PLO-Kreisen.

Glückliche Nutznießer sind die Sowjets

Ein glücklicher Nutznießer aus der derzeitigen Golf-Krise ist die Sowjetunion. Seitdem die Sowjets keine strategischen Interessen in diesem Gebiet mehr haben, brauchen sie sich nicht sehr tief in diese Dinge verwickeln zu lassen. Einer der Vorteile, die sich daraus ergeben, ist, daß sie von den höheren Spotmarktpreisen für Öl profitieren und dadurch in der Lage sein werden, Hardwährung zu verdienen, um ihr Wirtschaftsreformprogramm finanzieren zu können.

Was Westeuropa anbelangt, so verlautet sowohl aus Kreisen der französischen als auch der deutschen Industrie und der Geheimdienste, haben die jüngsten Entwicklungen am Persischen Golf sowohl französische als auch deutsche Wirtschaftsplaner dazu veranlaßt, verschiedene Pläne wiederaufleben zu lassen, um die Abhängigkeit vom Nahost-Öl zu verringern. Dazu gehören die Neubelebung der europäischen Atomindustrie; Investitionen in und Erforschung der afrikanischen Atlantikküste nach Ölvorkommen; Ausbau der sowjetischen Ölproduktion sowohl in der Technologie der Ölsuche als auch der Förderung; Erweiterung der Nordsee-Ölproduktion.

Obwohl die Europäer zuversichtlich sind, daß sie die derzeitige Ölkrise überleben können, werde die Betonung in der Zukunft auf Atomenergie liegen, verlautet aus diesen Quellen. Und man beabsichtige, diese neue Technologie zu exportieren. Es werden derzeit Pläne ausgearbeitet für größere Entwicklungsprojekte in der Dritten Welt, basierend auf einem deutsch-französisch-japanischen Kooperationsprogramm. Es sollen zehn neue Kernkraftwerke in Indonesien gebaut werden. Im Austausch für den Zugang zum indonesischen Öl zum jetzigen Zeitpunkt werde das europäisch-japanische Kombinat im Verlaufe der kommenden Jahre die Atomenergieanlagen entwickeln.

Die Perspektive des Mossad

Israel wurde von Saddam Husseins plötzlichen Einmarsch in Kuwait überrascht, sagt ein ehemaliger Mossad-Beamter. Ironischerweise sei der jüdische Staat gerade dabei gewesen, selbst für eine Überraschung im Nahen Osten zu sorgen – einen Präventivanschlag gegen den Irak. Die Israelis hätten sich darauf vorbereitet, Iraks Flughäfen, Raketenabschußbasen und chemische und nukleare Einrichtungen zu vernichten.

Der geplante Schlag sei als notwendig erachtet worden, weil der israelische Geheimdienst ermittelt hatte, daß der Irak nicht nur chemische Waffen sondern auch Atomwaffen besitzt. Die Israelis seien darüber hinaus der Ansicht, daß der Irak die Fähigkeit besitzt, beide Waffensysteme einzusetzen.

Amerikanische Geheimdienste, so verlautet aus dieser Quelle, hätten vor einigen Monaten von dem israelischen Plan erfahren

und seien tief besorgt darüber gewesen, daß Israel durch einen Angriff auf den Irak große Probleme hervorrufen würde. Als daher Saddam in Kuwait einmarschierte, habe das Weiße Haus darin eine willkommene Gelegenheit gesehen, im Nahen Osten die Initiative zu ergreifen und Israels Plan für einen Präventivanschlag zu vereiteln.

Ungeachtet gegenteiliger Behauptungen der israelischen Propaganda habe Saddam keine sofortige Absicht, Israel anzugreifen oder Jordanien zu besetzen. Er sei mehr wegen der schwankenden Ölpreispolitik der OPEC besorgt. Als seine diesbezüglichen Bemühungen durchkreuzt wurden, sei er entschlossen gewesen, die Kuwaitis und die Saudis zu bestrafen sowie die USA, weil diese sie dazu ermuntert hatten, künstlich niedrige Preise beizubehalten.

Saddams ursprünglicher Invasionsplan habe die Besetzung der Ölfelder von Kuwait, Saudi-Arabien und die der anderen Monarchien am Persischen Golf vorgesehen.

Dem israelischen Geheimdienst seien Saddams Pläne jedoch bekannt gewesen. Deshalb habe Premierminister Jitzhak Shamir der Bush-Regierung Israels Hilfe angeboten. Die Israelis hätten den Amerikanern gesagt, daß sie Fallschirmjäger nach Saudi-Arabien entsenden würden, um König Fahds Öltürme zu beschützen. Dies sagten die Israelis, würde Saddam daran hindern, die saudische Monarchie zu vernichten, die sich bei der Repräsentation amerikanischer Interessen in der Region so loyal verhalten hatte.

Das Angebot sei zurückgewiesen worden, sogar als Shamir versprach, daß Israel am Ende die Herrschaft über die saudischen Ölfelder an die amerikanischen Truppen übergeben werde. Der geheime Austausch von Nachrichten auf diplomatischer Ebene zwischen Jerusalem und Washington in dieser Angelegenheit habe schließlich dazu geführt, daß das Weiße Haus Israel ein Ultimatum stelle, sich »zum Teufel zu scheren und sich aus der Situation herauszuhalten«. Als die Irakis davon erfuhren, habe sich Saddam dazu entschlossen, in Kuwait einzumarschieren.

Wie aus israelischen Geheimdienstkreisen verlautet, schätzen Bush und seine Berater Saddam immer noch falsch ein. Falls Saddam nicht die Möglichkeit geboten werde, aus seiner derzeitigen Klemme herauszukommen, riskieren die USA eine blutige militärische Auseinandersetzung. In dem Falle müßten die USA gewaltige Schläge gegen den Irak selbst führen, und niemand könne sagen, wozu das in der arabischen Welt führen kann.

Man könne einen Mann wie Saddam nicht dazu zwingen, etwas gegen seinen Willen zu tun, zumindest nicht in der Öffentlichkeit. Wenn er den Anschein erweckt, daß er dem ausländischen Druck nachgibt, dann wäre das sehr schlecht für sein Image und Ansehen unter den arabischen Massen. Aber dadurch, daß er Saddam öffentlich herausfordert und ihn scheinbar in eine Ecke drängt, schaffe der Präsident eine Situation für Amerika, in der es kein Gewinnen gibt. Abgesehen davon, verlautet aus dieser Quelle, da die USA nicht die Fähigkeit besitzen, den Irak auf dem Boden in der arabischen Wüste zu besiegen, sei es wahrscheinlich, daß die notwendige Umgebung für Saddams Sturz im eigenen Lande geschaffen werden kann.

Das Wirtschaftsembargo und die Seeblockade gegen den Irak werde das Leben für das arabische Volk sehr schwierig gestalten, aber Saddam werde dies als eine Herausforderung ansehen, die von ihm verlangt, entschlossen und unnachgiebig zu handeln. Die einzige Möglichkeit für eine schnelle Lösung der derzeitigen Situation am Golf bestehe darin, Saddam zu ermorden, verlautet aus israelischen Geheimdienstkreisen.

Saddam sei die Sorte von Mensch, der eher »die ganze Gegend (den Nahen Osten) in die Luft sprengt«, als sich zu ergeben, was im übrigen die einzige Wahl zu sein scheint, die die USA ihm übriglassen. Falls die USA keinen Präventivschlag gegen Iraks strategische militärische Vermögenswerte durchführen, werde Saddam seine chemischen und nuklearen Waffen einsetzen, bevor die Auseinandersetzung ganz vorüber ist.

Israelische Geheimdienste glauben, daß die anderen Araber bestenfalls sehr zurückhaltend beim amerikanischen Feldzug in der Golfregion mitziehen. Der ägyptische Präsident Mubarak sei bei seiner Zustimmung, den USA durch Entsendung von Truppen nach Saudi-Arabien beizustehen, nicht mit dem Herzen dabei. Das Gleiche gelte für Syriens Staatspräsident Hafez Assad. Der Konflikt zwischen den USA und dem Irak reiße die arabische Welt auseinander. Aber unter den gegebenen Umständen sei alles möglich.

Indessen aktiviere der israelische Geheimdienst seine besten Kräfte in der Region, einschließlich Iran, weil man glaubt, daß die Golf-Krise schließlich in einen Schießkrieg eskalieren wird. Die derzeitige israelische Regierung des rechten Flügels beabsichtige, die Situation voll auszunutzen. Die Neigung des jordanischen Königs Hussein zum Irak habe der israelischen Regierung den Vorwand verschafft, den sie benötigt, um ernsthaft die Anwendung von Gewalt zur Verwirklichung ihrer Option »Jordanien ist Palästina« in Erwägung zu ziehen.

Die Meinung der Araber

Israel und der Irak sind in den letzten Jahren auf Krieg zugetrieben, sagt ein arabischer Diplomat, der jetzt in Washington stationiert ist. Beide Länder halten den Konflikt für unvermeidlich, und beide haben sich geradezu überschlagen, um ihre strategische Schlagkraft aufzubauen. Israel liege in der Technologie immer noch vorn, aber der Irak habe seit Ende seines langen, blutigen Krieges mit dem Iran die Lücke nach und nach geschlossen. Husseins Einmarsch in Kuwait sei ein Auswuchs seines Versuchs, sich auf einen möglichen Krieg mit Israel vorzubereiten.

Saddam, als lebenslanger Anhänger der Baathistischen politischen Philosophie und mit einem starken persönlichen Willen behaftet, in der arabischen Welt der Erste unter Gleichen zu sein, glaube, daß er dazu bestimmt ist, die Araber in einen neuen siegreichen Kampf gegen den Westen zu führen. Sein Ziel sei es, die arabische Welt von Imperialismus in all seinen Formen, ganz besonders von der zionistischen Infiltration Palästinas und der wirtschaftlichen Ausbeutung durch den Westen, zu befreien. Er habe – zumindest bis vor kurzem – geglaubt, daß die endgültige Auseinandersetzung mit Israel zuerst kommen und sich aus der palästinensischen Situation ergeben würde.

Nach Saddams Ansicht sei Israel ein verlängerter Arm des westlichen Imperialismus. Er sehe das Hineinströmen sowjetischer Juden in den zionistischen Staat als Teil eines Planes zur Vertreibung der Palästinenser aus den besetzten Gebieten und sogar aus Israel selbst an. Die Palästinenser würden nach Jordanien »transferiert«. Saddam glaube, daß bis Ende 1992 noch eine Million Juden mehr in Israel sein werden. Dann würden die Israelis darangehen, König Hussein und Jordanien zu stürzen und die Palästinenser zu vertreiben.

Um diesen Plan durchzuführen, müssen die Israelis den Irak angreifen und seine militärischen Streitkräfte vernichten. Saddam glaube, daß die USA und die westlichen Mächte Israels expansionistische Pläne unterstützen, sowohl dadurch, daß sie Israel dabei helfen, fortschrittliche strategische Waffen zu entwickeln, als auch dadurch, daß sie den Irak daran hindern sich ähnliche Waffen zu beschaffen, um Israels Vorteil auszugleichen.

Die amerikanische Militärhilfe wird von Israel dazu benutzt, militärische Satelliten zu bauen, U-Boote und andere ausländische Waffensysteme zu kaufen, die alle eingesetzt werden können, um den Irak und andere arabische Länder durch Atomwaffen zu verwüsten. Mittlerweile hätten die USA und ihre Verbündeten alles Mögliche unternommen, um den Irak davon abzuhalten, die Waffen zu kaufen, die Saddam für erforderlich hält, um sein Land zu schützen. Obendrein mache der Westen aus ihm die üble Kraft im Nahen Osten.

Um die Waffen zu erwerben, die Hussein benötigt und um die Verteidigung aufzubauen, die für den kommenden Krieg mit Israel erforderlich ist sowie um die Bedürfnisse des irakischen Volks zu stillen, sei Saddam von den Ölvorkommen abhängig. □

Die neue Clique

Die Ablösung der jüdischen Wache an der Wall Street ist eingetreten. In seiner kürzlich veröffentlichten Geschichtsabhandlung »The Jews in America: Four Centuries of an Uneasy Encounter« (»Die Juden in Amerika: Vier Jahrhunderte einer unbequemen Begegnung«) beklagt Rabbi Athur Hertzberg vom Dartmouth College und der angesehenen Ivy-League (Efeu-Liga) der Columbia University den Verfall der traditionellen jüdischen Moral und der Prinzipien unter heutigen amerikanischen Juden. Obwohl er es nicht direkt ausspricht, ist Hertzberg offenbar der Ansicht, das Zionismus und Pro-Israelismus kein Ersatz für Judentum sind.

Und was vielleicht noch bedeutsamer ist, er bedauert den Übergang der Macht innerhalb der jüdisch-amerikanischen Gemeinde von den gebildeten, kultivierten deutschen Juden zu den rüden Emporkömmlingen der osteuropäischen (asckkenasischen) Judenheit, die das amerikanische Judentum heute beherrsche.
Dies ist eine bemerkenswerte historische Feststellung, besonders wenn man weiß, wo sie herkommt. Noch sensationeller ist das Buch zweier jüdischer Journalisten in dem Hertzbergers schlimmste Befürchtungen bestätigt und unterstrichen werden. »The New Crowd« von Judith Ehrlich und Barry Rehfeld beschreibt den Aufstieg der neuen Generation von Wall Street Bankern – die jüdische Händler, Geschäftemacher, Investitionsbanker, Glücksritter, Firmenverkäufer, Junk-Bond-Spekulanten und Wechselreiter-, die in dem geldverrückten Amerika nach dem Zweiten Weltkrieg zur Prominenz emporgestiegen sind.
Es ist die Geschichte, wie eine neue Generation amerikanischer Juden, die Nachkommen der osteuropäischen Aschkenazim, den weißen angelsächsischen Protestanten und ihren traditionalistischen deutsch-jüdischen Verbündeten die Macht über Wall Street entrissen haben. Es ist die Geschichte von ehrgeizigen, unternehmerischen Juden aus gewöhnlichen Verhältnissen, die ohne familiär gegründetes Entrée in das Wall Street Establishment oder ohne einen besonderen »Draht« zu den großen Firmen Amerikas, aus den neuen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Gelegenheiten der Nachkriegszeit Nutzen gezogen und im Verlauf von vier kurzen Jahrzehnten die vorherige Generation von deutschen-jüdischen Bankherren und Vorstandsvorsitzenden überholt haben.

Wer ist diese New Crowd (Neue Clique) jüdischer Unternehmer und Banker? Viele ihrer Namen sind auf den Titelseiten großer amerikanischer Zeitungen und Magazine erschienen. Zu der neuen Clique gehören: Ivan Boesky, Mike Milken, Felix Rohatyn, Sandy Weill, John Gutfreund, Lew Glucksman, Saul Steinberg und Carl Icahn. Sie begannen meistens in kleinen und aufstrebenden Firmen, wo sie als junge Männer ihre Sporen verdienten, und wo sie sich nicht immer an die allgemeinen Spielregeln zu halten brauchten. Sie benutzten alle eingespielten Handelstricks und erfanden neue – zum Beispiel durch geliehenes Kapital finanzierte Aufkäufe von Gesellschaften durch Investmentgesellschaften; hochverzinsliche, aber hochriskante Schuldverschreibungen.

Diese stets aggressiven und oft gierigen Männer waren nicht an der Produktion von Waren oder an herkömmlichen Dienstleistungen interessiert. Ihr Ziel war es, schnell zu Geld und ohne Fragen zu stellen zu Macht zu kommen – zunächst innerhalb ihrer eigenen jüdischen Gemeinde und später innerhalb des amerikanischen politischen Establishments. Aber ihre Verpflichtungen gegenüber Amerika hatten keine Bedeutung und wurden stets durch eine eigenartige Verbindung zwischen der Anhänglichkeit an ihr eigenes weltliches Judentum und einem verschwommenen Sinn für den Zionismus überschattet.
Die Tatsache, daß sie im Alleingang und rücksichtslos in ihrem Streben nach Geld und Macht die amerikanische Wirtschaft fast ruiniert haben, scheint die neue Clique nicht zu beunruhigen. Und doch hofften sie und hoffen immer noch auf gesellschaftliche Anerkennung, indem sie sich bemühen, »menschenfreundlich« zu sein, Geld zu spenden und riesige Summen von Geldern aufzutreiben nicht nur für die Sache Israels, sondern auch für amerikanische Krankenhäuser, Kunstmuseen und Symphonieorchester. Und auch hier ist es ihnen gelungen, das alte Establishment und seine deutsch-jüdischen Verbündeten zu verdrängen.

In einer Reihe von schnell vorangetriebenen Charakterskizzen untersuchten die Autoren die Stars der »New Crowd«. Sie schildern die Karrieren dieser Männer und ihren Aufstieg in die höchsten Kreise der Macht und des Wohlstands in Amerika. Ihre Motive werden aufgedeckt, ihre gewinnsüchtigen Pläne und Schwindeleien werden im einzelnen dargestellt und ihre Exzesse bloßgestellt. Die unglaublichen Einkommen der »New Crowd« und ihr neu erworbener extravaganter Lebensstil, die mit denen der Vanderbilts, Astors und anderen berühmten Familien wetteifern, sind bestürzend. Und wie bei der Elite des alten Establishment reichen Macht und Einfluß der zionistischen New Crowd weit über Wall Street hinaus – bis in den amerikanischen Kongreß und in das Weiße Haus hinein. □

Was das Golf-Abenteuer kosten wird

Militärische Abenteuer außer Landes sind nicht gerade billig. Irgendjemand muß die Rechnung für die Glanz-und-Gloria-Politik ehrgeiziger Präsidenten begleichen.

Teddy Roosevelt, der Vater des amerikanischen Imperalismus mit dem Rohrstock, ging über solche Dinge galant hinweg. Über die große weiße Flotte, die er 1907 in den Orient entsandte, sagte er: »Ich habe genug Geld, um sie halb um die Welt zu schikken. Soll der Kongreß sie zurückbringen.«

Die gleiche Einstellung scheint bei US-Präsident Bushs Spaziergang auf der wilden Seite des Persischen Golfs im Spiel zu sein. Aber er hätte es besser wissen sollen. In seiner Rede bei seiner Amtsübernahme im vergangenen Jahr sagte er: »Unser Wille ist stärker als unsere Brieftasche.« Seine übereilte Reaktion auf Saddams Griff nach Kuwait hat das bewiesen. Als sich die Rechnungen aufzustapeln begannen, sahen amerikanische Regierungsbeamte sich dazu gezwungen, ihre Zeit mehr und mehr damit zu verbringen, bei befreundeten Ländern um Beiträge zu bitten, um die Golf-Operation zu finanzieren – ohne großen Erfolg.
Bis jetzt ist es dem Weißen Haus gelungen, eine ins Einzelne gehende Besprechung über die Kosten der derzeitigen und zukünftigen Entfaltung der US-Streitkräfte im Mittleren Osten zu vermeiden. Die Zahlen, die das amerikanische Verteidigungsministerium verbreitet, sind eine willkürliche Täuschung und liegen natürlich niedrig. Die neuesten Schätzungen enthüllen jedoch, daß das US-Verteidigungsministerium einen langen Aufenthalt, mindestens bis September 1991, plant. Die Kosten: 17,5 Milliarden Dollar.

Aber dieser Betrag deckt nur die Kosten der Entfaltung der Funktion der amerikanischen Bodentruppen in Saudi-Arabien. Darin sind nicht der Sold und die Zulagen für die Soldaten und die übrigen verborgenen Kosten enthalten, die sich jetzt ansammeln. Auch fehlen die gewaltigen Kosten des Unterhalts der Marine-Einsatztruppen in der Region. Oder die Kosten des wachsenden syrischen und ägyptischen Engagements, für das die USA sich insgeheim verpflichtet haben zu zahlen.

Die gesamten Militärausgaben, so schätzen Experten des US-Verteidingungsministeriums, »werden leicht 50 Milliarden Dollar oder mehr erreichen«, bevor Präsident Bush seine neue Weltordnung im Mittleren Osten errichten kann.

Hinzu kommen noch die Kosten für die Entschädigungsleistungen an Amerikas Verbündete und Freunde in der Region, die wegen des Boykotts gegen den Irak Einkommensverluste aus Handelsgeschäften und Verluste von Transportlizenzgebühren hinnehmen und mehr für Ölimporte zahlen müssen. Diese Kosten werden auf mindestens 20 bis 30 Milliarden Dollar geschätzt.

Indessen laufen bei der Bush-Regierung Rechnungen aller Art da-

durch auf, daß sowohl den arabischen Verbündeten als auch Israel zusätzliche wirtschaftliche und militärische Hilfe zugesagt worden ist. Die arabischen Länder werden wenigstens für ihre Hilfe entschädigt, aber Israel hält nur deswegen die Hand auf, weil es seine Nase aus der derzeitigen Situation heraushält. Dies ist Dollar-Diplomatie im wahnsinnigen Extremfall. Inzwischen hat sich der Preis für Rohöl aus dem Persischen Golf fast verdoppelt. Während sich die Saudis dazu bereit erklärt haben, einen Teil ihrer unerwarteten Öl-Gewinne zu spenden, um einen kleinen Teil dieser Kosten zu decken, und die Kuwaitis tief in ihre Schatztruhe greifen, um es ebenfalls zu tun, zögern die anderen Nutznießer des militärischen Eingriff des Präsidenten Bush zur Rettung der Öl-Scheichtümer noch und halten ihre Brieftasche in der Tasche. □

Wie sicher sind die Verbündeten

Noch niemals zuvor standen die USA mit einem unsicheren Haufen von Verbündeten einem Feind im Kampf gegenüber. Praktisch genommen, ist Amerika in diesem Kampf auf sich allein gestellt. Obwohl Premierministerin Margaret Thatcher und ihre Kollegen George Bush dazu ermunterten, sich Saddam aufs Korn zu nehmen und seitdem den US-Präsidenten hochleben lassen, wird damit gerechnet, das sowohl die Briten als auch die Franzosen militärisch wenig hilfreich sein werden, falls Feindseligkeiten am Persischen Golf ausbrechen. Und während sie dem militärischen Beitrag der arabischen Verbündeten Lippendienste leisten, sagen Beamte im US-Verteidigungsministerium, daß sie sich von den arabischen Streitkräften nicht sehr viel erhoffen. »Das gemeinsame Kommando mit den Saudis wird ein großes Problem sein. Diese Kerle haben nicht die nebelhafteste Ahnung davon, was moderne Kriegsführung bedeutet. Keiner von ihnen hat irgendwelche Kampferfahrung.«

Die kleine saudische Armee ist im wesentlichen eine Miliz, deren Hauptaufgabe und Ausbildung darin besteht, die Monarchie vor möglichen Bedrohungen seitens der Einheimischen zu schützen. Ob diese Soldaten dazu fähig sind gegen kampferprobte irakische Truppen in die Schlacht zu ziehen und den Tod zu riskieren, um Kuwait zu befreien, ist eine große Frage. Die saudische Luftwaffe mag sich hingegen als wertvolle Stütze erweisen, zum Teil deswegen, weil ein Großteil der Piloten Pakistanis sind.

Die Fachleute im US-Verteidigungsministerium bezweifeln auch den Kampfwert der ägyptischen und syrischen Truppen, die nach Saudi-Arabien entsandt wurden. Obwohl einige der Syrier Kampferfahrung durch die Guerilla-Kriegsführung im Libanon haben, wird ihre innere Breitschaft, ebenso wie die der ägyptischen Soldaten, die Irakis aus Kurwait zu vertreiben, um die Monarchie wieder herzustellen, bestenfalls als am Rande befindlich angesehen.

Obwohl das vom König von Marokko entsandte Kontingent zahlenmäßig schwächer ist, könnten sich diese Soldaten als beachtliche Kampfkraft erweisen, verlautet aus diesen Kreisen.

Sollte sich die Lage am Golf zu einem totalen Krieg entwickeln, dann wären es die Amerikaner, die den Kampf mit den Irakis tragen müßten. Die Experten des amerikanischen Verteidigungsministeriums glauben, es sei gut möglich, daß die US-Streitkräfte Saddam Hussein aus Kuwait vertreiben könnten; sie heben jedoch hervor, daß die amerikanischen Verluste hoch sein werden, und daß wahrscheinlich großer Schaden an den Öl-Bohrtürmen, den Raffinerien und Transporteinrichtungen entstehen wird. »Was den Irak selbst anbelangt«, sagte ein US-General, »das ist eine ganz andere Sache. Wir haben nicht die Kräfte – weder dort noch hier –, um eine solche Aufgabe zu übernehmen.« Angriffe auf das Heimatterritorium Saddams müßten daher aus der Luft erfolgen. Aber die Art von »chirurgischen Schlägen«, die Saddams Regierung »enthaupten« und seine Langstrekken- und Chemie-Waffen ausschalten könnten – bevor er Gelegenheit bekommt, sie einzusetzen–, werden jetzt von den Experten als Wunschtraum erachtet.

»Vielleicht, wenn wir ihn ganz zu Anfang überrascht hätten, wäre es möglich gewesen, ihn schnell zu Boden zu zwingen. Aber jetzt nicht mehr. Er hat zu viel Zeit gehabt in Bereitstellung zu gehen. Es wäre jetzt eine ziemlich blutige Sache.

Das Ganze sieht langsam wie ein mexikanisches Hinhalten aus. Es scheint so, als ob der Präsident versucht, Saddam einzuschüchtern, ihm Angst einzujagen, damit er sich aus Kuwait zurückzieht und die Geiseln freiläßt. Ich glaube nicht, daß das klappt.«

Wenn der irakische starke Mann nicht nachgibt und sich in den nächsten Wochen aus Kuwait zurückzieht – was unwahrscheinlich ist –, dann steht Präsident Bush vor einem schrecklichen Dilemma. Er hat dann nur noch die Wahl gegen Saddam in den Krieg zu ziehen oder eine neue kreative Rhetorik zu erfinden. □

George Bush hat die Wahl zwischen Krieg und Diplomatie

Amerika ist nur noch einen kleinen Schritt von einem Krieg entfernt. Viele warten und möchten wissen, was Amerika als Folge der übereilten Entscheidungen von US-Präsident Bush, mit beiden Füßen in den Hexenkessel des Nahen Ostens zu springen, bevorsteht.

Die amerikanische Militärmacht wurde nicht auf den Mittleren Osten konzentriert, um die Souveränität der archaischen Scheichtümer vor den expansionistischen Gelüsten eines Saddam Hussein zu schützen. Der Name des Spiels heißt Öl. Mit der starken Ermunterung durch die britische Premierministerin Margaret Thatcher ging Bush schnell gegen Saddam vor, um das – relativ gesehen – billigste und am reichlichsten vorhandene Öl in die Gewalt zu bekommen.

Es ging auch, um Amerikas und indirekt Großbritanniens dahinschwindende Position im neuen weltweiten Wirtschaftswettbewerb mit Japan und der von den Deutschen domonierten Europäischen Gemeinschaft zu festigen.

Wenn Bush mit seinem Glücksspiel Erfolg hat, dann haben die USA im internationalen Wirtschaftswettbewerb mit Japan und der EG »das Spielfeld geebnet«. Bei einer solchen Denkweise scheint jedoch ein wenig der Wunsch der Vater des Gedankens zu sein – und der in Mißkredit geratene Neoimperalismus Henry Kissingers.

Selbst, wenn Bushs kühne Entscheidung sich kurzfristig für Amerikas Vorteil in der Weltarena auswirken sollte, dann wird der Preis dafür zu hoch sein. Ein vernichtender Sieg über den Irak wird das amerikanische Haushaltsdefizit, die Staatsschulden und das Problem mit den Spar- und Darlehenskassen nicht aus der Welt schaffen.

Ein Sieg über Saddam ist jedoch weit davon entfernt, gesichert zu sein. Es ist unwahrscheinlich, daß die Belagerung des Iraks, das derzeitige Wirtschaftsembargo, den irakischen Kriegsherren, selbst auf lange Sicht, aushungern wird.

Darüber hinaus könnte Saddam sich dazu entschließen aus der Situation einen Endkampf zu machen. In diesem Fall wäre Bush gezwungen, den Irak durch Bombardierung zur Unterwerfung zu zwingen. Aber das einzige Land, das sich jemals einer solchen Taktik gegenüber beugen mußte, war Japan – und damals mußten Atombomben eingesetzt werden.

Die einzige andere Auswahlmöglichkeit wäre eine diplomatische Lösung. Diese wäre gleich zu Beginn der Krise möglich gewesen. Aber Bush zog unverzüglich die »Linie in den Sand« und verlangte, daß der Irak sich aus Kuwait zurückzieht. Diese Forderung läßt Saddam jedoch keinen Verhandlungsspielraum.

Bush scheint aber eher dazu zu neigen, den irakischen Führer zu zerschlagen, als eine friedliche und gerechte wirtschaftliche Lösung des Problems erreichen zu wollen. Aber er kann die Welt auch überraschen in allerletzter Minute, indem er, kurz bevor er in den Krieg zieht, eine diplomatische Lösung aus dem Hut zaubert. □

Naher Osten

Sowjets spielen das Spiel von Korea

Mike Blair

Nach dem Treffen von US-Präsident Georg Bush mit Staatspräsident Michail Gorbatschow in Helsinki häufen sich die Beweise dafür, daß die Sowjetunion den amerikanischen Präsidenten bei der Konfrontation mit dem Irak auf dem Pulverfaß Naher Osten bereits hintergangen hat. Die Möglichkeit, daß die Vereinigten Staaten mit anderen Ländern unter der Oberhoheit der Vereinten Nationen in die Konfrontation verwickelt werden, fordert eine Katastrophe heraus. Es ist gleichzeitig eine Wiederholung eines tragischen Kapitels der Geschichte.

Die Sowjetunion, die die vom Weltsicherheitsrat der Vereinten Nationen gegen den Irak verhängten Sanktionen billigt, muß noch Truppen einsetzen, um diese Sanktionen auch durchzusetzen. Der sowjetische Staats- und Parteichef Michail Gorbatschow stellte fest, daß er vielleicht Truppen stellen und sich den Amerikanern und anderen in Saudi-Arabien anschließen werde, wenn alle Truppen unter das Kommando der Vereinten Nationen gestellt werden.

Die sowjetische Doppelzüngigkeit

Bei den Verhandlungen zwischen den fünf ständigen Mitgliedern des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen – die UdSSR, Frankreich, Großbritannien, Rot-China und die Vereinigten Staaten – hielt die sowjetische Delegation beharrlich die Passage einer Resolution hoch, mit der die Vereinten Nationen eine militärische Blockade des Iraks unterstützen. Jedes ständige Mitglied unter der Charter der Vereinten Nationen hat das Vetorecht, jeden Beschluß des Sicherheitsrates zu blockieren.
Im Verlauf der Verhandlungen durften sowjetische Zivilpersonen den Irak verlassen, während andere Ausländer in dem arabischen Staat bleiben mußten. Die Sowjets räumten angesichts der aus dem Irak durchsickernden Berichte ein, daß sowjetische Militärberater bei irakischen Einheiten stationiert sind, daß sie auf Grund von »vorvertraglichen Vereinbarungen« 193 solcher Berater hätten, die die irakischen Soldaten ausbilden, um ausgeklügeltes sowjetisches Kriegsgerät, darunter Raketen, bedienen zu können.



US-Präsident Harry S. Truman unterstellte die US-Truppen im Korea-Krieg dem UN-Kommando mit dem Ergebnis, daß auf dem Schlachtfeld der Feind von jedem Schritt, den die US-Truppen unternahmen, vorher durch die Sowjets, die ebenfalls im UN-Kommando saßen, unterrichtet wurde. Truman glaubte, dies sei eine gute Idee.

Aus gutunterrichteten Kreisen erfuhren wir jedoch, daß die Sowjets 2000 bis 3000 solcher Berater im Irak haben. Obwohl die Bush-Regierung die Präsenz der sowjetischen Berater heruntergespielt hat, stellte Richard Boucher vom amerikanischen Außenministerium fest, es herrsche »der allgemeine Eindruck vor, daß vielleicht erheblich mehr sowjetisches Personal vorhanden ist, das mit militärischen Aktivitäten in Zusammenhang steht, als die von den Sowjets angegebenen Zahlen (193) erkennen lassen«.

Hoher sowjetischer General im Irak

Die Presse des Etablishments hat die Tatsache weitgehend ignoriert, daß Generaloberst Albert Michailowitsch Makaschow, der beste Feldkommandeur der Sowjets, mit beträchtlicher Erfahrung von der sowjetischen Invasion in Afghanistan her, kaum zwei Wochen bevor der Irak in Kuwait einmarschierte, in den Irak entsandt wurde. Es wird angenommen, daß er sich immer noch dort befindet.

Zumindest hatten die Sowjets durch ihre bei irakischen Einheiten dienenden Berater und die Anwesenheit von Makaschow eine gute Vorwarnung von den irakischen Absichten, wenn sie nicht sogar an der Planung der Invasion beteiligt waren.

Es tauchten auch Informationen auf, wonach sowjetisches Kriegsgerät und andere Lieferungen weiterhin in den Irak hineinfließen. Die einfache Wahrheit, die die Bush-Regierung nicht anerkennen will, ist die, daß die Sowjets aus der Auseinandersetzung im Nahen Osten große Vorteile ziehen. Für jeden Dollar pro Barrel, durch den der Ölpreis erhöht wird, erzielen die Sowjets eine Milliarde zusätzliches Einkommen aus ihren eigenen Ölverkäufen, was ihnen die Hartwährung verschafft, die sie für den Außenhandel benötigen, vor allem um westliche Technologie zu kaufen.
Außerdem hat die Krise einen dramatischen Anstieg der Goldpreise herbeigeführt. Als eines der mit an der Spitze stehenden Gold produzierenden Ländern, brachte die Sowjetunion vor einem Monat ihre Goldreserven auf den Weltmarkt, um Hartwährung für den Außenhandel zu verdienen.

Das Opfer einer Verschwörung

Dieses Jahr verzeichnet den 40. Jahrestag des Beginns des Korea-Krieges im Jahre 1950, und Veteranen aus diesem Krieg werden schnell das Fiasko, dem die amerikanischen Truppen bei der Führung dieses Krieges gegen die Nordkoreaner und ihre rotchinesischen Alliierten unter einer Kommandostruktur der Vereinigten Nationen entgegensteuerten, in Erinnerung bringen. Der General der Armee, Douglas McArthur, der Kommandeur solch eines vereinigten Kommandos der Vereinten Nationen wurde, beendete seine militärische Laufbahn mit einer bitteren Enttäuschung als Folge dieses Kommandos.

McArthur wurde im April 1951 durch US-Präsident Harry S. Truman seiner Pflichten als Kommandeur entbunden, weil der hoch geehrte General die Beschränkungen, die ihn daran hinderten, den Krieg zu gewinnen, und die ihm durch das vereinigte Kommando der UN und Truman auferlegt worden waren, öffentlich kritisierte. McArthur war fest davon überzeugt, daß auf dem Schlachtfeld in Korea der Feind von jedem Schritt, den er unternahm, vorher unterrichtet wurde. Er glaubte fest daran, das Opfer einer Verschwörung zu sein. Kein Wunder!

Sowjetische Generäle als zivile Berater

Aus einer amtlichen Pressemitteilung des amerikanischen Verteidigungsministeriums vom 15. Mai 1954 ging hervor, daß hochrangige sowjetische Offiziere in Nordkorea an Ort und Stelle waren und die militärischen Operationen der Kommunisten leite-

ten. In der Pressemeldung wurde auch folgendes festgestellt:

»Sie (die Sowjets) trugen Zivilkleidung, und es war verboten sie mit ihrem Dienstrang anzureden. Sie wurden als ›wichtige Berichterstatter‹ (newsworthy reporters) hinzugezogen, aber sie hatten höchste Befugnisse...

Ein nordkoreanischer Major identifizierte zwei dieser russischen ›Berater‹ als General Wasilew und Oberst Dolgin. Wasilew, sagte er, leitete alle Bewegungen über den 38. Breitengrad hinaus – praktisch als Kommandeur des Einmarsches der Roten Nordkoreas nach Südkorea hinein –. Ein anderer Gefangener berichtete, er habe tatsächlich gehört, wie General Wasilew am 25. Juni 1950 den Angriffsbefehl erteilte.«

Wasilew diente als Vorsitzender des Military Staff Committee der Vereinten Nationen, bei dem die Dienststelle des Unter-Generalsekretärs für politische Angelegenheiten und Angelegenheiten des Sicherheitsrates für militärische Einsätze der Vereinten Nationen unter dem Sicherheitsrat verantwortlich ist. Bei Verhandlungen der fünf ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates, bei denen es darum ging, dem Embargo der Vereinten Nationen gegen den Irak einige Zähne einzusetzen, bestanden die Sowjets darauf, daß das Embargo unter jenem Military Staff Committee der UN durchgesetzt werde.

Die Truppen verlieren ihren Schutz

In Korea kämpften die amerikanischen Truppen, die die Masse der unter dem vereinigten Kommando der Vereinten Nationen stehenden Streitkräfte stellten, als Soldaten der UN, unter dem Banner der UN, nicht den »Stars & Stripes«. Die amerikanischen Soldaten verloren den Schutz ihrer eigenen Regierung, ebenso die amerikanischen Kriegsgefangenen. Versuche, deren Entlassung und Rückführung in die Heimat sicherzustellen, wurden unter der vereinigten Kommandostruktur der UN, nicht durch die amerikanische Regierung unternommen. Insgesamt 8177 Soldaten werden immer noch vermißt, und die zahnlose UN leitet bis zum heutigen Tage die Verhandlungen über deren Verbleib.

Heute, im Nahen Osten, ist es schon schlimm genug, daß amerikanische Truppen in den Irak entsandt werden, was, wie die Medien des Establishments anerkannt haben, in Wirklichkeit ein Schritt ist, um eine Auseinandersetzung zwischen dem Irak und Israel zu verhindern. Obwohl es stimmt, daß das Nahost-Öl ein wesentlicher Faktor ist, ist es auch richtig, daß die Vereinigten Staaten sehr gut ohne auch nur einen Tropfen des Nahost-Öls leben können, wenn sie das wollen.

Wieviel ist das Öl wert? Einhundert junge amerikanische Soldaten? Eintausend junge amerikanische Soldaten?

Wer hat das Kommando im Korea-ähnlichen Krieg?

Es gehört wenig Vorstellungskraft dazu, um zu erkennen, wie ein korea-ähnlicher Krieg im Nahen Osten sein wird. Die USA stellen bereits den Großteil der militärischen Streitkräfte und Ausrüstung, wie in Korea. Die amerikanischen Kommandeure ebenso wie die Fußsoldaten fragen schon: »Wer wird das Kommando haben, wenn wir kämpfen müssen?«

Man stelle sich einmal vor, die amerikanischen Soldaten stehen unter dem Oberkommando des Military Staff Command des Weltsicherheitsrats, der sich aus fünf Mitgliedern zusammensetzt, von denen jeweils eines die fünf Mitgliederstaaten des Rates vertritt, darunter ein Sowjet und ein Chinese. Kann die Regierung von US-Präsident Bush, die fest entschlossen ist, bis zu 250.000 amerikanische Soldaten gegen den Irak aufzustellen, es zulassen, daß amerikanische Patrioten Opfer eines sowjetischen Falschspiels unter den Auspizien der Vereinten Nationen werden? Die Regierung hat bereits darauf hingewiesen, daß sie ein vereinigtes Kommando unter den Vereinten Nationen wünscht.

Auch Truman dachte, dies sei eine gute Idee. Und in Korea war die Zukunft des expansionistischen Israels und des Zionismus ebenso wie die Ölreserven des Nahen Ostens nicht einmal ein Faktor. □

Naher Osten

Heilige Kriege dauern Generationen

Iben Browning und Evelyn Browning Garris

Zum vierten Mal in einem Jahrzehnt wird die amerikanische Armee in den Nahen Osten entsandt. Zwei dieser Interventionen, der mißglückte Hubschrauber-Angriff in Iran und der »Marines« im Libanon, waren katastrophal. Nur mit dem dritten Einsatz erreichten die USA ihr Ziel, den Schutz der Ölrouten am Persischen Golf – trotz Verluste. Eine bloße technologische Überlegenheit über den Nahen Osten hat sich als nicht ausreichend erwiesen, um den Erfolg sicherzustellen. Amerikanische Politiker müssen die Lage auch richtig einschätzen. Iben Browning, ein Meteorologe und Historiker, der das Erdbeben von Loma Prieta von 1985, den Ausbruch des Mount St. Helens von 1980 und den Umsturz in Osteuropa 1989 richtig prognostizierte, untersucht zusammen mit seiner Tochter Evelyn Browning Garris die derzeitige Lage im Nahen Osten und versetzt den Irak in sein entsprechendes historisches Umfeld.

Es ist offensichtlich, daß wir es mit einem Teil der Welt zu tun haben, der mit Kulturen bevölkert ist, die sich in dramatischer Weise von der unsrigen unterscheidet. Wenn wir uns nicht die Mühe machen, diese Menschen zu verstehen, dann verstoßen wir gegen eine der wichtigsten Regeln für jeden Konflikt: »Lerne Deinen Feind kennen!«

Die Gesellschaft ist kein organisches Ganzes

Obwohl es unmöglich ist, eine Kultur in einem einzigen Artikel abzuhandeln, führen wir nachstehend einige der wesentlichen Unterschiede zwischen westlichen, amerikanischen und traditionellen arabischen Denkmustern auf.

Einige Kulturen sehen alles im Zusammenhang; wird ein Tabu in einem Bereich verletzt, sind alle Gesichtspunkte des Lebens und der Gemeinschaft davon betroffen.

Die amerikanische Kultur, eine Mischkultur, scheint in der Mitte zu liegen, obwohl erhöhte Spezialisierung und gerichtliche Mandate zur Trennung der religiösen Moralität von allen Ebenen der Regierung und der Erziehung eine atomistischere Kultur schaffen. Die arabische Kultur ist sogar noch atomistischer, mit einer Tendenz, das Leben und das Universum, als eine Reihe von statischen, konkreten und losgelösten Gebilden, locker verbunden, aber ohne organische Zwischenbeziehung zu betrachten.

Die Gesellschaft ist kein organisches Ganzes, sondern eine Vereinigung von getrennten Gruppen, zusammengehalten von dem Boden unter ihnen und der Regierung über ihnen, sich gegenseitig aber zu keiner Beziehung oder Loyalität verpflichtet fühlend. Die Städte sind Konglomerationen von Stadtvierteln, Häusern, Klans und Gilden, die nur selten eine eigene Körperschaftsidentität aufweisen. Bei dieser Weltanschauung ist es schwer, eine Bürgerschaft dazu zu bewegen, für einen Nationalstaat zu kämpfen.

Religion als Werkzeug des Krieges

Anders als die europäischen Gesellschaften, die immer mehr davon Abstand nehmen, Gott als Aufstachelung zu töten und zu erobern zu benutzen, hat der islamische Glaube der Araber von

Naher Osten

Heilige Kriege dauern Generationen

Anfang an heilige Kriege (jihads) gegen Ungläubige (infidels) verherrlicht. Dazu gehört nicht nur der Kampf gegen Nicht-Moslems, sondern auch der Rückgriff auf die Entwicklung von fanatischen Untersekten und Kults, um ländliche Elemente in einen heiligen Krieg gegen Herrscher und Stadtbewohner aufzuwiegeln.

Nach einer historischen Studie über Ursachen von Kriegen mit hohen Verlusten, waren etwa zehn Prozent einer Bevölkerung bereit, im Namen der Religion zu sterben, während weniger als zwei Prozent bereit waren zu sterben, um wirtschaftliche Interessen zu bewahren.

Für einen arabischen Führer mag es schwierig sein, sein Volk um sich zu scharen, um seinen Nationalstaat zu verteidigen. Wenn Hussein die Araber aber in einem wahren jihad gegen Ungläubige um sich scharen kann, dann werden seine Anhänger eine Verlustquote akzeptieren, die höher liegt, als die der Amerikaner, die zu sterben bereit sind, um die Pipelines zu schützen.

Unterwerfung als politische Tugend

Islam bedeutet »sich unterwerfen«. Unterwerfung wird als positive Tugend gesehen, die mit Loyalität und Begeisterung zu praktizieren ist. Die Autorität wird geachtet und befolgt, sei es eine strenge Theologie, Rechtswesen oder Diktatur.

Die Amerikaner mögen Saddam Hussein At-Takriti als Strolch und Tyrann verurteilen, der chemische Waffen gegen sein eigenes Volk einsetzte, aber diese Tatsachen scheinen die Pflicht der Araber, sich ihm zu unterwerfen, nicht zu beeinträchtigen. Andererseits hat die Güte der kuwaitischen Herrscher nicht die Pflicht ihrer Bürger erhöht.

Nur eine Demonstration, daß Saddam Hussein und das kuwaitische Königshaus auf unislamische Weise handeln, würde die Pflicht des durchschnittlichen Moslems, sich zu unterwerfen, verringern, da Aufstände immer auf religiösen Gründen beruhten. Wie der Sturz des Schahs von Persien zeigt, ist dies ein Werkzeug, das am leichtesten gegen weltliche Herrscher angewendet werden kann, die mit dem Westen kooperieren.

Für Europäer und Amerikaner ist »Nationalismus« ein leichtverständlicher Begriff – Loyalität zu seinem Volk und seiner Kultur und Anerkennung eines Gebietes, das rechtmäßig zu einer Gesellschaft gehört. In der mehr atomistischen arabischen Kultur war diese Auffassung bis 1914, als die Briten an den arabischen Nationalismus appellierten, um sie zum Aufstand gegen die ottomanischen Türken zu ermutigen, nicht vorhanden.

Was da erzeugt wurde, war ein nebelhafter Stolz und Anerkennung einer gemeinsamen Sprache, Geschichte und Kultur, die der ganzen arabischen Halbinsel und Teilen von Nordafrika gemeinsam sei. Europa verstieß dann gegen diesen eben flügge gewordenen Nationalismus, indem es die Herrschaft über den Großteil des Nahen Ostens übernahm, Grenzen zog, die von den Arabern nicht anerkannt wurden, und diese über Mandate beherrschte.

Abneigung gegen Europäer und Amerikaner

Auch nachdem man ihnen die Unabhängigkeit verliehen hatte, fanden sich die arabischen Länder weiterhin militärisch und wirtschaftlich von westlichen Mächten besetzt. Obwohl sie wirtschaftlich gediehen, waren sie verbittert darüber, von Nicht-Moslems regiert zu werden, und der anfängliche Nationalismus verband sich mit religiösem Eifer. Die Präsenz Israels, europäischer Ungläubiger, erinnert an die 200jährige Präsenz von Kreuzfahrer-Staaten.

So neigt der heutige arabische Nationalismus dazu, eine Abneigung gegen Europäer, Amerikaner und Israelis mit einer Loyalität zu einem großen Gebiet und einer Bevölkerung zu verbinden, die wenig Beziehung zu den derzeitigen Grenzen haben. Man wird an das europäische Mittelalter erinnert, wo Könige und Lords soviel Land beherrschten, wie sie halten konnten, aber der Durchschnittsbürger empfand nur Bindung zu persönlichen und ortsgebundenen Loyalitäten und ein allgemeines Gefühl der Zugehörigkeit zum Christentum.

Saddam hat versucht diesen Nationalismus zu seiner Unterstützung zusammenzutrommeln. Er ist nicht der erste, der dies getan hat. Präsident Gamal Abdel Nasser von Ägypten nutzte den Nationalismus erfolgreich aus, starb aber 1970. Oberst Muammar el-Gaddafi hat auch versucht dies zu tun, aber sein Volk hat sich als zu verwundbar gegen Angriffe von außen erwiesen. Saddam operiert von Bagdad, einem traditionellen Zentrum der arabischen Welt, aus, hat die Palästinenser unterstützt und den Iran kämpfend zum Stillstand gebracht. Dies macht ihn für viele Araber zu einer starken, ja sogar heldenhaften Gestalt.

Als weltlicher Herrscher, der ursprünglich der Baath-Partei angehörte, die von einem Christen und einem Moslem gegründet wurde, konnte er verwundbar sein, aber seine starke Haltung gegenüber Israel und dem Westen hat in den Augen der meisten Araber seine Legitimität gestärkt. Ebenso wie die Kreuzfahrer-Staaten 200 Jahre lang arabische starke Männer beflügelten, sollten wir uns nicht wundern, wenn das Vorhandensein Israels in ähnlicher Weise eine Reihe von Führern hervorbringt, die die weit verbreitete, nebulöse Verärgerung des arabischen Nationalismus ausbeuten.

Auch wenn Saddam erfolgreich vom Westen unterdrückt wird, werden weitere potentionelle Führer und starke Männer in Erscheinung treten.

Kurzsichtigkeit für weltweite Ereignisse

Die Amerikaner mit ihrer kurzen Geschichtsspanne neigen dazu, alle Ereignisse von der Perspektive der jüngsten Vergangenheit aus zu betrachten. Sie erklären sich die meisten weltweiten Ereignisse in Begriffen der letzten 50 Jahre: Zweiter Weltkrieg bis heute. Und daher verdammt George Bush Saddam als »Hitler«.

Die Araber gehören jedoch einer weit älteren Kultur an, besonders der Irak war tausende von Jahren lang das Zentrum der Zivilisation. Wir haben es daher mit einer Kultur zu tun, die eine Perspektive von mindestens 2000 Jahren hat. Um die Araber zu verstehen, müssen wir etwas über ihre Geschichte wissen.

Mesopotamien war der erste Teil des Parthischen, dann (226 nach Christus) des Persischen (Sassanidischen) Reiches. Das Gebiet war politisch mit dem Iran vereint. Unter den Parthern war Mesopotamien eine von mehreren Provinzen, aber unter den Persern war die Stadt Ktesiphon in der Nähe von Bagdad die Hauptstadt des Reiches. Wirtschaftlich war das Gebiet ein Haupthandelszentrum zwischen Persien und römischen Fürstentümern.

Eine Position ähnlich wie die Päpste

Mesopotamien war der Mittelpunkt des Persischen Reiches, das sich bis zur östlichen Mittelmeerküste und Ägypten ausdehnte (600 bis 616 nach Christus). Es wurde dann von islamischen Armeen erobert (636 nach Christus). Anfangs war der Mittelpunkt des Reiches in Medina, dann in Damaskus, während es sich ausdehnte und Nordafrika, Spanien, Südfrankreich, Pakistan, Afghanistan und Teile von Zentralasien in sich einschloß.

749 wurden die ummyyadischen Herrscher durch die Abbasiden ersetzt, die Mesopotamien, in Bagdad, wieder einmal zum Mittelpunkt des Reiches machten.

Arabisch wurde die einzige Sprache des Gedankens und der Kultur in diesen Bereichen, und selbst wenn Gebiete unabhängig wurden oder über Mesopotamien herrschten, wie Persien um das Jahr 1000, behielten die Kalifen und Bagdad eine Position ähnlich wie die der Päpste in Rom im Europa des Mittelalters bei.
1000 bis 1500 nach Christus beginnt das Jahrtausend der türkischen Herrschaft im Nahen Osten. Mesopotamien wurde von den seleukischen Türken erobert, die alle Bindungen mit Nordafrika abbrachen und das Land mit Persien und Anatolien vereinten (1071 nach Christus).

Den Türken, ein nomadisches Volk, wurden Ländereien zugeteilt, und sie unterstellten die Araber einer Lehnsherrschaft. Im späteren elften Jahrhundert wurde Mesopotamien unter dem abbasidischen Kalifentum unabhängig, aber dieses Interludium war lediglich ein Vorläufer des Wendepunkts in der mesopotamischen Geschichte, der barbarischen mongolisch-türkischen Invasion von 1258. Hulagu, ein Enkel von Dschinghis Khan, befahl die Zerstörung der Bewässerungsanlagen, die seit Babylon bestanden hatten, und verwandelte den Irak in eine Steppen- und Moorlandschaft. Bauern wurden massakriert und durch die nächsten 80 Jahre hindurch war Mesopotamien eine verwüstete, von Armut heimgesuchte Provinz Persiens. Jede Möglichkeit einer Erholung wurde von Tamerlane (einem Tartaren oder Türken) mit dem Massaker und der Ausradierung von Bagdad zunichte gemacht.

Im letzten Teil des Jahrhunderts wurde Mesopotamien von allem, außer dem östlichen Kaukasus, abgeschnitten und durch Kriegsführung zwischen den »Schwarzen Schafen« und den »Weißen Schafen« der Türken zerrissen.

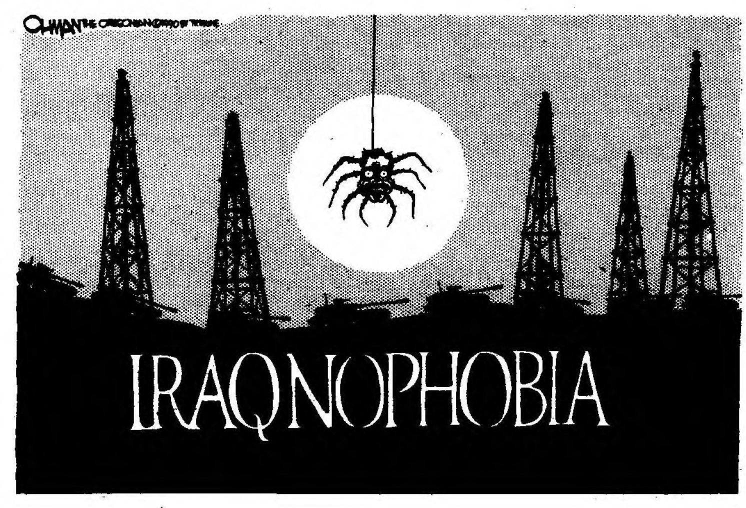
Bagdad und mesopotamianische Städte fielen an wirtschaftlicher Bedeutung steil nach unten, und Ägypten, das von dem türkischen Sultanat der Mameluken beherrscht wurde, leistete den Mongolen erfolgreich Widerstand, vernichtete die Kreuzfahrer-Staaten und wurde zur beherrschenden wirtschaftlichen und politischen Macht der arabischen Welt.

Die Reiche zerfielen nach und nach

1508 wurde Mesopotamien von Persien erobert, aber diese Vereinigung wurde 1534 beendet, als Bagdad von den ottomanischen Türken erobert wurden. Die Ottomanen regierten von Istanbul (Konstantinopel) aus und beherrschten Nordafrika nach Westen bis Marokko und nach Süden bis zum Sudan, sowie europäisches Territorium vom Balkan bis zum nördlichen Ufer des Schwarzen Meeres.

Mesopotamien wurde zur turbulenten östlichen Grenze des Reiches, von Kriegen mit Persien und nomadischen arabischen Stämmen zerrissen. Von 30 Millionen Einwohnern im Jahre 1200 war es durch Jahrhunderte von Kriegen um 1800 bis auf eine Bevölkerung von nur 1,8 Millionen herabgesunken.

Konstantinopl und Kairo waren kosmopolitische Zentren des Wohlstands. Das Reich verfiel aber nach und nach, und Ende der achtziger Jahre des 19. Jahrhunderts und Anfang des 20. Jahrhunderts begannen Europäer damit, die afrikanischen und arabischen Länder des Reiches zu besetzen.



Die Niederlage der Türkei im Ersten Weltkrieg führte zur Teilung des Nahen Ostens unter französischen und britischen Mandaten, wobei das Königreich Irak der haschemitischen Familie unter einem britischen Mandat zugeteilt wurde.

Das Land wurde 1932 unabhängig, wurde aber während des Zweiten Weltkriegs von den Briten zerschlagen, als es versuchte sich mit den Achsenmächten zu verbünden. Ende der fünfziger Jahre wurde die Monarchie gestürzt und die letzten britischen Protektoraten längs der westlichen und südlichen Küste des Persischen Golfs erhielten in den darauffolgenden Jahren ihre Unabhängigkeit.

Die Last der Kriegsschulden

Die derzeitige Lage im Irak sieht aus zwei Gründen düster aus. Der Irak leidet unter lähmenden Kriegsschulden und benötigt Bargeld für Einfuhren. Der zweite Grund, weitgehend vom Westen nicht anerkannt, ist die Tatsache, daß die Türkei und Syrien die Einzugsgebiete des Tigris und des Euphrats gestaut haben. Syrien und der Irak wären fast gegeneinander in den Krieg gezogen, als die Syrier den Assad-See schufen und den Strom des Euphrats flußabwärts völlig zum Stillstand brachten; dies rief großes Leid unter den drei Millionen irakischen Bauern hervor.

Die Türkei füllt zur Zeit das riesige Reservoir des Atatürk-Damms auf. Sowohl Syrien als die Türkei machen das zweite Jahr einer schweren Dürre durch, so daß die verfügbare Wassermenge ohnehin begrenzt ist, und wenn diese mit den beiden Dämmen im Oberlauf des Stromes verbunden wird, dann wird der Euphrat so niedrig sein, daß man ihn an vielen Stellen überschreiten kann, ohne naß zu werden. Da sowohl die Türkei als auch Syrien vorhaben, viele weitere Staudämme zu bauen, sieht der Irak einer finsteren Zukunft entgegen.

Amerikaner und Europäer neigen dazu, die nach dem Zweiten Weltkrieg gezogenen Grenzen als endgültig aufzufassen. Vom irakischen Gesichtspunkt aus gesehen sind diese Grenzen noch ziemlich jung und wurden von Kolonialmächten gezogen, die sie seitdem abgeschüttelt haben. Darüber hinaus beschränken diese Grenzen den Irak auf ein unnormal kleines Territorium.

Während der letzten 2000 Jahre war Mesopotamien 95 Prozent seiner Geschichte in einem größeren Gebiet als das heutige eingegliederte. Über 50 Prozent dieser Zeit beherrschte Mesopotamien fast die ganzen Einzugsgebiete des Tigris und des Euphrats. Mindestens 80 Prozent seiner Geschichte hat es Kuwait und die Mündung der beiden Flüsse beherrscht. Nur während der Herrschaft der Briten und Mongolen gehörten die beiden Gebiete verschiedenen Herrschaftsbereichen an.

Die Intervention beleidigt die Araber

Obige Bemerkungen sind nicht gemacht worden, um irgendeine Sympathie für den Irak zu wekken, sondern nur um dessen Standpunkt darzulegen und die Explosivität der derzeitigen Lage zu erklären.

Die Irakis, zwischen einer Wasser- und Bargeldknappheit und einer wachsenden Bevölkerung stehend, sehen einer Hungersnot entgegen. Durch den Einmarsch in Kuwait kann der Irak Geld auftreiben und die Ölpreise anheben. Saddams Handlungsweise, obwohl von arabischen Führungspersönlichkeiten verurteilt, verstößt weder gegen die örtliche Moralität noch gegen die Religion. Die europäische und amerikanische Intervention beleidigt jedoch große Teile der Bevölkerung, da wir weder Araber noch Moslems sind.

Wenn Saddam ein moderner Mensch ist und wirtschaftliche Erwägungen ihn zum Rückzug zwingen können, dann können unsere derzeitigen Bemühungen erfolgreich sein.

Wenn jedoch der arabische Nationalismus und der fanatische islamische Haß gegen uns aufgestachelt werden können, dann sehen wir schweren Verlusten entgegen, nicht nur durch das irakische Heer, sondern durch Terroristen.

Saddam einen Hitler zu nennen ist ein Understatement. Er versucht ein neuer Saladin zu werden, der einen heiligen Krieg führt, was viele Araber als die neuen Kreuzzüge erachten. Hitlers Macht währte kaum ein Dutzend Jahre, aber heilige Kriege dauern Generationen lang. □

Naher Osten

Israel macht sich klein

John McBrien

Der israelischen Regierung wurde von der Bush-Regierung dringend nahegelegt, sich klein zu machen, während sich der amerikanische Aufmarsch in der Region am Persischen Golf vollzieht. Der Grund dafür ist, daß die amerikanischen Regierungsbeamten nicht das falsche Signal geben wollen, während sie versuchen, eine geeinte arabische Front aufzubauen, um dem militärischen Überfall des irakischen Präsidenten Saddam Hussein At-Takriti entgegenzutreten.

Als Teil der Bemühungen, Distanz zu halten, hat es der amerikanische Präsident George Bush zunächst unterlassen, den israelischen Premierminister Jitzhak Shamir anzurufen und mit ihm über die Golfkrise zu sprechen, außer mit Saddam hatte Bush mit jedem anderen Staatsmann in der Region gesprochen. Es wurde auch in letzter Minute beschlossen, einen für den 9. August 1990 geplanten Besuch des israelischen Außenministers David Levy in Washington um einen Monat zu verschieben. Erst dann wurde mit einem Vertreter der israelischen Regierung die Lage im Nahen Osten besprochen.

Kein Wohlwollen für die Israelis

Es ist klar, daß Fotografien des amerikanischen Außenministers James Baker mit Levy im Nahen Osten nicht gerade mit Wohlwollen betrachten werden. Es wurden auch Sorgen darüber laut, daß Israel damit prahlt, daß die irakische Invasion Kuwaits beweise, daß das eigentliche Problem nicht die Handhabung der besetzten Gebiete ist.

Und israelische Zeitungen schreiben seit dem 2. August 1990 in Leitartikeln, daß Israels besonderes Verhältnis zu den Vereinigten Staaten durch die derzeitige Nahost-Krise wieder einmal bestätigt worden sei. Die Besorgnisse der amerikanischen Regierung über Israels Behandlung des Aufstandes in den besetzten Gebieten hatten den Forderungen nach einem separaten Palästinenserstaat neues Gewicht verliehen und führte gleichzeitig zu der Spekulation, daß sich Amerikas Politik in der Region ändern könnte.

Waffen für die Satelliten der USA

Die arabischen Staaten beschweren sich natürlich schon seit langem über die Parteilichkeit der USA zugunsten Israels, und viele in Washington stationierte Diplomaten verleihen der Hoffnung Ausdruck, daß die dem Irak gegenüber zur Schau getragene Solidarität einige greifbare Erfolge mit sich bringen möge. Die Bush-Regierung mag tatsächlich eine ausgeglichene Problemlösung in Erwägung ziehen, da anscheinend Pläne in Arbeit sind, um mehrere arabische Staaten mit ausgeklügelten Waffen zu versorgen. Danach soll Ägypten F-16-Düsenjäger, Luft-Boden-Raketen und Mehrfachbomber im Werte von mehr als einer Milliarde Dollar erhalten. Saudi-Arabien, die Vereinigten Arabischen Emirate, Oman, Bahrain, die Türkei und Marokko sollen auch neue Waffen erhalten.
Mit besseren Waffen wären diese Verbündeten der USA besser in der Lage, einem Überfall in der Region standzuhalten, und die Stationierung amerikanischer Streitkräfte wäre dann nicht mehr erforderlich. Jedoch muß der amerikanische Kongreß alle derartigen Abkommen billigen, und wenn die Vergangenheit ein Beispiel ist, dann wird der Kongreß die Pläne der Regierung zurückweisen, weil sie eine Bedrohung für Israel darstellen.
Seitdem die Vereinigten Staaten am 14. Mai 1948 als erste Regierung den Staat Israel anerkannt hatten, haben sie das Land unaufhörlich mit Infusionen von Geldern und Technologie unterstützt. Dies ist die Folge eines der wenigen Fälle in der aufgezeichneten Weltgeschichte, in dem eine inländische besondere Interessensgruppe eine meßbare Auswirkung auf die Außenpolitik eines souveränen Staates gehabt hat.

Pro-zionistische Wahlkampfprogramme

Amerikansiche Juden hatten sich schon im Zweiten Weltkrieg stark für die Gründung Israels engagiert. Sowohl die demokratischen als auch die republikanischen Wahlkampfplattformen enthielten bei der Präsidentschaftswahl von 1944 pro-zionistische Planken, obwohl amerikanische Diplomaten versuchten, den arabischen Führern einzureden, dies seien keine Aussagen der US-Außenpolitik.

Harry Truman, die nach Franklin Delano Roosevelts Tod im April 1945 Präsident wurde, setzte Großbritannien unter Druck, seine Einwanderungspolitik nach Palästina zu liberalisieren. Truman spielte jedoch auf den Druck an, unter dem er sich befand, als er im November 1945 sagte, er habe »Hunderttausenden« von Leuten Rede und Antwort zu stehen, die begierig seien, dem Zionismus zum Erfolg zu verhelfen. Er fügte hinzu: »Ich habe keine hunderttausend Araber unter meinen Wählern.«

Innerhalb weniger Tage nach der Gründung des Staates Israel gewährte die Truman-Regierung ein Darlehen von 100 Millionen Dollar, und diese Großzügigkeit ist seitdem ständig gestiegen. Der Journalist des »Christian Science Monitor«, Joseph Harsch, schätzte 1983, daß Israels Einnahmen aus der Hand von amerikanischen Steuerzahlern sich auf etwa zehn Milliarden Dollar pro Jahr belaufen.

Israel ist bei weitem der führende Empfänger von Auslandshilfe und erhielt im Steuerjahr 1990 mehr als drei Milliarden Dollar. Ägypten erhielt 2,3 Milliarden, Pakistan 627.000 Dollar, die Türkei fast 614.000 und die Philippinen etwa 449.000 Dollar. Dies sind die sogenannten »Big Five« bei der amerikanischen Auslandshilfe.

Israels Pro Kopf-Bruttosozialprodukt von 1989 wurde jedoch auf 6210 Dollar geschätzt. Dann kam Ägypten mit einem Pro Kopf-Bruttosozialprodukt von 570 und Pakistan mit 350 Dollar. Es kann gesagt werden, daß die US-Hilfe weitgehend darauf abzielt, Israels Wirtschaft und Lebensstandard zu erhalten.

Die Voreingenommenheit der USA

Der größte arabische Empfänger von Auslandshilfe, Ägypten, wurde mit dieser Zuteilung erst belohnt, nachdem es das Camp-David-Abkommen mit Israel unterzeichnet hatte.

Die arabischen Staaten sind sich natürlich schon seit langem der Voreingenommenheit der USA zugunsten Israels bewußt und hegen auch jetzt nur eine schwache Hoffnung auf Änderung der Sachlage. Der Grund hierfür ist, die von der Israel-Lobby über einen gefügigen, geldhungrigen amerikanischen Kongreß ausgeübte Macht.

In den letzten 20 Jahren wurden fast 100 isrealfreundliche Aktionsausschüsse (PAC) auf die Beine gestellt, um Gelder zu Schlüsselpersonen der amerikanischen Gesetzgebung zu kanalisieren. Das Arab American Institute in Washington schätzt, daß die 25 Senatoren, die am beharrlichsten für Israel stimmten, im Schnitt 91.000 Dollar pro Wahlzyklus von diesen Interessengruppen erhalten haben.
So scheint die amerikanische Haltung zur Frage der palästinensischen Staatseigenschaft von der Denkweise der Regierung Israels bestimmt zu sein. Dies bedeute, daß, solange das Pro-Israel-PAC-System Kongreßabgeordneten Gelder zufließen läßt, die Vereinigten Staaten sich an der Fiktion festklammern werden, daß Israel im Nahen Osten amerikanische Interessen vertritt – ungeachtet dessen, was in den besetzten Gebieten oder sonstwo geschieht. □



Israel

Das Spiel auf Zeit

Victor Marchetti

Jetzt, wo Premierminister Jitzhak Shamir wieder fest im Amt sitzt, und die israelische Regierung völlig im Griff hat – nachdem er aus der Labor-Oppsoition völlig die Luft herausgelassen und gleichzeitig seine träumerischen Rivalen in der eigenen Likud-Partei entschärft hat –, steht es dem alten Mann der zionistischen Politik jetzt frei, der Geschichte des jüdischen Staates seinen Stempel aufzudrücken.

Ob Shamir das wirklich tun will, wie einige jüdisch-amerikanische Beobachter behaupten, ist problematisch. Aber eines ist sicher: Die Gelegenheit ist endgültig gekommen, und Shamir braucht nur seine Hand auszustrecken, um sie zu ergreifen.

Shamirs Position war niemals sicherer

Die Arbeiter-Partei, die traditionelle Leuchtlaterne des Zionismus, verschwindet langsam als Faktor in der israelischen Politik. Ihr mangelt es sowohl an Führung wie an Einfluß. Ihr nomineller Kopf, der schlaue Shimon Perez, ist praktisch beim Volk, wenn nicht auch bei der eigenen Partei, in Ungnade gefallen. Sein Hauptgegner, Jitzhak Rabin, ist im Abstieg begriffen, nachdem er wieder einmal von Peres geschickt ausmanövriert wurde. Und es stehen keine Jungtürken bereit, um die Führung zu übernehmen.

Die Entartung und Umwandlung der einst so romantischen Kibbutzim, der Verfall und Niedergang der einst so mächtigen Histadrut (Gewerkschaft) und das Versagen des übermäßig bürokratisierten und untüchtigen sozialistischen Systems, das von der Arbeiter-Partei gehegt wurde, haben die Basis im Volk böse erodiert – wahrscheinlich irreparabel.

Innerhalb seiner eigenen Likud-Partei war Shamirs Position wohl niemals sicherer als jetzt. Seine drei Hauptrivalen, Ariel Sharon, David Levy und Jitzhak Moda'i, haben alle die Macht bekommen, die sie anstrebten – und damit auch die Gelegenheit zum Versagen, mit der sie nicht gerechnet hatten.

Sharon als Wohnungsbauminister ist zum Scheitern verurteilt. Sein blinder Eifer und Rücksichtslosigkeit, ganz zu schweigen von seinem Ego, werden die Wahrscheinlichkeit eines Debakels als Folge von Israels ehrgeizigem Programm, eine Million Sowjetjuden zu absorbieren, wesentlich erhöhen. Die Belastung auf der Wirtschaft und dem Sozialwesen erreicht bereits ihren kritischen Punkt. Es ist nur eine Frage der Zeit, bis das Programm völlig außer Kontrolle gerät. Während Shamir sich die Lorbeeren dafür an den Hut steckt, die Sowjetjuden befreit zu haben, wird Sharon Prügel dafür einstecken, daß er die Aufgabe, sie in Israel zu absorbieren, vermasselt hat.

Kleine Brötchen für den Außenminister

Levy, der Liebling der Sephardim, ist zu lange ein Störenfried der Regierungs- und sogar der Likud-Politik gewesen, und sein Ruf begründete sich darauf, daß er den Beschwerden und Grillen der Bevölkerung zuspielte. Jetzt trägt er jedoch als Außenminister wirkliche Verantwortung – zu einer Zeit, wo das »besondere Verhältnis« zu den USA immer stärker in Frage gestellt wird.

Der Prämisse des Kalten Krieges für diese Beziehung beraubt, wird es Levy sehr schwer haben, die enge Verbindung zur Bush-Baker-Mannschaft beizubehalten, wenn er keine Bewegung in Richtung auf ein Abkommen mit den Palästinensern an den Tag legt. Zu diesen Problemen gesellen sich noch die vielen anderen außenpolitischen Schwierigkeiten hinzu, mit denen es Israel derzeit zu tun hat. Die Möglichkeiten des Scheiterns sollten ihn eigentlich veranlassen, kleine Brötchen zu backen, aber Levy könnte sich als nicht scharfsichtig und weltmännisch genug erweisen, um die prekäre Lage zu erkennen, in die ihn sein Premierminister gebracht hat.

Bis jetzt spielt Shamir auf Zeit und sendet zahlreiche Rauchwolken aus, während er seine Strategie für Israels Überleben in der neuen sich verändernden Welt des dreipoligen Wirtschaftswettbewerbs zwischen den USA, Japan und dem vereinigten Deutschland entwirft. Aber früher oder später – höchstwahrscheinlich früher – wird sich der gerissene alte Zionist den Realitäten der neu in Erscheinung tretenden Welt stellen müssen. Sein Trick mit der Kriegsangst in den letzten Monaten hat die Aufmerksamkeit der USA und der Völkergemeinschaft nicht von der Notwendigkeit ablenken können, eine friedliche Lösung des Nahost-Problems in die Wege zu leiten.

Niemand außer den jüdisch-amerikanischen pro-israelischen Eiferern nimmt die »arabische Bedrohung« noch ab – auch wenn fast hysterische neokonservative Kolumnenschreiber verzweifelt versuchen, Iraks Saddam Hussein zu einem modernen Adolf Hitler zu machen. Was vielleicht noch wichtiger ist, die Führung der Israel Defense Forces tritt weiterhin, wenn auch in aller Stille, für eine Politik der Abschreckung gegenüber potentiellen arabischen Gegnern ein. Dies scheint auch die Politik zu sein, die ohne laute Fanfarenstöße vom Verteidigungsminister Mosche Arens, Shamirs scheinbarem Thronfolger, betrieben wird.

Shamirs Trick mit der PLO

Die Verbindung dieses militärischen Stillstands, des immer noch schwelenden Palästinenseraufstands und Israels wachsende Wirtschaftsnot miteinander hat die Bühne für Shamir bereitet, eine Art permanente oder zumindest langfristige Regelung mit den Palästinensern und Israels arabischen Nachbarn auszuarbeiten. Ein derartiges Arrangement ist möglich, besonders wenn es von einem langjährig engagierten Zionisten vom Schlage Shamirs gefördert wird. Aber es läßt sich nicht leicht oder schnell bewerkstelligen.

Nach Meinung einiger Nahost-Beobachter bestünde der Trick darin, daß Israel – und seine unmittelbaren Nachbarn: die Palästinenser, Jordanien, Syrien und Ägypten, für ein solches Arrangement internationale wirtschaftliche Unterstützung bekommen. Die wirtschaftlichen Vorteile der Vereinbarung müßten die politischen und militärischen Konzessionen aller Beteiligten, vor allem Israels, wettmachen. Es ist ein Abkommen, das finanziell und politisch nicht nur durch die USA, sondern auch durch Westeuropa und möglicherweise Japan abgesichert werden müßte. Aber Shamir, besonders wenn er eine Beteiligung der PLO und Jassir Arafats zuließe, könnte Israel dazu bringen, eine derartige Friedensvereinbarung zu akzeptieren.

Frieden ist nicht gut fürs Geschäft

Ein Schlüsselfaktor für die erfolgreiche Ausarbeitung einer Friedensvereinbarung dieser Art wäre die Rolle, die von der mächtigen und wohlhabenden jüdisch-amerikanischen Gemeinde gespielt würde. Obwohl unter den amerikanischen Juden die Stimmung für den Frieden zunimmt, erachten die meisten Karriere machenden professionellen pro-israelischen Aktivisten Frieden im Nahen Osten nicht als günstig für ihre geldauftreibenden Tätigkeiten als Interessensgruppe – ganz zu schweigen von ihrem Traum vom Eretz Yisrael (Großisrael).

Ein friedliches Israel, das um seine unabhängige wirtschaftliche Überlebensfähigkeit kämpft, ist nicht annähernd so aufregend oder fördernd für die Auftreibung von Geldern wie ein Israel im Belagerungszustand. Darüber hinaus wird ein solches Israel viel weniger zu einer politischen Waffe für jüdisch-amerikanische Gruppierungen in der inländischen Arena der USA. □

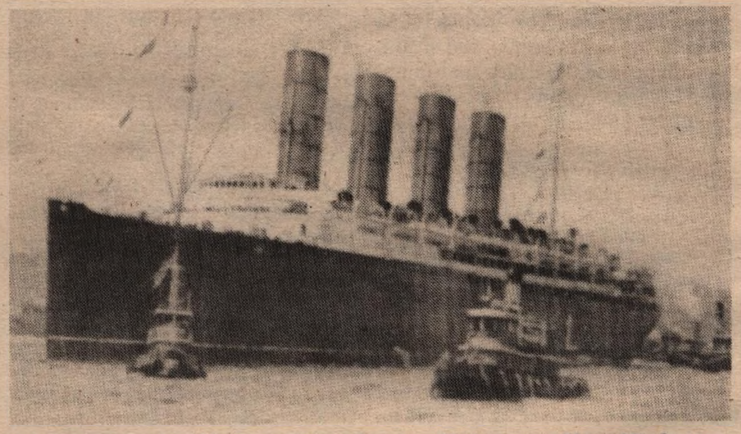
Revisionismus

Lusitania – das Pearl Harbor des Ersten Weltkrieges

Hans Baader

Das Jahr 1990 wird als eines der turbulentesten Jahre nach Beendigung des Zweiten Weltkriegs in die Analen der Weltgeschichte eingehen. Die Vertreibung der kommunistischen Diktatoren in den meisten Ländern des Warschauer Pakts, die Öffnung der Sowjetunion nach dem Westen, die Wiedervereinigung West- und Mitteldeutschlands, der niedergeschlagene Volksaufstand in Rot-China, der Einmarsch irakischer Truppen in Kuwait sind nur einige der wenigen politischen »Höhepunkte« dieses Jahres. Mehr im verborgenen spielt sich dagegen etwas nicht minder wichtiges ab – nämlich die Aufdeckung von immer mehr gegen Deutschland gerichteten Geschichtslügen.

Besonders zu erwähnen sind dabei der Bericht des einzigen amerikanischen Gaskammerexperten, Fred A. Leuchter, wonach es in den Konzentrationslagern Auschwitz-Birkenau und Majdanek keine Gaskammern gegeben haben soll, die von polnischen Historikern vorgenommene Herabsetzung der Todeszahlen von Auschwitz von bislang vier Millionen auf »nur« noch eine bis 1,5 Millionen Menschen, ein entsprechender Bericht in der sowjetischen Zeitschrift »Sowjetunion heute« sowie die nun wohl endgültige Aufklärung, wie sich die Versenkung des englischen »Passagierschiffes« Lusitania wirklich abspielte.



Die »Lusitania« läuft zu ihrer letzten Reise aus New York aus. Sie wird am 7. Mai 1915 vor der irischen Küste versenkt.

Absichtlich in den Tod geschickt

Man kann den Fall der »Lusitania« getrost als Pearl Harbor des Ersten Weltkriegs bezeichnen. 1915 wie auch 1941 wurde nämlich eine Anzahl unschuldiger Menschen absichtlich in den Tod geschickt, bloß um den Vereinigten Staaten einen Grund zu liefern, in den jeweiligen Weltkrieg einzugreifen. Die amerikanische Kriegspropaganda hatte nämlich berichtet, ein deutsches U-Boot hätte am 7. Mai 1915 vor der irischen Küste ein unbewaffnetes Passagierschiff mit Torpedos in die Luft gejagt. Das 32.000 Tonnen große Luxusschiff sei dann so schnell gesunken, daß von den 1959 Passagieren 1198 Menschen ihr Leben nicht mehr hätten retten können – manche anderen Quellen berichten von 1201 Toten –. Unter den 128 gestorbenen Amerikanern war auch der Millionärssohn Alfred G. Vanderbilt.

Nach 22jährigen Untersuchungen des britischen Historikers Terrence Robson stellt sich der Fall aber vielmehr so dar: Danach war das den Deutschen im Ersten Weltkrieg als besonders unmenschlich angelastete »Kriegsverbrechen« in Wahrheit nichts anderes als eine bewußte Irreführung. So hatte das »Passagierschiff« auf seiner Fahrt von New York nach Liverpool nach Feststellung Robsons in Wahrheit fast 50 Tonnen Kriegsgerät geladen und wurde von der britischen Regierung als Art Köder auf die Reise geschickt, um Amerikas Eintritt in den Ersten Weltkrieg herbeizuführen.

Der Plan von Winston Churchill

Bevor die »Lusitania« New York zu ihrer letzten Fahrt verließ, hatte die deutsche Regierung in den USA noch davor gewarnt, den Dampfer zur Reise nach Großbritannien zu benutzen, da der Reiseweg durch von deutschen U-Booten blockierte Gewässer verlief. Diese Warnung wurde aber in den Wind geschlagen. Ein von dem deutschen U-Boot U-20 abgeschossener Torpedo traf die Lusitania dann am Bug, worauf das Schiff nach mehreren Explosionen versank.

Der Hintergrund für die ohne vorherige Warnung erfolgte Torpedierung war folgender: Die Briten bestanden auf der einen Seite darauf, daß die U-Boote auftauchen mußten und Schiffe erst nach vorheriger Warnung bekämpfen durften. Gleichzeitig bewaffneten die Engländer ihre Handelsschiffe jedoch mit schwerer Munition und beschossen die U-Boote mit durchaus nicht schlechtem Erfolg – diese daraufhin von der deutschen Marine praktizierte einzig wirksame Form des U-Boot-Kriegs wurde von den Deutschen nach der Versenkung der Lusitania aus Furcht vor einem amerikanischen Kriegseintritt jedoch dann bis 1917 ausgesetzt –.



Der Hauptbetreiber am Untergang der »Lusitania« war Winston Churchill, der damals Erster Lord der britischen Admiralität war und die USA unbedingt in den Krieg hineinziehen wollte.

Nach Aussagen deutscher Sachverständiger konnte der eine Torpedo das große Schiff jedoch nicht alleine versenkt haben, sondern an Bord mußte außerdem Munition explodiert sein. Denn wie sich später herausstellte, war nicht das von dem Torpedotreffer verursachte Loch am Bug für das Versinken des Schiffes verantwortlich, sondern vielmehr war mittschiffs, wo der Torpedo also gar nicht getroffen hatte, alles zerstört.

London stritt die Kriegsfracht jedoch energisch ab, sprach vielmehr von einer »unprovozierten Kriegshandlung«. König Georg V. nannte die Tat sogar ein »überaus feiges Verbrechen« und erkannt Kaiser Wilhelm II. und sieben weiteren Mitgliedern des deutschen und österreichischen Herrscherhauses sogar den an ihnen verliehenen Hosenbandorden wieder ab.

Und der Plan Churchills ging auch in den Vereinigten Staaten auf: Die Nachricht von der Versenkung der »Lusitania« führte



William T. Turner, der Kapitän der »Lusitania«, war nur ein Bauer in einem internationalen Machtspiel.

zu antideutschen Demonstrationen in den USA. Der ehemalige Präsident Theodore »Teddy« Roosevelt, der einst als Deutschenfreund galt, forderte nun den Krieg gegen Deutschland. Der amtierende US-Präsident Woodrow Wilson protestierte in schärfster Form. Er berief sich auf das Recht der Bürger neutraler Staaten, die Passagierschiffe auch kriegsführender Staaten zu benutzen. Er bestand darauf, daß die Deutschen die Torpedierung als Bruch internationalen Rechts anerkennen und Schadenersatz leisten sollten. Den Beteuerungen der Deutschen, völkerrechtlich einwandfrei gehandelt zu haben, wurden dagegen nicht geglaubt.

Von der britischen Regierung geplant

Robson ist aufgrund seiner Untersuchungen aber überzeugt, daß der Lusitania-Zwischenfall von der britischen Regierung geplant war, um die Deutschen als Unmenschen anzuprangern und Amerika in den Krieg hineinziehen zu können. Der britische Historiker hat jetzt sogar Beweise dafür gefunden, daß die Regierung in London sehr wohl von der Kriegsladung – 3240 Granatzünder und 1250 Kisten Granathüllen – gewußt hatte. Auch hätte sie mit einem deutschen Angriff rechnen müssen, da die U-20 erst wenige Tage zuvor zwei Schiffe vor Irland versenkt hatte. Übrigens, britischer Marineminister war damals niemand anderes als – Winston Churchill, der spätere Premierminister!

In CODE waren bereits vor rund einem Jahr die genauen Hintergründe der Lusitania-Affäre beschrieben. Die wichtigsten Punkte sollen nachfolgend aber noch einmal kurz skizziert werden.

Danach war der Hauptbetreiber dieser schändlichen Tat niemand anderes als Winston Churchill mit seinen Mitverschwörern in der britischen Admiralität und kriegstreiberische Kräfte in den USA. Dieser entwarf persönlich die Befehle, als Passagierschiffe getarnte bewaffnete Kreuzer gegen deutsche U-Boote einzusetzen. Auch das Vorgehen bei der Gefangennahme deutscher Soldaten wurde von Churchill befohlen. So sollten Überlebende gefangengenommen oder erschossen werden – »je nachdem, was am bequemsten ist«. Oder: »Bei allen Einsätzen sind weiße Flaggen unverzüglich unter Feuer zu nehmen.«

Churchill besorgte sich ein Alibi

Auch wußte Churchill, »daß J.P. Morgan, der amerikanische Bankier, ein starkes Interesse daran hatte, riesige Mengen amerikanischen Kriegsmaterials an Großbritannien zu verkaufen, und daß Morgan aus den gleichen Motiven des Profits heraus den Eintritt der Vereinigten Staaten in den Krieg auf der Seite Englands und Frankreichs erreichen wollte«.

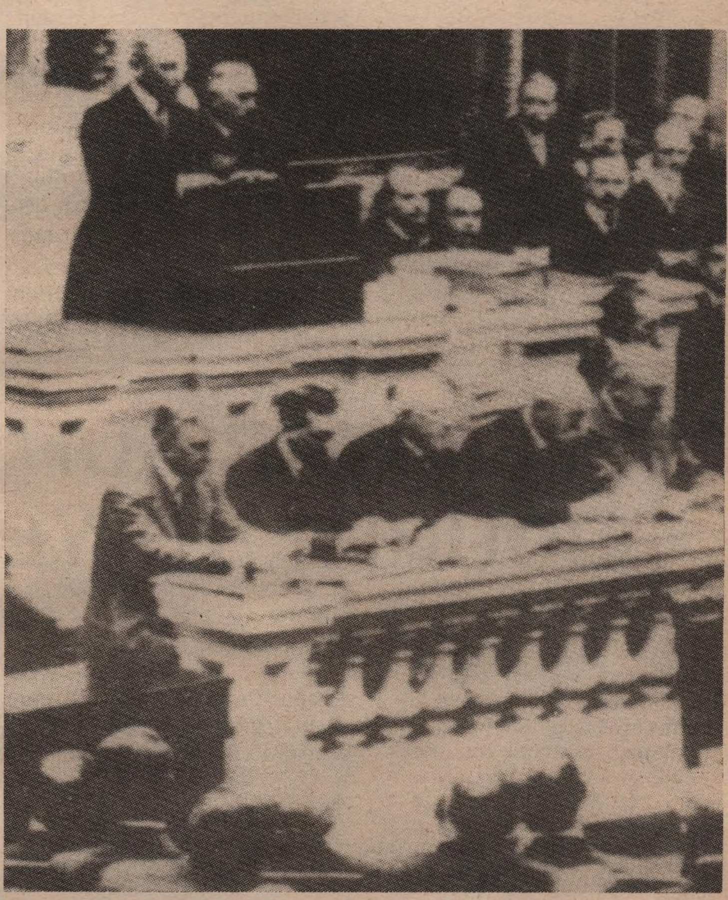
Churchill bereitete seinen Coup von langer Hand vor und verschaffte sich ein nahezu perfektes Alibi, indem er sich zum Zeitpunkt der Katastrophe in Belgien befand. Wichtige Entscheidungen konnten jedoch nicht ohne sein Einverständnis gegeben werden. Und wie der spätere Premierminister es vorhergesehen hatte, torpedierte dann das deutsche U-Boot U-20 auch wirklich die »Lusitania«.

Die große Zahl an Menschenleben ist in erster Linie auf die veraltete Bootskrananlage zurückzuführen, die bei einer schnell eintretenden Schräglage, wie nach den mehreren Explosionen, es fast unmöglich machte, die Rettungsboote ordnungsgemäß ins Wasser zu lassen.

Weiter hieß es bereits damals in CODE: »Diejenigen Zeugen, die als ›zuverlässig‹ und ›von gutem Charakter‹ galten und vor der Untersuchungskommission auf-

Zeugen bestochen und bedroht

treten durften, waren offensichtlich so sorgfältig durch Bestechung und Bedrohungen vorbereitet worden, daß ihre Versicherungen alle irgendwie monoton



US-Präsident Wilson (links am Rednerpult) verlangt vom Kongreß am 2. April 1917 die Kriegserklärung an Deutschland.

Wie sich später herausstellte, war die amtliche Version dessen, was mit der Lusitania geschah, schon vor der Versenkung Wort für Wort von Churchill und anderen in der Admiralität ausgearbeitet und danach durch ihren Sprecher, Captain Webb, der Welt mitgeteilt worden. Das »Bauernopfer« in diesem Ränkespiel war der Kapitän der »Lusitania«, Turner, der von Churchill durch angeblich falsches Verhalten neben den Deutschen die Hauptschuld zugesprochen bekam. Allerdings wurde Turner später weitgehend von den gegen ihn erhobenen Anklagen entlastet.

den gleichen Tonfall an sich hatten und in vielen Fällen fast Wort für Wort übereinstimmten.

Ein Zeuge, der vielleicht darauf bestanden hätte, so etwas wie eine Andeutung der Wahrheit zu sagen, wurde entweder beschwatzt, charakterlich heruntergemacht oder aus der Untersuchung entlassen, als sei seine Aussage von keinerlei Bedeutung. Dies bezog sich besonders auf diejenigen Zeugen, die die Ansicht vertraten, daß ein einziger Torpedo das Schiff unmöglich versenkt haben konnte, und daß die ›Lusitania‹ als Folge mehre-

Lusitania – das Pearl Harbor des Ersten Weltkrieges

rer Großexplosionen in der Mitte des Schiffes gesunken war.«
US-Präsident Woodrow Wilson war von Anfang an über den wahren Charakter der für die »Lusitania« bestimmten Ladung aufgeklärt worden – sechs Millionen Schuß Munition und andere Kriegsvorräte –, schwieg aber hierzu. Um dies zu verschleiern gab es eine echte und eine falsche Frachtliste.
Von besonderem Interesse ist auch die Tatsache, »daß die britische Admiralität einem amerikanischen Fotografen eine große Summe Geldes gezahlt hat, für ein Foto, das er aufgenommen hatte, kurz bevor die ›Lusitania‹ von New York aus auf ihre letzte schicksalhafte Reise ging. Dieses Foto gab einen ›sehr klaren Blick auf die Decks‹ frei und enthüllte somit peinliche Einzelheiten bezüglich der Bewaffnung des Schiffes, die nur dünn verhüllt war. Die Briten zahlten 15.000 Dollar für das Negativ und weitere 150 Dollar für jeden vorhandenen Abzug.«
Wie vorgeschoben die Verurteilung der Deutschen war, ergibt sich auch aus folgendem: Als Wilson in einer weiteren Note noch einmal von Deutschland verlangte, die Versenkung der »Lusitania« als Verbrechen zu verurteilen, trat der amerikanische Außenminister William Jennings Bryan zurück, weil die Note Wilsons den Charakter eines Ultimatums hätte und die Vereinigten Staaten in einen Krieg mit Deutschland verwickeln könnte. So hatte Deutschland nach Bryans – völkerrechtlich richtiger – Ansicht das Recht, zu verhindern, daß seinen Feinden Kriegsmaterial geliefert wird. Wenn solche Schiffe Passagiere in der Hoffnung an Bord nehmen, daß sie dann nicht angegriffen werden, sei das mit einer Armee zu vergleichen, die zu ihrem Schutz Frauen vor sich herführe.
Die Katastrophe der »Lusitania« war nicht der einzige provozierte oder verabscheuenswerte Vorfall. Nur wenige Monate später, im August 1915, stoppte das deutsche U-Boot U-27 den britischen Frachter »Nicosian« und gab der Besatzung, darunter acht amerikanische Soldaten, die Möglichkeit zu entkommen, bevor dann versucht wurde, das Schiff durch Kanonenfeuer zu versenken. Mitten in dieser Aktion tauchte dann aber das US-Schiff »Barralong« auf und versenkte das deutsche U-Boot. Die deutschen Soldaten, die sich auf die »Nicosian« retten konnten, wurden dann jedoch fast ausnahmslos von der Besatzung der »Barralong« erschossen. Nur durch die Proteste der amerikanischen Mannschaftsmitglieder der »Nicosian« an das US-Außenministerium wurde diese Affäre dann der Öffentlichkeit bekannt. Etwas später, im September des gleichen Jahres, widerfuhr ähnliches dem deutschen U-Boot U-41.

Mit der Arbeit Terrence Robsons bahnt sich die Wahrheit nun auch den Weg zu einer breiten Öffentlichkeit. Bisher wurden Studien immer mit dem Makel behaftet, es klinge zwar gut, doch waren viele noch immer als geheim deklarierte Dokumente bisher zur Forschung noch nicht freigegeben worden. Der englische Historiker fordert die heutige britische Regierung auf, »reinen Tisch zu machen und die Verantwortlichkeit der damaligen Londoner Regierung zuzugeben«. Dann stünde es der Queen frei, Kaiser Wilhelm posthum sowie Prinz Louis Ferdinand von Preußen und Otto von Habsburg den Hosenbandorden wieder zuzuerkennen. »Noch wichtiger wäre es, daß damit der heutigen Generation ein neues Geschichtsbild des deutschen Volkes früherer Generationen vermittelt würde«, erklärte Robson.

Dieses ist sehr zu begrüßen, nur stellt sich die Frage, warum dies – mal wieder – von einem Engländer getan werden mußten und dieser Sachverhalt nicht von einem deutschen Historiker aufgedeckt wurde. Denn eigentlich sollte man doch annehmen, die Deutschen müßten ein Interesse an der Entlarvung von Kriegslügen haben. Doch wie man im Fall der »Lusitania« und im Fall der Gaskammerfrage (David Irving) sieht, müssen britische, französische und amerikanische Fachleute diese Arbeit erledigen. Dafür werden dann aber, wie von Professor Jäckel, die falschen Hitler-Tagebücher als unzweifelhaft echt identifiziert. □

Revisionismus

Anfang vom Ende eines Mythos

Karl Philipp

Ungeachtet zahlreicher einstürzender Geschichtsgötzen wurden auch 1990 die Gerichte bemüht, um unter Zuhilfenahme richterlicher Urteile einem in vielen Parteien gefälschtes Geschichtsbild dennoch das Prädikat »echt« zu verleihen.

Am 22. Juli 1990 standen die Herren Bluschke und Mosler vor dem Landgericht in Traunstein und verhandelten wegen einer erstinstanzlichen Verurteilung wegen Volksverhetzung, Beleidigung und Aufstachelung zum Rassenhaß. Der Angeklagte Mosler wurde vorher vom Amtsgericht zu 14.500 DM und der Angeklagte Bluschke zu 9.500 DM Geldstrafe verurteilt. Beiden wurde vorgeworfen, das Buch von Gerd Honsik »Freispruch für Hitler? 36 ungehörte Zeugen wider die Gaskammer« verbreitet zu haben.

Die Frage kann durchaus offen bleiben

In dieser Berufsverhandlung kündete sich durch einen Brief des vorsitzenden Richters des Landgerichts, Pöll, vom 10. Mai 1990, eine Sensation an. In diesem Schreiben teilte Richter Pöll dem Anwalt von Bluschke mit, daß er aufgrund des von ihm eingereichten Schriftsatzes keinerlei Veranlassung sehe, den Verhandlungsplan zu ändern.

Rechtsanwalt Herrmann stellte zuvor den Beweisantrag, anhand des Leuchter-Gutachtens sei bewiesen, daß es in Auschwitz, Birkenau und Majdanek keine Gaskammern zur Tötung von Menschen gegeben habe. War es doch der provozierende Titel des inkriminierten Buches, »36 ungehörte Zeugen wider die Gaskammern«, was die Gesetzeshüter auf den Plan brachte und im Vorprozeß zu drakonischen Strafen führte.

Richter Pöll wollte in seinem Schreiben an Rechtsanwalt Herrmann den Strafbestand »Aufstachelung zum Rassenhaß« nicht mehr darin sehen, daß die Existenz von Gaskammern von den Angeklagten betritten wird. »Nach meiner Auffassung«, so Pöll in seinem Schreiben, »kann die Frage, ob es Gaskammern gegeben hat, durchaus offen bleiben.«

Eine Sensation! Der vorsitzende Richter am Landgericht in Traunstein stellt die Existenz der Gaskammern zur Diskussion. Und zur Disposition? Für Richter Pöll war die Straftat »Aufstachelung zum Rassenhaß« mit der Buchpassage »Auschwitz ist die Fortsetzung des Zweiten Weltkriegs mit anderen Mitteln« bereits erfüllt. Darauf wollte er sich in der Berufungsverhandlung beschränken.

Im Laufe der Verhandlung nahm die Diskussion zwischen Richter, Staatsanwalt und Verteidigern über die Existenz der Gaskammern besorgniserregend breiten Raum ein. Beklemmung unter den Angeklagten, den Zuschauern und Anwälten machte sich breit. Vorübergehend erweckte der Kammervorsitzende den Eindruck, als wollte er die Gaskammern – entgegen seiner fortschrittlichen Einstellung in seinem vorangegangenen Schreiben – erneut »gerichtsnotorisch« festschreiben. Zuerst versuchte er,

auf die »gerichtsnotorischen Tatsachen« zu verweisen. Er betonte, daß nicht nur jüdische Zeugen in den zahlreichen NS-Prozessen die Gaskammern bejahten.

Wissenschaftliche Beweise aus Vernehmungen?

Moslers Verteidiger, der erfahrene NS-Strafverteidiger Rieger, hielt dem entgegen, daß vielen Angeklagten in diesen Verfahren nahegelegt worden sei, sie könnten für ein »Strickmustergeständnis« eine reduzierte Gefängnisstrafe erwarten. Rieger wollte im Protokoll festgehalten wissen, daß es zahlreiche jüdische Zeugen gebe, die die Existenz von Gaskammern ebenfalls bestreiten.

Nun dockte Richter Pöll vom gefährlichen Gaskammerriff ab. Mit den Worten: »Auch dann, wenn es keine Gaskammern gegeben haben sollte, sind Äußerungen nicht zulässig, die volksverhetzend sind«, setzte der vorsitzende Richter Segel in Richtung der sicheren Hafengewässer von »flankierenden Beleidigungen«. Und zur Bekräftigung seines Standpunktes belehrte er die Angeklagten sinngemäß: »Es ist durchaus zulässig, zu sagen, es hat keine Gaskammern gegeben.

Aber darüber hinaus reichende Aussage, wie ›Auschwitz ist die Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln‹ oder ›die Rache wird unser sein‹, sind erfülllte Straftatbestände.«

Selbstverständlich wollte Richter Pöll aus eigenen Zeugeneinvernahmen jüdischer Überlebender den sicheren Eindruck gewonnen haben, daß es Gaskammern gegeben habe. Rechtsanwalt Rieger warnte davor, aus solcher Vernehmungskenntnissen einen wissenschaftlichen Beweis ableiten zu wollen.

Keine Verfahren wegen Meineid

Rechtsanwalt Herrmann stellte dann seine Beweisanträge. In Auschwitz, Majdanek und Birkenau seien in den behaupteten Gaskammern von dem amerikanischen Experten für Gaskammern zur Tötung von Menschen keine Spuren von Giftgas gefunden worden. Aufgrund der »Offenkundigkeit« müßten solche aber vorhanden sein.



Der Experte für Gaskammern der amerikanischen Regierung, Fred Leuchter, mit seiner Ehefrau Carolyn.

Für das sowjetische Menschheitsverbrechen von Katyn seien die deutschen Offiziere Strüffling, Remmlinger, Böhm, Sonnenfeld, Janike, Skotki und Geherer aufgrund der allgemeinen »Offenkundigkeit« – da es sich dabei um ein rein deutsches Verbrechen gehandelt habe – durch den Strick ermordet worden.

»Auch Katyn«, so Herrmann erschüttert, »galt als gerichtsnotorisch erwiesenes deutsches Verbrechen.«

Aus den britischen Dokumenten des Amtes für psychologische Kriegsführung ginge über dies klar hervor, daß die Legende von den Gaskammern eine britische Kriegspropaganda gewesen sei. Die Lüge von den Gaskammern in Dachau brachte Rechtsanwalt Herrmann ebenfalls als Beweisantrag ein. Höchste amerikanische Militärs und honorige Lagerinsassen bezeugten unter Eid, daß in Dachau massenhaft Menschen mittels Giftgas getötet wurden. Kein deutsches Gericht hat jemals ein Ermittlungsverfahren wegen Meineid, wegen Prozeßbetrug, wegen falscher Anschuldigung, wegen Beleidigung, wegen Volksverhetzung und wegen Aufstachelung zum Rassenhaß eingeleitet.

Geht Recht wirklich vor Macht, wie es in großen Lettern in jedem deutschen Gerichtsgebäude an den Wänden prangt? Oder ist es gerade umgekehrt? Völlig übereinstimmend mit den Auschwitz-Zeugen schilderten die Dachau-Zeugen die Funktionsweise, das verwendete Gas sowie die Betriebsfunktion der Krematorien. Die unter Eid geleisteten Augenzeugenberichte könnte mân – ohne dem Urteilsfluß eine andere Richtung zu geben – genausogut im Auschwitz-Urteil einflechten. Im Auschwitz-Urteil die wortgleichen Zeugenaussagen. Die Gaskammerräume seien als Duschkammern getarnt gewesen. Mit Seife und Handtuch habe man die Opfer in Sicherheit wiegen wollen. Tatsächlich aber wäre aus den Duschköpfen das tödliche Gas geströmt und die gutgläubigen Opfer seien getötet worden. Und dieses Täuschungsmanöver jeden Tag, Stunden für Stunde. Es hat sich offensichtlich nicht herumgesprochen, daß die vielen Millionen nicht aus der Dusche zurückkamen, denn laut Zeugenaussagen wurden die Seife- und Handtuchmanöver jedenfalls aufs neue durchgeführt.

Allein die Tatsache, daß die Vorgehensweise und die Betriebsfunktion von den Zeugen völlig deckungsgleich für die Lager Dachau und Auschwitz geschildert wurde, müßte nach Rechtsanwalt Herrmann bei jedem Menschen mit gesundem Menschenverstand Zweifel nähren. Er appellierte an das Gericht, sich nicht hinter der sogenannten »Offenkundigkeit« zu verschanzen. Es lägen mittlerweile soviele Publikationen vor, die sich mit dem Streit um die Existenz oder Nichtexistenz der Gaskammern befaßten, daß ein beachtlicher Teil der Bevölkerung durchaus Zweifel an den altbekannten Darstellungen hegen würde.

Selbst in Frankreich kann man die Bevölkerung nicht mehr geschlossen auf das Nachbeten der Version von 1945 einschwören, konnte der Rechtsanwalt belegen. Er stützte sich auf eine Umfrage der Zeitungen »Liberacion« und »Le Monde« vom Mai 1990. Den Franzosen wurde die Frage gestellt, ob sie an den Holocaust, wie er im Fernsehen gezeigt wird, glauben. Ein Prozent antworteten mit »nein. Das alles sei erlogen.« Dreiunddreißig Prozent meinten, dieser geschichtliche Teilbereich sei noch nicht genug erforscht und deshalb seinen Zweifel angebracht. Der Rest war von der Richtigkeit der gängigen, wenn auch sehr widersprüchlichen, Holocaustversion überzeugt.

Der Staatsanwalt beantragte, alle Beweisanträge abzulehnen. Ein äußerst skandalöser, wenn auch leider zur Regel gewordener Vorgang in deutschen Gerichtssälen im Zusammenhang mit Geschichtsprozessen. Rechtsanwalt

Revisionismus

Anfang vom Ende eines Mythos

Herrmann wehrte sich vehement gegen das Abwürgen von Beweisanträgen. Er zitierte die Karlsruher Kommentare zur Strafprozeßordnung, wonach die »Verfahrensbeteiligten Gelegenheit erhalten müssen, Beweisanträge zu stellen, die den Nachweis der Unrichtigkeit der Tatsache oder des Fehlens der Voraussetzungen der Offenkundigkeit bezwecken können«.

Und Rechtsanwalt Rieger zitierte die Rechte eines jeden Angeklagten nach Artikel 6 der Menschenrechtskonvention. Danach steht jedem Beschuldigten das Recht zu, »Fragen an die Belastungszeugen zu stellen oder stellen zu lassen und die Ladung und Vernehmung der Entlastungszeugen unter denselben Bedingungen, wie die der Belastungszeugen zu erwirken«.

Rechtsanwalt Herrmann warf entrüstet die Frage auf, ob es in das Ermessen eines Gerichts gestellt sein dürfe, wissenschaftliche Gutachter abzulehnen. Wissenschaftler, die einen Ruf zu verlieren haben. Gutachten, die jederzeit nachvollzogen werden können.

»Wird in deutschen Gerichten mit zweierlei Maß gemessen«, wollte Rechtsanwalt Rieger wissen. Und Bluschkes Anwalt berichtete Richter Pöll von seinen erfolglosen Versuchen, die in der Fernsehdokumentation »Der Tod, ein Meister aus Deutschland« gezeigten »Augenzeugen von Gaskammern« ladungsfähig ausfindig zu machen. »Herr Vorsitzender«, so Rechstanwalt Herrmann, »wir wären sogar mit Belastungszeugen einverstanden. Aber nicht einmal diese gewährt man uns. Frau Lea Rosh lehnte es kategorisch ab, mir die Anschrift für eine Zeugenladung mitzuteilen. Ist das nicht sonderbar?«

Wie zu erwarten war, lehnte Richter Pöll alle Beweisanträge ab. Eine deutsche Tragödie. Werden nicht tagtäglich die Vorzüge der »westlichen Wertegemeinschaft« in Bezug auf die jedem Menschen angeblich zugestanden Menschenrechte – gemäß der europäischen Menschenrechtskonvention – vom Spitzenpolitiker bis hin zum kleinsten Justizbeamten beschworen? Wovor fürchtet sich dieser Staat eigentlich?

Nach der Ablehnung der Beweisanträge wurden die Plädoyers gehalten. Rechtsanwalt Rieger war der erste. Er beanstandete, daß die Juden beleidigungsfähig seien und die Deutschen nicht. Jeder dürfte ungestraft sagen, es sei bei den Vertreibungen niemand umgebracht worden; oder im Zuge der Bombardierung auf Dresden sei niemand getötet worden. Niemand würde deshalb vor Gericht gestellt und verurteilt. Aber wenn über Art und Umfang der Tötung von Juden Zweifel aufkämen und forschenden Menschen diese Zweifel aufkämen und forschende Menschen diese Zweifel publizierten, träfe sie der geballte Zorn der Staatsmacht. Er gab zu bedenken, daß sich kein Bereich unserer Geschichte derartig gewaltigen Revisionen hat unterziehen müssen, wie der Teil unserer jüngsten Vergangenheit.

Das Massaker von Katyn

Als Beispiel führte Rieger das Massaker von Katyn an. Überall Gedenksteine, die dafür eine alleinige und einzigartige deutsche Schuld in Stein gefräßt über alle Zeiten festschreiben sollten. Sieben unselige deutsche Offiziere wurden dafür unschuldig getötet. Im Nürnberger Tribunal fand Katyn als rein deutsches Verbrechen Eingang in die Geschichtsannalen. Katyn war »offenkundig« ein deutsches Verbrechen.

Ebenso verhielt es sich mit den Gaskammern von Dachau. Noch 1957 wurde ein Tischlermeister aus München zu sieben Monaten Gefängnis verurteilt, weil er behauptete, in Dachau habe es keine Gaskammern gegeben. Erst im Jahr 1960 wurde mit diesem Märchen durch Professor Broszat vom Institut für Zeitgeschichte aufgeräumt.

In Auschwitz stünden, so Rechtsanwalt Rieger, 19 Gedenksteine auf welchen in 19 Sprachen der Legende von vier Millionen in Gaskammern ermorderter Menschen gedacht würde. Selbst der Papst hätte während seiner beiden Besuche im Juni 1979 und Oktober 1982 noch um diese vier Millionen Juden getrauert. Vier Millionen, so Rechtsanwalt Rieger, wurden zu einer »offenkundigen Tatsache«. Deutsche Staatswanwälte verweisen noch heute auf diese »gerichts- und geschichtsnotorische Tatsache«. Aber diese Zahl stimmt nicht, wie die Gaskammer von Dachau.

Einer fing an, alle andere schrieben ab und plötzlich konnten die Gerichte darauf verweisen, daß vier Millionen wohl »offenkundig« seien. Alle Experten würden dies doch gleichlautend sagen.

»So, Herr Vorsitzender, entsteht Offenkundigkeit«, entlarvte der Anwalt die schlampige Geschichtsschreibung. Heute spräche man nur noch von einer Million in Auschwitz getöteter Menschen, fügte er an. Also plötzlich fehlen drei Millionen. Deshalb, so Rieger, darf man auch von einer »sechs Millionen-Lüge« sprechen.

Rieger berichtete im Zuge seiner Ausführungen von seinen Erfahrungen, als er zwei NS-Angeklagte verteidigte. Um zu untermauern, welchen geringen Wert Zeugenaussagen in diesem Komplex beizumessen wären, schilderte er dem Gericht folgenden Fall:

»Eine Zeugin beschwor, daß man ihr die Knochen mit einem Knüppel zerschlug und sie deshalb Invalide geworden sei. Niemand hätte gewagt, an dieser Aussage zu zweifeln, da ihr Knochenleiden für jedermann sichtbar war. Ich studierte den dem Gerichtsakt beigehefteten Wiedergutmachungsantrag dieser Frau und stellte fest, daß sie seit ihrer Kindheit an Knochentuberkulose litt.

Gerichtsurteile sind nur so gut wie die Zeugen

In einem anderen Fall versicherten mehrere Zeugen unter Eid, ein SS-Mann hätte ein Kleinkind sechs Stunden mit ausgestrecktem Arm unter den kalten Wasserstrahl einer Wasserleitung gehalten. Nach sechs Stunden sei das Kind tot gewesen. Das Gericht wollte diese Zeugenaussage nachvollziehen und mußte feststellen, daß bereits nach 15 Minuten der ausgestreckte Arm das Gewicht eines Säuglings nicht mehr halten kann.«

Rieger verdeutlichte nun dem Gericht, daß sich die Gaskammerthese erst allmählich herausgebildet hat. Zuerst sprach man von den Förderbändern, auf welchen die Juden in ein elektrisch geladenes Wasserbecken transportiert und getötet wuden. Erst später soll sich die Gaskammergeschichte durchgesetzt haben. Darüber gibt es natürlich Gerichtsurteile.

»Aber Gerichtsurteile«, appellierte Rieger, »sind nur so gut wie die Zeugen. Wenn Hunderte von Zeugen beeiden, daß das Lagerkommando sofort nach dem Eintritt des Todes der Vergasten ohne Gasmaske und Schutzanzug in die Gaskammern gingen, von dem bläulichen Nebel des Zyklon B umgeben, und die Leichen herausschafften, dann ist das barer Unsinn. Sollten die Lagerkommandos gegen Zyklon B etwa immun gewesen sein? Ein simples Chemiefachbuch verschafft Aufklärung. Aber auf genau solchen Zeugenaussagen fußt das Auschwitz-Urteil. Auf Seite 101 übernimmt das Gericht diese fatalen Zeugenaussagen und schafft damit eine Offenkundigkeit.«

Und die Beschuldigten Geständnisse wurden Riegers Informationen zufolge erst nach dem Schuldspruch »lebenslänglich« abgelegt. Dann nämlich sei den Angeklagten versprochen worden, daß sie bei einem Gaskammergeständnis vorzeitig mit einer Entlassung rechnen könnten.

Als besonders beispielhaft bewertete Rieger das Sobibor-Urteil. Dort stünde zu lesen, daß in Sobibor die Häftlingen von Majdanek vergast wurden, weil es in Majdanek keine Gaskammern gegeben habe. Fünfzehn Jahre später wäre im Majdanek-Urteil der Tatbestand der Massenvergasungen aber ebenfalls »offenkundig« gemacht worden.

Rieger gab zu, daß es zahlreiche Fälle von Selbstbezichtigungen im Zusammenhang mit Vergasungen gebe, die tatsächlich mit der Sache nichts zu tun hätten. Er verwies darauf, daß auf der ande-

ren Seite Tausende von honorigen Zeugen behaupten, Ufos gesehen zu haben.

Das Leuchter-Gutachten ist bisher einzigartig

An dieser Stelle ging er nochmals auf das Leuchter-Gutachten ein. Er bemängelte, daß in allen Gaskammerprozessen nur aufgrund von Zeugenaussagen Urteile gefällt wurden, ohne eine laborwissenschaftliche Untersuchung vorgenommen zu haben.

Dieses Gutachten, von einem echten Gaskammerexperten erstellt, beweise eindeutig, daß die sogenannten Gaskammern tatsächlich nicht existiert hätten. In den entnommenen Gesteinsproben fanden sich gemäß der Laboranalyse des größten Chemieunternehmens der USA, Dupont Nemour, Hauptaktionär Edgar Bronfman, keine Rückstände dieses Giftgases. Und die müßten in übergroßer Menge nachweisbar sein. Blausäuregas geht im Mauerwerk eine Verbindung mit Eisen ein und ist deshalb nicht auszuwaschen. Es verbleibt dort für immer und ewig.

Rieger kam noch einmal auf Dachau zu sprechen. Dort rückte man seiner Kenntnis zufolge von der Gaskammerlegende ab, weil in Dachau eben Untersuchungen hätten vorgenommen werden können. Deshalb hätte man sich nach Polen zurückgezogen, wo nichts nachprüfbar sei.

Nun erhob sich Rechtsanwalt Herrmann, um sein Plädoyer zu halten. Herrmann bemängelte die Praxis, wonach man sich automatisch der Beleidigung schuldig mache, sobald man den Versuch unternehme, das eigene Volk zu entlasten. »Wie soll da noch gerecht judiziert werden?« prangerte Herrmann die derzeitige Gerichtsbarkeit an. »Der Bundespräsident teilte schriftlich mit, daß er nicht sagen könne, ob es Gaskammern gab oder nicht. Er müsse deshalb die Diskussion darüber aufmerksam verfolgen«, zitierte der Anwalt ein Schreiben unseres Bundespräsidenten.

»Da fordert der Bundespräsident seine Bürger auf, die Diskussion über die Existenz oder Nichtexistenz der Gaskammern zu führen. Aber sobald seine Untertanen diesen Zuspruch ernst nehmen, werden sie strafrechtlich verfolgt. Einer meiner Mandanten fragte mich schon, ob das nicht gleichzusetzen sei mit der Anstiftung zu einer Straftat«, gab Herrmann zu bedenken.

Herrmann zufolge fehlt dann der subjektive Schuldnachweis, wenn sich jemand auf ein wissenschaftliches Gutachten bei seinen Aussagen und Publikationen stützen kann. »Herr Vorsitzender, Sie lehnen den Beweisantrag für dieses Gutachten ab, da die Gaskammern hinreichend bewiesen und offenkundig seien. Ich muß Ihnen entgegenhalten, daß Ihr oberster Dienstherr, der Bundesjustizminister, dieses Gutachten als eine wissenschaftliche Arbeit bewertet. Wissenschaft ist ja nunmal eindeutig. Das ist auch offenkundig«, prangerte Rechtsanwalt Herrmann die notorische Abwehrhaltung in Sachen Beweisführung für den Angeklagten an. »Ich selbst habe mit dem Gaskammer-Experten Leuchter gesprochen. Ich bin ebenfalls überzeugt davon, daß es diese Gaskammern niemals gab.«

Dieses aus tiefster Überzeugung vorgebrachte Bekenntnis aus dem Mund eines sorgfältig wägenden Anwaltes beeindruckte den Richter sichtlich. Herrmann ging auf den Zeugen Höss ein. Dieser gestand als Lagerkommandant von Auschwitz, zweieinhalb Millionen Menschen in Gaskammern ermordet zu haben.

Sowjets gaben Totenbücher von Auschwitz frei

»Das ist ein trauriger Zeuge«, bewertete Herrmann dessen Geständnis. »Ich selbst habe in zehn Jahren russischer Gefangenschaft Vernehmungsmethoden erlebt, die jedes gewünschte Geständnis zustande bringen konnten. Einer derjenigen, die Höss gefangenahmen, berichtete in seinem ›Legions of Death‹, wie man Höss im Rahmen der Verhörmethoden eine Stablampe in den Rachen stieß. Keine feinen Methoden, um ein ehrliches Geständnis zu bekommen. Überdies bleibt die Frage, warum Höss 2,5 Millionen Gaskammermorde eingestand, wo man ihm heutzutage nur noch eine Million abnimmt. Höss legte damit offenbar eine Fährte, die zu seinem falschen Geständnis führen sollte.«

Herrmann kam nun auf das Bundesgerichtshofurteil zu sprechen, das es als erwiesen ansah, daß die Zeugen im Frankfurter Auschwitzprozeß im Zusammenhang mit ihrem Zeugeneid dem Gericht faustdicke Lügen auftischten. Dem Urteil des höchsten deutschen Gerichtes zufolge, bereicherten sich die ausländischen Augenzeugen in beschämendem Umfang. Der Bundesgerichtshof konnte nicht verneinen, daß die Zeugen von jeder Aussage in ihren Botschaften die bevorstehenden Aussagen besprochen hätten.

Herrmann ging auch auf die von den Sowjets im September 1989 veröffentlichten Totenbücher von Auschwitz ein, wonach während des gesamten Lagerbestehens 74.000 Menschen den Tod fanden.

Eine Gewehrkugel wäre billiger

Herrmann warf die Frage auf, ob ein Gericht vor dem Hintergrund solch gravierender Revisionen immer noch bereit sei, Geschichte festzuschreiben, die womöglich schon in wenigen Monaten überholt und offiziell revidiert sein kann. Er erinnerte an dieser Stelle nochmals mahnend an Katyn. Er forderte von Richter Pöll nichts weiter als zwei Minuten logisches Denken, als er die Frage aufwarf, warum die Reichsregierung die Menschen in Gaskammern habe umbringen sollen?

Es gab ohnehin zuwenig Frachtkapazität. Panzer, Fahrzeuge und Soldaten mußten von Frontabschnitt zu Frontabschnitt verlegt werden. Wir wissen heute ganz genau, so Herrmann, daß Frachtraum sehr knapp war. Auch Kohle stand nicht ausreichend zur Verfügung. Warum hätte die Führung dann Millionen Juden 2000 km in Transportzügen verfrachten und sie einer Todesart unterziehen sollen, die den gesamten Lagerkomplex entweder verseucht oder in die Luft gesprengt hätte. Eine Gewehrkugel wäre billiger gewesen.

Für Herrmann bestand ein großer Denkfehler darin, daß man die Vergasungstechnik niemals genauer analysiert hatte. Der Leuchter-Expertise zufolge wäre das gesammte Lager an Giftgas gestorben, weil jene Gebäude, die man heute den Touristen als Gaskammern vorzeigt, völlig undicht und deren Gullis am Boden mit dem gesamten Kanalisationssystem verbunden waren. Oder aber das gesamte Lager wäre in die Luft geflogen, da im sogenannten Gaskammergebäude angeblich auch kremiert wurde. Zyklon B ist ein äußerst explosives Gas, wußte Herrmann aus seinem Erfahrungsaustausch mit Leuchter zu berichten.

Dem Staatsanwalt kamen keine Zweifel

Zuguterletzt, so Herrmann, hätte es gar keines Gases bedurft. Tausende von Menschen auf so engem Raum eingepfercht, wären innerhalb weniger Minuten an Sauerstoffmangel gestorben. Das Zyklon B selbst war in Kristallkugeln gebunden, dozierte der Anwalt, und löste sich erst bei 28 Grad Wärme. Bei einer geringeren Temperatur hätte sich demzufolge das Gas noch nicht einmal gelöst. Davon kann man natürlich in den Wintermonaten ausgehen.

Herrmann appelierte abschließend noch einmal an das Gericht, zumindest einen Diplomchemiker oder einen Toxikologen zur Wirkungsweise von Blausäuregas zu hören. Aber auch dieser Beweisantrag wurde von Richter Pöll abgeschmettert.

Der Staatsanwalt mache es sich in seinem Plädoyer einfach. Für ihn Stand alles zweifelsfrei fest, wie es die Gerichte so oft schon mit »fundierten« Urteilen festgestellt hätten. Interessanterweise bedankte er sich bei Rechtsanwalt Herrmann für dessen sachlichen Vortrag.

Nach mehrstündiger Beratung fand sich das Gericht wieder ein und der Vorsitzende verkündete die Urteile. Den Angeklagten Mosler, der in der ersten Instanz zu 14.500 DM Geldstrafe verurteilt wurde, sprach der Richter frei. Die Geldstrafe des Angeklagten Bluschke wurde von 9.500 DM auf 2.400 DM reduziert. Er wurde wegen der flankierenden Beleidigungen seiner angeblich verbreiteten Schriften bestraft. □

Revisionismus

Die Kriegsverbrechen der Alliierten

Vivian Bird

Dr. Alfred de Zayas, amerikanischer Historiker und Experte für Rechtsansprüche, behauptet, daß Großbritannien und seine Alliierten während des Zweiten Weltkriegs umfangreiche, schwere Kriegsverbrechen gegangen haben, von denen die meisten niemals öffentlich bekannt und nicht bestraft wurden.

Alfred de Zayas hatte diese Behauptungen schon in seinem Buch aufgestellt und sie bei einem kürzlich im All-Souls-College in Oxford gehaltenen Vortrag wiederholt. Laut de Zayas zählen zu den britischen Kriegsverbrechen die Versenkung eines deutschen Lazarettschiffs im skandinavischen Raum und die Erschießung der in Seenot geratenen Deutschen.

Seine Enthüllungen begründen sich auf Interviews mit deutschen Überlebenden und Militärrichtern und auf der Studie von 226 Bänden von Dokumenten, die von der deutschen Untersuchungsstelle für Kriegsverbrechen, die 1939 eingerichtet wurde, um Verletzungen des Kriegsrechts durch die Alliierten zu überwachen, zusammengetragen wurden.

Diese Akten, die sich mit mindestens 4000 Fällen befassen, wurden 1945 von amerikanischen Truppen beschlagnahmt und in die Vereinigten Staaten verbracht, wo sie bis Anfang der siebziger Jahre als Verschlußsache betrachtet wurden. Abgesehen von diesem Material hat de Zayas auch Hunderte von ähnlichen Akten in deutschen, amerikanischen und schweizer Archiven studiert.

In einem Interview mit dem Londoner »Daily Telegraph« sagte de Zayas, zu den britischen Verbrechen zähle auch die Erschießung von in Seenot geratenen deutschen Seeleuten nach Versenkung des deutschen Zerstörers »Erich Giese« in Narvik, Norwegen, im April 1940.



Allierte Bomber über den Einschlagwolken ihrer Sprengbomben während eines Luftangriffes auf Dresden.

Aus Interviews mit deutschen Überlebenden, darunter der Kapitän des Zerstörers, Fregattenkapitän Karl Schmidt, und aus deutschen und britischen Logbüchern über den Vorfall gehe hervor, daß eine nicht näher festgelegte Anzahl von hilflosen deutschen Seeleuten getötet wurden, anstatt sie im Rahmen der Genfer und anderer Konventionen zu Kriegsgefangenen zu machen.

In einem anderen Falle wurden Deutsche an Bord des griechischen Segelschiffes »Osia Paraskevi« mit Maschinengewehrfeuer beharkt, nachdem ihr Schiff von einem britischen Unterseeboot, der »Rorqual«, versenkt worden war. Das britische Logbuch über das Ereignis, das sich jetzt in den Public Records in Kew befindet, erwähnt die Tatsache, daß die Deutschen erschossen wurden nicht, sondern spricht nur davon, daß sie »umgekommen« seien.

De Zayas veröffentlichte seine Untersuchungsergebnisse erstmals in einer deutschen Ausgabe seines Buches »Die Wehrmacht-Untersuchungsstelle für Kriegsverbrechen 1939-1945«, das 1979 herauskam. Aber das Buch, obwohl mehrmals nachgedruckt, fand außerhalb Deutschlands kaum Beachtung.

Mit der Veröffentlichung der englischen Ausgabe wurden diese Informationen erstmals in Großbritannien bekannt. Sie wird von der University of Nebraska Press herausgebracht.

Versenkung des Lazarettschiffs

In seinem Buch liefert de Zayas weiteres Beweismaterial über die Versenkung des deutschen Lazarettschiffs »Tübingen« im Adriatischen Meer bei Pula durch zwei britische Flugzeuge, bei der 16 Deutsche starben.

Das Schiff hatte deutlich die Flagge des Roten Kreuzes gehißt, wurde jedoch versenkt, wie die Briten später behaupteten, als Folge eines verstümmelten Funkspruchs zwischen der Schiffsmannschaft und britischen Behörden. Letztere ordneten den Angriff an, nachdem sie die Worte »hospital ship here« als »high-speed launch« (Schnellboot) verstanden hätten – ein Mißverständnis das reichlich hohl klingt. Zugegeben, die Briten haben sich später für den Zwischenfall entschuldigt. Aber die Piloten kamen niemals vor ein Kriegsgericht.

Wäre es ein britisches Lazarettschiff gewesen, das von den Deutschen versenkt wurde, dann wären letztere später natürlich als Kriegsverbrecher behandelt worden.

De Zayas Behauptungen wurden nur wenige Tage vor der Debatte im House of Lords (Oberhaus) über das War Crimes Bill aufgestellt, nachdem dieses bereits das Unterhaus passiert hatte. Der Gesetzesentwurf stieß auf überwältigende Opposition im Oberhaus und wurde glatt von diesem zurückgewiesen. Die Thatcher-Regierung brachte die Gesetzesvorlage erneut ein.

Nur der Feind beging Kriegsverbrechen

De Zayas kritisiert, daß man, was er als die Neigung der siegreichen

Alliierten des letzten Krieges – Großbritannien, die Vereinigten Staaten und die UdSSR, denen sich später Frankreich anschloß – ansieht, den Schwerpunkt ausschließlich auf angebliche Nazigreueltaten legten, ohne die von ihren eigenen Ländern begangenen Kriegsverbrechen zu untersuchen. Sie scheinen der »psychologischen Überzeugung zu sein, daß nur der Feind Kriegsverbrechen begehen kann«, sagt der Professor.

Und das ist immer noch weitgehend die Einstellung der Thatcher-Regierung, die kürzlich den großen britischen Sieg von 1940 feierte, als Winston Churchill den französischen Soldaten erlaubte, ihr Leben einzusetzen, um der geschlagenen britischen Armee bei Dünkirchen den Hals zu retten.

De Zayas bemerkt: »Wir müssen die Tatsache akzeptieren, daß unsere Soldaten durchaus fähig waren, Kriegsverbrechen zu begehen und dann die einschlägigen Berichte untersuchen, die Schuldigen bestrafen und geeignete Maßnahmen im Namen der Opfer treffen.«



Graf Folke Bernadotte war in den vierziger Jahren für Palästina verantwortlich und wurde ermordet.



Das größte Verbrechen der Allierten war der Atombombeneinsatz gegen Hiroshima.

Unter Bezugnahme auf den britischen Gesetzesentwurf zur strafrechtlichen Verfolgung von Kriegsverbrechen (War Crimes Bill), sagte de Zaya: »Wenn wir die Sache schon wieder aufgreifen, dann dürfen wir, wenn wir noch ein Gefühl für Recht und Billigkeit haben, nicht nur eine Gruppe strafrechtlich verfolgen und andere straffrei ausgehen lassen.«

Gleiches Recht bei der Strafverfolgung

Dies würde die Frage nach strafrechtlicher Verfolgung jener britischen Soldaten aufwerfen, die noch leben und die Befehle zum Völkermord ausführten, um die Zivilbevölkerungen von Hamburg, Dresden, Nagasaki und Hiroshima zu vernichten.

Auch eröffne ein gleiches Recht für alle die Möglichkeit der strafrechtlichen Verfolgung von Israelis, die Großbritannien besuchen und die zu den Kräften gehörten, die für den feigen Mord an zahlreichen hilflosen arabischen Frauen und Kindern verantwortlich sind – oder, was das betrifft, der Strafverfolgung von Jitzhak Shamir, von dem behauptet wird, er sei direkt für den Mord an Graf Folke Bernadotte in den vierziger Jahren in Palästina verantwortlich gewesen.

Zu den von alliierten Truppen begangenen Verbrechen soll auch die Tötung von Kriegsgefangenen der 12. SS-Division »Hitlerjugend« durch Kanadier in der Normandie im Jahre 1944 zählen. Die Kanadier waren begierig, sich für die vernichtende Schlappe zu rächen, die sie bei der fehlgeschlagenen Landung bei Dieppe im Jahre 1942 erlitten hatten, und, unter anderen von ihnen begangenen Greueltaten, war bekannt, daß sie die Hände von Kriegsgefangenen mit Stacheldraht fesselten.

Der Mord an deutschen Soldaten durch Kanadier im Jahre 1944 wurde jedoch niemals amtlich untersucht.

Soldaten im Schlaf getötet

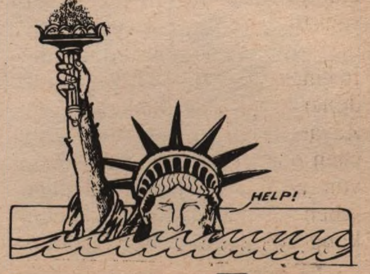
Es ist auch behauptet worden, daß britische Fallschirmsoldaten hinter den deutschen Linien nach dem Tage der Invasion gefangene Deutsche im Schlaf niedermachten – ein scheußliches Verbrechen, ganz gleich von welchem Standpunkt aus man es betrachtet.

Es gibt noch viele andere Berichte über die gesetzlose Tötung von Gefangenen durch die Briten im Jahre 1940 und durch die Amerikaner im Jahre 1944, einschließlich der unter den Befehlen des General George Patton gegen italienische Kriegsgefangene begangenen Untaten.

Es gibt auch Berichte über die Tötung von Überlebenden von Schiffen der Achsenmächte, die von britischen U-Booten torpediert wurden, die aber niemals von Kriegsgerichten untersucht wurden.

Die Situation hinterläßt nach 50 Jahren einen bitteren Geschmack. Und für die jüngere Generation in Großbritannien dient sie nur dazu, die Kluft zwischen den Generationen noch mehr zu verbreitern und die Intuition zu verstärken, daß die ältere Generation nicht nur in der Wolle gefärbte Heuchler, sondern auch Lügner und, in vielen Fällen, gemeine Mörder sind.

Was die Vereinigten Staaten betrifft, waren laut de Zaya die amerikanischen Kriegsverbrechen die schlimmsten, die von den Alliierten begangen wurden, wenn auch das Ausmaß noch unbekannt sei, und auch diese seien noch nicht amtlich untersucht worden. □



Nahost-Konflikt
Gaddafi über Deutschland

Es ist verständlich, daß der Aufruhr und die bewaffnete Auseinandersetzung im Nahen Osten weltweit mit Aufmerksamkeit und Sorge verfolgt wird, geht es doch um die so dringend benötigte Ölversorgung. Sowohl der irakische Präsident Saddam Hussein wie auch Muammar Gaddafi von Libyen sind die führenden Köpfe im Großraum dieses Geschehens. Was für Männer sind das? Was motiviert sie und was steckt dahinter? Wenn politische Persönlichkeiten ununterbrochen von den internationalen Meinungsmachern verteufelt werden, so hat das auch seine Gründe.

Gaddafi sagte 1983 in einem Interview: »Ich bin der festen Überzeugung, daß nach dem Zweiten Weltkrieg, als Deutschland besiegt war, die Sieger die Deutschen vorsätzlich und zielbewußt durch eine Gehirnwäsche geschleust haben. Man hat versucht, Euch Eure Geschichte zu nehmen. Ihr solltet immer bedenken, daß Eure Geschichte von den Siegern dieses Krieges geschrieben wurde und wird. Wir hören heute in der ganzen Welt nur das, was die Sieger über diesen Krieg und über Deutschland sagen. Ein objektives Bild über Deutschland kann dadurch natürlich nicht entstehen... Es gehört zu den Methoden der Imperialisten, jeden, der von der Notwendigkeit der Wiedervereinigung Deutschlands spricht, als Nazi zu bezeichnen. Laßt Euch dadurch nicht beirren: Das Recht ist auf Eurer Seite!«

Und Saddam Hussein? Daß sein Gebiet von der internationalen Finanzmacht ausgebeutet wird, ist bekannt. Aber sein Ölreichtum soll eben genauso in die Hände der Multi-Öl-Konzerne geraten wie das in Angola geschah. Dazu braucht man eine korrupte Regierung, deren Mitglieder man reichlich mit allem versorgt, die sich aber keinen Kummer über das Wohl der Bevölkerung und deren Zukunft sowie über den Schutz der Natur machen. Wie Gold, Diamanten und strategisch wichtige Mineralien sollen auch die reichen Ölquellen in den ausschließlichen Besitz der internationalen Banker kommen, die damit ihre Allmacht über Mensch und Welt in ihren Händen zu haben hoffen. Hussein steht dem im Weg und wehrt sich. Er ist deshalb auch ein »Nazi« und wird als »neuer Hitler« bezeichnet. Zugegeben, sie haben alle etwas gemeinsam: Sie und ihre Völker wollen frei bleiben und nicht Sklaven der Imperialisten werden. □

Namibia
Wahlfälschung bei Stromausfall

Im Ovamboland in Namibia beobachteten polnische UNO-Soldaten Wahlfälschungen. Als sie dies meldeten, wurden sie strafversetzt. Die Wahlzettel waren am Abend des 13. November 1989 fast vollständig ausgezählt, es fehltlen nur noch die zahlenmäßig stärksten Gebiete im Ovamboland, unter anderen die Region Oshakati.

In der Nacht vom Montag auf Dienstag gab es einen Stromausfall im ganzen Ovamboland. Am nächsten Tag konnten dann die Stimmen auch dort ausgezählt werden. Darunter Tausende von Stimmzetteln, die auf anderem Papier gedruckt waren als die offiziellen Stimmzettel. Trotzdem zählte man sie aus.

Die Wahlurnen aus dem Ovamboland brachten der SWAPO die Mehrheit von 57 Prozent. Es wird in Windhoek vermutet, daß in der Nacht vom 13. auf den 14. November 1989 ein großer Austausch von Wahlurnen stattgefunden hat. Ein befragter Schweizer Wahlbeobachter räumt ein, Betrug sein möglich, aber sicher zu vernachlässigen.

Auffällig war, daß der beliebte Ovambo-Häuptling und SWAPO-Gegner Kalangula nur 800 Stimmen erzielte, obwohl allgemein für ihn zehn Prozent beziehungsweise 22.000 Stimmen der Ovambos erwartet wurden. Die SWAPO erhielt im Ovamboland 196.000 Stimmen von Total 384.567 Stimmen im ganzen Land, während die DTA in Ovambo nur 9000 erhielt. Dies obwohl die DTA allein in Ovambo etwa 110.000 eingeschriebene Mitglieder hat und an Wahlveranstaltungen und Massenaufmärschen umjubelt wurde.

In Namibia ist etwas geschehen, das nur unter Mithilfe der UNO und der USA möglich war. Südafrika hat das Land aufgegeben – unter diplomatischem Druck – und es ist zu befürchten, daß bald der große Exodus beginnt. □

ADL
Der Buhmann des Antisemitismus

Im letzten Jahr und darüber hinaus hat die Anti-Defamation League (ADL) – die selbstgekürte Wächterin aller zionistischen Dinge in Amerika – Überstunden gemacht, um mehr als die übliche Quote an Propaganda und Desinformation zu produzieren. All dies wird mit einem neu erwachten Gefühl der Dringlichkeit und Besorgnis unterstrichen. Die Botschaft lautet: »Der Antisemitismus ist wieder ganz groß herausgekommen! In der ganzen Welt!«

Laut ADL laufen überall neonazistische Skinheads herum, schauen nach Synagogen und Judenfriedhöfe aus, um dort wie die Vandalen zu hausen. Der Ku-Klux-Klan und die von ihm unterhaltenen Organisationen wachsen und gedeihen, finden neue Wege, um Haß und Angst zu verbreiten. Und es gebe alle Arten von weiteren Antikommunisten, die nur darauf warten, sich auf die Juden zu stürzen.

Dieser Trend, sagt die ADL, sei nicht auf Amerika begrenzt. Der Antisemitismus sei überall in der Welt im Aufstieg begriffen: In der Sowjetunion, in Ost- und Westeuropa, einfach überall.

Aber ist das wirklich so? Ein objektiver Beobachter müßte diese Frage mit nein beantworten. Warum also die ganze Aufregung?

Nun, zunächst einmal sind die Leute, die die ADL leiten, die Professionellen – vom aktiven Vorstandsvorsitzenden Abe Foxman bis hinunter zum kleinsten Aktenverwalter –, Menschen, die sich ständig verfolgt fühlen.

Das erfährt man schon, wenn man einen Besuch in ihren Büros in Washington oder New York macht. Ihre Sicherheitsvorkehrungen sind engmaschiger als die des CIA. Die Mitarbeiter der ADL sehen unter jedem Schreibtisch versteckt und in jeder Ecke einen Antisemiten lauern. Es ist eine Atmosphäre, die Selbsttäuschung und Mißtrauen hervorbringt und sich selbst ernährt.

Argwohn und Angst schaffen wiederum ihr eigenes Klima des Hasses. »Die ADL-Mitarbeiter stellen die alte Masche ›Töte-einen-Kommunisten-für-die-Mammi-Bande‹ des Kalten Krieges in den Schatten« behauptete ein ehemaliger Angestellter. »Diese Leute sind professionelle Anti-Antisemiten. Ihr Lebensunterhalt sowohl als auch ihre Ideologie hänge davon ab, den Antisemitismus zu erkennen und zu bekämpfen. Wenn er nicht vorhanden ist, wird er halt erfunden.«

Aber es gibt noch andere Gründe für den derzeitigen Propagandafeldzug der ADL; einer davon ist der angebliche Bruderschaftskrieg mit Edgar Bronfmans World Jewish Congress (WJC). Über die Jahre hinweg hat die ADL ihr Programm über die ganze Welt ausgedehnt und geriet somit in Rivalität zu den wiederbelebten Bemühungen des WJC unter Bronfman und seinem aggressiven aktiven Vorstandsmitglied Israel Singer, um die Gedanken, Herzen und Brieftaschen des Weltjudentums.

Die beiden zionistischen Gruppen stehen sich in Europa und in der Sowjetunion in ihrem Wettkampf, wer am besten den Antisemitismus entlarven kann, frontal gegenüber.

»Die Tatsache, daß Bronfman und Singer die ADL ausgestochen haben, als sie die Aktivitäten des ehemaligen Generalsekretärs der Vereinten Nationen Kurt Waldheim aufdeckten,

wurmt Foxman immer noch«, behauptet ein New Yorker Spendensammler für Israel. »Er sah dies als seine persönliche Niederlage an.«

Es liegen überdies noch eine Reihe von pragmatischen Gründen dafür vor, warum die ADL in den letzten zwei Jahren immer wieder auf dem Thema Antisemitismus herumgeritten ist. Die allgemeine Öffentlichkeit und sogar einige Juden haben es langsam satt, immer wieder dem Holocaust- oder Shoah-(Hebräisch für Holocaust)-Geschäft, wie einige zionistische Geldeintreiber es nennen, konfrontiert zu werden. Als Propagandawerkzeug hat der Holocaust nämlich den Punkt erreicht, wo er immer weniger einbringt.

Das plötzliche Ende des Kalten Krieges und Israels ebenso geschwinder Niedergang in der Auffassung des amerikanischen Volkes als strategischer Gewinn, hat die Schneide eines anderen Lieblingswerkzeugs der ADL stumpf gemacht. Angesichts der Verzweigtheit des neuen weltweiten Wirtschaftswettbewerbs können weder das Weiße Haus noch der amerikanische Kongreß durch die Pro-Israel-Lobby so leicht manipuliert werden, wie das in der Vergangenheit der Fall war. Dies sowie das ärgerlich halsstarrige Verhalten der israelischen Regierung gegenüber dem Friedensprozeß und ihre schändliche Behandlung des palästinensischen Volkes führte zu einem bemerkenswerten Verlust der Sympathie unter den Amerikanern für die zionistischen Aktivitäten der ADL.

Darüber hinaus kam das Ende des Kalten Krieges für die ADL zu einem unerwarteten Zeitpunkt, gerade als die Organisation dabei war, auf dem Washingtoner Kapitol Hill noch größere Aktivitäten zu entwickeln. Ironischerweise war die Demonstration der Stärke an der Lobby-Front auch die Folge eines Bruderschaftskrieges – diesmal zwischen Foxman und Tom Dine, dem aktiven Vorstandsmitglied der American Israel Affairs Committee (AIPAC). Die Fehleinschätzung folgte den Wall Street-Skandalen, bei denen die zionistische »New Crowd« (Neue Clique) von Ivan Boesky und Michael Milken als nicht ganz die amerikanischen Helden entlarvt wurden, als die sie gepriesen wurden, auf dem Fuß.

Und sogar die zionistische Koalition mit schwarzen Amerikanern geriet ins Wanken und fiel schnell auseinander. Schwarze Führungspersönlichkeiten betrachteten die Juden nicht mehr als ihre Verbündeten. Die Schwarzen standen plötzlich in einer Reihe von sozialen Fragen, angefangen von den Quoten der Sozialhilfe bis zum Krieg gegen Drogen, gegen ihre alten Mitstreiter um die Bürgerrechte.

Von all diesen Problemen umgeben, griffen Foxman und die ADL wieder auf die Grundlagen zurück, den sicheren Sieger in dieser Situation: Der Buhmann des Antisemitismus. Schließlich war es der Antisemitismus, der die ADL dorthin gebracht hat, wo sie heute steht. Also, warum sollte er nicht neu erfunden werden? Wenn alles andere versagt, dann ist der Antisemitismus – ob real oder nicht – immer noch die Sache, die der ADL das meiste Geld einbringt. □

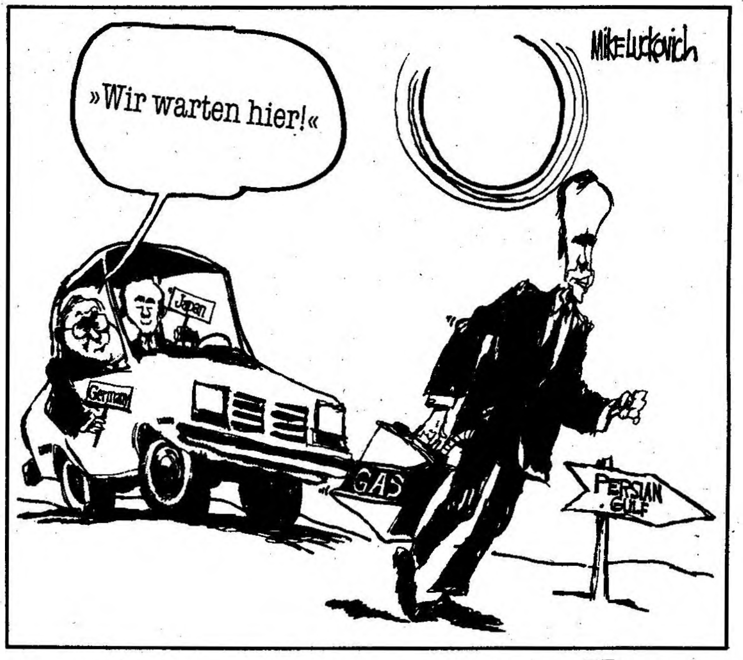
Vietnam
General Giap auf Besuch in Malaysia

Vietnams Beziehungen zu den Mitgliederstaaten der Association of Southeast Asian Nations sind entschieden im Aufschwung begriffen seit dem Rückzug Vietnams aus Kambodscha und dem Ableben des Kommunismus in Osteuropa. Ein einschlägiger Fall ist der Besuch des vietnamesischen Generals Vo Nguyen Giap, dem Architekten der Kriege Vietnams gegen Frankreich und die USA, in Malaysia. Giap vertrat den vietnamesischen Ministerrat, dessen Vizepräsident er ist. Obwohl Giap mit dem malaysianischen stellvertretenden Premierminister Ghafar Baba Abdul zusammentraf, wurde der Schwerpunkt deutlich auf Malaysias mögliche Beiträge zu der dezimierten vietnamesischen Wirtschaft gelegt. Giap traf mit dem Minister für Wissenschaft, Technologie und Umweltschutz und auch mit dem Minister für Grundindustrien zusammen. □

Nicaragua
Wer ist Violeta Chamorro?

Es wäre verfrüht, die Sandinisten völlig abzuschreiben. Violeta Chamorro, die Witwe des Herausgebers von »La Prensa« – Nicaraguas einzige nichtkommunistische Zeitung – ist eine Mitte-Links-Politikerin, ausgewählt von der amerikanischen Regierung – das heißt vom US-Außenministerium – als ein Kandidat für die 14 Mitglieder der sozialistischen Koalition, genannt UNO; genauso wie Washington Corazon Aquino auswählte, um Marcos in den Philippinen zu ersetzen, und Guillermo Endara, um Noriega in Panama abzulösen. Chamorro ist ein Anhänger der Sozialistischen Internationalen, die sie auch unterstützt.
Die Kinder von Violeta Chamorra sind Linke – einige auch Sandinistas. Sie war eines der neun Mitglieder der ursprünglichen Junta der Sandinisten.
Violeta Chamorro war ein fanatischer Gegner des Somoza-Regimes und eine Aktivistin in der Sandinisten-Revolution. Gemäß Aussagen eines ehemaligen Unternehmers aus Nicaragua – dem die Sandinisten Millionen von Dollar in Unternehmen und Grundbesitz konfiszierten – war Chamorro das Mitglied der Junta der Sandinisten, die die Befehle für die Enteignung von Pivateigentum, Unternehmen, Banken und Farmen unter den Sandinisten unterzeichnete.

Chamorro und Ortega setzten die Anti-Somoza-Tribunale in Rechtskraft, von denen über 30.000 Somoza-Anhänger und Antikommunisten zu Gefängnis verurteilt wurden. Beide, Chamorro und Ortega, unterzeichneten die Gesetze für die Aufstellung der sandinistischen Volksarmee, für das sandinistische Gefängnis-System und die Wirtschaft-»Reformen«, die das Land während zehn Jahren regelrecht verwüsteten.
Chamorro haßt die Contras (den antikommunistischen Widerstand), die während zehn Jahren gegen die Sandinisten kämpften, die auch den militärischen Druck gegen die Sandinisten erzeugten, die diese schließlich zwang, Wahlen zuzustimmen. Sie hat sehr deutlich gesagt, daß alle Contras sofort zu entwaffnen seien und daß die Contras keine Arbeit oder auch Positionen in ihrer Regierung haben werden. Sie will nicht einmal zusammentreffen mit den Contra-Führern. Sie hat keine ähnlichen Forderungen betreffend die Entwaffnung der Sandinisten gestellt.
Seltsamerweise war es die erste Forderung, die direkt nach den Wahlen von der Bush-Regierung, dem amerikanischen Außenministerium, den linksliberalen US-Medien, vielen linken Mitgliedern des amerikanischen Kongresses, den Führern von fünf zentralamerikanischen Ländern und von den Sandinisten gestellt wurde, nämlich die vollständige Entwaffnung, nicht der kommunistischen Sandinisten, sondern der Contras. □



Briefe

Betr.: Naher Osten »Neuer Krieg der Banker«, Nr. 10/99

Die letzte Konsequenz des Versailles Diktats war ohne Zweifel Hitler, was einige Kluge bei diesem Unternehmen vorausgesehen hatten. Die USA, damals noch mit der Anti-Kriegsopposition lebend, hielten sich vorsichtshalber aus diesem Diktat heraus und traten auch dann dem Völkerbund nicht bei. Die spätere Auseinandersetzung war geplant und begann mit der Krise 1939, von der man jetzt die Argumentation gegen den Irak voll übernommen hat. Saddam wird mit Hitler verglichen und zum Teufel expressis verbis hochstilisiert.
Mrs. Thatcher ist dann auch gleich zur Stelle mit der Androhung eines neuen Nürnberger Prozesses gegen die Irakführer; nackter kann man die Gewalt und Unrecht kaum noch demonstrieren. Daß Britannien mit dem Bruch der Versprechungen für die verbündeten Araber durch die Balfour-Deklaration im Jahre 1917 die Grundlagen für einen permanenten Kriegszustand in Nahost gelegt hatte, weiß hierzulande kaum jemand; sind doch Geschichtskenntnisse als solche schon höchstverdächtig. Statt einen freien arabischen Staat zu schaffen, wurden die Haschemiten Abdulla und Feisal mit den Protektoraten Transjordanien und Irak belehnt.
Feisal vom Irak starb 1931 auf rätselhafte Weise, die Iraker inszenierten 1941 unter Raschid Ali el Galani den ersten Aufstand gegen Großbritannien, der trotz deutscher Luftwaffenunterstützung nach einigen Monaten zerschlagen wurde. Die Gründung Israels als logische Folge der Balfour-Deklaration löste dann den Dauerkonflikt aus, dem mehrere Kriege folgten.
Auch hier war die Katastrophe voraussehbar und die Israelis und Araber leiden unter den Folgen dieser Politik. Kein vernünftiger Mensch wird heute den Israelis ihre Heimat streitig machen, ein Friede ist jedoch nicht in Sicht. Oberst Lawrence, der Führer des Araberaufstandes in der Wüste gegen die Mittelmächte im Ersten Weltkrieg, hat dieses alles vorausgesehen und König Georg seine Auszeichnungen zurückgeschickt, um als einfacher Soldat in die RAF einzutreten. Er starb 1935 bei einem Motorradunfall.
Die Dramatik nimmt nun in Nahost ihren furchtbaren Verlauf, Saddam fordert mit Kuwait das Gebiet, das von Britannien vor Errichtung des Irakstaates unter britischer Kontrolle abgetreten wurde, ein Unrecht, das wiederum einen Gewaltakt heraufbeschworen hat.
Eine Rechtfertigung für die Kuwait-Okkupation kann dieses nicht sein, aber der Scheinwerfer richtet sich jetzt auch auf die tieferen, historischen Ursachen. Wie nach Versailles werden jetzt die Gegner für die Entwicklung verantwortlich gemacht, was erneut Gewalt und Krieg nach sich zieht.
Schon wird Deutschland in dieser schwierigen Phase der Wiedervereinigung an seine »Pflichten« an die westlichen Wertegemeinschaft erinnert und soll Soldaten entsenden, die Söhne der deutschen Soldaten, die permanent in dem nach wie vor anhaltenden Propagandakrieg gegen Deutschland verleumdet werden. Die Affäre Waldheim steht wie ein Menetekel an der Wand. Unvorstellbare Hetzfilme laufen immer noch im westlichen Ausland, die an Verlogenheit nicht zu überbieten sind. Die Ehrenerklärung des General Eisenhower von 1956 für die deutsche Wehrmacht war eine Fiktion mit sehr durchsichtigem Hintergrund.
Die knallharten Forderungen der USA machen einen Krieg fast unvermeidbar, kein Mensch sieht dort anscheinend weit genug, denn dieser Krieg muß eine unvorstellbare Katastrophe in Asien herbeiführen, in die wir alle mit einbezogen werden. Der große General McArthur ist anscheinend von den flotten Politikern vergessen, die seine Mahnung »Fangt niemals einen Landkrieg in Asien an« ganz schnell überhört haben. Die Mullahs in Iran stehen schon bereit in den Startschuhen und das bedeutet nichts gutes – daß das militante Israel die Gunst der Stunde nutzen würden, mindert nicht die große Gefahr für den Weltfrieden.
Wie weit es mit unserer Unabhängigkeit bestellt ist, sieht man sehr schnell, wenn man die Wünsche der »Wertegemeinschaft« sieht. Auch ist es unverständlich, warum wir nicht neutral bleiben können, wer will uns daran hindern, wenn wir wollen? Wenn wir nur einen Teil der Zivilcourage unserer Landsleute in Mitteldeutschland hätten, könnten wir ohne am Westen Verrat zu üben, uns von jedem militärischen Einsatz distanzieren.
Mit einem vernünftigen Kompromiß kann man Saddam durchaus in seine Schranken verweisen: ein Hafen am Golf für Irak wäre eine Lösung.
Der letzte Krieg ist immer noch ohne Frieden geblieben. Mit der Irakunternehmung haben die Russen ihr 150 Jahre verfolgtes Ziel eines Einflusses am indischen Ozean erreicht. Man kann durchaus mit Heine sagen: »Denk ich an Deutschland in der Nacht«.

Dr. Otto Muth, Wittmund

Betr.: Deutschland-Journal »Verrat deutscher Wissenschaftler an Deutschland«, Nr. 9/90

Sie berichten von einem Leserbriefschreiber in der »FAZ«, Herrn Max Himmelheber, der behauptet im Besitz von Unterlagen zu sein, die belegen, daß Carl Friedrich von Weizsäcker ihn »um die Jahreswende 1943 auf 1944« gesagt habe, sie (die Atomphysiker) wären jetzt in der Lage die Atombombe zu bauen.
Gleichzeitig teilte er dem Schreiber mit, daß sie von »einer hohen mit Rüstungsaufgaben betrauten Stelle« zur Berichterstattung darüber befohlen seien. Der »engste Kreis der Atomphysiker« um Hahn, Heisenberg und von Weizsäcker habe sich aber vorher getroffen und beschlossen, »unter keinen Umständen« eine so furchtbare Waffe »in die Welt« gelangen zu lassen.
Um sich aber nicht des Verrats beschuldigen zu lassen, wollten sie sagen, daß der Bau einer Atombombe in absehbarer Zeit unmöglich sei und auf die Entwicklung eines »Atommotors« zum Antrieb von Fahrzeugen ablenken.
Weiter schreibt Herr Himmelheber, daß die deutschen Atomphysiker versucht hätten, ihren in Kopenhagen lebenden Lehrer Niels Bohr zu überreden, er solle auf die nordamerikanischen Physiker einwirken, sie sollten ebenfalls keine Atombomben bauen. Doch habe sie Bohr mißverstanden. Soweit Ihr Bericht.

Dazu möchte ich anmerken, daß die am Anfang genannte Zeit – »Jahreswende 1943 auf 1944« – so nicht stimmen kann. Alle danach beschriebenen Ereignisse geschahen in den Jahren 1941 und 1942: Am 4. Juni 1942 fand in Berlin die entscheidende Tagung über die Zukunft eines (möglichen) Atombombenbaus statt, einberufen von Rüstungsminister Speer. Heisenberg äußerte sich genau in der Weise, wie es Herr Himmelheber als geheim verabredet darstellt. Das Vorgehen der Physiker hatte tatsächlich zur Folge, daß von der Führung Deutschlands der Atombombenbau nicht angestrebt wurde, sondern nur (auf Sparflamme) die Arbeit zur Gewinnung von Tätigkeitskraftstoff (Energie).

Das höchst zwielichtige Treffen Heisenberg – Bohr in Kopenhagen fand im Gilbhart (Oktober) 1941 statt. Genau hier wird der Verrat der deutschen Atomphysiker besonders deutlich. Obwohl ihnen sofort nach dem Gespräch klar wurde, daß ihr Plan zur Verhinderung der Atombombe auch durch die Nordamerikaner gescheitert war und sie davon ausgehen mußten, daß diese – was sie auch tatsächlich taten – mit aller Macht daran arbeiten würden – um sie gegebenenfalls auf Deutschland abzuwerfen –, hielten sie bezüglich Deutschlands ihr Ziel aufrecht und unternahmen alles mit Erfolg, um keine Atombombe bauen zu müssen.
1943 war Niels Bohr bereits nach England geflüchtet.

Rainer H. A. Kleinpahs, Wriedel

Betr.: Internationalisten »Weltverschwörung der Banker«, Nr. 8/90

Es ist doch Aufgabe jeden Staates dafür zu sorgen, daß alle seine Bewohner genug zu essen haben. Gibt es Leute, die meinen, daß das nicht Aufgabe der Gesetzgebung des Staates ist? Wie kommt es zu dem Irrtum, daß heute kaum ein Staat sich traut, diese Aufgabe zu erfüllen?

Auf welche Weise kann erreicht werden, daß alle Menschen auf der Erde genug zu essen haben? Durch Betteln für den »Hunger in der Welt« geht es bestimmt nicht. Dadurch werden eher noch zusätzliche Schäden gesetzt! Die Menschen, in den so mit Almosen begabten Länder gewöhnen sich noch mehr ab, die Arbeit zur Erzeugung der für sie notwendigen Lebensmittel selber zu verrichten! Die Menschen gewöhnen sich so ab, für die in ihrem Land erzeugten Lebensmittel in einer Weise zu bezahlen, daß die, die in der Lebensmittelerzeugung tätig sind, ein ausreichendes Einkommen davon haben. Nur durch ausreichende Bezahlung der lebensnotwendigen Nahrungsmittel kann erreicht werden, daß immer so viel Menschen in der Pflege des Bodens tätig bleiben, daß die Ernährung der Bevölkerung auf Dauer gesichert ist!
Leider bedenken das die Regierungen weder bei uns noch anderswo richtig. Sonst würden sie alles tun, damit die Lebensmittelpreise in ihren Ländern so hoch festgesetzt werden, daß der Bauernstand eine gesicherte Existenz hat. Weder Subventionen der Lebensmittelpreise, wie in Mitteldeutschland bisher gebräuchlich, noch Subventionen der Kunstdüngerkäufe durch die Bauern oder Abschlachtungsprämien für Milchkühe und dergleichen sind ein geeignetes Mittel zur Erhaltung des Bauerntums. Es helfen wirklich nur gerechte Lebensmittelpreise. Damit aber die übrige Bevölkerung die gerechten Lebensmittelpreise auch bezahlen kann, ist ein gerechtes Geldwesen erforderlich.
Die Regierungen dürfen nicht mehr das Erstgeld, das neu gemachte Geld, den Banken schenken. Es ist mir einfach unverständlich, daß sie das Geld für ihr Land, das von Rechts wegen der Bevölkerung gehören sollte, so wegschenken. Wenn jeder Staat einen Teil davon nimmt, um seine Verwaltungsarbeit zu bezahlen, den übrigen, weit größeren Teil aber seinen Bewohnern zu gleichen Teilen zuteilt, jedem Kind von Geburt an seinen Anteil zukommen läßt, dann kann die Bevölkerung auch die gerechten Lebensmittelpreise bezahlen.

Ferner muß das Pfandrecht beseitigt werden, insbesondere das auf Boden, auch Hypothekenrecht genannt. Dazu muß der Zins verboten werden. Denn weil der Zins eine Forderung nach Geld darstellt, das nie und auf keine Weise in die Wirtschaftskreisläufe kommt, beansprucht er nach und nach allen Besitz und bringt ihn in die Hände der Geldverleiher. die Beleihbarkeit des Bodens macht, daß Boden doppelt so teuer ist, als er ohne solche Beleihbarkeit wäre. Denn der Bodenkäufer muß den Betrag, den er darauf leihen kann, auch noch mit bezahlen. Daher muß eine Bodensteuer, die die einzige Steuer außer der Steuer auf Bargeld sein soll, bewirken, daß bei Besitzwechsel für Boden kein Kaufpreis bezahlt wird, nur die Steuerpflicht, die darauf liegt, muß übernommen werden. So kann jeder, der Boden pflegen und Nahrungsmittel bauen will, den nötigen Boden dafür bekommen. Die Arbeit wird nicht mehr besteuert, sondern nur die Arbeitsvoraussetzung, der Boden.
Mit fremden Staaten, aus denen Lebensmittel bezogen werden, sind solche Lieferverträge zu schließen, daß deren Lebensmittel genau so hoch bezahlt werden wie die einheimischen Lebensmittel. Dann wird nämlich auch in den heute hungernden Agrarländern die Lebensmittelversorgung der dort einheimischen Bevölkerung ausreichend werden, weil dann auch die dortigen Menschen ihre Kräfte der Lebensmittelerzeugung widmen können.

Brigitte Cornelius, Schorndorf/Ammersee.